

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig 2. Quartal 1996

2/96

5. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Themen & Autoren:

Dialektik der Einpassung: Wolfgang Bialas, Gerd Dietrich, Manfred Heinrich, Lars Klingberg, Tilman Grammes, Michael Hofmann, Herbert Kitschelt, Stephan Winkler, Peer Pasternack

Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem: St. Provazník, A. Foláček, E. Krízova-Frýdová, J. Loudin & P. Machleidt; Josef Jarab, Zdenek Bartl, Adolf Knoll

Weitere Beiträge von Inge Bretschneider, Siegfried Kiel, Hansjürgen Otto, Gottfried Seifert, Ulrich van der Heyden, Hanfried Müller u.a.



hochschule ost 2/96

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben für den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig. Hausanschrift:
Augustusplatz 11, 04109 Leipzig. Tel. (0171) 614 61 64, Fax (0341) 97 37 859. E-Mail:
hso@stura.uni-leipzig.d400.de. hso im Internet: [http://www.uni-leipzig.de/~stura/
sturaags.html#agoeff](http://www.uni-leipzig.de/~stura/sturaags.html#agoeff).

hochschule ost erscheint quartalsweise.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-.
PrivatabonentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abo-Gebühren incl. DM 10,-
Versandkosten)

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskrei-
ses HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein
Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und
Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespei-
chert haben.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
-----------------	---

THEMA I: Dialektik der Einpassung

<i>Wolfgang Bialas:</i>	
Von der Ausnahmesituation der Intellektuellen.	
Ostdeutsche Diskurse und die Weimarer Republik	11
<i>Gerd Dietrich:</i>	
Karrieren im Schnellverfahren: die HJ-Generation in der frühen DDR	25
<i>Manfred Heinrich:</i>	
Zur Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der DDR	35
<i>Lars Klingberg:</i>	
Zum Schicksal musikalischer und musikwissenschaftlicher	
Gesellschaften in der DDR	46
<i>Tilman Grammes:</i>	
Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR - ein un-mögliches Fach?	60
<i>Michael Hofmann:</i>	
Bürgergeist in Ostdeutschland. Konfliktlinien im Transformationsprozeß	71
<i>Herbert Kitschelt:</i>	
Zielkonflikte beim Neuaufbau des Universitätswesens	
in Ostdeutschland. Eine vergleichende Betrachtung	85
<i>Stephan Winkler:</i>	
Kein Prozac für den Osten!	94
<i>Peer Pasternack:</i>	
Das neue alte Profil des Akademischen. Zehn zufällige Sätze	103

THEMA II: Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem

<i>St. Provazník, A. Filáček, E. Krízová-Frýdová, J. Loudín, P. Machleidt:</i>	
Die Transformation der Hochschulforschung als Bestandteil	
der Gesamttransformation der tschechischen Hochschulen	108
<i>Josef Jarab:</i>	
Universitäre Forschung und Lehre in der Tschechischen Republik:	
Die Entwicklungen der letzten Jahre	124
<i>Zdenek Bartl:</i>	
Alltag und Hoffnung eines tschechischen Bibliothekars	130
<i>Adolf Knoll:</i>	
Die Nationalbibliothek der Tschechischen Republik auf dem	
Wege zu einer modernen Institution	138

FORUM

<i>Inge Bretschneider:</i>	
Studentenprotokolle	146
<i>Siegfried Kiel:</i>	
"Hochschulenerneuerung" an ostdeutschen Hochschulen aus dem	
Blickwinkel heutiger Verantwortungsträger. Versuch eines	
Vergleichs und einer kritischen Sichtung	155
<i>Hansjürgen Otto:</i>	
Vom Regen in die Traufe. Bei der Übernahme der Lehrerausbildung	
aus dem Westen haben die neuen Länder auf ein krisenanfälliges	
Auslaufmodell gesetzt	172
<i>Gottfried Seifert:</i>	
Das Wissenschaftler-Integrations-Programm: Ein Instrument zum	
Aufbau einer blühenden Hochschul- und Forschungslandschaft in	
den neuen Ländern?	179

REAKTIONEN

<i>Ulrich van der Heyden:</i>	
Geht die Abwicklung weiter? Eine Antwort auf den Beitrag von	
Norman Adler, hso 5-6/95	191
<i>Hanfried Müller:</i>	
Zu "Kirche & Hochschule, Theologie & Politik"	203

BERICHTE

Deutsche Einheit - Fachhochschulbilanz nach fünf Jahren	
(<i>Hubert Mücke</i>)	207
Neue Vorsitzende des Wissenschaftsrates:	
Dagmar Schipanski, TU Ilmenau (<i>Wissenschaftsrat</i>)	211
Perspektiven für die Hochschulmedizin in	
Mecklenburg-Vorpommern (<i>Wissenschaftsrat</i>)	212
Wissenschaftsrat empfiehlt schrittweisen Aufbau einer	
Fachhochschuleinrichtung in Stendal (<i>Wissenschaftsrat</i>)	213
Mecklenburg-Vorpommern: Abschaffung des Ehrenverfahrens	
vom Kabinett gebilligt (<i>Kultusministerium M-V</i>)	214

GELESEN	216
---------------	-----

PUBLIKATIONEN	219
---------------------	-----

ZUM SCHLUSS	230
-------------------	-----

Eine Stimme von der Basis:

"Eigentlich hat sich nüscht jeändert, außer det Jesellschaftssystem', so kommentierte ein Ost-Berliner Müllmann kürzlich die Lage."

Eine Stimme aus dem Überbau:

*"Denn der vielleicht in einigen Punkten noch beklagenswerte Ist-Zustand oder die jetzige Positivität Jenas ist in einen überpositiven Prozeß eingelassen, der alles noch Unzulängliche als ein im Vergehen Begriffenes erscheinen läßt."*²

¹ Axel Dossmann in der F.A.Z. vom 23.12.1995

² Wolfram Högbe, Professor für Theoretische Philosophie an der Universität Jena, in seiner Rede zur feierlichen Immatrikulation zum WS 1994/95, in *Wirtschaft und Wissenschaft* 1/1995

Bildung ist, anders als Wissenserwerb, nicht auf Verwertung angelegt, ja sie fängt geradezu erst an, wo das bloße Wissen aufhört. Altgriechisch zu sprechen und Homer wie Sokrates zu memorieren, hat schon in der Vormoderne nicht geholfen, wenn ein Knopf abriß oder sich brandschatzende Horden näherten. Auch in unserer Zeit haben weder Lateinkenntnisse noch die Promotion die Karrierefrau begünstigt, sondern ihr jeweiliger, mehr oder weniger aufgeklärter, Gunstmann. Läßt sich Bildung zwar immerhin zu sozialer Distinktion benutzen, stellt sich doch gelegentlich die Frage nach ihrem weitergehenden Nutzen. Irgendwo hier muß der Gedanke, daß man etwas davon haben müsse, Intellektueller zu sein, seine Wurzel haben. Er raubte Intellektuelle zu allen Zeiten die Ruhe, und die Versuche, nun einmal erworbene Bildung verwertbar zu gestalten, ordnen sich hier ein. Die Versuche gerinnen zur Versuchung, denn als unbezähmbar erweist sich der Drang, bei den Stärkeren zu sein (Hermlin), und vorzugsweise dort sind die geldwerten wie sonstige geschätzte Leistungen abzustauben. Der Drang wird bisweilen als etwas Niederes, gar Verabscheuungswürdiges angesehen, und das Opportunismusverdikt ist nicht weit entfernt. Betrachten wir aber unsere national-geistigen Größen, dann gerät der moralisierende Blick schon ins Wanken. Goethe, bspw., der der Kindesmörderin Gretchen ein literarisches Denkmal sondergleichen setzte, zeichnete als großherzoglicher Justizminister das Todesurteil gegen eine Kindesmörderin. Weit davon entfernt, der Identität von Autor und Werk das Wort zu reden, andererseits nicht umhin könnend, eine gewisse Ergriffenheit des Autors Goethe gegenüber dem Schicksal der unverheirateten Mutter, die ihr neugeborenes Kind tötete, zu konstatieren, stehen wir hier vor der menschlichen Schwäche eines achtbaren Denkers. In der Zeichnung des Todesurteils findet er wieder zur Größe des Dieners am Gemeinwohl, andere sagen: der Ein- und Anpassung an das, was man spätestens seit dem Einrücken der 68er in derartige Situationen gern Sachzwänge nennt. Goethe und die Achtundsechziger haben einiges gemeinsam. Wie Goethe zu sein, dagegen wird ja wohl zunächst niemand etwas haben. Die 68er freilich haben sich beim Steckenbleiben in den Institutionen auf modernere Weise mit dem ehemaligen Klassengegner

verquickt. War früher bereits das Schlipstragen Ausdruck bürgerlicher Phallokrate, sitzt die ehemalige 'Klassenkampf statt Pfannendampf'-Fraktion mittlerweile allabendlich in den von Wolfram Siebeck vorgetesteten Feinschmeckerlokalen. Wer hier Identitätsverlust wittert, fährt auf dem falschen Dampfer, denn die zutiefst menschliche Einpassungslogik des Verhaltens blieb im Grunde stets unverändert: Anpassung an die herrschende Meinung war schon seinerzeit die durchscheinende Melodie. In der kulturellen Hegemonie der gegenöffentlichen Protestmeinung erkennen wir für die Diskussionen am WG-Küchentisch ein funktionales Äquivalent zu den diskursiven Anpassungsstrategien heutiger Fakultätsmitglieder. War es damals die zu erschleichende Gunst der schönen Mitbewohnerin, so finden sich heute die gleichen Verhaltensweisen beim Buhlen um ministeriale Gunst. Was WG-Hänschen gut internalisiert hat, das verlernt auch Prof. Dr. Hans nimmermehr. Die von WG und Ministerium zu beziehenden Gratifikationen bei adäquatem Verhalten differieren zwar, aber das Umschlagen revolutionärer Reden - vor der in ewig leeren Marmeladengläsern stochernden Küchentischrunde - in sexuelle Befreiung folgt derselben Verhaltenslogik wie das Abstimmungsverhalten in Fakultätssitzungen. Dort wird dann lediglich mit dem Ziel der Erlangung oder Verteidigung von Machtmonopolen bei Stellenbesetzungen die Hand gehoben. Ein hinsichtlich der Unmittelbarkeit des Erfolgs zugegebenermaßen bitterer Weg, der uns aber als Grundmuster konservativer Revolutionskritik vertraut scheint. Die Revolution hat gesiegt, aber die Verhältnisse sind irgendwie unverändert. Denn wie schon Lenin (an die Adresse der bürgerlichen Literaten) sagte: "Man kann nicht in einer Gesellschaft leben und zugleich frei von ihr sein." Das einpassungstechnisch bedingte Schicksal von Revolutionen ist systemübergreifend, und wir haben es mit einem immergleichen intellektuellen Kalkül zu tun. Doch, kaum überraschenderweise, ist es regelmäßig nicht die vermeintlich gute Sache, der gedient wird, sondern die Macht anderer. Zu ihr pflegen die Exhibitionisten der Kognition ein laszives Verhältnis. Die Bewertung der bedienten Macht entscheidet darüber, ob die Einpassung als höchst verwerflich, einigermaßen bedenklich oder aber ziemlich clever gilt. Ändern sich die Bewertungen der Macht, etwa infolge von deren Abschaffung, ist dann der immergleiche Umgang mit den (vorangegangenen) Einpassungen zu erleben. Zerknirschte Geständnisse sind Voraussetzung der erneuten Indienststellung der Bußfertigen, nun endlich für die wirklich gute Sache. Aber die Raffgier der Habenden (Standort-Deutschland-Debatte) und die Ohnmacht der Habenichtse (Bündnis für Arbeit) braucht lediglich den ideologischen Kleister, den zusammenzurühren die Kopfarbeiter qualifiziert sind, und so nutzen sie die Einpassungsbereitschaft der Geltungssüchtigen. Doch

heutzutage plötzlich klappt es nicht mehr so ohne weiteres: Einpassungswillen wird erstmals nicht umstandslos honoriert. Während SS-Sturmbannführer a.D. Wilhelm Krelle Verständnis findet, weil er (von der, wie wir wissen, sauberen Wehrmacht) zwangsabgeordnet war und schließlich als bloß stellvertretender Divisionskommandeur nichts mitbekommen habe von Zivilistenerschießungen, weshalb das alles auch nicht in seinen Lebenslauf geschrieben gehöre, und Krelle folglich geeignet ist, die Ostberliner Wirtschaftswissenschaft ab- und aufzuwickeln, währenddessen können die Abgewickelten, die manchmal auch meinten, das eine oder andere sei eigentlich im Lebenslauf entbehrlich, nicht auf so viel Verständnis für ihre Geschichten und weitere Verwendung oder gar standesgemäße Renten hoffen. Doch die DDR war nun einmal einen Zahn schärfer als das Dritte Reich: Nach 1945 mußte man "im Westen nur Hitler und seine Herrschaftsinstrumente beiseite räumen..., und hinter all den Zerstörungen des Krieges kam eine wesentlich intakte Gesellschaft zum Vorschein... Mit der Hinterlassenschaft des sich sozialistisch nennenden Systems verhält es sich genau entgegengesetzt." (W. J. Siedler) Allerdings kann man auch die Zeichen der Zeit erkennen, wie Frau Schipanski etwa, unlängst zur Wissenschaftsratsvorsitzenden erhöht, die mitzuteilen weiß, in der DDR keine Professorin habe werden zu können und erst "1990, nach der Wende" berufen worden zu sein. Die Eingeweihten wissen, daß, wer 1990 berufen worden ist, bereits 1988/89 die entsprechenden kaderpolitischen Genehmigungsprozesse durchlaufen hatte. Der 89er Herbstumbruch war für diesen Vorgang nur ein unerhebliches Ereignis. Er hat die eine oder andere Berufung verhindert, aber 1990 noch keine ermöglicht. Erheblich wird hier der Umbruch erst für die Konstruktion von Biographien. Und da hat Frau Schipanski gezeigt, wie es sich auch machen läßt, wenn man sich nicht allzu dumm anstellt. Die Dialektik der Einpassung scheint ähnlich simpel wie die Dialektik im Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium.

f.g. & p.p.

Wolfgang Bialas (Berlin):

Von der Ausnahmesituation der Intellektuellen Ostdeutsche Diskurse und die Weimarer Republik

Parallelen von 'Weimar' über 'Bonn' bis 'Berlin' werden häufig gezogen. Je nach dem thematischen Zielpunkt solcher historischen Analogien wird dabei entweder die Gefahr eines 'Rückfalls in Weimarer Verhältnisse' oder aber die kulturelle und intellektuelle Blütezeit der 'goldenen zwanziger Jahre' beschworen. Im Hintergrund dieser zwischen Trauma und Faszination schwankenden Retrospektiven steht die Tatsache der politischen Lähmung einer Republik, die nicht in der Lage war, das Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung und ihre legale Übernahme der Macht zu verhindern. Für die DDR-Historiographie wurde in der Retrospektive ein 'Weimarer Verhältnissen' zugeschriebener 'Pluralismus der Beliebigkeit' zur präfaschistischen ideologischen Formation. Kulturelle, intellektuelle und politische Pluralität erschienen dabei als vielfältig schillernde phänomenologische Oberfläche, unter der sich, unbemerkt, verdrängt oder ignoriert von ihren Akteuren, die eigentlichen strukturbestimmenden gesellschaftlichen Basisprozesse abspielten. Als Verharmlosung der faschistischen Gefahr durch

öffentliche und mediale Aufmerksamkeitsverschiebung und Bedeutungsanreicherung ('vermeintlicher') kultureller Vielfalt und ('sogenannter') intellektueller Freiheiten wurde 'Weimar' zum Vorspiel der nazistischen Diktatur erklärt. Bürgerlicher Pluralismus und potentieller Faschismus wurden gleichsam zu Synonymen. Pluralismus schlechthin galt als Zeichen der Schwäche eines in der Anwendung der ihm zur Verfügung stehenden politischen Mittel unentschlossenen Staates, einer Schwäche, die jederzeit von einem entschlossenen, zielbewußten Gegner ausgenutzt werden konnte. Die Weimarer Republik wurde in dieser Diktion stilisiert zur politischen Institutionalisierung der Schwäche, der Illusion von Sozialpartnerschaft, Klassenharmonie und drittem Weg zum Sozialismus. Dieses Bild setzte sich fort in der untergründigen Faszination vom Erfolg der Nazis, deutlich zum Beispiel an historiographischen Versuchen, dem machtpolitischen resp. herrschaftstechnischen Geheimnis dieses Erfolges auf die Spur zu kommen. Hier wurden letztlich all *die* Attribute bemüht, die auch die

DDR und ihre politische Führung für sich beanspruchten oder aber gern in Anspruch genommen hätten. Darüber kann auch der Gebrauch kontrastierender Negativattribute nicht hinwegtäuschen. So wurde etwa Hitler in einem Buch zum 'Ende von Weimar' als halbgebildeter Scharlatan abgefertigt, der jedoch „seine im Schnitt noch weit weniger gebildeten Zuhörer durch den Aufbau wahrer Begriffspyramiden, durch hochtrabende Berufungen auf vermeintliche Urkräfte und eherne Gesetze zu beeindrucken vermochte“. (Ruge 1983, S. 55) Gewürdigt wurde ausdrücklich die „neuartige Versammlungsstrategie“ (Ruge 1983, S. 55) der Nazis, insbesondere aber Hitlers außerordentliches Talent „als Bühnenbildner und gar als Regisseur spektakulärer Superinszenierungen.“ (Ruge 1983, S. 55) In der Erzeugung einer an kirchlichen Zeremonien orientierten Atmosphäre der Erbauung, durchsetzt „mit militärischen Paradeeinlagen“ (Ruge 1983, S. 55), unter Verwendung von „Elementen der von der Arbeiterbewegung hervorgebrachten und ihren kollektiven Behauptungswillen ausdrückenden Demonstrationssymbole“ (Ruge 1983, S. 55) sei es den Nazis so gelungen, eine wirkliche Mischung aus Predigt und Kampfappell zu inszenieren. In den Versammlungen selbst sei schließlich „jede Geste, der Ablauf fast jeder Sekunde vorgeplant und vielfach durchgeprobt.“ (Ruge 1983, S. 57) gewesen. Eben um die Herstellung einer solchen Atmosphäre, um emotional aufgeladene Inszenierungen populistischer Macht, um den Zusammenschluß der Kommunisten zu einer quasireligiösen Kampfgemeinschaft Gleichgesinnter, geschart um charisma-

tische Führer ging es auch der politischen Führung der DDR. In ähnlicher Diktion markierte Jürgen Kuczynski den im Faschismus erreichten Grad an Politisierung der Massen als „einen Höhepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes bis 1945. Nicht nur war die Wahlbeteiligung stets außerordentlich hoch. Auch die ideologische Beschäftigung mit politischen Problemen und die politisch-organisatorische Aktivität erreichten einen Höhepunkt -zum Unglück des werktätigen Volkes.“ (Kuczynski 1983, S. 200) Hohe Wahlbeteiligung und politischer Organisationsgrad, genau diese zur Manipulationsmasse realsozialistischer Statistik verkommene 'Indikatoren' öffentlicher Zustimmung zum politischen System benennen die sensibelsten Bereiche organisierter Legitimationsbeschaffung in der DDR. Als 'Lehre aus Weimar' ließ sich festhalten: Machtpolitische Pattsituationen sind im entschlossenen Zugriff zu lösen. Wer in der Lage ist, die strategische Initiative in solchen Situationen zu erringen, wird belohnt mit der Möglichkeit, künftig selbst Situationen entsprechend eigener Interessen zu definieren und machtpolitisch zu besetzen. Die Verlängerung der Ausnahmesituation zum Normalzustand liegt nahe, um die erneute Öffnung der historischen Situation auszuschließen. Weimar droht und wird gleichzeitig als Ausnahmezustand festgeschrieben. Es bleibt dabei: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“ (Schmitt 1993, S. 13)

Nicht von dieser Art des historischen Vergleichs soll jedoch im folgenden weiter die Rede sein, sondern von der über

ihren Entstehungs- und Wirkkontext hinausreichenden Schärfe intellektueller Denkfiguren, die zur Zeit der Weimarer Republik geprägt wurden. Im Bewußtsein der Grenzen dieser Art von 'Übertragungen' werden solche Denkfiguren genommen, als wären sie für gegenwärtige intellektuellengeschichtliche Problemlagen entworfen worden. Dabei geht es u. a. um

- die Figur des freischwebenden Intellektuellen;
- den Zusammenhang von Ideologie, Utopie und 'geistiger Macht';
- die Funktion der Diskursgemeinschaft als normativer Ausgleichsinstanz zur Ausbalancierung von Nähe und Distanzen und schließlich
- die Ambivalenz der Grenzen einer Diskursgemeinschaft, die sowohl die interne Geltung verbindlicher Normen des Diskurses als auch die Möglichkeit von Austauschdiskursen zu sichern hat. Neben Carl Schmitt und Karl Jaspers ist es dabei insbesondere Karl Mannheim, dessen intellektuellengeschichtliche Überlegungen genutzt werden.

Verständlicherweise überwog in den Debatten um die Zukunft der ostdeutschen Intellektuellen nach 1989 zunächst die Diskussion über deren Vergangenheit, standen Verstrickungen mit dem politischen System des real existierenden Sozialismus, ideologische Selbsttäuschung, Opportunismus und Realitätsverweigerung im Mittelpunkt. Polemische Standortbestimmung, Kommunikationsabbruch und separate Paralleldiskurse in diesen Debatten werden im folgenden jedoch ebenso vernachlässigt wie die theorie- und zeitgeschichtlichen Veror-

tungen der von mir auf den ostdeutschen Kontext übertragenen intellektuellengeschichtlichen Ansätze.

Intellektuellengeschichtliche Überlegungen zur Zeit der Weimarer Republik beschränken sich nicht auf Karl Mannheims Wissenssoziologie und seine immer noch präzente Metaphorik vom 'freischwebenden Intellektuellen'. Die Gefährdungen, Risiken und Chancen intellektueller Existenz waren ein Dauerthema derjenigen Debatten, in denen sich die Intellektuellen der Weimarer Republik Klarheit über ihre Freiräume und Einbindungen, ihre geistesgeschichtlichen Prägungen ebenso wie die Möglichkeiten öffentlicher Interventionen in gesellschaftliche Angelegenheiten zu verschaffen suchten. Eine dieser Gefährdungen liegt in der Ausbildung intellektueller Kulturen, die keinen Bezug mehr zur Erfahrungswelt der Alltagskultur haben. Bilden diese gegeneinander abgeschlossene Bedeutsamkeitskreise, zwischen denen Kommunikation mangels eines gemeinsamen Bezugssystems oder mit gleichen Bedeutungen belegter Begriffe nicht möglich ist, so entsteht eine segregierte Kultur zirkulärer Selbstbezüglichkeit. Die Anerkennung eines je individuellen Weltbildes, einer nach je individueller „Auswahl, Auffassung, Wesentlichkeitsbetonung“ herausgehobenen subjektiven „Wichtigkeitswelt (Bedeutungswelt, Interessenwelt)“ (Jaspers 1994, S. 155) wird dann zur Polarität konträrer Weltbilder. Die einen mögen 'wahr' sein und die Verhältnisse auf ihrer Seite haben, was die anderen nicht daran hindert, auf der Authentizität ihrer Erlebnisse und Erfahrungen zu bestehen, für die in den 'Wahr-

heiten der Sieger' kein Platz ist. Zu einem Austausch der Argumente, zur probeweisen Übernahme der Perspektive des anderen, zur Kommunikation kommt es auf diese Weise nicht.

Von Karl Jaspers kann man lernen, daß Weltanschauungen die Funktion haben, eine Vielzahl nur bedingt vereinbarer Eindrücke nach Kriterien ihrer Funktionalität für die Aufrechterhaltung eines 'psychischen Haushaltes' zu sortieren und dabei zu einem überschaubaren Bild von Welt zu ordnen. Mit dieser Ordnung entsteht eine quasi selbstreferentielle eigene Welt, die mehr ist als die selektive Widerspiegelung einer äußeren Welt, aber auch mehr als die Objektivierung innerer Welten in der Projektion auf einen Gegenstand, mit der Menschen versuchen, auf Distanz zu den Problemen zu gehen, von denen sie sich überfordert fühlen. Auch in ihren Distanzierungen können sie jedoch nicht ohne Nähe leben. Diese suchen und finden sie in Gemeinschaften, deren Rituale eine gemeinsame Weltanschauung zur Modellierung normierter Welten konstruieren. In diesen Welten sorgen Filter der Realitätswahrnehmung und Praktiken kontrollierten Austauschs mit einer als Umwelt auf Distanz gehaltenen Gesellschaft dafür, daß das Mikroklima der Gemeinschaft ungefährdet von äußeren Einflüssen gedeihen kann.

Für eine solche Separierung zur exklusiven Gemeinschaft ist unter Umständen ein hoher Preis zu zahlen: „Der Mensch des isolierten objektiven Weltbildes steht ... unendlich einsam in der Wüste der Werke und Werte“. (Jaspers 1994, S. 155) Diese Einsamkeit sucht er durch

die Sicherheit des geschlossenen Weltbildes zu kompensieren, das es ihm erlaubt, Verantwortung und Sinn an den objektiven Gang der Geschichte zu delegieren. (Vgl. Jaspers 1994, S. 175) Solange eine objektive Eigengesetzlichkeit der kulturellen Welt und das subjektive 'Werten und Wollen' der Menschen zum Dualismus separater Welten verlängert werden, bleiben ihnen nur die Anerkennung eines übermächtigen Determinismus oder aber der dezisionistische Ausstieg aus Kausalitäten als mögliche Reaktionsweisen. Je nach Lebenslage begehren die Menschen dann entweder ohnmächtig gegen diese geschlossene Welt auf oder aber meinen, sie in ihren Visionen von einem guten, wenigstens aber besseren Leben ignorieren zu können. An die Stelle „des konkreten Handelns in augenblicklicher Situation“ tritt dann „das Reden in großen welthistorischen Perspektiven.“ (Jaspers 1994, S. 183) Was der historische Augenblick nicht hergibt, erscheint am Horizont weltgeschichtlicher Perspektiven allemal als möglich. Insbesondere in Zeiten der Krise von Weltbildern wird Welt nur noch als Zerrbild wahrgenommen.

Hier tauchen eine Vielzahl von Motiven auf, die immer dann präsent sind, wenn es darum geht, den sozialen Ort der Intellektuellen zu bestimmen und sozialpsychologisch einzugrenzen, also etwa:

- Einsamkeit und Isolation, die kompensiert werden wollen;
- der Anspruch auf exklusive Definitionskompetenz von Sinn und Bedeutung bei gleichzeitiger Delegierung von Verantwortung und Sinn an die eigengesetzliche Entwicklung anonymer Mächte oder

an politische Funktionsträger;
- schließlich die Generalisierung der eigenen Situation zum universellen Deutungsapriori bei gleichzeitiger weltgeschichtlicher Perspektivierung von Handlungsabläufen und Konstruktion von Vernunftsubjekten.

Für Intellektuelle ist es von entscheidender Bedeutung, sich der Bindungs- und Fliehkräfte bewußt zu werden, die ihre Affinität zu einer bestimmten Gruppe als ambivalentes Spannungsverhältnis konstituieren. „Die Art, wie einer partizipiert, bestimmt, wie er seine Probleme formuliert.“ (Mannheim 1969, S. 42) Die Zugehörigkeit Intellektueller zu einer sozialen Gruppe, deren intuitive Situationsdefinition sie teilen und begrifflich artikulieren, führt zu einer Ausprägung originärer Denkstile. Entsteht eine solche Gruppe erst in der historischen Ausnahmesituation etwa eines gesellschaftlichen Umbruchs, kann sie durch ganz unterschiedliche Merkmale definiert und zusammengehalten werden, so auch durch das gemeinsame Gefühl, ihre Heimat, die Region fraglos Vertrauten und Selbstverständlichen verloren zu haben. Ein solches gemeinsames Schicksal, das als Ausnahmesituation den Normalzustand soziokultureller Selbstverständlichkeiten und die in ihnen geltenden Differenzierungen einfach als bedeutungslos geworden zur Seite schiebt, läßt politische, soziale und kulturelle Unterschiede für den Moment vergessen. Solche historischen Momente eines emotionalen Gleichklangs zwischen Intellektuellen und Nichtintellektuellen sind selten. Im Überschwang des Gefühls positiv aufgehobener Zugehörigkeit sind Intellektuelle

dann nur zu gern bereit, solche Momente zu einer strukturellen Identität zu verlängern. Das erneute Auseinanderdriften der Interessenlagen können sie damit nicht verhindern. Es so lange als möglich hinauszuzögern, schließlich zu ignorieren, versuchen sie dennoch. Der historische Moment, in dem die Aufladung lebensweltlicher Interessen mit außeralltäglicher Bedeutung anzuzeigen scheint, von nun an sei es realistisch, von Partikularinteressen getriebene Menschen als Vernunftwesen zu sehen, ihnen also zu unterstellen, sie seien bereit, ihr Leben höheren Werten zu widmen, im Alltag Verzicht zu üben, Erwartungen an ein besseres Leben, jetzt und sofort, zurückzustellen zugunsten einer ungewissen Zukunft, dieser Moment läßt sich jedoch nicht künstlich verlängern. Der Ausgang des Versuchs, mit dem 'Aufruf für unser Land' eine eigenständige DDR als Projektionsfläche einer solchen intellektuellen Utopie zu entwerfen, zeigte das in aller Deutlichkeit.

Wird das Gefühl, als Fremde im eigenen Land zu einer Existenz ohne eigene Identität gezwungen zu sein, durch eine politische Partei eindeutig besetzt, so hat diese gute Aussichten, zur anerkannten Partei der solcherart Heimatvertriebenen zu werden. Bei den im ostdeutschen Kontext sozialisierten sozial- und geisteswissenschaftlichen Intellektuellen, denen mit dem Ende der DDR nicht nur dieser Kontext, sondern mehrheitlich auch noch das kulturelle Privileg intellektueller Berufstätigkeit genommen wurde, ist es ein doppelter Verlust, den sie zu verarbeiten und zu kompensieren haben. In der PDS sehen viele von ihnen

die Möglichkeit, diesen Doppelverlust durch intellektuelle Tätigkeit für eine sozialistisch zu reformierende DDR zu sublimieren. Das Zusammenspiel von gesellschaftlichen Reformansätzen und Fundamentalkritik an den kapitalistischen Verhältnissen läuft so mehr als fünf Jahre nach ihrem administrativen Ende vielfach genau unter der paradoxen Voraussetzung, als ob es die DDR noch gäbe. Für diejenigen, die sich auf diese Weise engagieren, findet tatsächlich eine innere Befreiung statt, erlauben ihnen diese Simulationen doch, Versäumtes biographisch nachzuholen. Schon, daß sie nicht mehr *der* Partei, sondern einer bestimmten, selbstgewählten angehören, die ihnen immer noch genügend Wiedererkennungseffekte aus früheren Zeiten ermöglicht, ist in seiner Bedeutung für ihr politisches Selbstverständnis nicht zu unterschätzen. Zugleich scheint der nun aus eigener Erfahrung erlebte 'Alltag des gewöhnlichen Kapitalismus' im Nachhinein zu bestätigen, daß es richtig war, an einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus noch in ihrer realsozialistischen Deformationsvariante festgehalten zu haben. Die PDS wird zur ostdeutschen Enklave, zum inneren Exil, in dem der verlorenen Heimat gedacht wird. Ersatzheimat und emotionale Beschwörung des Verlustes zugleich setzt die PDS im identitätsbildenden Rekurs auf eine im Lichte aktueller Misenen in ihren originären Gewichtungen uminterpretierte Vergangenheit. Mit der Konstruktion imaginärer Welten, in denen das reale Chaos pluraler Welten zu neuer Übersichtlichkeit geordnet ist, sichert sie Eindeutigkeiten, ermöglicht sie Zuordnungen und Abgrenzungen, die aus

Unschärfe und Diffusion neue Konturen gewinnen. Kategorien wie Verrat, Treue und Disziplin; Vertrauen, Solidarität und Verschwörung erlauben es wieder, zwischen Freund und Feind zu differenzieren, sich neu zu orientieren, einen Solidarraum wechselseitiger Bestätigung der richtigen Position zu beziehen, der die Gewißheit verleiht, wieder oder immer noch auf der richtigen Seite zu stehen. Vorausgesetzt, an der Rede von der Heimatlosigkeit der Intellektuellen ist mehr als das Kokettieren mit den Ambivalenzen ihres gleichzeitigen Bestehens auf Unabhängigkeit wie öffentlicher Wirkung, so ist diese Situation attraktiv für einen Typus von Intellektuellen, der hier auf eine erwartungsgestimmte Teilöffentlichkeit trifft, die seinen auf diese Öffentlichkeit eingestimmten Interventionen nicht nur Aufmerksamkeit, sondern Bestätigung und Anerkennung mit Verstärkereffekten sichert. Er findet Gehör als 'unabhängiger Intellektueller' der, frei von der massenmedialen Rhetorik des 'DDR-Unrechtsstaates', der 'blühenden Landschaften' und 'ostdeutsch besonders eng geknüpften sozialen Hängematten' auf die Schattenseiten der Vereinigung verweisen kann. Aber nicht darum soll es gehen, sondern um die intellektuellsoziologische Seite dieses spezifisch ostdeutschen Bündnisses von Geist (Losigkeit) und (Ohn-)Macht.

Bezogen auf die Produkte, die diesem Bündnis erwachsen, ließe sich mit Karl Mannheim zunächst gegen die These argumentieren, daß die Genesis des Wissens unter allen Umständen geltungsirrelevant sei. (Vgl. Mannheim 1969, S. 251) Der Entstehungskontext des Wis-

sens prägt dessen Inhalt, ohne in ihm aufzugehen. Wichtiger noch als der Kontext, in dem es entsteht, ist der Zusammenhang, in dem es Wirkung entfaltet, Bestätigung erfährt, Erwartungen bedient oder neu erweckt, auf einen bereiteten Boden trifft, der Zustimmung und Anerkennung sichert. Wie nun sähe die Analyse aus, stünde sie unter einem intellektuellengeschichtlichen Ansatz, für den „alle Kontexte ihrerseits Konstrukte textueller Natur sind“? (Jay 1989, S. 32) Diese Frage ist keineswegs nur hypothetisch, sondern beschreibt den Sonderfall eines strukturell gesicherten Interpretationsmonopols einer nach außen abgeschlossenen Gemeinschaft. „Homogenität der Denkbasis und die Abgeschlossenheit des Sensibilitätskreises“ (Mannheim 1982, S. 339) - der unproblematischen, verlässlichen und jedem Angehörigen der Gemeinschaft mitvollziehbaren lebensweltlichen Intuitionen - sind Kennzeichen einer solchen Gemeinschaft. „Die Denkbasis ist in einem auf Monopolsituation basierten Denken vorgegeben ... Das Denken bewegt sich vorwiegend in Textinterpretationen und nicht im Gebiete der Seinsinterpretation und ist sie vorhanden, so erhält auch die Seinsinterpretation mehr oder minder einen textinterpretativen Charakter.“ (Mannheim 1982, S. 339) Gesellschaftliche Gebilde, historische Ereignisse werden unter solchen Bedingungen als Texte behandelt, deren konsensuelle, für die Gemeinschaft verbindliche Interpretation ihren Zusammenhalt stiftet. Das Sein als Text, die verbindliche, kanonisierte Interpretation ausgewählter Texte als sinnstiftende Instanz einer Gemeinschaft, die durch solche Interpretationen ihre

Grenzen konstituiert. Kennzeichen dieser Grenzen einer ideologischen Diskursgemeinschaft, denn um eine solche handelt es sich, ist das kaum unterscheidbare Ineinanderübergehen textueller und ontischer Versatzstücke zu einer Textsorte eigener Art, eben dem 'Seinstext', der einen Status idealtypischen Seins beansprucht. Dieses idealtypische Sein wirkt als Filter selektiver Realitätswahrnehmung ebenso wie als Projektionsfläche gemeinschaftsstiftender Phantasien. Es ist durch Realität prinzipiell nicht zu erschüttern. Die Gemeinschaft selbst wird zum Text, der von ihr nach eigenen grammatischen Regeln erst geschrieben wird. Als Schreiber, Zensor, normative Instanz und Produkt in einem wird sie zum geschlossenen Raum des zirkulären Diskurses.

Es ist ein Gemeinplatz, daß Intellektuelle noch in sozial freischwebender Existenz nicht im luftleeren Raum sich selbst genügender autonomer Produktion leben. Die Partikularität und Fragmentierung ihrer sozialen Existenz können sie durch deren geistige Universalisierung zur ideellen Vernunftgemeinschaft kompensieren, einer im Prinzip räumlich und zeitlich universellen Kommunikationsgemeinschaft. Sie sind dann in der Lage, fehlende *reale* Bindungen durch ein dicht geknüpftes Netz *ideeller* Bindungen auszugleichen, ohne deshalb den Anschluß an aktuelle Problemlagen ihrer eigenen Gesellschaft verlieren zu müssen. Intellektuelle bewegen sich, ob ihnen das nun bewußt ist oder nicht, im Spannungsfeld von Macht und Geist. Ihr Selbstverständnis beziehen sie dabei vorzugsweise aus einer Kritik der 'Geistlosigkeit der Macht',

die geeignet erscheint, die Machtlosigkeit des Geistes zur kulturellen Tugend zu erklären. Wer sich nicht einläßt mit den Mächtigen, muß auch nicht befürchten, von ihnen verstoßen, gemäßregelt oder in die Verantwortung genommen zu werden. Für diese ihrerseits ist es dann ein leichtes, innerlich unangefochten vom 'Geklaffe der Pinscher' ihre Kreise zu ziehen. Politik und intellektuelle Diskurse bewegen sich in je eigenen Kraftfeldern, deren konzentrische Kreise sich jedoch berühren. Solche Berührungen lassen sich minimieren, sie werden aber auch von beiden Seiten provoziert.

Von seiten der Intellektuellen sind unterschiedliche Motive solcher Provokationen denkbar. Zwei konträre Varianten, nach denen sich das intellektuelle Feld der Weimarer Republik hier ohne vorschnelle politische Zuschreibungen differenzieren ließe, möchte ich im folgenden skizzieren. Als Rückzug in die reine Sphäre geistiger Produktion oder aber Stilisierung zum intellektuellen Gewissen ihrer Zeit, für das es keine neutralen Bereiche gibt, deren Entwicklung dem Selbstlauf zu überlassen wäre, scheint diese Alternative ein zeitlos gültiges intellektuellengeschichtliches Differenzierungskriterium bereit zu stellen. Die Realität intellektueller Debatten findet natürlich jeweils in Grenzüberschreitungen und Mischformen solcher idealtypischer Generalisierungen statt. Ein Motiv hat Carl Schmitt mit dem 'subjektivierten Occasionalismus' der politischen Romantik benannt, das Motiv nämlich, an der Welt als Anlaß und Gelegenheit die eigenen Produktivität zu steigern. (vgl. Schmitt 1991, S. 23) Sowohl die Bindung an

Normen aber auch der Sachzwang kalkulierbarer Ursachen werden mit dieser Flucht aus sozialen Verbindlichkeiten aufgekündigt. (Vgl. Schmitt 1991, S.22) „Aus immer neuen Gelegenheiten entsteht eine immer neue, aber immer nur occasionelle Welt, eine Welt ohne Substanz und ohne funktionelle Bindung, ohne feste Führung, ohne Konklusion und ohne Definition, ohne Entscheidung, ohne letztes Gericht, unendlich weitergehend, geführt nur von der magischen Hand des Zufalls“ (Schmitt 1991, S. 25), eine Welt, in der „das ästhetisch produzierende Subjekt das geistige Zentrum in sich selbst verleg(t)“ (Schmitt 1991, S. 26) hat. Verantwortung trägt es dann nur für sich und die Aufrechterhaltung seiner intellektuellen Produktionsbedingungen. Konträr zu einer solchen Ästhetisierung intellektueller Existenz steht der programmatische Appell Kurt Hillers aus dem Jahre 1916 an eine universelle Verantwortung der Intellektuellen: „Die Geistigen - was bedeutet das? Es bedeutet...: Die, die sich verantwortlich fühlen. ... Verantwortlich heißt hier: zur Rechenschaft ziehbar - nicht für das Vergangene, aber für Zukünftiges. Sich verantwortlich fühlen: das Erlebnis einer Sendung tragen; an der Welt fruchtbar leiden; von der Idee, sie zu verbessern, besessen sein - ohne zu überlegen, ob Befolgung der Idee auch dem Privatdasein Besserung bringe.“ (Zitiert nach Bering 1978, S. 82) In dieser Bestimmung wird der Intellektuelle zum Seismographen weltlicher Misere, die er exemplarisch und mit gesteigerter Intensität erleidet. Die sozialpsychische Symptomatik dieses symbolischen Leidensprozesses ist unter dieser Voraussetzung der Ausgangs-

punkt intellektueller Sublimierung zur Analyse und Interpretation der als solche ausgemachten Misere.

Den 'Fluch der guten Sache' und die 'klassische Schwäche des reinen Intellektuellen' hat Dolf Oehler eine solche Selbststilisierung zur moralischen Instanz genannt: „Sobald es dem Intellektuellen nicht mehr um die Sache, sondern allein noch um die gute Sache geht, (er also) ... für die gute Sache denkt, vertauscht (er) den Status des Denkers mit dem des Ideologen.“ (Oehler 1984, S. 181f.) Hier ist es der Typus des reinen Intellektuellen, der sich aus Interessenkonflikten herauszuhalten sucht, um desto sicherer von ihnen eingeholt zu werden, dessen Affinität zu ideologischer Indienstnahme herausgestellt wird. Seine vermeintliche Stärke, um 'das Gute' schon vorab zu wissen, macht ihn blind für die Ambivalenzen der Sache selbst und schlägt um zu seiner Schwäche, auf Rhetoriken des Guten fixiert zu sein, die ihm zur Bestätigung seines guten Gewissens gerade recht kommen. Er fühlt sich aufgehoben in der Gemeinschaft derer, die stets nur das Gute wollen, um doch immer wieder von der Widrigkeit der Umstände oder der Borniertheit unaufgeklärter Massen ereilt zu werden.

Mit Karl Mannheims idealtypischer Bestimmung eines 'freischwebenden Intellektuellen' als dem Soziotyp eines kritischen Intellektuellen scheint ein überzeugendes Gegenmodell zum vorab auf gesellschaftliche Funktionalität eingestimmten Intellektuellen vorzuliegen. Die soziale Zwischenlage der Intelligenz ist dabei für ihn Voraussetzung ihrer gruppenspezifischen Fähigkeit, "die soziologischen

Hintergründe aller Gruppenideologie, auch ihrer eigenen, zu durchschauen." (Tillich 1982, S. 452) Aber auch diese intellektuellengeschichtliche Kunstfigur bietet keine Garantie gegen politische Instrumentalisierung. Mit der Polarität von sozial freischwebender Existenz und politischer Instrumentalisierung ist die soziale Lage der Intellektuellen nur unzureichend beschrieben. Sie entscheidet sich in der Tat durch die gesellschaftlich bedingte Art und Weise, in der Erkenntnisse produziert werden und zirkulieren, in der sie soziale Bedeutungen akkumulieren und transformieren. Auch die Frage, nach welchen Regeln Erkenntnisse die Grenzen der Diskursgemeinschaft passieren, um öffentlich nach wieder anderen, nicht vorrangig expertenkulturellen Kriterien wirksam zu werden, ist wissenschaftssoziologisch von außerordentlicher Bedeutung.

Wenn das so ist, dann kann etwa die Frage nach den Wahrheits- und Geltungskriterien dieser Erkenntnisse nicht mehr unabhängig von der nach den Konstitutionsbedingungen wissenschaftlicher Rationalität gestellt werden. Bevor ihre Erkenntnisse auf dem medialen Markt der Ideen und Konzepte frei zirkulieren können, müssen Intellektuelle zunächst die Hürden der Diskursgemeinschaft nehmen, deren Rationalitätsstandards sie in der „Konkurrenz im Gebiete des Geistigen“ (Mannheim) für die Durchsetzung 'ihrer' Wahrheiten zu mobilisieren gedenken.

Wenn Wahrheiten „nur in einer bestimmten Erlebnis- und Erfahrungsgemeinschaft aktualisiert werden“ (Mannheim 1980, S. 242) können, so gelten sie nur

für Angehörige dieser Gemeinschaft. Ihre Geltung hat dann gemeinschaftskonstitutive Bedeutung. Außerhalb dieser Geltungsgemeinschaft verliert sich ihre Bedeutung. Die Aktualisierung dieser Wahrheiten erfolgt als Mobilisierung der Gemeinschaft. Sie dient dazu, diese Gemeinschaft nach innen zusammenzuschließen und gleichzeitig nach außen abzugrenzen. 'Wahrheiten' heißen diese identitätsbildenden Gemeinschaftsnormen deshalb, um ihren universellen Geltungsanspruch zu unterstreichen. Zum Selbstverständnis einer Gemeinschaft, die ihre Angehörigen auf 'Wahrheiten' verpflichtet, gehört der Anspruch einer über die Grenzen der Gemeinschaft hinausweisenden Funktion für eine Pluralität von Gemeinschaften bzw. die Gesellschaft als ganze. Die Verpflichtung auf Wahrheit schließt die Verpflichtung ein, 'in der Wahrheit' als exemplarische Gemeinschaft zu leben.

Einen anderen Weg, vermeintlich für den Erkenntnisprozeß funktionale Begriffe durch eine Differenzierung von kulturellen Perspektiven zu problematisieren, geht Mannheim in der Unterscheidung von aufeinanderbezogenen Subjekt- und Bedeutsamkeitskreisen. An die Stelle erkenntnistheoretischer Allgemeinbegriffe setzt er kulturell gebundene Begriffe. Die kulturelle Gebundenheit dieser Begriffe begründet er mit einer Art existenzialepistemologischer Funktionalität soziokultureller Gemeinschaften. Als existenzielle Zentren ihrer Angehörigen wird in diesen zugleich über die generelle Möglichkeit, aber auch über die mögliche, das heißt, für die Gemeinschaft funktionale Systematisierung und Strukturie-

rung von Erfahrungen entschieden. Erkenntnis bleibt auf die Gemeinschaft bezogen, ist in 'konjunkativen Begriffen' aufgespeicherte Gemeinschaftserfahrung. Mit ihrer Hilfe entwickelt die Gemeinschaft eine Art kollektives Gedächtnis, dessen Aktualisierung nur Angehörigen der Gemeinschaft möglich ist. Historische Erinnerung dient der Vergewisserung einer spezifischen Gemeinschaftsidentität. Sie sichert die mögliche Weitergabe von Erfahrungen, die sich als nützlich für die Gemeinschaft erwiesen haben und ermöglicht die Identifizierung Gemeinschaftsfremder, die keinen Zugang zu diesem historischen Gedächtnis der Gemeinschaft haben. Die zu einem kulturellen Gedächtnis der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Erfahrungen und Erkenntnis sind außerhalb der Grenzen der Gemeinschaft ohne Wert, nicht nur funktionslos, sondern geradezu dysfunktional. (Vgl. Mannheim 1980, S. 226)

Die für historisches Erkennen adäquate Subjektkonstruktion ist für Mannheim „nicht das übergemeinschaftliche Ich, das Bewußtsein überhaupt, sondern das kollektive Gemeinschaftssubjekt in uns.“ (Mannheim 1980, S. 239) Das Erkenntnissubjekt repräsentiert die Gemeinschaft, deren Orientierungen es zu einer Normkognitiver Rationalität transformiert. Vorausgesetzt, der Bedeutungsgehalt von Erkenntnissen wird an ihrer „Funktionalität für eine besondere Gemeinschaft“ (Mannheim 1980, S. 236) festgemacht, so steht die Frage, wie diese verschiedenen Wahrheiten miteinander kommunizieren können. Ihre Kommunikation ist jedoch nur unter der Bedingung zugelas-

sen, daß dadurch die Stabilität der eigenen Diskursgemeinschaft nicht gefährdet wird. Zugelassen ist also funktionale Kommunikation. Das, was sie schon immer wußten, soll den mit Angehörigen anderer Gemeinschaften Kommunizierenden noch einmal bestätigt werden. Ausgetauscht werden Informationen, Erfahrungen, Wertungen und Interpretationen, die, verfremdet durch die Perspektive der eigenen Gemeinschaft, befremdet zur Kenntnis genommen, keinesfalls aber einfach übernommen werden. Die eigenen Vorurteile werden aneinander gefestigt, die eigene Diskursgemeinschaft geht gestärkt aus der lediglich symbolischen Konfrontation mit gemeinschaftsfremden Perspektiven hervor. Sozial anderer Erfahrungen werden auf diese Weise nicht akkumuliert. Dazu müßten diese in den Kontext anderer 'Subjekt- und Bedeutsamkeitskreise' übersetzt werden, um mit Mannheim zu sprechen. Erst dann würde Kommunikation zum Transfer perspektivischer Bedeutungen in den Geltungs- und Erfahrungsraum anderer Perspektiven.

Noch immer wird zum anderen die Isolierung der Intellektuellen als Bedingung dafür benannt, sich zum exemplarischen Vernunftsubjekt zu stilisieren: „Die Diskursrituale der Intellektuellen führen“, so eine These in diesem Zusammenhang, „erst dann zu ... Durchbrüchen in einer bestimmten Problemgeschichte, wenn sie mit besonderen Formen der kommunikativen Isolierung, und nicht nur der sozialen, sondern auch der individuellen Abgeschlossenheit verbunden sind. Erst wenn der Diskurs ins Leere läuft und keine Antwort erhält, findet er das Allge-

meine. ... Die Intellektuellen müssen sich nicht nur von anderen sozialen Gruppen, sondern auch von den weltlichen Erfordernissen der Situation abkoppeln, und ihre 'freischwebende' Lage selbst erzeugen, um so zu Beschreibungen des gesellschaftlichen Allgemeinen vordringen zu können.“ (Giesen 1993, S. 85) Da ist er wieder, der einsame Denker der im luftleeren Raum der Abstraktionen nach der Wahrheit sucht. Unangefochten von dem 'Treiben der Menge', den Turbulenzen des Tages, den Erwartungen und Reaktionen eines Publikums folgen sie unbeirrbar und intuitiv ihrer inneren Stimme, die ihnen zuverlässig sagt, welchen Weg sie zu gehen haben. Dieser Weg führt sie heraus aus dem Alltag, von dem gewöhnliche Sterbliche belästigt werden, in den Bedeutungsraum außeralltäglicher Konstruktionen. Hier können sie sich profilieren: als 'Funktionäre des Weltgeistes', als 'Bürger einer Republik des Geistes', als 'exemplarische Gestalten eines Weltreichs der Vernunft und Gerechtigkeit'. Außeralltägliches Verhalten wird ihnen zur Gewohnheit, Theorie zur exemplarischen Praxisform, die für die Profanität alltäglicher Verrichtungen und Erfordernisse wenn nicht Verachtung, so doch nur geringes Interesse entwickelt.

Die Fähigkeit, mit sicherer Urteilskraft und Kampfesmut in öffentlichen Angelegenheiten zu intervenieren - das im Umfeld der Dreyfussaffäre herausgearbeitete Kriterium der Zugehörigkeit zur Schicht der Intellektuellen (vgl. Bering 1978, S. 41) - bilden sie in dieser Lage nicht aus. Allerdings liegt es auch nicht in der Absicht dieses Typus von Intellektuellen, das freie Schweben über den profanen

Niederungen des Geistes vor der Zeit aufzugeben. Sie ahnen, daß dieses Schweben jederzeit in den freien Fall übergehen könnte.

Für Mannheim ist der in einer experten-kulturellen Gemeinschaft geltende Normativitäts- und Rationalitätskonsens Ausdruck der sozialen Funktionalität von Bedeutungen, die sich vom 'kollektiven Gemeinschaftssubjekt außer uns' zu solchen des 'kollektiven Gemeinschaftssubjekts in uns' transformiert haben. Historische Erkenntnisse geben damit einem theoretisch geschulten und für diese Zweigleisigkeit historischer Erkenntnisse sensibilisierten Beobachter nicht nur Auskunft über den explizit verhandelten Gegenstand. In sozial- und geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen objektiviert sich zugleich die methodische Rationalität einer Erkenntnisgemeinschaft, die Normen und Kriterien interner Vergemeinschaftung begründet. Und nicht nur das. Auch die soziale und kulturelle Stellung dieser besonderen Gemeinschaft geht in diese Erkenntnisse ein. Nur vermittelt über ihre Funktionalität für die Gemeinschaft, die Reproduktion ihrer internen Geltungskriterien und Normen der Rekrutierung von Mitgliedern kann die soziale Funktionalität von Bedeutungen konstruiert und tradiert werden. Die binnenkulturelle Rationalität der Gemeinschaft wirkt als Filter von sozialen Bedeutungen, kann diese also sowohl verstärken als auch schwächen oder ganz absorbieren.

Es gibt Gesetze des intellektuellen Milieus, die durchschlagend sind. Als funktionale Praktiken haben sie den Status selbstverständlicher Regeln, die jeder

einzuhalten hat, der Zugang zu diesem Milieu beansprucht. Zu diesen Regeln gehört eine Zirkularität, die dafür sorgt, daß in dem Kreislauf der Ideen und Interpretationen Verstärkereffekte wirksam werden, die diesen in einer durch Sensationen und die Normalität des Spektakulären übersättigten Öffentlichkeit dennoch immer wieder Aufmerksamkeit sichern. Dazu reicht es bei weitem nicht aus, nach den jeweiligen disziplinären Standards Erkenntnisse zu produzieren, die für sich beanspruchen können, wahr zu sein. Entscheidend ist ihre mediale Aufbereitung, sind Strategien ihrer öffentlichen Präsentation, die erfolgreich Kontraste setzen.

Initiationsrituale zur Aufnahme in die Gemeinschaft und Ausschließungspraktiken zur Ahndung von Verstößen gegen ihre Regeln sichern, daß ihre Angehörigen unter sich bleiben. Die Akzeptanz durch die eigene Gemeinschaft tritt an die Stelle eines nur noch zitierten Adressaten außerhalb dieser Gemeinschaft. „Zugehörigkeit wird ... durch die kompetente Teilnahme an besonderen Formen der Kommunikation bewiesen. Diese besonderen Rituale der Kommunikation unter Intellektuellen ... stiften ... die Besonderheit der intellektuellen Lebensform.“ (Giesen 1993, S. 77) Das, was Mannheim auf die 'Kennerschaft' als spezifischer Form der Erfahrungsgemeinschaft eingeschränkt hatte, daß nämlich die Erfahrungen derjenigen, die dieser Gemeinschaft angehören, „nur einem kulturell eng geschlossenen Kreise mitteilbar gemacht werden können“ (Mannheim 1980, S. 241), daß es einer gemeinschaftsspezifischen Bildung und

intellektuellen Sozialisation bedarf, um der internen Kommunikation folgen zu können, daß also die im Kontext dieser Gemeinschaft aktualisierbaren Erfahrungen „ihren Sinn aus ihrer Bezogenheit auf einen bestimmten von einer Gemeinschaft getragenen Erfahrungszusammenhang erhalten“ (Mannheim 1980, S.241), all das läßt sich m. E. für jede Art von Virtuositygemeinschaften generalisieren, für Gemeinschaften also, die ihren Angehörigen die Simulation außeralltäglicher Existenz ermöglichen. Kann diese außeralltägliche Existenz wie im Falle des real existierenden Sozialismus der untergegangenen DDR an die retrospektive Aktualisierung von Lebensformen anknüpfen, die zwar ihren sozialen Sinn verloren haben, im historischen Gedächtnis jedoch immer noch präsent und biographisch prägend sind, so steht dem Entwurf einer Welt gemeinschaftseigener Bedeutungen, die beides zur Gleichzeitigkeit zusammenzieht, nichts mehr im Wege. Mitteilbar, evident und zwingend einsichtig, so Mannheims Terminologie zu dieser Bedeutungswelt, sind die in solchen Gemeinschaften produzierten 'Wahrheiten' nur für diejenigen, die zu ihrer Aufnahme entsprechend kulturell sozialisiert sind. Als gesellschaftliche Situationsdefinitionen, politische Orientierungen und retrospektive Sinnzuschreibungen bestimmen sie normative Standards dieser Gemeinschaft, deren Anerkennung über Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit entscheidet. In solchen Sinnzuschreibungen geht es nicht nur um Ereignisse, sondern auch und vor allem um die Aktivitäten und Unterlassungen historischer Subjekte, deren Berechtigung im Nachhinein gegen auf-

kommende Zweifel unterstrichen werden soll. Mit ihrer Hilfe wird geistigen Gehalten, historischen Ereignissen oder subjektivem Handeln retrospektiv ein Sinn zugeschrieben, der den Zeitgenossen so nicht präsent war. Rechtfertigen lassen sich diese retrospektiven Sinnzuschreibungen im Anschluß an Mannheim mit dem Verweis auf die Undurchsichtigkeit der Seinsfunktionalität geistiger Produktion zum Zeitpunkt dieser Funktionalität. Eine solche Rechtfertigung wird jedoch sehr schnell zur Generalabsolution für jede Art opportunistischer Bedienung politischer Erwartungen an intellektuelle Dienstleistungen. Im sozialistischen Parteiintellektuellen, dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet, dessen Beförderung durch seine Zugehörigkeit zur 'Partei des Fortschritts' verbürgt schien, hatte dieser Typus des 'intellektuellen Funktionärs' exemplarische Gestalt angenommen. Ein parteiischer Funktionalismus kann dann in der Retrospektive zu einem Substantialismus der Vernunft erklärt werden, die sich nun einmal, wie wir seit Hegel wissen, als Eule der Minerva erst in der Dämmerung zum weltgeschichtlich folgensweren Flug erhebt. Als Funktionsträger einer von den Konjunkturen des Zeitgeistes unbeschwerten historischen Vernunft entzieht sich das Handeln seiner Vertreter moralischer oder politischer Bewertung. In einer systematischen Verklammerung von Ideologie und Funktionssinn wird diese heroische Partikularisierung traditionsbildend. Wird sozial- und geisteswissenschaftliche Theorie mit der Aufgabe konfrontiert, sozial übergreifenden Sinn zu konstituieren und exemplarische Erfahrung zu generalisieren, so wird damit

unterstellt, die Produzenten dieser Theorie seien als reflexionsfähige Monaden in der Lage, aus einer Perspektive distanzierter Beobachtung zeitgeschichtliche Problemlagen zu Variationen geschichtsphilosophischer Konfigurationen zu verfremden und dadurch zu entschärfen. Diese stilisieren sich dabei zu Vernunftsubjekten, die von den existentiellen Dimensionen solcher Probleme nur am Rande tangiert werden. Der soziokulturellen Prägekraft dieser Probleme entziehen sie sich durch deren theoretische Bearbeitung aus der Distanz des nicht Betroffenen. Zur kulturellen Funktion von Theorie wird aus dieser Sicht ihre Fähigkeit, artifizielle Räume freier Selbstbestimmung zu entwerfen und zugleich den Zugang zu diesen konstruierten sozialen Welten in einer Weise zu regeln, die intellektuelle Sozialisation prämiiert.

Nur ausnahmsweise, in krisenhaften gesellschaftlichen Umbruchsituationen wird die Determinationskraft subjektiv nicht verfügbarer Umstände aufgebrochen zur offenen historischen Situation, in der

Literatur

- Bering, Dietz: Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes. Stuttgart 1978
Giesen, Bernhard: Die Intellektuellen und die Nation. Frankfurt am Main 1993
Karl Jaspers: Psychologie der Weltanschauungen. (1919) München, Zürich 1994
Jay, Martin im Gespräch mit Marion Janzin und Joachim Günther, in: *Spuren* Nr. 26/27, Febr./März 1989, S. 30-34
Kuczynski, Jürgen: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Bd. 5: 1918-1945. Berlin 1983
Mannheim, Karl: Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen. (1929) In: Volker Meja und Nico Stehr (Hg.): Der Streit um die Wissenssoziologie. Erster Band: Die Entwicklung der deutschen Wissenssoziologie. Frankfurt am Main 1982, S. 325-370
Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie. (1929) Frankfurt am Main 1969
Mannheim, Karl: Strukturen des Denkens. Frankfurt am Main 1980
Oehler, Dolf: Der Fluch der guten Sache. Paradox über den Intellektuellen. In: *Neue Rundschau* 1/2 1984, S. 170-186
Ruge, Wolfgang: Das Ende von Weimar. Berlin 1983
Schmitt, Carl: Politische Theologie. (1922) Berlin 1993
Schmitt, Carl: Politische Romantik. (1925) Berlin 1991
Tillich, Paul: Ideologie und Utopie. (1929) In: Volker Meja und Nico Stehr (Hg.): Der Streit um die Wissenssoziologie. Zweiter Band: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main 1982, S. 451-458
Weber, Max: Politik als Beruf. (1919) In: Ders.: Gesammelte Politische Schriften. Tübingen 1988, S. 505-560

Subjekte mit einiger Aussicht auf Erfolg intervenieren können. In solchen Situationen allerdings ist das riskante, zivil couragierte und verantwortliche Handeln historischer Subjekte gefragt und zeitigt Folgen, die zu anderen Zeiten ausbleiben. Nur in „außeralltäglichen, also revolutionären“ (Weber 1988, S. 515) Zeiten hat eine Orientierung an außeralltäglichen Werten die Chance, den Alltag von Menschen sinnhaft zu strukturieren. Nur in ihnen erneuert sich kurzzeitig die Illusion, Menschen seien in der Lage, ihrem Leben einen die Umstände transzendierenden Sinn zu geben. Es sei also nicht nötig, sich damit zu bescheiden, symbolischen Protest gegenüber einer „irrationalen(n) Welt des unverdienten Leidens, des ungestraften Unrechts und der unverbesserlichen Dummheit“ (Weber 1980, S. 554) zu artikulieren.

Wolfgang Bialas, Dr. phil. habil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der MPG-Forschungsgruppe "Wissenschaftskulturen im Kommunikationsprozeß (20. Jh.)" am Institut für Philosophie der Universität Potsdam

Gerd Dietrich (Berlin):

Karrieren im Schnellverfahren: die HJ-Generation in der frühen DDR

„Du mußt die Führung übernehmen“

Mit diesem Refrain aus Brechts „Lob des Lernens“ als Überschrift: berichtete „Neues Deutschland“ von der feierlichen Eröffnung der Berliner Arbeiter- und Bauernfakultät am 1. Oktober 1949. Zeitgemäß umgeschrieben prangte die Losung „Lerne Arbeiter und Bauer, du mußt die Führung übernehmen!“ an der Stirnseite des Auditorium Maximum der Humboldt-Universität. Rektor Walter Friedrich sagte: „Die Arbeiter- und Bauernfakultät soll eine Stätte der Pflege der Wissenschaft sein, die dem Volke verbunden ist.“ Ihr Direktor Erich Hanke betonte: „Mit Hoffnung und Vertrauen blicken wir auf Ihre Entwicklung. Denken Sie immer daran, daß es der Fleiß von Millionen Werktätigen ist, der Ihnen das Studium ermöglicht. Lernen und arbeiten Sie also im Interesse des Volkes.“¹

In dieser knappen Episode ist alles enthalten, was mich unter dem Thema „Karrieren“ beschäftigt: die besondere Chance einer jungen Generation zu beruflichem und sozialem Aufstieg; der anfängliche Mythos von der Jugendlichkeit

und Wissenschaftlichkeit der ostdeutschen Gesellschaft; die rasche Entstehung einer neuen Dienstklasse, drapiert mit der alten Illusion, daß das 'Heer der Sklaven' aufwache; die Macht der Funktionäre und deren Funktionieren im eigenen Interesse, das man als das Interesse des Volkes ausgab. In den Erinnerungen der 'Aufbau-Generation' der DDR wird all das „als Moment einer einmaligen, historisch legitimierten Umwälzung“ verklärt.² Bei genauerem Hinsehen jedoch ergibt sich, daß jene positiven Erfahrungen „nicht system- oder programmspezifisch“ waren, sondern „auf die Lasten der Nachkriegszeit und auf den Aufstieg von Proletariern in erster Generation zurückwiesen“.³ Studium und Führung übernehmen aber brachte nicht nur die sozialen Möglichkeiten, sondern auch die psychischen und moralischen Widersprüche zum Ausdruck. Denn die Antinomien zwischen Lernen und Führen, zwischen Unterschichtvergangenheit und Elitenzukunft, zwischen politischer Starrheit und sozialer Mobilität blieben unauflösbar.

Chance einer Generation

Dieser Beitrag stellt Überlegungen und erste Ergebnisse eines größeren Forschungsprojekts zur Sozial- und Mentali-

tätsgeschichte der Funktionseiten der DDR vor. Damit werden zum einen die Analysen der zentralen politischen Elite

der SED⁴ fortgeführt und um staatliche und gesellschaftliche Funktionsträger erweitert, zum anderen soll der Erkenntniswert solcher Analysen in Verbindung mit generationsspezifischen und mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen erhöht werden.

Hier geht es zunächst um die sozialen Aufsteiger aus der 'HJ-Generation', um die Jahrgänge 1919 bis 1929. Sie stellen eine politische und politisierte Generation dar, wie sie in der deutschen Geschichte ihresgleichen sucht. Der Schnitt Jahrgang 1919 resultiert aus einer gewissenmaßen politischen Bestimmung der 'Unschuld' der Jugend: 1947, zuletzt am 17. März 1947 in Thüringen, nahmen die Landtage in der SBZ ein „Gesetz über die Gleichberechtigung der Jugend“ an, in dem sie festlegten, daß alle Jugendlichen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren wurden und die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, im öffentlichen Leben als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden, sofern sie keine höheren Funktionen waren oder Verbrechen begangen hatten.⁵ Jahrgang 1929 ergibt sich aus dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als noch die Sechszehn- bis Siebzehnjährigen der Jahrgänge 1928 und 1929 zu Kampfeinheiten des Reichsarbeitsdienstes und zur Wehrmacht eingezogen wurden. Die Erfahrungen des Krieges, die hohe Zahl an Toten und die für viele folgende Kriegsgefangenschaft unterschieden diese Generation beträchtlich

„Jugend“: Krise und Image

Für große Teile dieser Generation bildeten zunächst die Jahre 1943 bis 1949/

von den nach 1930 Geborenen, jener Generation der sog. 'weißen Jahrgänge'. Als die DDR gegründet wurde, war die Jugendgeneration der Jahrgänge 1919 bis 1929 in den besten Jahren. Am 31. August 1950 hatte die DDR etwa 11.646.100 Einwohner im arbeitsfähigen Alter, die Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren stellte zu diesem Zeitpunkt 2.032.666 Einwohner. Das waren 17,45 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und 11,05 % der Gesamtbevölkerung.⁶ Die DDR wurde natürlicherweise das größte Stück ihrer Biographie. Um den Anteil dieser Generation an den Führungskräften und Prominenten in der DDR-Geschichte annähernd bestimmen zu können, wurden die einschlägigen und neueren Lexika bzw. Nachschlagewerke analysiert.⁷ Das Ergebnis der Auszählung ergibt eine ziemlich eindeutige *Dominanz* dieser Generation. In jedem dieser Lexika, obwohl nach recht unterschiedlichen Kriterien aufgebaut, stellt die Generation der Jahrgänge 1919 bis 1929 die größte Gruppe der Biographien. Während sie bei Buch ca. 44,78 % ausmacht, sind es bei Cerny 26,01 %, bei Herbst/Ranke/Winkler 35,85 % und bei Barth/Links/Müller-Enbergs/Wielgohs 25,92 %. D.h. aus ca. 11 % der Einwohner und ca. 17 % der arbeitsfähigen Bevölkerung der DDR kamen also etwa 25 bis 45% der 'Oberschicht'. So ist die Feststellung sicher nicht unbedeutend, daß mindestens ein Drittel der Macht- und Funktionsebenen der DDR jener Generation entstammte.

1950 - so Rolf Schörken - eine einschneidende „kollektive Krise“: Da waren ein

„Bewußtsein der verlorenen Jahre“, „Gefühle des Betrogenseins“ und ein allgemeines „Opfer“-Bewußtsein verbreitet. Diese Generation verband ein existentielles „Erschrockensein“ über den Zusammenbruch der gewohnten Welt, die Verbrechen des Nazi-Regimes und nicht zuletzt über die eigene Verführbarkeit. Insgesamt herrschte eine Gefühlslage von Apathie, Müdigkeit und Enttäuschung, die eine Jugend untypische Passivität beförderte.⁸

Es gab in der westdeutschen Literatur zwei Deutungen dieser Generation: Helmut Schelskys „*Die skeptische Generation*“ (1957) und gewissermaßen als Gegenentwurf Klaus Heinrichs „*Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen*“ (1964). Die Deutungen von Schelsky und Heinrich lassen zwei Gesichter dieser Generation offenbar werden: zum einen ihre Funktionstüchtigkeit, zum anderen ihre ontologische Unsicherheit. Heinz Bude nahm diese Deutungen auf und meinte, daß in der Zusammenschau das Bild einer existentiell irritierten Generation zu erkennen ist: „Sie mußten aus einem Zustand des universellen Schwindels heraus ihren Weg finden. Aus dieser biographischen Ausgangslage wird die defensive Gestimmtheit der Funktionstüchtigkeit dieser Generation verständlich. Für sie war die neinsagende Einpassung in die Lebensverhältnisse der wiederaufsteigenden Bundesrepublik eine Form des Überlebens angesichts von Vaterlosigkeit, Sprachlosigkeit und Geschichtslosigkeit. Diese defensive Methode des subjektiven Seins wurde überdeckt von einem rastlosen Einsatz des eigenen Seins.“⁹

Und dieser Generationszusammenhang, diese Generationserfahrung traf nun beileibe nicht nur auf die Bundesrepublik zu. Aber diese verunsicherte Generation sah sich nun in der SBZ bzw. DDR der stürmischen Propaganda und der einschüchternden Militanz einer neuen alten politischen Jugendbewegung gegenüber. Sollte man wiederum von 'Verführung' sprechen? Es schien alles neu und endlich wahr zu sein im Vergleich zum alten und verlogenen Nationalsozialismus. „Was damals geschah und Massen bewegte, vor allem Massen junger Menschen“, beschrieb Franz Fühmann (Jg. 1922), war „ein Wiedergewinnen politischer Werte durch den Dennoch-Gebrauch des bis ins Verbrauchsein Mißbrauchten im Namen revolutionärer Erneuerung“¹⁰ Und in diesem Namen wurde zu den Entrümmerungseinsätzen oder den ersten Jugendobjekten der FDJ gerufen, sangen die flotten Marschierer unter der blauen Fahne forsch: „Das neue Leben muß anders werden“. So wurde ein großer Teil des 'Idealismus' dieser Generation unter neuem Vorzeichen aufbereitet. Der Neuanfang erscheint als Erlösung aber auch als 'Verpflichtung': Viele dieser Generation sind 1949 mit einem „Schuldbewußtsein angetreten“, so deutete es Heiner Müller (Jg. 1929), mit dem Bewußtsein, „eine Schuld durch besonderen Einsatz, durch besondere Pflichttreue gegenüber diesem neuen Staat“ abarbeiten zu müssen.¹¹

Und der neue Staat begann, es ihnen leicht zu machen. Er gab sich ein jugendliches Image. Die Verfassung der DDR verankerte die von der FDJ 1946 postulierten Grundrechte der jungen Genera-

tion und gewährte Jugendlichen ab acht-zehn Jahren das aktive und ab einund-zwanzig Jahren das passive Wahlrecht, was bis dahin in keiner Verfassung eines deutschen Staates zu finden war. Markanter als Konrád/Szelényi kann man es nicht sagen: „Die jungen Technokraten organisierten sich nach einer Radikalisierung unter charismatischen Füh-

„Aufstieg“: Erfolge und Illusionen

Gerade für die Generation der Jahrgänge 1919 bis 1929 öffneten sich ungeahnte Möglichkeiten. Denn in der DDR fand, im Unterschied zur Bundesrepublik, ein umfangreicher Elitenaustausch statt. Und in den fünfziger Jahren herrschte ein ständiger Mangel an qualifizierten 'Kadern', nicht nur weil viele der angestammten Funktionseliten das Land in Richtung Westen verließen. Der Aufbau bürokratischer Leitungs- und Planungsorgane erhöhte ebenso sprunghaft den Bedarf wie machtpolitische Aktionen der SED, etwa die Auflösung der Länder und die Neugliederung der DDR in Kreise und Bezirke 1952. In der ostdeutschen Gesellschaft öffneten sich „Aufstiegskanäle“ in bisher nicht gekannter Weise und jenseits aller früheren Erfahrungen. Menschen aus einfachen Verhältnissen konnten plötzlich höhere und höchste Bildungsstufen erreichen. „Unter diesen Umständen übte das ideologisch zugemutete Wir-Ideal, in dessen Zentrum der Glaube an die Überlegenheit der eigenen Gesellschaft stand, eine große Verführungskraft aus. Es lag im Bereich der eigenen Phantasie. Sie blickten auf die sich ihnen eröffnenden Möglichkeiten und hegten nur allzu bereitwillig die Überzeugung, in einer Nachfolgegesellschaft zu

ren in revolutionären Sturmabteilungen, wodurch sie der politischen Wende die äußeren und sichtbaren Zeichen der revolutionären Bewegung verliehen. Sie strömten in die Parteiorganisationen und von hier aus machten sie Karriere im Schnellverfahren und bevölkerten bald die Chefzimmer der sich rapide vermehrenden Ämter“.¹²

leben und zu arbeiten, die befriedigende Lösungen für die Konflikte und Ungerechtigkeiten des Kapitalismus gefunden hatte; in einer Gesellschaft, die ihren Mitgliedern frühzeitig zu sozialer Anerkennung und beruflichem Erfolg verhalf.“¹³

Wie ambivalent die Situation in der DDR war, zeigte sich, als man Anfang der sechziger Jahre in der Bundesrepublik heftige öffentliche Debatten über die 'deutsche Bildungskatastrophe' führte und dabei konstatierte, daß die DDR hier wohl den Vorsprung habe, den sie ansonsten immer nur propagandiert. - Schließlich hatte ja auch die Bundesrepublik von diesem Bildungswesen profitiert, waren doch die Mehrheit der DDR-Flüchtlinge gut ausgebildete, qualifizierte und dynamische junge Leute. Was hatte am *Bildungssystem* der DDR Aufmerksamkeit verdient? Seine Grundlage war seit 1946 die Einheitsschule. Sie stand in der Tradition der linken bürgerlichen und mehr noch sozialdemokratischen Schulreformer der Weimarer Zeit. Mit ihr waren die Bildungswege für alle geöffnet. In den fünfziger Jahren kam die Einführung der Zehnklassenschule hinzu, die 1959 die achtklassige Einheitschule ablöste. Und im Hochschulsektor

fand geradezu eine 'Bildungsexplosion' in quantitativer Hinsicht statt: Die Zahl der Universitäten und Hochschulen stieg in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre von einundzwanzig auf sechsundvierzig an. Die Anzahl der Studierenden im Direktstudium wuchs von 27 000 auf 60 000. Hohe Schulen und Studenten wurden also mehr als verdoppelt. Hinzu kam ein Anwachsen der Fernstudenten von ca. 3 500 auf 14 500. Dementsprechend stieg der Bedarf an Hochschullehrern. 'Erstürmt die Festung Wissenschaft' - war damals eine gängige Losung der FDJ.

Einen ebenso quantitativen Ausbau wie das Hochschulwesen erfuhr das politisch-administrative Schulungssystem, also die Kaderschulen in der DDR. Sowohl SED, als auch Blockparteien und Massenorganisationen verfügten über eigene Hoch- oder Zentralschulen. SED und FDJ hatten ein ausgebautes System von Betriebs-, Kreis- und Landes- ab 1952 Bezirkschulen. Ausbildungsstätten für die Führungskader der SED waren darüber hinaus eine Reihe von Spezialschulen und das 1951 gegründete Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Ein ähnlich ausgeprägtes Qualifizierungssystem wurde in den fünfziger Jahren im Rahmen des Staatsapparates der DDR aufgebaut. Beginnend mit den Betriebsakademien der Räte der Kreise, über die Betriebsakademien der Bezirke bis zur Fachschule für Staatswissenschaft für die Kader der mittleren Ebene. Sich fortsetzend für Führungskräfte in den neu gegründeten Hochschulen für Planökonomie (1950), für Justiz (1952), für Finanzwirtschaft, für Binnen-

handel und für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (alle 1953), im Deutschen Institut für Rechtswissenschaft (1952) sowie in der im Februar 1953 gebildeten Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft.

Um jene Möglichkeiten sozialer Mobilität, gesellschaftlichen Aufstiegs und fachlicher wie politischer Qualifikation an den Lebenswegen der 'Aufbau-Generation' nachweisen und empirisch untermauern zu können, bedarf es der Auswertung biographischer Massendaten. Solche statistischen Daten sind für die frühe Geschichte der DDR nur schwer zu bekommen, da ja gerade die Herausbildung einer 'neuen Klasse' verschleiert werden sollte. In einem ersten Versuch zu diesem Zweck sollen im folgenden jene 631 Kurzbiographien untersucht werden, die von Vertretern der Jahrgänge 1919 bis 1929 in dem angeführten „Lexikon der Funktionäre“ enthalten sind. Der fragwürdige Begriff „Funktionäre“ wird darin im Sinne von Funktionseliten weit ausgelegt. Wenn auch die unterschiedliche Qualität der Lexikontexte nur auf ausgewählte und gezielte Fragen Antwort gibt und manche der Kurzbiographien beträchtliche Lücken aufweisen, können doch aufschlußreiche Vergleiche angestellt und einige wenige generalisierende Aussagen getroffen werden.

Diese 631 Lebensläufe werden als eine erste empirische Analysegrundlage genommen, gewissermaßen als Test für weitergehende Untersuchungen. Wenn sie im folgenden analysiert werden, so bitte ich dessen eingedenk zu sein, daß die Aussagen so genau sind, weil sie auf

den Angaben des Lexikons beruhen, daß sie aber sehr ungenau bleiben, weil die untersuchten Personengruppen weder vollständig noch im strengen Sinne repräsentativ sind. Die Quellengrundlage trägt den Charakter der Vorläufigkeit. Der Versuch allerdings sollte gemacht werden: Zunächst werden die Biographien nach Geschlechterverteilung, sozialer und territorialer Herkunft, nach Parteizugehörigkeit, Karrierewegen und Bildungsniveau befragt, dem schließt sich eine Analyse der Karrieredynamik im SED-Apparat und im Bildungs- und Wissenschaftsbereich an.

Nur einunddreißig von den 631 Funktionären der Generation 1919 bis 1929, d.h. 4,91 % sind *Frauen*, was den patriarchalischen Zuschnitt der neuen 'Oberschicht' unterstreicht. Von den Männern hatten, nach den Angaben, 276 in der Wehrmacht das Ende des Krieges erlebt und 153 waren in Kriegsgefangenschaft geraten, während nur fünfzehn aus der Emigration und noch weniger, nämlich sieben, aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern kamen.

Angaben zur *sozialen Herkunft* werden in 299 der Kurzbiographien gemacht. Danach entstammten 139 Personen = 46,49 % den Arbeitern; sechshundsechzig Personen = 22,07 % den Angestellten; vierzig Personen = 13,38 % der Intelligenz; achtundzwanzig Personen = 9,36 % den Bauern; sowie sechshundzwanzig Personen = 8,7 % den Selbständigen. Von 332 der 631 'Funktionäre' sind keine Angaben zur sozialen Herkunft vorhanden. Würde man diese Zahl, was sicher nicht unberechtigt wäre - denn Arbeitervergangenheit „adelte“, wer

sollte sie darum verschweigen -, in die Rechnung mit einbeziehen, ergäbe sich nur ein Arbeiteranteil von 22,03 %.

Hinsichtlich der *territorialen Herkunft* nach dem Geburtsort sind in 473 der Kurzbiographien Angaben enthalten. Sie bringen zum Ausdruck, daß 320 Personen = 67,65 % im Gebiet der späteren SBZ; 109 Personen = 23,04 % in den ehemaligen deutschen Ostgebieten; achtunddreißig Personen = 8,03 % im Gebiet der späteren Westzonen; sowie sechs Personen = 1,27 % in anderen Ländern geboren worden sind. Der relativ hohe Anteil von 23,04 % zeigt, daß die Flüchtlinge und Vertriebenen in ihrer besonders schwierigen Lebenssituation und bei der Schaffung einer neuen Existenz auch als ein beachtliches Kaderreservoir in Frage kamen.

Zur *Mitgliedschaft in Parteien* gibt es in 542 Biographien von den 631 konkrete Aussagen. Danach gehörten vor 1945 nur sechs Personen = 1,1 % der KPD, KPC bzw. der KP Kanadas, aber neunundfünfzig Personen = 10,9 % der NSDAP an. Nach 1945 traten in die KPD dreiundachtzig Personen = 15,3 % und in die SPD neunundzwanzig Personen = 5,3 % ein. Mitglieder von Blockparteien wurden: LDP achtundzwanzig Personen = 5,2 %; CDU vierundzwanzig Personen = 4,4 %; NDPD neunzehn und DBD neunzehn Personen = jeweils 3,5 %. Von den 542 Kurzbiographien mit Parteiangaben gehörten der SED 455 Personen an, das sind 83,9 %.

Die Prozentzahl von 83,9 unterstreicht den bekannten Karrierefaktor der SED-Mitgliedschaft. Die übergroße Mehrzahl

Tabelle 1: *Karrierewege von 608 'Funktionären' des Jg. 1919 bis 1929*

Schwerpunktbereich	Personen	In %
Bildung/Wiss./Kultur	165	27,14
SED-Apparat	105	17,27
Staatsapparat	86	14,14
Massenorg./Verbände	81	13,32
Blockpart./Nat. Front	70	11,51
Polizei/Armee/MfS	51	8,39
Wirtschaft	28	4,61
Journal./Medien	15	2,47
Kirchen	7	1,15

dieser SED-Mitglieder aus der HJ-Generation gingen nicht den Weg über KPD oder SPD, sondern traten erst nach dem Frühjahr 1946 in die SED ein, viele nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft (in zehn Biographien wird die Teilnahme am NKFD ausgewiesen) bzw. im Zusammenhang mit der DDR-Gründung. Der Eintritt in die SED wurde für sie offenbar erst dann relevant, als er weniger eine politische Entscheidung sondern mehr das eigene Fortkommen betraf.

Zu den Karrierewegen (Tab. 1): Bei dreiundzwanzig von 631 Biographien war keine eindeutige Zuordnung möglich. Der hohe Anteil der Karrierewege in den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Kultur bestätigt, wie gerade diese Generation die neuen Qualifizierungschancen zu nutzen verstand. Freilich wird hieran zugleich die subjektive Auswahl des Lexikons deutlich. Offenbar waren die 'Funktionäre' in Bildung und Kultur 'sichtbarer' als die im Schatten der Apparate. Auch die geringe Zahl von Wirtschaftsfunktionären läßt auf ein Mißverhältnis in der

Auswahl schließen. Sicher war die Auswahl auch dem Forschungsstand bzw. der Verfügbarkeit von biographischen Daten geschuldet.

Angaben über *höhere Bildungsabschlüsse* sind in allen 631 Kurzbiographien vorhanden: Achtundvierzig Personen = 7,61 % besuchten eine Fach- bzw. Ingenieur-, eine Volksrichter-, eine Landesparteihschule der SED oder eine Zentralschule von FDJ bzw. FDGB. 348 Personen = 55,15 % hatten den Abschluß einer Hochschule, Universität bzw. Militärakademie. 186 Personen = 29,48 % waren promoviert. Und 112 Personen = 17,75 % besuchten die Parteihschule der SED bzw. der KPdSU (einschließlich Komintern- und Komsomolhschule). Insgesamt muß man feststellen, daß das Bildungsniveau der hier analysierten Funktionäre formal verhältnismäßig hoch lag und daß ebenso der prozentuale Anteil der Hochschulabsolventen unter ihnen sehr hoch war. Für eine politische Karriere reichte freilich der Studienabschluß nicht aus. Hinzukommen mußte die 'Bewährung' in der Berufstätigkeit

Tabelle 2: *Karrieredynamik von 105 'Funktionären' des Jg. 1919 bis 1929 im Bildungs- und Wissenschaftsbereich*

Karriereschritte	Alter	21-25	26-30	31-35	36-40	41-45
Diplom		33	45	6	-	-
Promotion		10	40	34	9	3
Professur		-	8	24	28	29
Direktor/Dekan/Rektor		-	3	13	28	33
Rektor u. hoher Funktionär		-	1	1	5	16

und die 'politisch-fachliche Weiterbildung' in den genannten Einrichtungen der SED, des Staates, der Blockparteien oder Massenorganisationen.

Zur Karrieredynamik im Bildungs- und Wissenschaftsbereich (Tab. 2): Im allgemeinen enthält diese Karrieredynamik einen relativ normalen Verlauf. Sie weist nur bei genauerem Hinsehen eine Reihe Spezifika auf. Z.B. betrifft das recht späte Diplom besonders die Kriegsjahrgänge der vor 1925 Geborenen, die nachzuholen hatten. Die 'Jugendlichkeit' der Professoren ist vor allem dem genannten Ausbau des Hochschulsystems geschuldet. Das Eintreten in höhere Funktionen, über die Position eines Rektors hinaus, begann in der Regel nach dem vierzigsten Lebensjahr. Logischerweise können gerade im Wissenschaftsbereich

mit seiner relativ langen und intensiven Ausbildung kaum Karrieren im Schnellverfahren gemacht werden.

Zur Karrieredynamik im SED-Apparat (Tab. 3): Im Vergleich mit Tabelle zwei offenbart sich hier eine ungleich stärkere Dynamik: Bereits der erste Karriereschritt, der Eintritt in die SED, geschieht sehr früh und der Aufstieg setzt in sehr jungen Jahren ein. Bereits siebenundzwanzig von den 104 Personen erreichten im Alter bis zu fünfundzwanzig Jahren Funktionen ab Kreisebene aufwärts; bei den bis Dreißigjährigen sind es zweiunddreißig und bei den bis Fünfunddreißigjährigen gar fünfundfünfzig. Das sind tatsächlich Karrieren im Schnellverfahren, die nur in den Apparaten möglich waren und die auch wohl nur für die Ver-

treter dieser Generation, und dann vielleicht noch für die frühen 1930er Jahrgänge zutrafen. Zwangsläufig wurde damit die SED vor allem zu einer Partei der

Aufsteiger. Wie hoch dabei allerdings Fluktuation und Verluste waren, muß einer weiteren Untersuchung vorbehalten bleiben.

Dilemma einer Generation

Die Geschichten einer prompten Desillusionierung der jungen Faschisten und ihre bereitwillige Wandlung zu Arbeitern am Sozialismus gehörten lange zum Mythos, den Ideologie und Literatur der DDR pflegten. Aber letztlich war diese HJ- und Aufsteiger-Generation nicht Subjekt sondern Objekt der Geschichte. Zeit ihres Lebens scheiterten viele dieser Generation an dem „Versuch, man selbst zu sein“. Sie litten nicht nur an der Schwierigkeit, nein zu sagen, sondern noch mehr an der Schwierigkeit, „Ich“ zu sagen, wie es Christa Wolf (Jg. 1929) thematisierte.¹⁵ Und viele der Aufsteiger erkannten bald, welcher Menschengruppe sie ihren „Aufstieg, die Möglichkeit, dem Herkunftsschicksal 'einfacher Leute' zu entrinnen,“ verdankten. Hieraus erklärt sich nicht zuletzt die „Assimilierung der Funktionsebenen an die Denk- und Verhaltensstandards der Machtelite, d.h. an eine zugleich machtstärkere und kulturell ärmere Schicht - begünstigt durch die gemeinsame Unterschicht-Vergangenheit beider Gruppen“.¹⁶

neue dynamische Führungseliten entstehen würden nicht erfüllen. Denn in zunehmendem Maße praktizierte damit das SED-Regime in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat selbst „so etwas wie eine negative Führungsauslese (Max Weber), insofern als ideologische Anpassungsbereitschaft, willige Einfügung in starre bürokratische Strukturen und ein diszipliniertes Sozialverhalten positiver bewertet wurden als kritisches Denken, individuelle Kreativität und persönliche Dynamik.“¹⁷ Diese 'FDJ'- oder 'Aufbaugeneration' war in der DDR eine „Generation politischer Adoptivsöhne“, die im Status von Söhnen blieb, „als sie längst graue Haare hatte.“¹⁸ In den dreißiger Jahren 'erzogen', in den vierziger und fünfziger Jahren 'umerzogen' und in den fünfziger und sechziger Jahren nach oben 'gezogen', merkten viele von ihnen erst spät, manche erst 1989 und einige bis heute nicht, daß sie ein zweites Mal fehlgeleitet waren: von einer Uniform in eine andere, vom Braunhemd ins Blauhemd.

Gerd Dietrich, Dr. sc. phil., früher AdW, jetzt innerhalb des WIP am Institut für Geschichtswissenschaften, Lehrstuhl Zeitgeschichte, der Humboldt-Universität zu Berlin tätig

Unter solchen Bedingungen konnten sich die Hoffnungen der Altkommunisten, daß durch das Öffnen der Aufstiegskanäle

Anmerkungen:

1 Bertolt Brecht: Gedichte Band III 1930-1933, Berlin und Weimar 1978, S. 70; Neues Deutschland vom 2. Oktober 1949.

2 Rainer Land/Ralf Possekkel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR, Bochum 1994, S. 34.

Tabelle 3: *Karrieredynamik von 105 'Funktionären' des Jg. 1919 bis 1929 im SED-Apparat¹⁴*

Karriereschritte	Alter	16-20	21-25	26-30	31-35	36-40	41-45
Parteieneintritt KPD/SPD/SED		39	35	15	1	-	-
Orts- bzw. Betriebsleitung		3	3	9	4	2	-
Kreisleitung		4	13	12	13	3	4
Landes- bzw. Bezirksleitung		1	8	11	17	9	11
ZK, RRK, ZPKK		-	6	9	25	15	11

3 Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wiering: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991, S. 69.

4 Vgl. Peter Christian Ludz: Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Opladen 1968; Gerd Meyer: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991; Eberhard Schneider: Die politische Funktionseelite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994.

5 Vgl. Gesetz zur Entnazifizierung von Personen, die seit dem 1. Januar 1919 geboren wurden. In: Akten und Verhandlungen des Landtages der Provinz Sachsen-Anhalt 1946-1952, Bd. I. 1, Frankfurt a.M. 1992, S. 185.

6 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 25.

7 Vgl. Günther Buch: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, Berlin 1987; Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon. Hrsg. von Jochen Cerny, Berlin 1992; Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR. Band 3 Lexikon der Funktionäre, Reinbek bei Hamburg 1994; Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Hrsg. von Bernd-Rainer Barth, Christoph Links, Helmut Müller-Enbergs und Jan Wielgoß, Frankfurt a.M. 1995.

8 Rolf Schörken: Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte, Opladen 1990, S. 139/140.

9 Heinz Bude: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt a.M. 1987, S. 69/70.

10 Franz Fühmann: Vor Feuerschlünden. Erfahrung mit Georg Trakls Gedicht, Rostock 1984, S. 84-86.

11 Heiner Müller: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln 1992, S. 220.

12 György Konrád/Iván Szelényi: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht; Frankfurt a.M. 1981, S. 315.

13 Wolfgang Engler: Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt a.M. 1992, S. 91.

14 Hier sind nur die Personen gezählt, die im Lexikon ausdrücklich als SED-Funktionäre ausgewiesen wurden. Als neuer Karriereschritt ist jeweils der Aufstieg in die nächsthöhere Ebene gewertet. Aufstiege innerhalb der jeweiligen Ebene sind ebenso nicht erfaßt wie etwa Wechsel zwischen SED- und Staatsfunktionen.

15 Christa Wolf: Nachdenken über Christa T., Halle 1968, S. 7; dies., Kindheitsmuster, Berlin und Weimar 1976, S. 303.

16 Engler, a.a.O., S. 67.

17 Wolfgang J. Mommsen: Die DDR in der deutschen Geschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 29-30/93, 16. Juli 1993, S. 22/23.

18 Lutz Niethammer: Das Volk der DDR und die Revolution. Versuch einer Wahrnehmung der laufenden Ereignisse, in: Charles Schüddekopf (Hg.), „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 258/259.

Manfred Heinrich (Beriin):

Zur Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der DDR*

Seit der Vereinigung Deutschlands hat sich die ostdeutsche Forschungslandschaft grundlegend verändert. In einem beispiellosen Deindustrialisierungsprozeß wurde das frühere Forschungs- und Entwicklungspotential der DDR-Wirtschaft um mehr als 80 % auf knapp ein Fünftel reduziert. Nach der Entflechtung der Kombinate, der Privatisierung und Zerstückelung der volkseigenen Betriebe sind heute in Ostdeutschland nur noch 6 % des gesamtdeutschen FuE-Potentials angesiedelt.¹

Die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft hat die innovativen Großbetriebe, auf die in den Altbundesländern weit mehr als die Hälfte der FuE-Aufwendungen entfällt, gänzlich verschwinden lassen. Zehntausende früher in der Industrie konzentrierter Forscher, Ingenieure und Techniker sind in den Vorruhestand und die Arbeitslosigkeit verbannt oder verdienen auf ABM-Stellen und in berufsfernen Tätigkeiten ihren Lebensunterhalt. Andere sind in die Altbundesländer oder ins Ausland abgewandert.

Die Frage nach dem Verbleib des DDR-Forschungspotentials verknüpft sich mit der Frage nach dem Wert oder Unwert desselben aus heutiger Sicht. Waren diese Wissenschaftler und Techniker nicht genug qualifiziert und anpassungsfähig² oder gelten sie als „Komplizen des Systems“ als politisch belastet

und deshalb unbrauchbar in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung? Oder sind sie bloß ungewollt Opfer eines unvermeidlichen Strukturwandels in Ostdeutschland geworden?

Wurde bei der bisherigen „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte über die „sozialistische Intelligenz“ als Ganzes schon nicht viel geschrieben, allenfalls über ihr Versagen in der Wendezeit³, so ist über die Intelligenz außerhalb des künstlerischen und akademischen Bereichs, über die Forscher, Ingenieure und Techniker in der Wirtschaft, fast nichts Neues nachzulesen. Dieser Bereich umschloß - nach OECD-Maßstäben berechnet - ca. 86.000 Menschen. Nach der DDR-Systematik gehörten zu den Beschäftigten in FuE sogar rund 160.000 Personen. Deren Leistungen oder Versagen ist nur zu beurteilen im Kontext mit der Forschungspolitik der DDR-Führung, der sie alle unterworfen waren.

Hinlänglich bekannt ist zwar in West und Ost, daß sich die Partei- und Staatsführung allzu gern mit Potemkinschen Dörfern à la Megabit-Chip ein verfälschtes Bild von der wissenschaftlich-technischen Leistungskraft der Wirtschaft aufbaute. Aber die heute üblich gewordene bloße Umkehrung dieses Wunschbildes, nämlich das Pauschalurteil von der maroden DDR-Wirtschaft, verstellt den Blick auf die *tatsächlichen*

Arbeitsergebnisse einer großen sozialen Gruppe in der DDR, in denen sich nicht nur fachliches Mittelmaß und politische Anpassung, sondern in hohem Maße auch wissenschaftliches Schöpferium und Erfindergeist verkörpert.

Die SED hat Wissenschaft und Technik in ihrer Programmatik und Tagespolitik stets als ausschlaggebend für die Leistungskraft und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und für den Wohlstand des Volkes postuliert. Dem entsprach auch die Heranbildung einer zahlenmäßig starken Schicht qualifizierter und engagierter Forscher, Ingenieure und Techniker, von denen die Partei fachliche Spitzenleistungen und höchsten persönlichen Einsatz forderte.

Wie weit haben diese Menschen den ideologischen Auftrag der Partei angenommen, wie weit ihn unterlaufen? Haben sie sich vorbehaltlos dem Willen der Parteiführung untergeordnet oder aber ihr Veto den zahlreichen fehlerhaften Entscheidungen entgegengestellt und ihr Mitspracherecht bei der Aufgabenstellung, beim Mitteleinsatz oder bei der Nutzung der FuE-Ergebnisse geltend gemacht? Wie „sozialistisch“ war diese wissenschaftlich-technische Intelligenz?

Entgegen offizieller Propaganda und ungeachtet erheblicher materieller Aufwendungen und hoher Arbeitsleistungen in Forschung und Technik blieben Niveau und wirtschaftliche Verwertung der erreichten wissenschaftlich-technischen Ergebnisse zunehmend hinter den erklärten Zielen und den Bedürfnissen des Landes zurück.

Als mögliche Ursachen für die zunehmende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit kommen im einzelnen sowohl strukturelle Hemmnisse der Zentralverwaltungswirtschaft als auch politische Umsetzungsfehler der Partei- und Staatsführung in Betracht. Die strukturellen Handicaps zentralverwalteter Wirtschaftssysteme sind inzwischen hinreichend erforscht. Sie sind insbesondere für den ökonomischen und gesellschaftlichen Innovationsprozeß als einem prinzipiell offenen und nicht planbaren Vorgang von entscheidender Bedeutung und erklären für sich bereits ein systematisches Hinterherhinken der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik und zu anderen westlichen Industrieländern.

Zu diesen systemimmanenten Ursachen des wissenschaftlich-technischen Rückstandes liegen auf veröffentlichten Quellen der DDR fußende, grundsätzliche Wertungen der bundesrepublikanischen DDR-Forschung vor.⁴ Darüber hinaus existieren generalisierende, ordnungstheoretisch orientierte Überlegungen zu Innovationshemmnissen in Zentralplanwirtschaften.⁵ Diese Überlegungen und Befunde bedürfen jedoch der Ergänzung durch eine „Innenansicht“ des Innovationsprozesses in der DDR in seinen materiellen und immateriellen Dimensionen.

Allerdings legen sowohl die Erfahrungen aus der Entwicklung und Umsetzung technologiepolitischer Konzeptionen im Westen als auch in den Ostblockstaaten die Vermutung nahe, daß strukturelle Erklärungen allein unzureichend bleiben müssen, denn im Rahmen jedweder Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gibt es immer Spiel-

räume für eine politische Einflußnahme, die positiv oder negativ genutzt werden können.

Weitgehend offen bleibt bisher in den meisten Publikationen die Frage, über welche Handlungsspielräume innerhalb der systembedingten Schranken die SED-Führung tatsächlich verfügte, um ihre programmatischen Ziele mittels Forschungs- und Innovationspolitik zu befördern, ob und wie weit sie diese Räume auch ausgelotet hat und welche Wirkungen daraus für die DDR-Bevölkerung resultierten. Diesbezügliche Antworten mußten in der Vergangenheit auf Grund fehlenden Zugangs zu internen Quellen mehr oder weniger pauschal bleiben. In der Memoirenliteratur ehemaliger DDR-Akteure finden sich meist nur persönliche Rechtfertigungsversuche.⁶

Der nunmehr freie Zugang zu den Archiven der SED-Führung und der DDR-Staatsorgane erlaubt es, das bisherige Bild zu präzisieren. Darüber hinaus ermöglicht die Erschließung bislang unveröffentlichter Quellen erstmals, den internen Hintergrund der SED-Politik auf dem Gebiet von Forschung und Technik in der Gesamtheit ihrer Zielstellungen, Handlungen, Unterlassungen, Wertungen und Folgen zu untersuchen und die Wirkungen dieser Politik auf die im wissenschaftlich-technischen Bereich tätigen Menschen und auf das Innovationsgeschehen aufzuheben.

Dabei rückt in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses

* der Widerspruch zwischen dem erklärten Hauptziel der SED-Politik, auf der Grundlage der marxistisch-lenini-

stischen Theorie die sozioökonomischen Prozesse zum Wohl des Volkes planmäßig zu gestalten, und der permanenten Überforderung der Wirtschaft durch eine zentralistische Politik, deren unrealen politische Zielstellungen auch den stets beschworenen ökonomischen Gesetzen des Sozialismus zuwiderliefen;

* die Diskrepanz zwischen der Leistungskraft des wissenschaftlich-technischen Potentials und dem Fehlen einer eigenständigen Innovationsstrategie, die mögliche Vorzüge zentraler Planung und Ressourcenverteilung hätte ausschöpfen können;

* die „Intelligenzpolitik“ der SED-Führung, d.h. ihr widersprüchliches Verhalten gegenüber den Akteuren in Forschung und Technik, das von verbalen Wertschätzungen und hohen Erwartungen und mißtrauischer, intelligenzfeindlicher Gängelei und Pragmatismus gleichermaßen geprägt war.

Aus den Vorarbeiten zur Thematik leiten sich eine Reihe von Fragestellungen und Überlegungen her, auf die nachfolgend eingegangen werden soll.

Ungeachtet aller Mißerfolge und vielfältiger Störungen, die sowohl innerhalb des Landes als auch von außen die wissenschaftlich-technische Arbeit behinderten, war es in den fünfziger und sechziger Jahren den Forschern, Ingenieuren und Technikern der DDR auf vielen wichtigen Gebieten gelungen, Forschungsvorlauf für die Wirtschaft zu erarbeiten, eigenständige Innovationen für die wegen Kriegsfolgen und deutscher Spaltung notwendige Umstrukturierung der Industrie zu initiieren - die Palette reichte vom verhüt-

tungsfähigen Braunkohlenkoks über Hochseeschiffe und optische Geräte bis zu den MALIMO-Textiltechnologien - und auch zahlreiche Innovationen des Westens zu adaptieren. Dennoch weitete sich die technologische Lücke zu den westlichen Industrieländern vor allem in den achtziger Jahren beständig aus.

Zweifellos war die SED-Führung mit ihrem Apparat wie auch die Partei als Ganzes bestrebt, die Leistungskraft und das Engagement der wissenschaftlich-technischen Intelligenz voll in den Dienst ihrer Ziele zu stellen. Dieses persönliche Engagement der Forscher und Techniker kann - bei aller Differenziertheit - nicht in Abrede gestellt werden. Das System der Planung und Abrechnung wissenschaftlich-technischer Aufgaben ließ den Betrieben und Forschungseinrichtungen noch erheblichen Spielraum bei der konkreten Auswahl und Gestaltung von FuE-Themen, sofern nur deren Zielsetzungen zur wirtschaftlichen Stärkung der DDR beizutragen versprachen.

Wenn K. von Lampe in seinen Überlegungen zur DDR-Wissenschaft zu dem Schluß kommt: „Das Verhältnis von Staat und Wissenschaft scheint im Bereich der Gen-Forschung eher von Interessenidentität als von Bevormundung und Kontrolle gekennzeichnet gewesen zu sein.“⁷, dann läßt sich das auch von anderen Bereichen sagen, in denen die DDR-Wissenschaft Freiräume genutzt und verteidigt hat. J. Roesler weist am Beispiel des Werkzeugmaschinenbaus nach, daß es mitunter möglich war, eingeleitete zukunftsreiche Entwicklungen, hier der numerischen Steuerungen, selbst gegen eine

veränderte Generallinie des ZK und gegen den Widerstand der zuständigen Bezirksleitung erfolgreich zu behaupten.⁸

Unbestreitbar hat sich - vor allem gegen Ende der DDR - Bevormundung und Überwachung der Forschung und Technik überall dort breit gemacht, wo die Partei- und Staatsführung und ihr Funktionsapparat mittels Mikroelektronik und anderer „Schlüsseltechnologien“ Auswege aus dem wirtschaftlichen Dilemma suchten - „Durchbruchstellen“, wie es die ZK-Abteilung Forschung und technische Entwicklung nannte.

Wenn letztendlich die Resultate wissenschaftlich-technischer Arbeit in der DDR weder den wirtschaftlichen Erfordernissen noch den politischen Erwartungen genügten, dann ist das nicht so sehr einem Mangel an Übereinstimmung zwischen der Führung und der Masse der Forscher und Techniker hinsichtlich der grundlegenden Ziele geschuldet. Vielmehr mangelte es an einer einheitlichen und kontinuierlichen Wirtschaftsstrategie und einer Forschungspolitik, die jene Übereinstimmung zur Triebkraft des praktischen Handelns der wissenschaftlich-technischen Intelligenz machen konnte.

Sowohl mit dem Neuen Ökonomischen System als auch mit den Beschlüssen zur Wissenschaftsorganisation am Ausgang der Ulbricht-Ära wie auch später mit der Kombinatbildung hatten die Wirtschaftslenker der DDR mehrmals dazu angesetzt, eine offensive, den Gegebenheiten des sozialistischen Wirtschaftssystems gemäße eigenständige Innovationsstrategie zu entwickeln. Am Ende lief alles erneut

auf eine Rezentralisierung der Wirtschaftspolitik hinaus. Die Entscheidung aller wichtigen Fragen wurde immer wieder den Betrieben und den Fachleuten aus der Hand genommen und in die Parteispitze verlagert.

Die rasche Überleitung neuen Wissens in die Produktion blieb ungeachtet hoher finanzieller Aufwendungen⁹ auf Dauer das schwächste Glied der Forschungs- und Technologiepolitik in der DDR. Zwar beherrscht auch die westliche Marktwirtschaft ihre Innovationsprobleme nur unzulänglich, doch in der DDR trat die Innovationsschwäche um so deutlicher zutage, je mehr sich die Quellen extensiven Wirtschaftswachstums erschöpften. Der Zwang zur Intensivierung offenbarte sowohl die strukturellen Grenzen des Wirtschaftssystems als auch das Unvermögen der politischen Führung, angemessen auf die neuen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Herausforderungen zu reagieren.

Zwar trieb die Parteiführung ihre Forderung an die Industrie nach neuen Erzeugnissen und Technologien ab 1983 bis zu einer jährlichen Erneuerungsrate von 30% und mehr hoch.¹⁰ Doch die geforderte Erneuerungsrate ließ sich in der Regel nur durch Kombination der wenigen wirklichen Neuerungen mit zahlreichen Imitationen und Manipulationen im Rahmen des Planabrechnungs- und Preisfestsetzungssystems erreichen. Mit der entsprechend veränderten Pflichtenheft-Ordnung und dem sogenannten „Erneuerungspaß“ wurden den Forschern, Ingenieuren und Technikern noch engere bürokratische Grenzen gesetzt und planmethodisch dem Selbstbetrug des Staates Tür und Tor geöffnet.¹¹

Den Betrieben gab die vielfach nur vorgepiegelte Erneuerung der Produktion Möglichkeiten, neue höhere Preise im Inland durchzusetzen, ein vermehrtes Nettoprodukt und bessere Produktivität abzurechnen sowie höheren Gewinn und entsprechende Fondszuführungen zu realisieren. Auf dem Weltmarkt allerdings wurde der behauptete Neuheitsgrad zumeist nicht honoriert, die Devisenerlöse der vorgeblich „neuen“ Erzeugnisse sanken im Vergleich zu den Vorgängererzeugnissen, die Auslandsverschuldung der DDR wuchs weiter an.

Ursachen für das Scheitern dieses wie aller anderen Versuche, den Rückstand zum Westen nicht größer werden zu lassen, geschweige denn, ihn aufzuholen, werden vor allem darin zu suchen sein, daß zu keiner Zeit ernsthaft erwogen wurde, den Rahmen der bestehenden Zentralplanung zu sprengen. Die Hemmnisse sind deshalb vor allem in folgenden Faktoren zu suchen:

* im Fehlen der Konkurrenz zwischen den Betrieben, Kombinat und wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem Binnenmarkt und damit eines ausreichenden Leistungsdrucks und des Zwangs zur Innovation als unternehmerische Überlebensstrategie;

* in der zentralen Planung und Abrechnung der betrieblichen Produktionsauflagen, die die Betriebe in erster Linie an ihrem Beitrag zur Erfüllung der volkswirtschaftlichen Wertkennziffern maß und ihre unvermeidlichen Risiken bei der Entwicklung und Einführung neuer Erzeugnisse und Verfahren nicht honorierte;

* im ständigen Ressourcenmangel, der ohnehin die Aufnahmefähigkeit der

Wirtschaft für Neuentwicklungen und technologische Veränderungen beschränkte;

* im chronischen Devisenmangel, der seit Mitte der achtziger Jahre zum ausschlaggebenden Moment der meisten wissenschaftspolitischen Entscheidungen geworden war und vorhandenen Forschungsvorlauf oftmals nutzlos werden ließ.

Das Fehlen einer stets ausreichenden Zahl innovativer wissenschaftlich-technischer Lösungen war die eine Seite der Medaille. Die andere war das Unvermögen der Wirtschaftsplanung, die tatsächlich zustande gebrachten Innovationen in ausreichendem Umfang wirtschaftlich zu verwerten. In den monatlichen Beratungen des Ministerrates zur Planerfüllung kamen immer wieder solche Fälle ans Licht.

In der Sitzung am 2. Juli 1987 z.B. mußte der Minister für Wissenschaft und Technik zum wiederholten Male feststellen, daß zahlreiche wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen, wie z. B. eine hochproduktive, international einmalige Verpackungsmaschine und eine Flach-strickmaschine, nur in geringen Stückzahlen produziert werden können, weil die Generaldirektoren nicht die erforderlichen Bilanzanteile an Material und Ausrüstungen, darunter auch Importmaschinen, erhalten hatten. Bei ausreichender materieller Absicherung hätte der Export der neuen Maschinen ein Vielfaches der jetzt zur Produktion fehlenden Devisen hereingebracht. Aber die gesamte Investitionskraft des zuständigen Ministeriums war - der Wirtschaftsstrategie des G. Mittag folgend

- in das aussichtslose Pkw- und Nkw-Programm gesteckt worden.¹²

Ungeachtet der stetigen Erfüllung des Staatsplanes Wissenschaft und Technik, in dem die zentralen Aufgaben zur Sicherung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Volkswirtschaft zusammengefaßt und kontrolliert wurden, hatten die Funktionäre des Partei- und Staatsapparates am Ausgang der achtziger Jahre Anlaß genug, immer häufiger und heftiger den Rückgang der Produktion neuer Erzeugnisse und den sinkenden Exporterlös derselben zu kritisieren. Daß ersteres mehr den fehlenden Materialien, Ausrüstungen und Zulieferungen geschuldet war als dem Mangel an Neuentwicklungen und daß letzteres mehr den hohen Inlandspreisen als dem fehlenden Neuheitsgrad zuzuschreiben war, verschwand bei den Schuldzuweisungen meist aus dem Blickfeld.¹³ Allzu oft erinnerten die Ansprüche des Politbüros an die Forscher und Techniker an den König in dem bekannten Märchen, der von der Müllerstochter Stroh zu Gold versponnen haben wollte. Und die Leiter und Mitarbeiter der FuE-Bereiche waren oft genug die Prügelknaben für Mißerfolge, die einer auf Konsum und Gleichmacherei gerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik zuzuschreiben waren.

Daß die Chancen für den wirtschaftlichen Fortschritt in der DDR am wenigsten von den in den FuE-Bereichen sich abmühenden Forschern, Ingenieuren und Technikern vertan wurden, ergibt sich auch noch aus anderem Zusammenhang. In den regelmäßigen Planabrechnungen erfolgte ein gesonderter Nachweis der Selbstkostensenkungen, die durch wissenschaftlich-

technische Maßnahmen geplant und erreicht wurden. Aufschlußreich für die Bewertung der von der wissenschaftlich-technischen Intelligenz erbrachten Leistungen im Vergleich zu anderen betrieblichen Bereichen ist das Verhältnis der Selbstkostensenkung aus Wissenschaft und Technik zu den Gesamtselbstkostensenkungen.

Im Mai 1987 hatte das Politbüro - wie schon mehrfach zuvor - die Industrieminister kritisiert, ihre Neuproduktion sei vielfach teurer als die Vorgängererzeugnisse, und Schuld seien Forschung und Technik, die keine ausreichenden Energie- und Materialkostensenkungen gewährleisten würden.¹⁴ Eine Analyse der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) vom April 1989 belegt jedoch: In der Industrie wurde im Jahre 1988 durch wissenschaftlich-technische Maßnahmen eine Selbstkostensenkung von 8,048 Mrd. Mark erreicht. Die insgesamt von der Industrie abgerechnete Selbstkostensenkung betrug aber nur 3,743 Mrd. Mark. Das heißt, 4,3 Mrd. Mark., also mehr als die Hälfte der durch Forschung und Technik ermöglichten Einsparungen, wurden von Kostenüberschreitungen in anderen Bereichen (höhere Lohnkosten, Mehraufwendungen für Beschaffung, Verluste durch verspätete Inbetriebnahmen u.a.) wieder aufgezehrt.¹⁵ Damit, so hieß es weiter, sei die Tendenz der Vorjahre fortgesetzt worden.

Weitere Faktoren, deren Wirkung auf das Innovationsgeschehen noch zu untersuchen bleibt, sind die unzureichende Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, die geringen finanziellen Möglichkeiten zur Lizenznahme

aus westlichen Industrieländern sowie der Rückgang der ohnehin unzureichenden Spezialisierung und Kooperation mit anderen sozialistischen Ländern in den achtziger Jahren. Zahlreiche Kombinate und Forschungseinrichtungen waren daher gezwungen, vieles, was sie brauchten, selbst zu entwickeln. Verzettlung des wissenschaftlich-technischen Potentials, Zeitverlust und ständiges „Dem-Weltstand-Hinterherlaufen“ waren die Folgen.

Der Parteiführung und der Regierung waren diese Probleme jederzeit bekannt. Nicht wenige Wissenschaftler nutzten ihre persönlichen Kontakte zu hohen Funktionären, um mittels Reiseberichten oder anderen Informationen deren Augenmerk auf das Zurückbleiben der DDR-Forschung im internationalen Vergleich zu lenken.¹⁶ Auch die Skepsis in Forscherkreisen, ob die von der Partei verfolgte Linie durchführbar sei, bei Forschungstechnik, Bio- und Feinchemikalien, elektronischen Bauelementen u.a. rigoros die Importe einzuschränken und zur Eigenherstellung überzugehen, durchführbar sei, oder die Sorge, wie lange sich die DDR noch Subventionen und Festpreise leisten könne, war hinlänglich bekannt, bewirkte jedoch kein Umdenken.¹⁷

In der Literatur eher selten erwähnt sind die Auswirkungen der COCOM-Embargolisten. Dieses Embargo blockierte für die DDR wie die anderen Ostblockstaaten den sonst normalen Bezug zahlreicher Materialien, Zulieferungen, Ausrüstungen und von know how gerade im Bereich der Elektronik, der hochveredelnden Chemie und des Werkzeugmaschinenbaus und zwang die Betriebe zu immer neuen, außeror-

dentlich kostspieligen Umgehungsstrategien. Wenn auch dafür die Industriespione der HA XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit sowie die Firmen des Bereiches Kommerzielle Koordination umfangreiches Wissen und Material beisteuerten, so wären doch solche Aktivitäten weitgehend nutzlos geblieben, wären nicht in den Betrieben leistungsstarke und im Improvisieren trainierte FuE-Teams fähig gewesen, das „Abgekupferte“ den DDR-Bedingungen anzupassen und weiterzuentwickeln.¹⁸ Da bis 1990 dieses Embargo für beide Seiten kein Gegenstand öffentlicher Diskussion sein konnte, wird erst die archivalische Forschung eine angemessene Gewichtung ermöglichen.

Gründe für das schlechtere Abschneiden von Forschung und Entwicklung der DDR im gesamtdeutschen und internationalen Vergleich sind also einerseits systemimmanenter Natur; andererseits bleibt zu untersuchen, welches Gewicht solchen Faktoren zukommt, die nicht unvermeidbar waren, sondern durchaus im Rahmen des Systems als überwindbar angesehen werden konnten und die von Wissenschaftlern immer wieder kritisiert wurden:

Zu nennen sind darunter vor allem:

- * der Widerspruch zwischen der Forderung, wissenschaftlich-technische „Weltneuheiten“ und „Spitzenleistungen“ zu schaffen, und der nach politisch-ideologischen Kriterien vorgenommenen Abschottung eines großen Teils der Forscher, Ingenieure und Techniker vom internationalen Informationsaustausch durch Regulierung der Reisemöglichkeiten und des Zugangs zu

wissenschaftlich-technischen Informationen;

- * die im Vergleich zum internationalen Stand meistens unzureichende Ausstattung mit Forschungsausrüstungen, Computertechnik und Fachliteratur;

- * das Mißverhältnis zwischen Hoch- und Fachschulabsolventen und sonstigen Beschäftigten in den FuE-Bereichen, mangelnde Freizügigkeit der Arbeitskräfte (Wohnungsnot, Verbot der Abwerbung von Arbeitskräften anderer Betrieben);

- * das Forscher und Ingenieure benachteiligende Lohnsystem, das der verbalen Wertschätzung der wissenschaftlich-technischen Arbeit entschieden widersprach;

- * die bürokratische Leitung der wissenschaftlich-technischen Arbeit.

Verschärfend kam hinzu, daß es einen permanenten Widerspruch zwischen den langfristigen Zielstellungen und gegenläufigen tagespolitischen Entscheidungen der SED-Führung gab. Je schwieriger sich die wirtschaftliche Lage insbesondere in den achtziger Jahren gestaltete, desto häufiger wurden die Rahmenbedingungen für Forschung und Technik durch willkürliche Eingriffe gestört oder gar dauerhaft verschlechtert. Unter dem Druck der Auslandsverschuldung forderte die Führung die vorrangige Ausrichtung der wissenschaftlich-technischen Arbeit auf Erzeugnisse und Technologien, die kurzfristig devisabringende Exporte und wesentliche Importeinsparungen ermöglichen sollten.

Wen will es da verwundern, daß gegen Ende der DDR ein wachsender Teil der

Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihrer Leiter sich opportunistisch anpaßte, das Heil in irgendwelchen „Nischen“, im Erjagen kleiner persönlicher Vorteile oder gar im Verlassen der DDR suchte.¹⁹

Zu diesen internen Aspekten der wissenschaftlich-technischen Arbeit sagen die bisher vorliegenden Darstellungen wenig aus. Auch hier kann die Archivarbeit Material für ein realistisches Bild der Leistungsfähigkeit und der Arbeitsbedingungen ostdeutscher Forscher, Ingenieure und Techniker zutage fördern. Kritische Äußerungen von DDR-Autoren dazu gelangten kaum in die breite Öffentlichkeit.²⁰

Dagegen verfügte die Parteiführung jederzeit hinreichend über detaillierte, kritische Informationen und Entscheidungsvorschläge. So hatte z.B. der Wissenschaftssekretär des ZK, Kurt Hager, 1986 zur Vorbereitung des XI. Parteitages in Konkurrenz zu Günter Mittag umfangreiche Studien zur Lage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz von den Soziologen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK ausarbeiten und an Honecker und Krenz schicken lassen.

Die darin verarbeiteten Befragungen zahlreicher Forscher und Techniker erbrachten nicht nur harte Urteile über den ineffektiven Einsatz hochqualifizierter Kräfte für Verwaltungs- und Routineaufgaben und über das zahlenmäßige Mißverhältnis der Wissenschaftler und Ingenieure zu den technischen Mitarbeitern, sondern auch über die mangelhafte Ausstattung mit Forschungstechnik. „Während die Zahl der Kader für Forschung und Entwicklung von 1970 bis 1983 um 89,06% anstieg,

erhöhten sich die jährlichen Aufwendungen pro Forschungskader im gleichen Zeitraum nur um 9,83% im DDR-Durchschnitt ... Obwohl sich in der Hochschulforschung für 31% und in der Industrieforschung für 33% der Kader die Ausstattung mit Forschungstechnik in den letzten 5 Jahren verbessert hat, halten 39% in der Hochschulforschung und 44% in der Industrieforschung die technische Ausstattung ihres Arbeitsplatzes für unzureichend, um ihre Forschungsausgaben in bester Qualität zu erfüllen.“²¹

Schon im Vorfeld des vorangegangenen X. Parteitages waren von gleicher Stelle Untersuchungen zur Qualifikations- und Einkommensstruktur der jungen Generation erfolgt. Darin hieß es, daß im Ergebnis der (unter Honecker initiierten) Sozialpolitik die Einkommen junger Arbeiter am deutlichsten angehoben worden seien. Während in der Einkommensgruppe bis 500,- Mark sich nur noch 14 % der jungen Arbeiter befänden, seien es bei den jungen Angestellten immerhin noch 63 %; die Einkommen junger Intelligenzler lägen nicht mehr über denen junger Arbeiter. Bildungs- und Qualifikationsstruktur der werktätigen Jugend stimme in wesentlichen Kriterien nicht mit der Einkommensstruktur überein, was eine Quelle vielfältiger negativer Haltungen zum Leistungsprinzip, zum Lohn, zur Bildung und Qualifizierung sei.²²

Rückschlüsse auf das gesunkene gesellschaftliche Ansehen und die abnehmende Attraktivität der naturwissenschaftlichen und Ingenieurberufe läßt das rückläufige Interesse der Studienbewerber an naturwissenschaftlich-technischen Fächern zu. Die Zahl der

Absolventen technischer Disziplinen an den Hoch- und Fachschulen der DDR ging bereits seit Mitte der siebziger Jahre absolut zurück.²³

Die bisherigen Vorarbeiten zur Thematik lassen erkennen, daß die wissenschaftlich-technische Intelligenz der DDR innerhalb systembedingter Schranken und im Wechselspiel unterschiedlichster subjektiver Einflußfaktoren mehr geleistet hat, als letztendlich in der Wirtschaft zum Nutzen der Bürger zur Wirkung kam. Angesichts des Gewichts von Wissenschaft und Technik bei der

Anmerkungen:

* Im Rahmen eines Projektes zur Forschungspolitik des SED-Führung in den siebziger und achtziger Jahren untersucht der Verfasser die Beziehungen zwischen dem SED-Staat und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Spannungsfeld zwischen Innovationszwang und Innovationsträgheit der DDR-Wirtschaft.

¹ Forschungsagentur Berlin GmbH: Abschlußbericht zur Studie „Forschung und Entwicklung in kleinen Unternehmen“, Berlin 1994, und dieselbe: Die Beschäftigtenentwicklung in der Wirtschaftsforschung der neuen Bundesländer 1994, Berlin 1995.

² Lothar Späth, einstiger baden-württembergischer Ministerpräsident und heute Aufsichtsvorsitzender der Jenoptik GmbH, hält auf Grund seiner Erfahrungen mit den Zeiss-Ingenieuren überhaupt nichts von Vorwürfen, „die Leute hier seien nicht anpassungsfähig genug. Was wir den Menschen hier in Jena zugemutet haben, hätte ich in Stuttgart nicht veranstalten mögen.“ Neues Deutschland vom 20. 09. 1995, S. 8.

³ Vgl. D. Koop: Intellektuelle oder Die Kunst, beherrscht zu werden, in: *hochschule ost*, H. 3/1995, S. 9 ff., sowie R. Land & R. Possekel: „Symbolhafte Verweigerung“ und „Konspirativer Avantgardismus“, in: ebenda, S. 18 ff.

⁴ Siehe vor allem: Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 11/11, 18.2.1987; G. Gutmann (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart/New York 1983; K.C. Thalheim: Die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Staaten in Deutschland, Opladen 1988; H. Weber: DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hanover 1991.

⁵ U.a. G. Gutmann (1983); G. Gutmann/S. Mampel: Wissenschaft und Forschung im geteilten Deutschland, Berlin 1988; H.-E. Gramatzki/F. Klinger/H.G. Nutzinger: Innovationen in Ost und West, Kassel 1990.

⁶ Siehe E. Honeckers Aussagen zur Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik in: R. Andert/W. Herzberg: Der Sturz, Berlin/Weimar 1990, S. 81f. und 279-284; G. Mittag: Um jeden Preis, Berlin/Weimar 1991; z.T. auch E. Meyer, S. Leiterer und H. Klempke in: Das Große Haus, Berlin 1994, S. 137-164.

⁷ K. v. Lampe: Einige Anmerkungen zur politischen Stellung der Wissenschaftler im System der DDR, in: *hochschule ost*, H. 3/1995, S. 92.

⁸ J. Roesler: Einholen wollen und Aufholen müssen, in: Historische DDR-Forschung, hrsg. von J. Kocka, Berlin 1993, S. 277 f. und 284.

Entwicklung einer modernen Volkswirtschaft und damit für die Lebensbedingungen der Bevölkerung könnte die weitere Untersuchung zum Verständnis des „Funktionierens“ der DDR und zur Gesamtbewertung ihrer Geschichte beitragen und den widersprüchlichen Prozeß zeitweiliger Stabilisierung und letztendlicher Destabilisierung und Selbstauflösung des politischen Herrschaftssystems in der DDR aufhellen.

Manfred Heinrich, Dr. phil., Historiker, arbeitet z.Z. im Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin

⁹ Einen Vergleich des Aufwandes der DDR für Ausbildung, Forschung und Entwicklung mit den erzielten Erträgen (Patente, Neuerungen und ihr wirtschaftlicher Nutzen) unternimmt auf der Grundlage veröffentlichter Quellen H.F. Buck: in Gutmann (1983), S. 272ff.

¹⁰ H. Maier: Innovation oder Stagnation, Köln 1987, S. 90, verweist darauf, daß selbst führende westliche Elektronikunternehmen nur 9-10% ihrer Erzeugnisse jährlich erneuern.

¹¹ Ein Erzeugnis galt als neuentwickelt, wenn a) in der DDR vergleichbare Erzeugnisse bisher nicht produziert wurden, oder b) es gegenüber vergleichbaren Erzeugnissen qualitativ höhere Gebrauchseigenschaften besaß. Vgl. Anordnung Nr. 1 v. 31.3.1983 über die Ergänzung der Planungsordnung (GBl. Sonderdr. 1122, S. 25).

¹² BArchP, 01-28/1.b/87, Ministerratssitzung vom 2.7.1987.

¹³ Auf die Preise der neuen Erzeugnisse hatten die FuE-Bereiche den geringsten Einfluß. Der Devisenerlös ergab sich aus dem Verhältnis des inländischen Aufwands in Mark zu 1 Valuta-Mark. Er wurde maßgeblich durch die teilweise überhöhten staatlichen Festpreise für Ausgangsmaterialien und Zulieferungen und die gleichfalls hohen Gemeinkosten der Betriebe bestimmt.

¹⁴ BArchP, 02-46/2/87, Ministerratssitzung vom 14.5.1987.

¹⁵ Brief des Leiters der SZS, A. Donda, an den Minister für Wissenschaft und Technik, H. Weiz, vom 12. 4. 1989.

¹⁶ SAPMO, Zentrales Parteiarchiv, Abt. Forschung u. technische Entwicklung, Nr. 35909, Bd. 2, z.B. Reisebericht von Dr. T. Rapoport vom 21. 7.1983. Übrigens wurden die Dienstreisenden aus dem Bereich Forschung und Technik verglichen mit den Vertretern des Außenhandels oder der Kultur am schlechtesten mit Reisezahlungsmitteln (Devisen) für das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ ausgestattet.

¹⁷ SAPMO, Zentrales Parteiarchiv, Büro Mittag, Nr. 38515, Informationsbericht der SED-Kreisleitung der AdW vom 28. 10. 1982.

¹⁸ Zur Rolle, die der Bereich Kommerzielle Koordinierung bei der Umgehung dieses Embargos für die DDR-Wirtschaft gespielt hat, bieten die Materialien des sog. Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages einige Ansatzpunkte (bes. Drucksache 12/7650 vom 27.5.1994). Zur Funktion des Sektors Wissenschaft und Technik des Ministerium für Staatssicherheit in diesem Zusammenhang und dem eigenständigen Leistungsanteil der DDR-Betriebe an den Imitationen vgl. J. Roesler: Industrieinnovation und Industriespionage in der DDR, *Deutschland Archiv* H.10/1994, bes. S. 1037-1040.

¹⁹ Die ohnehin schon seltenen Versuche einzelner Wissenschaftler und Ingenieure, aus der zunehmenden Enge auszubrechen und legal in selbständiger Tätigkeit ihr technisches Wissen und Können außerhalb der volkseigenen oder genossenschaftlichen Betriebe zu vermarkten, wurden stets zurückgewiesen. Der Minister für Wissenschaft und Technik war gehalten, jegliche freiberufliche Honorartätigkeit auf diesem Gebiet zu unterbinden. Auch die 1987 (GBl. I Nr. 28) eingeführte Honorarordnung für Softwareleistungen erlaubte lediglich nebenberufliche Honorararbeit bis zu 600 Std. jährlich, die allerdings auf staatlich vorgegebene Ziele der betrieblichen Auftraggeber gerichtet sein mußte.

²⁰ Als ein Beispiel sei die unter Leitung von Manfred Lötsch an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erarbeitete Studie „Ingenieure in der DDR“, erschienen im Dietz Verlag Berlin 1988, genannt. Das Buch sprach so unverblümt die Probleme, Versäumnisse und unbewältigten Anforderungen auf diesem Gebiet aus, daß ein Großteil der Auflage die Keller des Verlages gar nicht erst verlassen durfte.

²¹ SAPMO, Zentrales Parteiarchiv, Büro Hager Nr. 42213/2, S. 14.

²² SAPMO, Zentrales Parteiarchiv, Büro Hager Nr. 23458, S. 16.

²³ Vgl. Autorenkollektiv M. Lötsch (1988), a.a.O., S. 41 ff.

Zum Schicksal musikalischer und musikwissenschaftlicher Gesellschaften in der DDR

Entgegen den ständigen Beteuerungen der Politbürokratie, daß sich die SED bei der Gestaltung von Staat und Gesellschaft in der DDR einschlägigen "Gesetzmäßigkeiten" verpflichtet gesehen hätte, mithin in allen Details der marxistisch-leninistischen Lehre gefolgt sei, ist festzustellen, daß die DDR-Partei für den Umgang mit wissenschaftlichen und künstlerischen Gesellschaften, wie überhaupt mit nichtstaatlichen Organisationen, kein einheitliches Konzept hatte. Das Schicksal dieser Vereinigungen war somit in der DDR (wie auch in den anderen sozialistischen Ländern) in starkem Maße von den Schwankungen der jeweils aktuellen Parteilinie abhängig. Die Schwierigkeiten der SED im Umgang mit Institutionen, die dem traditionellen deutschen Vereinswesen zuzurechnen sind, von Institutionen also, die zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem kapitalistischen "Privateigentum an den Produktionsmitteln" stehen, deren Existenz gleichwohl bürgerlichem Selbstverständnis entspricht und auf bürgerlichem Recht basiert, erwachsen vor allem aus einem einschlägigen Theoriedefizit der marxistischen Lehre vom Aufbau des Sozialismus, ablesbar an den spärlichen Äußerungen besonders von Marx und En-

gels, aber auch von Lenin über den Umgang mit derartigen Rudimenten der alten Gesellschaftsordnung.

Einzig über die Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus finden sich bei Lenin dezidierte Äußerungen. Und es bleibt weitgehend einem Analogieschluß vorbehalten, ob dessen Funktionsbestimmung der Gewerkschaften als "Transformationsmechanismus zwischen der Kommunistischen Partei und den Massen"¹ in ähnlicher Weise auch für alle übrigen nichtstaatlichen Organisationen zutreffen sollte. Immerhin sah der Gründer des Sowjetstaates überhaupt eine Daseinsberechtigung für solcherlei Organisationen im Sozialismus, freilich nicht als Interessenvertretungen der jeweils Organisierten, sondern als verlängerte Arme der Partei. Expressis verbis forderte er die "Ersetzung der alten Führer durch Kommunisten in ausnahmslos allen proletarischen Organisationen, nicht nur den politischen, sondern auch den gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, kulturellen usw."² Und im Jahr 1920 verlangte er von den Organisationen der sowjetrussischen Kulturbewegung "Proletkult", sich "als Hilfsorgane der Institutionen des Volkskommissariats für Bildungswesen zu betrachten und ihre Auf-

gaben, die einen Teil der Aufgaben der Diktatur des Proletariats bilden, unter der allgemeinen Leitung der Sowjetmacht (insbesondere des Volkskommissariats für Bildungswesen) und der Kommunistischen Partei Rußlands zu lösen".³

Ein Theoriedefizit und daraus resultierende Unsicherheiten herrschten für die osteuropäischen kommunistischen Parteien bereits bei grundlegenden Fragen der Struktur und Funktionsweise des Staates im Sozialismus. So war es wiederum Lenin, der sich die erste Phase des Kommunismus nur mit einem traditionellen Staatsgebilde vorzustellen vermochte, einem "bürgerlichen Staat ohne Bourgeoisie", in dem das bürgerliche Recht "eine gewisse Zeit fortbesteht".⁴ Es verwundert also nicht, daß sich die SED und die anderen kommunistischen Parteien schwer taten mit der Entwicklung von alternativen, sozusagen sozialismusgemäßen Organisationsformen. In der DDR entsprach beispielsweise der verfassungsmäßige Aufbau von Staat und Gesellschaft bis zuletzt im Prinzip dem eines ganz normalen bürgerlichen Gemeinwesens. Mehr noch: Mit peinlicher Ernsthaftigkeit war die SED stets bemüht, nach außen den Anschein zu erwecken, es ginge in ihrem Herrschaftsbereich demokratisch und rechtsstaatlich, im Prinzip also genauso zu wie in den westlichen Ländern – als hätte sie sich in Wirklichkeit nicht längst von einem pluralistischen Konzept im Umgang mit anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften verabschiedet und sogar auch ihre Herrschaftsform entsprechend – eben als Diktatur – definiert. Offenbar war ihr Legitimierungsbedürfnis gegen-

über dem Ausland, der eigenen Bevölkerung und nicht zuletzt sich selbst gegenüber zu groß, als daß es allein mit Verweisen auf die eigene Lehre hätte zufriedengestellt werden können. Selbst als sie mit keinem Widerstand mehr rechnen mußte, schreckte die SED etwa vor einem Verbot anderer politischer Parteien oder vor einer Auflösung des funktionslos gewordenen DDR-Parlaments zurück. Dabei wäre es im Prinzip sogar denkbar gewesen, daß sie den Staat vollständig durch ihren Parteiapparat ersetzen und damit formal abschaffen ließ. (Zugleich hätte sie damit die marxistische Vision vom "Absterben" des Staates verwirklichen können.) Statt dessen war ihr Verhältnis nicht nur der Gesellschaft, sondern auch ihrem eigenen Staat gegenüber von permanentem Mißtrauen gekennzeichnet – so, als hätte sie es nach wie vor mit dem alten bürgerlichen Staatswesen zu tun gehabt, das zu entmachten und zu kontrollieren sei. Überhaupt schienen die führenden SED-Funktionäre gewisse in der Zeit der Illegalität eingeübte Allüren niemals ganz abgelegt zu haben. Wie anders ist etwa die hypertrophierte Rolle des Staatssicherheitsdienstes zu erklären, der sich konspirativer und illegaler Praktiken auch *im eigenen Land* bedienen und seine nach innen gerichtete Tätigkeit stets verleugnen mußte. Statt zum Beispiel die Post- und Telefonkontrolle zu einer legitimen staatlichen Angelegenheit zu erklären und auch formal zu legalisieren – wer hätte dies denn verhindern können? –, glaubte die SED, äußerlich am verfassungsmäßig garantieren Post- und Fernmeldegeheimnis festhalten zu müssen – als wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätte,

die Verfassung jederzeit nach ihrem eigenen Gutdünken zu ändern oder auf ein solches bürgerliches Relikt überhaupt zu verzichten. (Zweifelsohne ist hier auf die Vorbildrolle der Sowjetunion zu verweisen, was aber das prinzipielle Problem nicht aus der Welt schafft.)

Bezüglich "gesellschaftlicher Organisationen" bestand das Dilemma der SED darin, daß sie ihren universalen Eigentumsanspruch nur intern durchsetzen konnte. Nach außen mußte sie den Eindruck vermitteln, es handele sich – wie im Westen – um privatrechtliche Zusammenschlüsse einzelner Bürger. Statt anderen Interessengruppen die Möglichkeit einer Vertretung in der Gesellschaft überhaupt zu verweigern, begnügte sie sich damit, in den einzelnen Organisationen ihre "führende Rolle" durchzusetzen. Eben dieser Zwang der Politbürokratie zur permanenten Verleugnung ihres Interesses, von der gesamten Gesellschaft (einschließlich privatrechtlicher Vereinigungen) Besitz zu ergreifen, dürfte der einzige Grund sein, warum es einigen Organisationen, darunter auch musikalischen und musikwissenschaftlichen Gesellschaften, möglich gewesen war, die DDR in mehr oder weniger selbständiger Form zu überleben.

Intern freilich wurden die Gesellschaften von der SED in ihrer Integrität als juristische Personen mißachtet, wie nachgeordnete Einrichtungen des Staates behandelt, als bloße Ausführungsorgane der von der Partei bestimmten Kulturpolitik angesehen. DDR-Bürger, die internationalen Gesellschaften angehörten, wurden nicht als Vertreter ihrer Organisationen, sondern als Vertreter einer

imaginären DDR-Mitgliedschaft, mithin als Staatsvertreter betrachtet. So wurde beispielsweise die Ausrichtung dieser oder jener Veranstaltung einer Gesellschaft nicht nur schlechthin erlaubt, sie wurde *angeordnet* (zumeist per Beschluß des Sekretariats des ZK der SED). Die Teilnahme eines ausgesuchten Personenkreises an einer Veranstaltung im Westen wurde nicht nur *genehmigt* (es wurde nicht etwa davon ausgegangen, aus dem gesamten Kreis der Mitglieder, die ja eigentlich alle das gleiche Recht auf Teilnahme gehabt hätten, bestimmten Mitgliedern die Ausreise zu gestatten), vielmehr mußten die Teilnehmer vom Staat *delegiert* werden. Diese "Delegationen" sollten dann nicht etwa die ostdeutschen Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft repräsentieren, sondern den SED-Staat, der, wie erwähnt, sich selbst gewissermaßen als das eigentliche Mitglied und die tatsächlichen Mitglieder als seine Vertreter betrachtete, was schon im Sprachgebrauch ("die DDR-Mitgliedschaft" oder "Delegation der DDR") sich offenbarte. Das generelle Phänomen kommunistischer Diktaturen, daß grundsätzlich verboten ist, was nicht speziell genehmigt, genauer gesagt: angeordnet ist,⁵ kann also auch im Umgang der DDR mit wissenschaftlichen und künstlerischen Gesellschaften diagnostiziert werden. Die DDR-Bürokratie sah zunehmend ihre Aufgabe nicht nur in der Festsetzung eines Bewegungsrahmens für die Tätigkeit der Gesellschaften, der den Spielraum für das gesellschaftliche Leben zwar eingeschränkt, dieses Leben selbst aber im Prinzip weiterhin auf traditionelle "bürgerlich-autonome" Art und Weise ermöglicht hätte – nein, im geheimen trachtete

sie nach der Determination des gesellschaftlichen Lebens *an sich*.

Trotz allem aber gab es höchst unterschiedliche Grade der Vereinnahmung, abhängig davon, ob sich in den Organisationen Personen fanden, die sich dem Herrschaftsanspruch der SED widersetzen, ihn als "unvermeidlich" hinnahmen oder die Gleichschaltung durch aktives Tun unterstützten beziehungsweise überhaupt erst ermöglichten. Zwar soll der zuweilen erhebliche Druck von "oben" zur Umwandlung gesellschaftlicher Organisationen in Instrumente der Kulturpolitik der SED nicht heruntergespielt werden, jedoch ist festzustellen, daß der größte Druck meist nicht vom Apparat, sondern von "unten" tätigen übereifrigen SED-Genossen kam. Jedenfalls ist auch im Fall der Vereinigungen die nach wie vor populäre Vorstellung falsch, daß aufgrund des Zentralismus in der DDR Initiativen zu gesellschaftlichen Veränderungen nur von der Spitze der Pyramide ausgehen konnten, um dann als Befehle nach unten "durchgestellt" zu werden, anders gesagt, daß oben die bösen Machthaber und unten die mehr oder weniger guten, stets aber machtlosen Befehlsempfänger gestanden hätten. Daß es, couragiertes Verhalten vorausgesetzt, durchaus möglich war, unter DDR-Verhältnissen eine gewisse Selbständigkeit zu wahren, zeigt das Beispiel der in Halle ansässigen "Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina", die es bis zuletzt vermocht hatte, jegliche Versuche der Einmischung von Partei und Staat in ihre Angelegenheiten abzuwehren, ohne daß sie deshalb jemals unmittelbar mit Verbot bedroht ge-

wesen wäre.⁶ Zu bedenken ist allerdings, daß das Schicksal wissenschaftlicher und künstlerischer Gesellschaften maßgeblich davon abhing, ob es sich, wie bei der Leopoldina, um Organisationen handelte, die schon vor der Gründung der DDR existierten (und damit gesamtdeutsche Traditionen aufwiesen) oder um solche, die später entstanden sind und darum von der SED von Beginn an mit bestimmten politischen Zielsetzungen versehen werden konnten.

Bei den auf DDR-Gebiet existierenden musikalischen und musikwissenschaftlichen Gesellschaften waren alle der genannten Fälle in unterschiedlichen Abstufungen vertreten. Bereits vor der DDR-Gründung war in Leipzig die "Neue Bachgesellschaft" (NBG) ansässig. Sie verstand sich als Nachfolgerin der von 1850 bis 1900 bestehenden "Bachgesellschaft", welche die erste Gesamtausgabe der Bachschen Werke herausgegeben hatte.⁷ Als Berufsorganisation der Musikwissenschaftler in Deutschland wurde auf Initiative von Friedrich Blume 1946 die "Gesellschaft für Musikforschung" (GfM) gegründet, die neben ihrer Kasseler Geschäftsstelle von 1954 bis 1968 eine Zweiggeschäftsstelle in Leipzig zur Betreuung ihrer ostdeutschen Mitglieder unterhielt.⁸ Eine solche Zweiggeschäftsstelle existierte zeitweilig auch in der gleichfalls in Kassel ansässigen "Internationalen Heinrich Schütz-Gesellschaft" (ISG), einer Gesellschaft zur Pflege der Kirchenmusik, die 1930 als "Neue Schütz-Gesellschaft" gegründet wurde. Beiden letztgenannten Gesellschaften wurde in den sechziger Jahren in der DDR die legale Existenzgrundlage ent-

zogen. Im Zuge ihrer Bemühungen um internationale diplomatische Anerkennung engagierte sich die DDR in der Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer stark in der "Internationalen Gesellschaft für Musikwissenschaft" (IGMW), einer 1927 in Basel gegründeten und seitdem dort ansässigen internationalen Musikologengemeinschaft.⁹ Erst zu DDR-Zeiten gebildet, wenngleich sich auf Vorkriegstraditionen berufend, wurden die "Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft" (gegründet 1955, Sitz Halle/Saale) und die "Robert-Schumann-Gesellschaft" (gegründet 1957, Sitz Zwickau). Darüber hinaus existierten auf regionaler Basis noch verschiedene andere musikalische Gesellschaften sowie Arbeitskreise des Kulturbundes, die nicht die Bedeutung der oben genannten Institutionen erlangten.

In den ersten Nachkriegsjahren war es in der Sowjetischen Besatzungszone (beziehungsweise DDR) bald wieder möglich, daß wissenschaftliche und künstlerische Gesellschaften ihre Arbeit aufnehmen, wenn auch, gemäß einer Verordnung aus dem Jahr 1949, zunächst nur im Rahmen des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands". Der gesamtdeutsche Charakter vieler dieser Organisationen wurde anfangs von der DDR respektiert. Schon frühzeitig allerdings ließen die Behörden das Interesse erkennen, die Tätigkeit der Gesellschaften nicht dem Selbstlauf zu überlassen. Von Anfang an gehörten deren Kontrolle und Lenkung zu den als selbstverständlich angesehenen staatlichen Aufgaben. Dabei richtete sich die

Zuständigkeit der Staatsorgane danach, ob es sich um im engeren Sinne wissenschaftliche oder um künstlerische Gesellschaften handelte. Zunächst war bis 1951 sowohl für kulturelle als auch für wissenschaftliche Belange das "Ministerium für Volksbildung" zuständig, das die Nachfolge der "Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung" übernommen hatte und wie diese anfangs von Paul Wandel geleitet wurde. Um Fragen der Wissenschaftsorganisation kümmerte sich im Ministerium eine "Hauptabteilung Hochschulwesen", während als kulturpolitisches Ressort eine "Hauptabteilung Kunst und Literatur" eingerichtet wurde, welche sich 1950 in die Hauptabteilungen "Kunst" und "Literatur" aufspaltete. Die wissenschaftlichen Gesellschaften wurden von der Hauptabteilung Hochschulwesen betreut, die dafür Anfang 1951 ein eigenes Referat ("Wissenschaftliche Gesellschaften und Tagungen") zur Verfügung gestellt bekam. Als wenige Monate später die Hauptabteilung aus dem Ministerium ausgegliedert und in ein neugegründetes Staatssekretariat mit eigenem Geschäftsbereich ("Staatssekretariat für Hochschulwesen" – SfH) überführt wurde, übernahm diese Arbeit ein Hauptreferat ("Wissenschaftliche Tagungen und Gesellschaften") beziehungsweise ein Sektor ("Internationale Tagungen und Kongresse und wissenschaftliche Gesellschaften in der DDR").

Das SfH wurde im Februar 1958 umbenannt in "Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen" (SHF); seit Juli 1967 hieß es dann "Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen" (MHF). Für die Arbeit mit musikwissenschaftlichen Ge-

sellschaften – wie überhaupt für Musikwissenschaft – war seitens des Fachsektors von 1953 bis 1963 Konrad Niemann verantwortlich, danach Hans-Dieter Grampp. Nach einer 1958 entstandenen Übersicht des SfH über die "Verantwortlichkeit bei der Vorbereitung und Durchführung internationaler Tagungen und Kongresse [und] der Gründung und Anleitung wissenschaftlicher DDR-Gesellschaften" war der jeweilige Fachsektor im wesentlichen zuständig für das hausinterne Melden einer Veranstaltung, für die Bildung einer SED-Parteigruppe und für die "politisch-wissenschaftliche Anleitung" der Gesellschaften beziehungsweise Veranstalter.¹⁰ Die Regelung der technischen und finanziellen Angelegenheiten sowie überhaupt die allgemeine Planung der in einem Kalenderjahr zu betreuenden Kongresse oblag hingegen dem Sektor Internationale Tagungen und Kongresse des Staatssekretariats. Ungeachtet aller späterer Strukturänderungen blieb diese Form der Arbeitsteilung im Prinzip bis zum Ende der DDR erhalten.

Von 1952 bis 1966 unterhielt das Staatssekretariat außerdem für die einzelnen universitären Studienrichtungen sogenannte Wissenschaftliche Beiräte, denen sämtliche Professoren der entsprechenden Wissenschaftsdisziplin angehörten. In der Regel übernahm der zuständige Fachreferent darin den Posten eines Sekretärs. Laut Ministerratsbeschluss vom 28. August 1952 dienten die Beiräte hauptsächlich der Aufstellung von Studienplänen (die nach der Hochschulreform des Jahres 1951 für alle Studienrichtungen obligatorisch geworden wa-

ren) und der Beratung von Fragen der Forschung und Lehre. Administrative Vollmachten erhielten sie jedoch nicht.¹¹ Ein solcher Beirat existierte auch für die Fachrichtung Musikwissenschaft, seit seiner Gründung 1952 geleitet von Ernst Hermann Meyer. Anfang 1966 wurden die Beratungsorgane des SHF umstrukturiert. Es entstand ein "Hoch- und Fachschulrat der DDR", dem Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Bereichen angehörten und der vom Staatssekretär beziehungsweise Minister geleitet wurde. Außerdem wurden die bestehenden Beiräte der wissenschaftlichen Einzelgebiete als "Sektionen" in neu geschaffene größere Beiräte eingegliedert.¹² Der bisherige Beirat für Musikwissenschaft hieß nun "Sektion Musikwissenschaft" des "Wissenschaftlichen Beirats für Literatur-, Kunst- und Sprachwissenschaften". Sektionsvorsitzender blieb noch bis 1968 Ernst Hermann Meyer, danach übernahm Walther Siegmund-Schultze diese Position. In den achtziger Jahren wurde die Funktion des Beirats von einer "Arbeitsgruppe Musikwissenschaft" des "Wissenschaftlichen Rats für Kultur- und Kunstwissenschaften" der "Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED" ausgeübt. Besonders in den fünfziger und frühen sechziger Jahren bildete der Beirat für Musikwissenschaft, der seine Sitzungen häufig zusammen mit dem Beirat für Musikerziehung abhielt, ein Forum der Auseinandersetzungen um die Zukunft der Gesellschaft für Musikforschung. Von größerer Bedeutung war allerdings seine SED-Parteigruppe. Weil ihm auch einige parteilose (sogenannte "bürgerliche") Professoren angehörten, die es von der Entschei-

dungsgewalt weitgehend auszuschließen galt, mußte den SED-Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, alle wichtigen Entscheidungen zuerst unter sich auszumachen. Zu diesem Zweck traf man sich für gewöhnlich unmittelbar vor den offiziellen Beiratssitzungen zu internen Beratungen. Mit den "bürgerlichen" Musikwissenschaftlern wurde anschließend faktisch nur noch Illusionstheater gespielt.

Nach der 5. Tagung des ZK der SED im März 1951 wurde auch die staatliche Kulturpolitik institutionell neu organisiert und aus dem Ministerium für Volksbildung ausgegliedert. Schließlich übernahm 1954 das "Ministerium für Kultur" (MfK) diese Aufgabe. Es war sowohl an der Errichtung der Zweiggeschäftsstellen der Gesellschaft für Musikforschung und der Neuen Schütz-Gesellschaft in Leipzig (1954) als auch an der Gründung der Georg-Friedrich-Händel- und der Robert-Schumann-Gesellschaft (1955 beziehungsweise 1957) beteiligt. Die Gesellschaft für Musikforschung wurde zwar in der DDR, weil eingestuft als "wissenschaftliche Gesellschaft", dem Staatssekretariat für Hochschulwesen zugeordnet; das für musikalische Gesellschaften zuständige Kulturministerium blieb aber auch hier nie ganz ohne Mitspracherecht, zumal die politischen Konzeptionen der auf die musikalischen Gesellschaften einflußnehmenden Kräfte die GfM immer mit einschlossen. Ferner löste das MfK in den fünfziger Jahren den Kulturbund bei der Betreuung der Neuen Bachgesellschaft ab. Im Rahmen des Ministeriums waren besonders die Funktionäre Hans-Georg Uszkoreit, Hans Pischner, Werner Rackwitz und Gerhard Brattke

für den Umgang mit den musikalischen Gesellschaften verantwortlich.

Beide Staatsorgane, das für die Hochschul- und das für die Kulturpolitik zuständige, wurden kontrolliert vom Apparat des Zentralkomitees der SED – genauer: von dessen Abteilungen "Wissenschaften" und "Kultur", die wiederum zum Ressort des für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur zuständigen ZK-Sekretärs (seit 1955 Kurt Hager) gehörten. Recht früh hatte sich durchgesetzt, daß die vom jeweiligen Staatsorgan erstellten Konzeptionen über die während der bevorstehenden Veranstaltung einer Gesellschaft zu erreichenden politischen Ziele mit der entsprechenden Abteilung des ZK-Apparats koordiniert und dann dem Sekretariat des ZK zur Beschlußfassung vorgelegt wurden.

Nicht ohne Einfluß bei Entscheidungen über musikalische Gesellschaften war auch immer der Generalsekretär beziehungsweise 1. Sekretär des "Verbandes Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler" (VDK) beziehungsweise des "Verbandes der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR" (VKM). Besonders Nathan Notowicz, der dieses Amt von 1951 bis 1968 ausübte, machte von seinem Mitspracherecht des öfteren Gebrauch. Daß er im Kreis der Musikfunktionäre über eine erhebliche Autorität verfügte, wurde spätestens 1962 deutlich, als er seine Position bezüglich der geplanten Spaltung der Gesellschaft für Musikforschung und der Neuen Bachgesellschaft durchsetzen konnte. Überhaupt ist der Einfluß nicht zu unterschätzen, den Musikwissenschaftler, die sich mit den Zielen der SED identifizierten, unabhän-

gig von ihren bekleideten Ämtern auf die Politik mit den musikalischen und musikwissenschaftlichen Gesellschaften ausüben konnten. Zu nennen sind hier neben Notowicz vor allem Ernst Hermann Meyer, Georg Knepler, Karl Laux, Walther Siegmund-Schultze, Werner Felix und Heinz Alfred Brockhaus. Ohne deren aktive Beteiligung wäre die Instrumentalisierung der Gesellschaften für politische Zwecke wohl kaum gelungen. Mitnichten trifft die Vermutung zu, daß diesen Personen lediglich die Rolle von Multiplikatoren für vorher von Funktionären beschlossene Entscheidungen zukam – oder gar nur die Rolle von bloßen Befehlsempfängern. Vielmehr waren nicht selten gerade sie es gewesen, die bei den zahlreichen Versuchen, dem SED-Regime durch geschicktes Taktieren politische Geländegewinne zu verschaffen, die Initiative ergriffen hatten.

Besonders eindrucksvoll läßt sich das Zusammenspiel der genannten Entscheidungsträger anhand der Vorbereitungen der Jahrestagungen und Kongresse der Gesellschaft für Musikforschung und der Internationalen Gesellschaft für Musikwissenschaft darstellen. Zunächst stand in den fünfziger Jahren und am Beginn der sechziger Jahre die Gesellschaft für Musikforschung im Mittelpunkt des staatlichen Interesses an musikalischen und musikwissenschaftlichen Gesellschaften, später wurde die eingeübte Verfahrensweise dann auch im Umgang mit der IGMW praktiziert. Die seit der Währungsspaltung 1948 notwendig gewordene staatliche Zuteilung anderer Währungen bei Reisen von Wissenschaftlern nach Westdeutschland oder ins Ausland er-

leichterte es der DDR, die Teilnahme an auswärtigen wissenschaftlichen Veranstaltungen zu lenken und zu kontrollieren. So konnte bereits frühzeitig nach dem sogenannten Delegationsprinzip verfahren werden, was bedeutete, daß die vom Staat mit Reisegenehmigungen bedachten Wissenschaftler zu geschlossenen Gruppen ("Delegationen") zusammengefaßt wurden. Vor jeder wissenschaftlichen Veranstaltung, für die eine DDR-Beteiligung vorgesehen war, hatte das Staatssekretariat (beziehungsweise Ministerium) für Hoch- und Fachschulwesen als "delegationsbildendes Organ" dem Sekretariat des ZK der SED eine entsprechende Beschlußvorlage anzufertigen. Erst Mitte der siebziger Jahre wurde von dieser Praxis allmählich Abstand genommen und dem Sekretariat des ZK nur noch in einigen wenigen Fällen das letzte Wort bei der "Delegierung" von Wissenschaftlern überlassen. Die Zahl der Kongreßreisen hatte in der DDR inzwischen einen die Kapazität der Sekretariatssitzungen völlig überfordernden Umfang angenommen; bereits in den sechziger Jahren war man daher bei der Entscheidung mitunter auf die von Kurt Hager geleitete "Ideologische Kommission" beim Politbüro ausgewichen. In der Regel wurden die Beschlußvorlagen vom zuständigen Fachreferenten im Staatssekretariat ausgearbeitet und zunächst hausintern bestätigt, bevor die Abteilung Wissenschaften und andere Partei- und Staatsorgane zur Stellungnahme aufgefordert wurden.

Die Vorlagentexte begannen üblicherweise mit einer Auflistung der zur "Delegierung" vorgesehenen Wissenschaftler,

danach folgten kurze Informationen über den Charakter der jeweiligen Gesellschaft, anschließend ein Hinweis auf den zu erwartenden politischen Nutzen der Veranstaltung – hier wurde meist gehörig übertrieben, um die Chancen für die Bestätigung der Vorlage zu erhöhen. Eine Konzeption über die künftig in Angriff zu nehmenden politischen Etappenziele fehlte ebensowenig wie die sogenannte Direktive – eine Verhaltensrichtlinie für die zur Teilnahme vorgesehenen Wissenschaftler. Vor Reisebeginn wurden dann die Teilnehmer auf einer eigens dafür einberufenen "Delegationsbesprechung" mit dem Inhalt der Direktive vertraut gemacht. In den Vorlagen wurde auch vermerkt, welcher "Delegierte" als "Parteigruppenorganisator" vorgesehen war. Denn sozusagen für die Online-Kontrolle der Teilnehmer wurde obendrein jedesmal eine temporäre SED-Partei-gruppe (beziehungsweise "Parteiaktiv") gebildet – wie es das SED-Statut seit 1954 für solche Gelegenheiten vorsah. Ein darüber hinaus eingesetzter "Delegationsleiter" war allen "Delegationsmitgliedern" weisungsberechtigt und hatte nach jeder Veranstaltung dem Staatssekretariat (häufig auch noch dem Kulturministerium und den beiden zuständigen ZK-Abteilungen) schriftlich zu berichten, in welchen Punkten die jeweils aktuelle politische Mission erfüllt werden konnte. Von den Kaderabteilungen der Institutionen, welchen die zur "Delegierung" vorgesehenen Personen angehörten, wurden vom Staatssekretariat beziehungsweise Ministerium rechtzeitig Kurzbiographien und Stellungnahmen angefordert, die ebenfalls Bestandteile der Vorlagen bildeten. Die zur Stellungnahme

aufgeforderten Partei- und Staatsorgane mahnten mitunter vor der Sekretariatssitzung eine Reduzierung der Teilnehmerzahl an; es konnte aber auch passieren, daß das Sekretariat des ZK einige Personen noch während der Behandlung der Vorlage – das hieß in der Regel unmittelbar vor Reisebeginn – von der Teilnehmerliste streichen ließ. Ein besonderes politisches Kalkül läßt sich dabei nicht erkennen. Um so mehr mußte daher den Betroffenen die Auswahlpraxis wie ein Lotteriespiel vorkommen.

Nach dem Bau der Berliner Mauer wurden die Möglichkeiten für DDR-Bürger, an wissenschaftlichen Veranstaltungen im Westen teilzunehmen, erheblich eingeschränkt. Gemäß eines Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 18. April 1962 über die "Entsendung von Wissenschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik zu Tagungen und Kongressen in nichtsozialistische Länder und nach Westdeutschland" waren solche Reisen nur noch dann zu genehmigen, wenn "eine selbständige Mitgliedschaft der DDR in einer internationalen wissenschaftlichen Organisation (Kollektivmitgliedschaft oder Einzelmitgliedschaft) besteht und ein selbständiges Auftreten unserer Wissenschaftler von vornherein gegeben ist". Weiter wurde verfügt:

"Alle Reisen erfolgen offiziell als 'Delegation der DDR'. Es sind nur solche Wissenschaftler zu delegieren, die klar und unzweideutig die Interessen unserer Republik vertreten, ein ausgewiesenes hohes wissenschaftliches Ansehen besitzen und in der

Regel auf Tagungen mit einem Vortrag auftreten.

Die Anzahl der zu delegierenden Wissenschaftler ist auf ein Mindestmaß zu reduzieren, in der Zusammensetzung der Delegation ist auch quantitativ der Einfluß unserer Parteimitglieder zu sichern. Es sind grundsätzlich keine Ehepaare zu delegieren."

Später wurde diese Richtlinie weiter präzisiert. So beschloß am 22. April 1965 das Sekretariat des ZK der SED eine "Ordnung über die Verantwortung der staatlichen Organe bei der Beschickung von Tagungen und Kongressen in den nichtsozialistischen Staaten".

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war das Staatssekretariat für Hochschulwesen um die Neugründung wissenschaftlicher Gesellschaften in der DDR bemüht. Zu Beginn des Jahres 1953 arbeitete es gar einen regelrechten "Plan der zu gründenden wissenschaftlichen Gesellschaften" samt eines an das Statut der "Physikalischen Gesellschaft in der DDR" angelehnten "Musterstatuts" aus. Allein in den Jahren 1952 bis 1954 wurden so Gesellschaften für die Disziplinen Physik, Chemie, Geographie und Geologie gegründet. In zahlreichen Fällen ging die staatliche Verantwortung später vom Staatssekretariat auf die Deutsche Akademie der Wissenschaften, bei medizinischen Gesellschaften auf das Ministerium für Gesundheitswesen über. Die Mitgliedschaft von DDR-Bürgern in Gesellschaften mit westdeutschem Sitz wurde anfangs toleriert. Ein Mitarbeiter des Hauptreferats "Wissen-

schaftliche Tagungen und Gesellschaften" im Staatssekretariat für Hochschulwesen wagte beispielsweise noch 1952 gegenüber einem Vorgesetzten die Frage zu stellen, ob es "allen westdeutschen Gesellschaften" empfohlen werden sollte, Sonderkonten in der DDR zu errichten, damit deren ostdeutsche Mitglieder reguläre Beitragszahlungen leisten könnten.

Auch das Ministerium für Kultur entdeckte bald sein Interesse an gesamtdeutschen und internationalen Gesellschaften, zumal die DDR während der Zeit ihrer internationalen Isolierung auf inoffizielle, formal nichtstaatliche Repräsentanten zurückgreifen mußte. Dabei spielten auch musikalische Gesellschaften eine Rolle. Zunächst ging es darum, sich über die bestehenden Mitgliedschaften von DDR-Bürgern in solchen Gesellschaften zu informieren und weitere Gesellschaften für Mitgliedschaften zu erschließen. Schon bald aber wurde die Zielstellung konkretisiert. Es komme darauf an, "eine gleichberechtigte Stellung in der gesamtdeutschen Vertretung zu erreichen", betonte Ende 1956 der stellvertretende Außenminister Sepp Schwab gegenüber dem Kulturminister Johannes R. Becher. Im November 1957 erstellte das Ministerium für Kultur eine auf dieser Linie liegende "Direktive" für die Umgestaltung aller gesamtdeutschen kulturellen Gesellschaften.

Das Drängen der DDR-Behörden auf eigene nationale Vertretungen nahm nach dem Bau der Berliner Mauer erheblich zu. Sogleich nach dem 13. August 1961 wurde im Partei- und Staatsapparat eine Konzeption darüber erarbeitet,

welche Konsequenzen sich aus der neuen politischen Situation für die noch bestehenden gesamtdeutschen Gesellschaften zu ergeben hätten: "Es wird vorgeschlagen, an Stelle der gesamtdeutschen Gesellschaften entweder eigene DDR Gesellschaften oder Arbeitskreise zu gründen. Die DDR Gesellschaften arbeiten nach einer neuen, unserer Situation und unseren Aufgaben entsprechenden Konzeption." Zutreffen sollte dies sowohl für literarische Gesellschaften (Goethe-, Schiller-, Shakespeare-, Dante- und Barlach-Gesellschaft) als auch für die Bach- und die Schütz-Gesellschaft sowie für die Gesellschaft für Musikforschung. Von den musikalischen Gesellschaften sollten lediglich die Händel- und die Schumann-Gesellschaft von Veränderungen verschont bleiben, da sie "ihrem Charakter nach DDR Gesellschaften" seien.

Wenig später, im Oktober 1961, wurden diese Vorschläge auf einer Beratung im Kulturministerium präzisiert. Man einigte sich auf folgendes Vorgehen: Die in Leipzig ansässige Neue Bachgesellschaft sei aufzulösen und durch eine eigene Bachgesellschaft der DDR unter Vorsitz des Thomaskantors Erhard Mauersberger zu ersetzen. Ein ähnliches Schicksal war der Neuen Schütz-Gesellschaft zugedacht: An ihre Stelle sollte ein "Arbeitskreis der Schütz-Freunde" unter Vorsitz des Dresdner Kreuzkantors Rudolf Mauersberger treten. Als Ersatz für die GfM war eine eigene "Gesellschaft für Musikforschung" vorgesehen, die ihre Geschäftsstelle wie bisher in Leipzig unterhalten, ansonsten aber engen Kontakt zum Komponistenverband pflegen

sollte. Einzig unangetastet sollte in Halle die Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft bleiben, denn sie sei "politisch fest in unseren Händen". Das weitere Vorgehen gegenüber den gesamtdeutschen Gesellschaften sollte von einem Beschluß der SED-Führung abhängig gemacht werden.

Nur dem Umstand, daß der angekündete Parteibeschuß sich verzögerte, war es zu verdanken, daß die genannten Gesellschaften – und überhaupt gesamtdeutsche Kulturgesellschaften – noch einige Jahre ihre Einheit bewahren konnten. Der Grund für die Verzögerung lag darin, daß der vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen ausgearbeitete Entwurf einer Vorlage für das Sekretariat des ZK in der Abteilung Wissenschaften des Parteiapparats auf Kritik gestoßen war. Der Entwurf hatte vorgesehen, Mitgliedschaften von DDR-Bürgern in westdeutschen wissenschaftlichen Gesellschaften nur noch in Ausnahmefällen zu gestatten und die DDR-Mitglieder in gesamtdeutschen Gesellschaften "von der Notwendigkeit des freiwilligen Austritts" zu überzeugen. Erst nach der deutschlandpolitischen Wende der SED nach der Bildung der Großen Koalition in Bonn begann man sich im Partei- und Staatsapparat wieder an das steckengebliebene Vorhaben zu erinnern. Am 5. April 1967 beschloß das Sekretariat des ZK (anschließend pro forma auch der Ministerrat), daß sämtliche gesamtdeutschen Gesellschaften mit westdeutschem Sitz ihre Tätigkeit in der DDR bis zum Ende des Jahres 1968 einzustellen hätten. Einzig die auf DDR-Gebiet ansässigen Gesellschaften er-

hielten in modifizierter Form – als "Internationale Gesellschaften" beziehungsweise "Gesellschaften der DDR mit internationaler Mitgliedschaft" – noch eine Überlebenschance. Auf Grund dieses Beschlusses mußten in den Jahren nach 1967 folgende gesamtdeutsche Kulturgesellschaften ihre Tätigkeit in der DDR beenden:

- die 1946 gegründete "Ernst-Barlach-Gesellschaft", Sitz Hamburg (am 30. April 1968 durch die Bildung eines "Arbeitskreises Ernst Barlach" des Kulturbundes in Schwerin),
- die Gesellschaft für Musikforschung (am 3. September 1968 durch Beschluß der selbsternannten "Sektion DDR" und der "Kommission Musikwissenschaft" des Komponistenverbandes),
- der 1869 gegründete "Hansische Geschichtsverein", Sitz Bremen (durch Anschluß der in der DDR bestehenden Arbeitsgemeinschaft an die "Deutsche Historiker-Gesellschaft" Anfang 1969),
- die "Deutsche Schiller-Gesellschaft", Sitz Marbach (mit dem Beschluß des Kulturbundes am 29. April 1969, einen zentralen "Arbeitskreis Friedrich Schiller" aufzubauen) und
- die "Hölderlin-Gesellschaft", Sitz Tübingen.

Gesamtdeutsche Gesellschaften mit Sitz auf DDR-Gebiet wurden in der Folgezeit "internationalisiert", so

- die Neue Bachgesellschaft (welche gezwungen wurde, sich 1970 zu einer "Internationalen Vereinigung" mit Ländersektionen in beiden deutschen Staaten sowie im Ausland umzuwandeln) und
- die 1885 gegründete "Goethe-Gesellschaft", Sitz Weimar (durch die Grün-

dung von Zweigstellen in verschiedenen Ländern und Aufnahme ausländischer Mitglieder in die Leitungsgremien sowie durch die Wahl eines ostdeutschen Präsidenten im Jahr 1971).

Bereits vor dem Beschluß wurde die seit ihrer Gründung 1864 in Weimar ansässige "Deutsche Shakespeare-Gesellschaft" gespalten, was allerdings nur zum Teil als Folge des von der DDR (genauer: vom Kulturministerium) ausgeübten politischen Drucks anzusehen ist; mit etwas mehr Kompromißbereitschaft auf westlicher Seite hätte die bis 1993 währende Spaltung wohl verhindert werden können. Die Internationale Heinrich Schütz-Gesellschaft hatte bereits 1964 ihre gesamtdeutsche Struktur aufgegeben, nachdem angesichts der Situation nach dem Mauerbau eine Weiterarbeit in dieser Form nicht mehr möglich schien. Unangetastet von dem Beschluß des ZK-Sekretariats blieben von den musikalischen Gesellschaften lediglich die in Halle ansässige Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft und die Robert-Schumann-Gesellschaft (Sitz Zwickau), da beide Vereinigungen bereits die angestrebte Norm von "Gesellschaften der DDR mit internationaler Mitgliedschaft" erfüllten. Die Robert-Schumann-Gesellschaft, in der schon 1961 jeglicher westdeutscher Einfluß ausgeschaltet worden war, verharrte so weiter in provinzieller Harmlosigkeit am Tropf des Kulturministeriums, während man sich in der Händel-Gesellschaft zwar fortan durch eine wohl dosiert eingesetzte Präsenz westdeutscher und ausländischer Händelforscher mit einem gewissen internationalen Flair schmücken konnte, aber die von

linientreuen Funktionären (Ernst Hermann Meyer, Walther Siegmund-Schultze) gesicherte Vorherrschaft der DDR nie gefährdet sehen mußte.

Das Verbot der Gesellschaft für Musikforschung in der DDR beendete den jahrelang von SED-Aktivistinnen und vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen vorangetriebenen, aber letztlich erfolglos gebliebenen Versuch, in dieser Gesellschaft unter Umgehung der Satzung eine "Sektion DDR" zu bilden. Nach 1968 fanden diese Bemühungen eine Fortsetzung in der Internationalen Gesellschaft für Musikwissenschaft, die der DDR neben anderen internationalen Organisationen fortan als Experimentierfeld für ihre Bemühungen um internationale Anerkennung dienen sollte. Bessere Erfolgsaussichten als in der Gesellschaft für Musikforschung konnte sie sich hier zumal deshalb ausrechnen, weil Aufbau und Wahlmodus der IGMW ihrem Anliegen entgegenkam. Mußte sie in der GfM mühsam und unter Bruch der Satzung erzwingen, daß bei den Wahlen zum Vorstand die von ihr vorgeschlagenen Kandidaten separat gewählt wurden, so konnte sie in der IGMW von vornherein darauf aufbauen, daß der entscheidende erste Wahlgang im nationalen Rahmen stattfand. Bei der ab-

schließenden Wahl hatte nämlich die Gesamtheit der Mitglieder nur noch zu entscheiden, welchem der von den Ländern vorgeschlagenen Kandidaten sie den Vorzug geben wollte. Gelanges also der DDR, für sich das Anrecht auf einen Sitz im Direktorium – dem Führungsgremium der Gesellschaft – durchzusetzen, war es ihr ein leichtes, dafür zu sorgen, daß ein linientreuer Genosse gewählt wird. Durch gezielte Eintritte von SED-Mitgliedern in die Gesellschaft ließ sich mühelos erreichen, daß die dafür nötige Mehrheit gesichert war. Das eigentliche Problem lag jedoch darin, die Gesellschaft dazu zu bewegen, die DDR als "Land" im Sinne der Statuten anzuerkennen. Dies gelang erst nach jahrelangen intensiven Bemühungen engagierter SED-Mitglieder. Nachdem durch zwei interne Aufnahmeaktionen die von den Statuten vorgesehene Mindestzahl an Mitgliedern für das Anrecht auf einen Direktoriumssitz erreicht war, vermochte die Gesellschaft dem aus der DDR kommenden Druck nicht mehr standzuhalten. Im Jahr 1971 stimmte das Direktorium auf einer Sitzung in Kopenhagen endgültig zu, die DDR künftig als eigenständiges Land zu behandeln.

Lars Klingberg, Dr. phil., Musikwissenschaftler, lebt und arbeitet in Berlin

Anmerkungen:

¹ W. I. Lenin, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik. Beschluß des ZK der KPR(B) vom 12. Januar 1922, in: ders., Werke, Bd. 33, Berlin [Ost] 1962, S. 178.

² Lenin, Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, a. a. O., Bd. 31, 1959, S. 179.

³ Lenin, Über proletarische Kultur, a. a. O., Bd. 31, 1959, S. 308.

⁴ Lenin, *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, a. a. O., Bd. 25, 1960, S. 485.

⁵ So sinngemäß Arthur Koestler auf dem "Kongreß für kulturelle Freiheit" 1950 in West-Berlin.

⁶ Vgl. Benno Parthier, *Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Festschrift des Präsidiums der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zum 300. Jahrestag der Gründung der heutigen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* 1994, Halle (Saale) 1994.

⁷ Zur Neuen Bachgesellschaft vgl. meinen Aufsatz *Neue Bachgesellschaft und DDR*, in: *Bericht über die Wissenschaftliche Konferenz anlässlich des 69. Bach-Festes der Neuen Bachgesellschaft, Leipzig, 29. und 30. März 1994. Passionsmusiken im Umfeld Johann Sebastian Bachs – Bach unter den Diktaturen 1933–1945 und 1945–1989*, Hildesheim [u. a.] 1995, S. 141–167.

⁸ Zur Gesellschaft für Musikforschung vgl. die Beiträge in dem Sammelband *Einheit und Trennung der Gesellschaft für Musikforschung. Zur Wissenschaftsgeschichte im geteilten Deutschland. Eine Dokumentation*, hrsg. von der Gesellschaft für Musikforschung, Kassel [u. a.] 1993: Rudolf Eller, *Zum Thema* (S. 6–12); Martin Ruhnke, *Die Ereignisse der 1960er Jahre aus westlicher Sicht* (S. 13–18); Lars Klingberg, *Gesellschaft für Musikforschung und DDR* (S. 18–47); Rudolf Eller, *Die Spaltung der Gesellschaft für Musikforschung 1961 bis 1968* (S. 48–55).

⁹ Zur Internationalen Gesellschaft für Musikwissenschaft vgl. Eller, *Zum Thema*, a. a. O., S. 11 f.

¹⁰ Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde [nachfolgend: BA Berlin], Signatur: DR-3/1671.

¹¹ Egon Erwin Müller und Marianne Müller, "... stürmt die Festung Wissenschaft!". *Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945*, Berlin [West] [1953], S. 227 f.

¹² Andreas Herbst, Winfried Ranke und Jürgen Winkler, *So funktionierte die DDR*, Bd. 2: *Lexikon der Organisationen und Institutionen*, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 674.

Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR - ein un-mögliches Fach?

Der Beitrag berichtet kurz über ein Projekt „Alltags- und Sozialgeschichte des Staatsbürgerkundeunterrichts in der DDR“. Die bislang vorliegenden Dokumente ergeben im Ensemble ein facettenreiches Bild vom Unterrichtsalltag. Die bislang vorliegenden Dokumentengruppen² regen zu Thesen an, die hier ausschnittsweise zur Diskussion gestellt werden sollen. Dies geschieht nicht zuletzt mit dem Ziel, Leser dazu anzuregen, weitere Dokumente aufzufinden, um die Materialbasis zu verbreitern.

Staatsbürgerkunde war quantitativ ein ein- bzw. zweistündiges Nebenfach. Dennoch wird aus der Retrospektive mit Staatsbürgerkunde zu Recht ein Kernelement des Gesamtsystems politischer Erziehung in der DDR assoziiert. Auch aus der zeitgenössischen Sicht der DDR-Volksbildung kam dem Unterrichtsfach im Rahmen der politischen Erziehung in den Schulen tragende Funktion zu, obwohl die Zielbestimmungen sich im Verlaufe der Entwicklung der DDR gewandelt haben und konzeptionelle Auseinandersetzungen darüber geführt wurden.

Aus heutiger Sicht stellen sich Konzept

Methodologie einer Problemgeschichte von Fachunterricht

Die Auseinandersetzung mit der Staatsbürgerkundemethodik und der Unterrichtspraxis muß sich zu Beginn zwischen einer immanenten Methodik (Unterstel-

und Praxis von Staatsbürgerkunde vielen als bruchlose Indoktrination dar. Konflikte blieben beschränkt auf Ausbruchversuche einzelner Lehrer, Schüler und Hochschulmethodiker, die schnell gemäßregelt wurden. Die Staatsbürgerkunde insgesamt erscheint als monolithischer Block. Das Spektrum der Schulzuweisungen reicht etwa von der These, daß Staatsbürgerkunde das zentrale Element der Indoktrination der nachwachsenden Generation durch „rote Socken“ (Freya Klier) dargestellt habe, bis hin zu der These, Staatsbürgerkunde habe „Zweisprachigkeit“ wenn nicht systematisch gelehrt, so doch gefördert, und damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur inneren Implosion des realexistierenden Sozialismus 1988/89 geleistet. Werden diese Einschätzungen nicht durch erziehungsgeschichtliche Forschung aufgearbeitet, werden sie sich als Mythen verselbständigen. Diese stehen dann dem Wunsch einer Mutter im Wege, geäußert auf einer Veranstaltung 1991 im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, auf die Frage, was sie sich für ihre Kinder wünsche: „Pädagogen, die bei sich selbst sind.“

lung des ML/WK-Paradigmas als gültig) oder einer externen Form der Kritik (Marxismus als Ideologie) entscheiden. Differenziert man ML/WK und Marxismus,

dann läßt sich in einer immanenten Kritik der ML mit der Methodologie des Marxismus messen.

1. Akzeptiert man versuchsweise ML/WK als eine zutreffende Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Entwicklungen, dann steht der Pädagoge vor dem Problem, wie er ein „Wesen“ und „Gesetzmäßigkeiten“ vermitteln will, die für den Lernenden nicht „erscheinen“, also nicht selbstevident sind. Diese Vermittlung dürfte aber gerade nicht als belehrende Indoktrination - als „Hineintragen des sozialistischen Bewußtseins“ - erfolgen, da sonst die Form des Lernprozesses dem emanzipatorischen Inhalt widersprechen würde. Wie gelangen die Lernenden aber von der Erscheinung zum Wesen? In der elaborierten und studierenswerten Didaktik des Marxismus³ wird das damit gekoppelte „Theorie-Praxis-Problem“ diskutiert als „Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten“. Diese Vorgehen konnte aber auch zu Schwierigkeiten führen.

Roswitha L., Staatsbürgerkundelehrerin an der 2. POS Berlin-Pankow, berichtet von einer Stunde, in der der Fachberater bei ihr hospitiert. Thema: Die Leistungen der Werktätigen in der DDR. Das in rotem Backstein der Jahrhundertwende errichtete Schulgebäude ist zu dieser Zeit eingerüstet, um wenigstens notdürftig instandgesetzt zu werden. Es ist vormittags aber kein fleißiger Arbeiter, keine vorbildliche sozialistische Persönlichkeit, auf dem Gerüst zu sehen. Die Schüler wissen natür-

lich, wo die Arbeiterklasse sich befindet: in der Kneipe um die Ecke - saufen! Und nun soll der Unterricht lebensverbunden sein! Doppelzünftig habe man die Stunde über die Runden gebracht, denn auf ihre Schüler konnte die Lehrerin Frau L. sich verlassen. Auch nach der Wende besaß sie deren Vertrauen. (Bericht an den Verfasser 1992)

2. Geht man dagegen von der Voraussetzung aus, der ML sei ebenso wie der Marxismus eine (falsche) Ideologie, die sich gegen Kritik und Falsifikation durch Immunisierungsstrategien abschottet (so die Kritik des Kritischen Rationalismus, Karl R. Popper), dann läßt sich an der Staatsbürgerkundemethodik exemplarisch das Paradox studieren, wie etwas gelehrt wird, was es in der Realität so nicht „gibt“ - die „pädagogische Quadratur des Kreises“ (Karl Schmitt). Verständlich wird dann der in einem Interview geäußerte Stolz einer Lehrerin, „aus Nichts etwas zu machen“ (Interview A). Ein didaktisches Grundproblem, mit dem auch andere sozialwissenschaftlichen Konzepte zu tun haben, die mit einer essentialistischen Unterscheidung von Oberflächen- und Tiefenstrukturen arbeiten; möglicherweise auch fundamentalistische Religionslehrer, wenn sie nicht Gott als das gerade Nicht-Beweisbare, Transzendente darstellen. Gelernt werden könnte dann durch diese problemgeschichtliche Zugangsweise, wie Lernende grundsätzlich gegen die Faszination durch geschlossene Gesellschaftskonzepte (Fundamentalismen) immunisiert werden können.⁴

Drehbuch und vormundschafterlicher Staat

Eine notwendige zeitliche Periodisierung und Differenzierung der Staatsbürger-

kunde kann mit den bislang vorliegenden Materialien (noch) nicht geleistet

werden. Die Geschichte eines Schulfaches kann allerdings nicht durch eine eindimensionale vulgärmarxistische Korrelation von pädagogischer Theoriebildung (Überbau) und tagespolitischen Erfordernissen (Basis) erfolgen. Resultat wären Formulierungen wie die folgende: „Das Schulfach Geschichte - neben Staatsbürgerkunde Kernfach der ideologischen Erziehung in der DDR - diente vierzig Jahre lang als Instrument der SED-Politik. Geradezu *seismographisch* reagierte der Geschichtsunterricht daher mit inhaltlichen und didaktisch-methodischen Veränderungen auf jedweden gesellschaftlichen und politischen Wandel in der DDR. Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts spiegelt so *exakt* die Phasen der DDR-Geschichte wider.“⁵ Selbst wenn ein solcher eindeutiger Zusammenhang bestünde, was wäre damit an Einsicht gewonnen? Die pädagogische Vergangenheit wäre „bewältigt“, indem sie als Funktion von etwas anderem bestimmt wäre. Dieser leider verbreiteten Form von Schulgeschichtsschreibung liegt ein problematisches Input-Output-Modell von Lernen und ein Lehr-Lern-Kurzschluß (Klaus Holzcamp) zugrunde: Was ministeriell an Zielvorgaben eingegeben wird, er-

Staatsbürgerkunde zwischen Katechetik und Dialektik

Es wurde im Rahmen des Forschungsprojekts kein einziges Dokument gefunden, in dem der inhaltlich-didaktische Rahmen des Unterrichtsfaches Staatsbürgerkunde verlassen oder durchbrochen wurde. Dieser Rahmen war durch eine spezifische Version des Marxismus (ML/WK/Politik der SED) umrissen. Im Einzelfall ergaben sich Varianten und

reiche über Multiplikatoren (politische Pädagogen) bruchlos die Köpfe der Kinder und Jugendlichen. Eine affirmative Verdopplung normativer Didaktik durch ein deduktives Erklärungsschema nach dem Top-Down-Modell (Einbahnstraßen-Theorie des autoritären Staatssystems): Maßnahmen werden durchgestellt aus der Zentrale von Margot Honecker über die APW und Fachberater hin zu Unterrichtshilfen, die dann von qualifizierten Fachlehrern umgesetzt werden. Die Lehrer hätten sich eben nicht anders verhalten können als sie sich verhalten haben. Es handelt sich um ein „Drehbuchmodell“, das mit einer nur oberflächlich rezipierten Totalitarismustheorie verknüpft ist und die DDR so darstellt, als ob sie keine Innenpolitik gehabt hätte, vielmehr mit ihrem modellhaften Organigramm identisch gewesen sei.⁶ Aber auch ein Drehbuch wäre nur eine Vorlage, die es erst durch die Akteure auszudeuten und aufzuführen gilt - und noch jede Inszenierung läßt bekanntlich mehrere Interpretationen zu und dies macht die Schwierigkeit alltäglichen Verhaltens im vormundschaftlichen Staat aus: Man kann ständig alles falsch machen - weiß es aber erst hinterher!⁷

(unfreiwillige) Abweichungen, hervorgehoben durch subjektives Ungenügen bzw. objektive Überforderung der Lehrkräfte und Interpretationsspielräume. Dies zeigen nicht nur Weiterbildungsfilme zur Staatsbürgerkunde, die immer wieder Varianten des Lehrerverhaltens *innerhalb* des Rahmens präsentieren, sondern auch die Analyse handschriftlicher

Unterrichtsvorbereitungen von Stabü-Lehrern noch unterhalb der Unterrichtshilfen zu einer Lehrplaneinheit (ähnlich auch handschriftliche Aufzeichnungen von Schülern). Methodisch zeigt dies nachdrücklich, daß eine Geschichte von Fachunterricht sich bis auf diese Materialebene vorarbeiten muß, will sie Wirklichkeit einfangen!⁸

Formen von Zivilcourage erscheinen auf der Ebene der Dokumente sofort als „besonderes Vorkommnis“. Damit ist aber der normale Gang des Unterrichts bereits verlassen. An einem Vorgang an der EOS Carl-von-Ossietzky in Berlin/DDR im Dezember 1988 können die Folgen der obrigkeitlichen Vorgehensweise eines vormundschaftlichen Staates exemplarisch gezeigt werden. Ein auf eine Tischplatte gekritzelter Spruch „Scheiß Schulleitung. Freiheit für Andersdenkende“ löst an der EOS hektische Betriebsamkeit aus. Die Platte wird sofort entfernt, die Abteilung Volksbildung zuerst telefonisch und wenige Tage später schriftlich informiert (Fallmeldung, in der er über die Einleitung von kriminaltechnischen Untersuchungen berichtet und beteuert wird, die Inschrift habe „nach unseren Einsichten keine spürbare Wirkung im Schülerkollektiv ausgelöst“). Wer einmal das zweifelhafte Vergnügen hatte, sich mit Aktenbergen aus den Mühlen der DDR-Bürokratie zu beschäftigen, dem steht die (nicht zuletzt ökonomische) Ineffizienz eines Systems, in dem auch über den kleinsten Vorfall noch gewissenhaft Bericht erstattet wird mit der Folge, daß sich die staatliche Verwaltung überwiegend mit sich selbst beschäftigt, buchstäblich vor Augen. Ist das System letztlich an seiner eigenen Informationsfülle erstickt und implodiert? Und: Mehr Kontrolle kann auch verstärkte Subversion der Kontrollierten produzieren. Ist dies eine beruhigende oder eine beun-

ruhigende Einsicht aus der Beschäftigung mit der autoritären Vergangenheit?⁹

Im Projekt wurden - nach aller Aktenvernichtung m. E. überraschend genug - drei Videoaufzeichnungen von Staatsbürgerkundestunden (sowie drei Geschichtsstunden¹⁰) geborgen. Für die Kommunikationsmuster der Lehrer kann eine (i. S. von Max Weber) idealtypische Typologie des Sich-Bewegens in einem vormundschaftlichen System aufgestellt werden. Diese Typologie unterrichtlicher Kommunikationsmuster kennzeichnen wir durch die Extrempole Katechetik und Dialektik. Ein interessantes Erlebnis innerhalb der Projektarbeit war es, daß es bei jeder Vorführung eines Dokuments von Staatsbürgerkundeunterricht in einer Lehrer- oder Studentengruppe neben Zustimmung („So war es!“) auch heftige Relativierungen („Dies ist nur ein Einzelfall!“) gibt. Jedes Dokument steht zunächst nur für sich selbst als Einzelstück - das Vorgehen bleibt kasuistisch. Auch die auf die Nicht-Repräsentativität des Dokuments verweisenden Diskutanten zeichnen anschließend ein präzises Bild der Wirklichkeit von Staatsbürgerkunde, selbst wenn sie aus den alten Bundesländern stammen und keine Primärerfahrungen mit dem Fach haben können! Das Dokument beweist nichts, aber es kann als Anstoß dienen, über eigene Praxis nachzudenken.

1. *Katechese*: Katechetik bezeichnet ein parolenhaftes Unterrichtsmuster, in dem die Schüler auf den Status von Lückentextfüllern und Kreuzworträtsellösern (Ratemuster) reduziert werden.

Nach der ritualisierten Stundeneröffnung wird offenbar auf dem Polylix eine Folie

mit fünf Punkten zur Stellung der DDR in der Welt gezeigt, welche die Leistungen des Sozialismus verdeutlichen soll.

L: Gut. Und was kannst Du zusammenfassend mal, wenn du dir alle fünf Punkte ansiehst, was kannst du dann von dieser Stellung sagen?

S: Sehr gut.

L: Und im Satz!

S: Die Stellung der DDR ist sehr gut.

L: Gut! Wißt ihr auch wie lange wir dazu gebraucht haben, solch eine Stellung in der Welt zu erreichen? Steffen!

Steffen: Na, ich schätze 35 Jahre.

L: Na, mit schätzen Sie mal ist jetzt nicht, müssen wir genau wissen. - Robert, melde dich.

Robert: 40 Jahre.

L: Wie kommst du darauf?

Robert: Na, von Anfang, als die DDR gegründet wurde.

L: Aha. Wann war das? (S: neunzehnh..) Marco?

Marco: 1949.

L: Nun hat er es dir schon gesagt. Und das genaue Datum? - Kann nicht wahr sein. - Tja, wenn man das genau wüßte.

(Schüler machen mehrere Versuche, das Datum zu bestimmen)

S: 7. Oktober 1949

L: Na, das müßt ihr aber als junger Bürger der DDR nun langsam wissen, nicht. So, das heißt also, hier kriegen wir einen ganz knappen Überblick in Kurzfassung über die Stellung der DDR, die in 40 Jahren erreicht wurde. Ja, wer hat denn dabei eine ganz entscheidende Rolle gespielt? Lars?

Lars: Die Arbeiterklasse.

L: Gut. Wie haben wir die Arbeiterklasse bezeichnet, Lars, in unserer letzten Stunde, wir hatten ihr einen Beinamen gegeben? - Stefanie?

Stefanie: Als Vortrupp.

L: Ja. Was haben wir noch gesagt? Vortrupp haben wir nicht gesagt. Die Arbeiter-

klasse haben wir nicht als Vortrupp bezeichnet. Wir haben ihr einen anderen Beinamen gegeben.

S: Freiwilliger Kampf

L: Nein, jetzt zuhören. Ihr habt doch hier zwei wunderschöne Ohren dran. Mann, die sind so gut! Also, aufpassen. Wir haben gesagt, die Arbeiterklasse, und wir haben ihr einen Beinamen gegeben.

S (fragend): Die SED?

L (laut korrigierend): Arbeiterklasse!!! Wie haben wir sie bezeichnet? - Na?

S: Die führende Klasse

L: Sag's ganz laut!

S (wiederholt): Führende Klasse

L: Und im Satz!

S: Die Arbeiterklasse haben wir als führende Klasse bezeichnet.

L: Na, wunderbar. Die Arbeiterklasse haben wir als führende Klasse bezeichnet ...

So, und nun möchte ich von euch mal wissen, warum haben wir die Arbeiterklasse als führende Klasse bezeichnet, die in diesen 40 Jahren so ein Ergebnis auf den Tisch legen konnte? Katrin! (korrigiert sich) Evelyn!

Evelyn: Weil sie die zahlenmäßig stärkste Klasse in der DDR ist.

L: Zum Beispiel. - Weiter! Mach gleich weiter Evelyn!

Evelyn: Weil sie aktive Friedenspolitik ausübt.

L: Bitte?

S: Weil sie aktive Friedenspolitik ausübt.

L: Thomas!

Thomas: Weil sie den größten Anteil an unserem staatlichen Reichtum hat (L hilft: ... gesellschaftlichen Reichtum) erbringt.

(L: Wo?) In der Industrie

S: Weil sie am engsten mit dem Volkseigentum verbunden ist.

L: Na wunderbar ...

2. *Dialektiker*: Der Typus des Dialektikers versucht einen „problemhaften Unterricht“, der die Schüler auffordert, „ohne

Scham und Scheu“ zu sagen, was sie denken, um dann dieses Denken in das sozialistische Erklärungsschema einzubinden. Erkenntnismethode ist eine materialistische Dialektik, die im Unterschied zur idealistischen Dialektik Denk widersprüche zu objektiven Widersprüchen der sich bewegenden Realität erklärt. Die Theorie bleibt dadurch in der Lage, jede Erscheinung in ihr Erklärungssystem einzubinden. Auf der Dokumentenebene findet sich dieser Typus in der fiktionalen Literatur sowie in einem Fernsehfilm dokumentiert: Ein paradigmatisches Beispiel gestaltet die Erzählung von Günter Görlich: Eine Anzeige in der Zeitung, Verlag Neues Leben, Berlin/DDR 1978. Manfred Just ist Oberlehrer für die Fächer Geschichte, Geographie und Staatsbürgerkunde.

In der Erzählung wird an zwei Stellen Staatsbürgerkundeunterricht geschildert. Beide Szenen lassen sich gut zur Vergegenwärtigung der Alltagswirklichkeit von Staatsbürgerkundeunterricht im Politikunterricht sowie in Lehrerweiterbildungen einsetzen. Die erste Szene handelt von einer Hospitation im Staatsbürgerkundeunterricht Justs durch den stellvertretenden Direktor Herbert Kähne. Ihn, den Erzähler und zweite Hauptperson, hat der Direktor Strebelow auf Just „angesetzt“. Die Hospitation findet in der von Just übernommenen Klasse 8b statt, nachdem es in dieser Klasse auf einem Wandertag zu einem „Vorfall“ gekommen ist, auf den ein Elternteil mit einer Eingabe an den Direktor reagiert hat. Im Mittelpunkt der Diskussionsstunde steht eine moralische Dilemmageschichte (Ausschnitt S. 47-53):

„Just erzählte, daß er neulich an einer Baustelle vorbeigekommen sei, an einem Nachmittag, auf dem Bau war niemand mehr. Die Baustelle machte einen nicht gerade ordentlichen Eindruck, ein Stapel Zementsäcke war sehr liederlich gelagert, wahrscheinlich vom LKW nur heruntergeworfen, denn einige Säcke waren zerplatzt. Man hatte den Zement nicht abgedeckt. Es regnete, der Zement würde verderben. Vor dem Stapel Säcke standen zwei Männer. Der eine schimpfte über mangelnde Ordnung und Disziplin, Vergeudung von Material, schlechte Leitungstätigkeit auf dieser Baustelle. Nach seiner Meinung müsse man hier einmal dazwischenfahren, die Leute zur Verantwortung ziehen. Dann winkte er resigniert ab und sagte, es sei ja alles sinnlos, es habe keinen Zweck, es sei nun mal so, es fehle das notwendige Bewußstein, beim Kapitalisten würde sowas kaum vorkommen, der ließe sich sein Eigentum auf diese Weise nicht verderben.

Der zweite stimmte zu, allerdings nur so allgemein, meinte, da könne man wohl kaum etwas machen, und doch sähe er einen Weg, um zu retten, was noch zu retten sei. Er schlug vor, mit einem Wagen vorzufahren und die Säcke aufzuladen, jedenfalls die, die noch nicht verdorben seien. Man müsse den Baustoff irgendeinem nützlichen Zweck zuführen. Viele Leute können Zement gebrauchen... Ja, ja, ereiferte sich der Mann, das sei vernünftig und keinesfalls Diebstahl, denn was dem Verderb preisgegeben werde, sei abgeschrieben, sei verloren. So aber sei es nicht verloren. Schließlich sei das, was hier verderbe, Eigentum aller. Der erste sah den zweiten nur an, mit so einem schweren Blick, sagte aber nichts, und dann entfernten sich beide. Zurück bleiben im stetigen Regen schlecht gestapelte Säcke mit Zement, der bald keiner mehr sein würde.“

Der hospitierende Manfred Kähne reflektiert:

„Ich mußte zugeben, er erzählte gekonnt, präzise, bildhaft. Die Schüler waren mit auf der verwahrlosten Baustelle, sie hörten die Ansichten der beiden Männer, und ich spürte, daß die kurze Schilderung sehr widersprüchlich aufgenommen wurde.“

Eine Diskussionsstunde:

„Dann forderte Just auf, Meinungen zu äußern, sie aber auch zu begründen. Er mahnte scherzhaft, sie sollten aus dem Herzen keine Mördergrube machen und wie gewohnt frei von der Leber weg reden. Die Diskussion wurde der interessanteste Teil der Stunde. Kaum einer, der sprach, machte aus seinem Herzen eine Mördergrube...“ (S. 48f.)

Dieses dialektische Erörtern des Für und Wider ist ein „freies“ und zugleich doch sehr strenges, diszipliniertes Unterrichtsgespräch. Es geht darum, eine *dritte Position* zu finden, die die Widersprüche *aufhebt* („zwei oder drei verwarfen beide Meinungen“). Die Stundenergebnis bleibt „offen“, dennoch wird deutlich (und dies auch in der „Nachbesprechung“ in der Gastwirtschaft zwischen Kühne und Just), daß an keiner Stelle der Rahmen des ML-Paradigmas problematisiert oder gar überschritten wird. Der Eigentumsbegriff der kapitalistischen Gesellschaft ist und bleibt negativ bewertet. Aber auch eine geschlossene Lehre kann nicht alle künftigen Fälle ihrer Anwendung enthalten, so daß Interpretation und „Hermeneutik“ (Auslegungskunst) auch in der Dogmatik notwendig bleiben - Dialektik eben. Es geht darum, durch das dialektische Erörtern eine *verbesserte politische Wirkung* zu erzielen, wie Just selbst in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für „eine gute Mischung von Emotionalität und Wissenschaftlichkeit

gerade in diesem Fach“ betont: „Um politische Wirkung geht es uns doch. Ich bin nicht gegen Wissenschaftlichkeit, aber ich bin gegen eine trockene Wissensvermittlung, die keine Spuren hinterläßt.“ Gegen dieses dialektische Erörtern negativ abgesetzt wird das sog. „Strebelowtum“. Diese Strebelowtum ist gekennzeichnet durch eine Haltung des „... weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht darf.“ (S. 179-182)

Es handelt sich bei der idealtypischen Kontroverse zwischen Katecheten und Dialektikern also um eine immanente marxismusdidaktische Frage, um den angemessenen Weg zur Erkenntnis, nicht um eine grundsätzlich oppositionelle Haltung. Dies wirft die spekulative Frage auf, ob der Typus des Dialektikers evtl. der effizientere Staatsbürgerkundelehrer gewesen sei, weil er die Schüler *nachhaltiger* für den Sozialismus eingenommen hat, zynisch formuliert, weil er erfolgreicher manipulieren und faszinieren konnte. Oder regt die Prüfung des Rahmens auf seine Tragfähigkeit die Schüler langfristig doch zu eigenem Denken an, trägt zur Auslösung von Bildungsprozessen bei, selbst wenn der Rahmen sich noch einmal als tragfähig erweist? Lehrer, die kontroverse Diskussionen zuließen oder sogar pädagogisch förderten, waren nicht notwendig politisch „liberaler“. Gerade gesinnungsfeste Lehrer konnten Kontroversen riskieren.

Die Spiegelung (Triangulation) durch einen Korpus von *Fachberaterprotokollen*¹¹ zeigt, daß in der Praxis eher die kleinschrittige Katechese mit schätzungsweise einem bis zwei Dritteln dominiert haben dürfte. Solche Protokolle

sind mit Vorsicht zu interpretieren, da die Textsorte in hohem Maße der Überwachung und Legitimation nach außen dient. Dennoch wiederholen sich Formulierungen etwa folgender Art immer wieder:

„Gen. P. hat sich als Lehrer profiliert, ist sehr einsatzbereit und bemüht, die ihm gegebenen Hinweise zur Unterrichtsgestaltung zu verwirklichen. Der Unterricht wird auf der Grundlage des gültigen Lehrplans erteilt und - bei Berücksichtigung der Vorschläge in der UH - schriftlich vorbereitet. Die Unterrichtskonzeption kann weitgehend verwirklicht werden (kleine Klassen, Disziplin); sie hat aber Mängel:

- Lehrer macht zu viel selbst, die Schüler werden zu wenig geistig gefordert

Reflexion der Hochschulmethodiker

Die Hochschulmethodik an den Pädagogischen Hochschulen wußte über die den Ansprüchen nicht genügende Unterrichtspraxis. Wirkungsuntersuchungen u.a. aus der APW zur Beliebtheit der Fächer zufolge ist in der 7. Klasse noch ein natürliches Schülerinteresse an dem neuen Fach vorhanden, welches dann, besonders in den 9. und 10. Klassen, rapide zurückgeht. Das Fach wird zunehmend „unbeliebt“. Die Ergebnisse der Bewährungsanalysen und Intervallstudien, die nach den neuen Lehrplänen 1983/84 landesweit durchgeführt wurden, erbrachten, wie auch immer man die empirische Methodik der Studien bewertet, ein kontinuierlich abnehmendes Interesse der Schüler am Fach.

In der wissenschaftlichen Literatur zur Methodik des Staatsbürgerkundeunterrichts (Diplomarbeiten, Dissertationen A und B, wiss. Gutachten) kritisieren Hochschulmethodiker dieses Unterrichtsmuster als we-

(Wertungen und Zusammenfassungen durch Lehrer, kaum Arbeit im Lehrbuch, keine Arbeit der Lehrlinge mit Parteitagmaterialien)

- Anschaulichkeit fehlt

(bei Abgängern aus Klasse 8 besonders notwendig!)

- Merkstoff wird nicht genügend hervorgehoben; ein geordnetes Tafelbild fehlt.

Der Lehrer tritt stets parteilich auf, wertet gesellschaftliche Ereignisse und Prozesse richtig ... M. E. wird die Leistung der Lehrlinge zu positiv bewertet.“ (SchA Ho S. 4: Hospitationsbericht Fachberater M. im Fach Stbk. an BS GWB, Pädagogisches Kreiskabinett Brandenburg-Stadt, 20.12.1986)

nig lernwirksam im Sinne der „Überzeugungsbildung“. Es wird ein problemhaftes und schülerorientiertes Unterrichtskonzept entwickelt. „Daß der Lehrer etwas geschickt darstellt oder mitteilt, nutzt also nur dann etwas, wenn die Schüler dadurch auf eigene Weise selbst aktiviert werden. Die wichtigste Grundbedingung dafür ist ein anregendes Unterrichtsklima. Es ist dann gegeben, wenn sich die Schüler als souveräne Subjekte erleben, die berechtigt und aufgefordert sind, eigenständig zur Problemstellung und -lösung beizutragen, die das Recht haben, auch alternative und kontrastierende Argumente in den kollektiven Erkenntnisprozeß einzubringen, ohne kurzschrittigen (Ab-) Wertungen ausgesetzt zu sein ... Geheimniskrämerei und Nichtbeteiligtsein am Erarbeiten und Treffen von Entscheidungen führt zu Passivität und Opposition. Es befriedigt nicht, nur Ideen anderer auszuführen, *vorgegebene Muster* sozusagen *nur auszumalen* oder auszuschnüffeln, anstatt selbst über ihre *grundsätzliche Linieneinführung* im kollektiven Meinungsstreit entschieden zu haben.“¹²

Es werden reformpädagogische Methoden genannt, wie sie z. T. in der oben ausschnittsweise protokollierten Stunde in der 7. Klasse eingesetzt werden. Es erfolgt eine reformpädagogische Formulierung des fragend-entwickelnden Unterrichts - der Schüler soll Methode haben (Hugo Gaudig) und in der Lage sein, selbst Fragen zu stellen:

„Es geht um kooperativ-kommunikative Formen des Unterrichts: Erkundungsaufträge an Schüler, Interviews als Methode des Aufdeckens von widersprüchlichen

Reflexion der Staatsbürgerkundeführer

Wie sehen die Staatsbürgerkundeführer in der nachträglichen Selbstreflexion ihre Tätigkeit. Zu diesem Zweck wurden 36 narrative Interviews mit Schülern, Lehrern, Hochschulmethodikern und Vertretern der Verwaltung durchgeführt. Diese Interviews gliedern sich in einen narrativen Teil, einen Leitfadenteil sowie einen fakultativen Teil. Viele Lehrer ziehen sich in den Interviews auf die Formel zurück, sie hätten das *Vertrauen* der Schüler und Schülerinnen besessen. Aus der heutigen Sicht (in der Rückbesinnung) müßte erkannt werden, daß es sich hierbei jedoch gleichzeitig um einen (notwendigen) Vertrauensmißbrauch der freien Selbstentdeckungskräfte der Schüler handelt. Nur wenige Lehrer können ihre Rolle als Ideologievermittler durch Erziehung im pädagogischen System der DDR in diesem Sinne kritisch einschätzen; andere ziehen sich darauf zurück und beharren darauf (aus Selbstschutz?), „gute“ pädagogische Arbeit mit den Schülern und vor allem eine abwechslungsreiche Methodik praktiziert zu haben.

Entwicklungen, ihrer produktiven Kompetenz. Organisation praktisch-politischer Tätigkeiten, Gestalten fiktiver Situationen (Pressekonferenzen, Sitzungen örtlicher Volksvertretungen, Redaktionsberatungen, Gerichtsverhandlungen) ... Vollen Erfolg haben wir, wenn unsere Schüler nicht nur gelernt haben, auf kluge Fragen und differenzierte Impulse richtig zu reagieren, sondern wenn sie zunehmend selbst in der Lage sind, kluge Fragen zu stellen und ebensolche Impulse ihren Mitschülern, aber auch uns, den Lehrern, und anderen Partnern zu geben.“ (ebd.)

Von den Lehrern wird das strukturelle Dilemma eines Staatsbürgerkunde-Pädagogen meist verdrängt. Didaktik (in der humanistisch-bildungstheoretischen Tradition: Selbsttätigkeit des Schülers, Offenlegen von Begründungen etc.) widerspricht von der Anlage her manipulativer Methodik. Für die Profession des Staatsbürgerkundeführers, teilweise verallgemeinerbar für den gelernten DDR-Pädagogen insgesamt, ergab sich daraus ein berufsethisches Paradox: Staatsbürgerkunde ist das „unmögliche Fach“¹³. Es soll ein Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung vermittelt werden, das es - möglicherweise - nicht gibt. Wollte der Pädagoge den vorgegebenen ML-Rahmen glaubhaft und authentisch vermitteln, benötigte er das Vertrauen der Schüler und mußte sie aktivieren. Dies erfordert aber Initiation in Erkenntnismethoden (immanente Kritik), die, wenn sie erfolgreich erworben wurden, sich gegen die ML-Lehre kehren mußten. Dies macht verständlich, warum fundierte Kritiker der DDR-Gesellschaft gute Kenner des Mar-

xismus sein können. Versuche zur Begründung einer problemhaften bzw. subjektorientierten Unterrichtsmethode konnten daher logisch nicht zu Ende gedacht werden.

„Ein Unterricht, der so die Wesenserkenntnis zum Kern der Erkenntnis überhaupt erhebt, kommt nicht ohne Dogmatisierung aus ... Der Problemunterricht läßt sich so als Versuch verstehen, den Dogmen den Nimbus empirisch gesicherter Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Das Scheitern dieses Versuchs an *logischen Problemen* kann nicht ohne *Folgen für die Effizienz des Unterrichts* bleiben ... Der Problemunterricht erweist sich damit als untaugliches Mittel zur Lösung der pädagogischen Quadratur des Kreises: den Schülern den Glauben an dogmatische Lehrsätze zu vermitteln, indem man sie diese selbst finden läßt. Kurz: bestimmte Ziele schließen bestimmte Mittel aus. Die Situation wird in der DDR zweifellos erkannt. Schon 1965 kam Ahner zu dem Ergebnis: 'Als Fazit können wir feststellen, daß selbst die Formulierung von Problemstellungen, jahrelang falsch betrieben, auf das *Vertrauensverhältnis Schüler-Lehrer* wirkt, Heuchelei und die ganz müde Plapperei fern der Dialektik des Lebens geradezu erzieht.'“¹⁴

Pädagogisch konnte aus dem stofflich-didaktischen Nichts dann etwas gemacht werden, wenn der Unterrichtserfolg auf der Ebene der Lehrer-Schüler-Beziehung gesucht wurde - Fachmethodik ohne

Fachdidaktik. Dadurch stellte sich aber nicht-intendiert eine besonders schwer kritisierbare Einbindung in die Ideologievermittlung ein, während gleichzeitig die Lehrertätigkeit einem permanenten Druck der *Deprofessionalisierung* ausgesetzt blieb.

Was kann aus der Geschichte gelernt werden? Die Auseinandersetzung mit diesen berufstypischen Reflexionsmustern über die pädagogische Profession kann für Lehrer heute in Studium und Weiterbildung ein nachhaltiger Anlaß sein, über das Verhältnis von Fachdidaktik (die Frage nach den Zielen und Inhalten des Bildungsprozesses) und Fachmethodik zu reflektieren. Fachmethodik ohne Fachdidaktik kann zur Manipulationstechnik von Schülern werden. In diesem Sinne bliebe die Auseinandersetzung mit dem Fach Staatsbürgerkunde eine permanent-aktuelle Aufgabe politischer Bildung, um dem immer möglichen Mißbrauch nicht nur durch ein neues vormundschaftliches System vorzubeugen, sondern auch durch den strukturell-immanenten pädagogischen Fundamentalismus („didaktische Reduktion“) entgegenzuwirken.¹⁵

Tilman Grammes, Prof. Dr., lehrt Didaktik der Politischen Bildung am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden

Anmerkungen:

¹ Drittmittelprojekt der TU Dresden in Kooperation mit der U Potsdam (Prof. Günter C. Behrmann), gefördert durch das Ministerium für Bildung Brandenburg (Laufzeit 1993-1995) im Rahmen des Projektprogramms Struktur, Geschichte und Funktionsweise der DDR-Volksbildung. Der Beitrag gibt nur die Meinung des Verfassers/Projektleiters wieder.

² Es liegen vor u.a. Unterrichtsprotokolle, Lehrerweiterbildungsfilm- und -tonbänder; narrative Interviews mit Lehrern, Schülern und Hochschulmethodikern; handschriftliche Lehrpläne und Schülermitschriften, Fachberaterprotokolle; unveröffentlichte pädagogische Lesungen, studentische Diplomarbeiten, Umfragen und Manuskripte (z. B. der APW) Publikation geplant im Verlag Leske+Budrich, Opladen Anfang 1997.

³ Solch eine Geschichte der Didaktik des Marxismus und all seiner Spielarten ist bislang

nicht systematisch geschrieben, aber lohnend und zudem ein gemeinsames Ost-West-Projekt denkbar, da marxistische Konzepte politischer Erziehung in der BRD der 70er Jahre eine wichtige Rolle spielten. Einbezogen werden müssten Anleitungen zu Kapital-Kursen, Texte von ML-Dogmatikern, aber auch undogmatischen Marxisten von Ernst Bloch bis zur Kritischen Theorie der Frankfurter Schule (Adorno/Horkheimer), aus der gewerkschaftliche Bildungsarbeit (Negt), der Befreiungspädagogik in der 3. Welt (Freire), von Marxismuskritikern (Popper) und didaktischer Epigonen aus Ost und West (Lehrpläne, Schulbücher, Unterrichtseinheiten).

⁴ Vgl. Heinz-Elmar Tenorth: Grenzen der Indoktrination. In: Peter Drewek u.a. (Hg.): Ambivalenzen der Pädagogik, Weinheim, 1995 S. 335-350. An den Negativbeispielen politischer Erziehung im Nationalsozialismus bzw. in der DDR läßt sich die These prüfen, ob eine strenge Fachlichkeit einerseits als systematische Barriere gegen Indoktrination wirkt oder ob eine autoritative Berufung auf eine angebliche Sachlichkeit Kontroversen gerade ausblendet.

⁵ Wolfgang Protzner u.a. Der Geschichtsunterricht in der DDR als Instrument der SED-Politik. In: AusPuz B 29-30, 16. Juli 1993, S. 42-51, hier S. 42 (Forschungsprojekt Uni Bamberg). Aus der DDR selbst liegt vor Gerhard Dicke: Zur Entwicklung der Gegenwartskunde und des Faches Staatsbürgerkunde in der allgemeinbildenden Schule auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik von 1945 bis 1962, Diss. A Halle 1970 und Rudolf Bauer: Zur Entwicklung des Faches Staatsbürgerkunde in den allgemeinbildenden Schulen der Deutschen Demokratischen Republik vom Schuljahr 1963/64 bis zum Schuljahr 1973/74, Diss. A Halle 1974. Für die Zeit nach 1973 liegt keine Untersuchung vor. Eine bei Prof. Johannes Erger an der TU Aachen angefertigte Dissertation von Frau Sigrid Scholtjjs: Der Umbruch im Geschichtsunterricht und in der Staatsbürgerkunde der ehemaligen DDR. Von der marxistisch-leninistischen Ideologie zur historischen und politischen Bildung, Diss. Aachen 1995 (Ms., unveröff.) ist wenig ergiebig.

⁶ Die entwickelte Totalitarismustheorie hat ihre Pointe bereits in der Polykratiethese. Der totale Staat ist gerade nicht übersichtlich strukturiert, sondern durch ein den Einzelnen verschlingendes Kompetenzwirwar gekennzeichnet, ein hochbürokratisiertes System ohne kritische Öffentlichkeit und formale Einspruchswege.

⁷ T.G./Ari Zühlke: Partizipation: Willensbildung im SED-Staat als Gegenstand des politischen Unterrichts. In: Adolf Noll/Lutz R. Reuter (Hg.): Geschichte, Konzeptionen und Perspektiven politischer Bildung im vereinigten Deutschland, Opladen 1993, S. 166-185.

⁸ Entsprechende eindrucksvolle Mikroanalysen zu Lehreraufzeichnungen und Schülermitschriften hat innerhalb des Projekts Hans-Joachim Vogler vorgelegt.

⁹ Vgl. zu diesem Vorgang T.G./Ari Zühlke: „Danach äußerte er sich nicht mehr.“ Drehbuch und Kritik im vormundschaftlichen Staat. In: GEP 1995, 3, S. 177-184; vgl. T.G./Ari Zühlke: Ein Schulkonflikt in der DDR. Arbeitshilfen für die politische Bildung, 2 Bde., Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1993 (Diese Dokumentation kann dort kostenlos bestellt werden).

¹⁰ Vgl. Ursula Baumann/T. G.: Wortprotokolle von Geschichtsunterricht. In: GEP 1996, 5. Daß bislang für das Fach Geschichte in der DDR noch keine Wortprotokolle publiziert wurden, obwohl wesentlich mehr Aufzeichnungen als für Staatsbürgerkunde vorliegen dürften, stimmt bedenklich bezüglich der Erkenntnisinteressen der Zukunft.

¹¹ Es liegt ein Korpus von etwa 50 Fachberaterprotokollen vor. Auf jeweils 2, meist handschriftlichen Seiten finden sich Hospitationsprotokolle und knappe Vorschläge zu Verbesserungsmaßnahmen zu etwa 100 Lehrkräften aus dem Kreis Brandenburg im Zeitraum Mitte der 80er Jahre.

¹² Helge Eisenschmidt (Wissenschaftsbereich Methodik der Staatsbürgerkunde, PH Clara Zetkin Leipzig)/Ralf Hickethier (Wissenschaftsbereich Pädagogische Psychologie ebd.): Erlebt sich der Schüler als Subjekt des Unterrichts? Gedanken zur persönlichkeitsbildenden Schülertätigkeit. In: DLZ 1988, Nr. 19, S. 5.

¹³ Karl Schmitt: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR, Paderborn u.a. 1980.

¹⁴ Schmitt 1980 a.a.O., S. 147f. Zitiert wird Hans-Georg Ahner: Problemstellung - aber wie? In: Geschichte und Staatsbürgerkunde 1965, S. 256-262, hier S. 259.

¹⁵ Nach wie vor sind einige Quellengruppen in der Forschungsarbeit unterrepräsentiert. Insbesondere sind wir an weiteren Video- und Tonaufzeichnungen von Staatsbürgerkundestunden (die es vor allem an der PH und KMU Leipzig gegeben haben muß) sowie an Fachberaterprotokollen (Pädagogische Kreiskabinette) interessiert. Wünschenswert wäre die Ergänzung um weitere Dokumente aus anderen Regionen der DDR und aus anderen zeitgeschichtlichen Abschnitten. Mit Spannung abzuwarten bleiben die unterrichtliche Mikroperspektive komplettierende Arbeiten, die die Ebene der Schuladministration bis hinauf in das MfVolksbildung untersuchen (Dissertationsprojekt Hans-Joachim Vogler). Eine Archivierung der Materialien und die Einrichtung eines staatsbürgerkundlichen Kabinetts innerhalb eines regionalen Schulmuseums sind wünschenswert.

Michael Hofmann (Leipzig):

Bürgergeist in Ostdeutschland Konfliktlinien im Transformationsprozeß

Als im September 1995, wenige Wochen vor dem avisierten Baubeginn, die detaillierten Pläne zum Umbau des Leipziger Hauptbahnhofes bekannt wurden, setzte in der Stadt ein Sturm der Entrüstung ein. Die Deutsche Bahn AG wollte im Zuge des Umbaus in der alten Bahnsteighalle Parkdecks anlegen und dafür drei Bahnsteige als Parkflächen nutzen.

Die Wortführer dieser Aufruhr waren städtische Intellektuelle, die sich mit der Kultur und Tradition der alten Messe- und Handelsstadt Leipzig besonders verbunden fühlen. Als Gegner machten sie die bedenkenlosen Modernisierer, Politiker aller Fraktionen, Technokraten, Ingenieure und Verwaltungsbeamten aus, deren Modernisierungsbestreben vor keiner Tradition halt macht und die in 10 Jahren die ganze Stadt modernisieren, mit unwürdigen Neubauten zustopfen wollen. Für die Protestanten war es jedoch eine unerträgliche Vorstellung, den Leipziger Hauptbahnhof, der einer der größten und schönsten Kopfbahnhöfe Europas sein soll, durch ein Parkhaus verschandelt zu sehen. So entstand gegen den Parkhaus-Bau im Bahnhof eine Allianz Leipziger „Kulturbürger“: Politiker, Denkmalspfleger, Theologen, Lehrer, Künstler, Universitätsangehörige, Umweltschützer, Historiker und andere schlossen sich zur „Initiative für den Erhalt der historischen

Hauptbahnhofshalle“ zusammen (siehe dazu: „Demonstrationen zum Erhalt des Leipziger Hauptbahnhofes“, Leipziger Volkszeitung vom 29.09.1995, „Viele Prominente sprechen sich gegen Parkhaus-Pläne aus“, LVZ vom 05.10.1995 und „Die Bahnhofskampagne“, Kreuzer, Die Leipziger Illustrierte 11/95). Es gelang der Initiative, in mehreren Demonstrationen viele tausend Menschen zu mobilisieren. Sie organisierte öffentliche Streitgespräche und sammelte mehr als 25 000 Unterschriften gegen die Parkhaus-Pläne („Tausend Unterschriften gegen Parkdeck-Pläne“, LVZ vom 09.10.1995). Noch ist der Ausgang dieser Auseinandersetzungen offen.

Interessant daran ist jedoch, daß sich in diesen Aktionen eine kulturelle Elite zu Wort meldet, die auch nach dem Ende der „friedlichen Revolution“ ihre Akteursqualitäten in der kommunalen Öffentlichkeit und Politik zu wahren sucht. Die Auseinandersetzung um den Bau des Parkdecks im Hauptbahnhof ist die jüngste einer Reihe von Konflikten in der Stadt und Region Leipzig, in denen sich die an Bildung, Kultur und Tradition orientierten Leipziger Intellektuellen nachdrücklich positionierten. Hier äußert sich ein „Bürgergeist“, der für das Niveau der öffentlichen Diskussionen und für die Entwicklung der ostdeutschen Städte und

Gemeinden ein wichtiger Markstein ist. Ostdeutschland besitzt nach Niedergang der Industrie, mit dem der Ingenieursstand und die Arbeiterschaft ihre Institutionen und Bastionen einbüßte, nur noch wenige soziale Gruppen mit „Akteursqualitäten“.

In Leipzig fanden die Vertreterinnen und Vertreter des mahnenden Bürgergeistes bereits am Runden Tisch Kultur, in der 1. Volksbaukonferenz 1990, bei der Gründung der Mendelsohn-Stiftung 1991 und der Kulturstiftung Leipzig, in der Schulreformbewegung, in den Auseinandersetzungen um die Abwicklungen an den Leipziger Bildungseinrichtungen 1991/92 und anderen öffentlichen Kulturkonflikten ihre angemessenen Aktionsfelder. Hier konnten sie dem Anspruch, die Normen und Maßstäbe des neuen kulturel-

Bildungsbürger in der DDR

Bei der Analyse der sozialen Struktur der DDR verdeckte das Paradigma von der Annäherung der Klassen und Schichten an die Arbeiterklasse den Blick auf die Entwicklung des Bürgertums und der Bürgerlichkeit im Arbeiter- und Bauernstaat (Löttsch 1981 und 1991).

Nach einer kurzen Phase der Bündnispolitik wurde das Bürgerliche im allgemeinen und die Klasse des Bürgertums im besonderen zum ideologischen Hauptgegner der Diktatur des Proletariats erklärt. Jedoch schwankte die ideologische Programmatik ständig zwischen Bündnispolitik und bürgerlichem Feindbild. Auf diese Weise behielten in der DDR die Kreise des alten Bildungsbürgertums einen nicht zu unterschätzenden

len Lebens in der Stadt mitzuprägen, Ausdruck verleihen.

Das soll auch der Blickpunkt der folgenden Betrachtung sein, die Teil einer Studie über das bürgerlich-humanistische Milieu in Ostdeutschland ist: die Akteursperspektive, die Frage nach den subjektiven Entwicklungspotentialen in der Region. Bislang wurden umfangreiche Analysen vor allem über den Einfluß und die politische Wirksamkeit der DDR-Bürgerbewegung und der oppositionellen Gruppen im Transformationsprozeß vorgelegt (z.B. Heinze/Pollack 1990, Rink 1991). In Anlehnung daran soll jetzt betrachtet werden, welche Rolle ein in der DDR geprägter traditioneller (nicht politisch-alternativer) „Bürgergeist“ im „fortgeschrittenen“ Transformationsprozeß spielen kann?

Einfluß auf die Herausbildung der neuen „sozialistischen Intelligenz“.

Es mischten sich in der DDR verschiedene soziale Gruppen der alten Akademiker und der neuen Intelligenz zu einer „bildungsbürgerlichen Elite“, die im folgenden als „bürgerlich-humanistisches Milieu“ bezeichnet werden soll (siehe dazu auch Burda und Sinus 1993). In Anlehnung an die aufklärerischen und humanistisch-bürgerlichen Kulturtraditionen des alten Bildungsbürgertums entwickelten sich in der DDR neue bildungsorientierte Kreise, die sich der Pflege bürgerlicher Bildungs-, Kultur- und Umgangstraditionen annahmen. Dies geschah an den Orten und in den Regionen mit starken altbürgerlichen (Bildungs-

)Traditionen, in den bürgerlich geprägten Städten sowie in Regionen mit engmaschiger kultureller Infrastruktur (besonders in den Südbezirken der DDR). Andere Städte und Regionen, etwa die neuen sozialistischen Stadtgründungen, Industriearbeitersiedlungen oder die strukturell benachteiligten Gebiete Mecklenburgs verfügten hingegen kaum über Vertreterinnen und Vertreter dieses Milieus.

In der Geschichtswissenschaft wird das Problem der Bildungsbürgerlichkeit in modernen Gesellschaften seit längerem kontrovers diskutiert (Engelhardt 1986, Lepsius 1993, Jessen 1994+1995). Die neueren Bestimmungen gehen dabei von einer mindestens dreifachen Dimension von Bildungsbürgerlichkeit aus:

1. der aus der Akkumulation von Bildungskapital abgeleitete Anspruch auf eine gesamtgesellschaftliche Sinnstiftungs- und Normensetzungs-kompetenz,
2. die Wahrung eines hohen gesellschaftlichen Status, der mit der ausgeübten Tätigkeit und dem Beruf zusammenhängt (auch in der DDR genossen die Berufe Arzt, Hochschullehrer, Künstler hohe gesellschaftliche Anerkennung, auch wenn sich das nicht immer in einer entsprechend hohen Bezahlung ausdrückte),
3. die Teilhabe, Pflege und Verwaltung der öffentlichen und herrschenden Kultur (des jeweiligen Hochkulturschemas) (siehe dazu auch Jessen 1995, S. 62f.).

Mißt man die soziale Entwicklung und Differenzierung in der DDR mit diesem Maßstab, so war die DDR keineswegs nur eine Arbeiter- und Bauern-Gesellschaft. Es scheint paradox, aber die sozialen Umwälzungen und Innovationen,

die der „Arbeiter- und Bauernstaat DDR“ vollbrachte, liegen gerade nicht in der Befreiung der Arbeiter und Bauern. Die DDR wirkte auf ihren sozialen Kern, die traditionellen proletarischen und kleinbürgerlichen Milieus strukturkonservierend. Ilija Srubar spricht in diesem Zusammenhang von der „Kühlschrankfunktion des Sozialismus“ (Srubar 1992). Hingegen erschuf die DDR eine eigene Bildungselite, einen organären bildungs-bürgerlichen Ersatz für die vertriebenen und entmachteten Gruppen des alten Bildungsbürgertums.

Die Milieubeschreibung, die das Sinus-Institut 1993 für Ostdeutschland vorlegt, identifiziert ein bürgerlich-humanistisches Milieu, das immerhin 10% der Gesamtheit der Wohnbevölkerung über 14 Jahre umfaßt. Dieses ostdeutsche bürgerliche Milieu wird zwischen der mittleren Mittelschicht und der Oberschicht angesiedelt (Sinus und Burda 1993, Vester 1995). Hier dominieren protestantische Tugenden wie Pflichterfüllung, Disziplin und soziales Engagement und auch christlich geprägte Wertvorstellungen sind verbreitet. Humanistische Werte und Traditionen werden bewahrt und weitergegeben, Kultur und Kunst werden hoch geschätzt. Die soziale Lage des bürgerlich-humanistischen Milieus wird durch hohe Bildung, qualifizierte und leitende Tätigkeiten sowie mittlere bis gehobene Einkommen beschrieben. Vertreterinnen und Vertreter dieses Milieus sind besonders in den Bereichen Verwaltung, Ausbildung und Information und in helfenden und pflegenden Berufen (Ärzte, Pfarrer, Wissenschaftler, Künstler, Pädagogen) tätig (Burda 1993, S. 22).

Die Stadt Leipzig z.B. gehört zu den großstädtischen Regionen, in denen sich ein bürgerlich-humanistisches Milieu erhalten und entwickeln konnte. Leipzig hatte, über die gesamte DDR-Zeit hinweg, die größte Anzahl von Hochschulen in Ostdeutschland und eine hohe Konzentration von Kultur- und Kunsteinrichtungen. In der Stadt wirkten starke Traditionen des alten Bildungsbürgertums fort (Frauenbildung, Lehrerbewegung, bürgerliche Lebensreformbewegung) - all dies führte dazu, daß sich in Leipzig das bürgerlich-humanistische Milieu in starkem Maße konzentrierte.

Die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus gehörten bereits in der DDR-Zeit zu den Personen, die sich in der Stadt öffentlich für bürgerliche Freiheiten, klassische Bildung, Traditions- und Denkmalspflege engagierten: Im Transformationsprozeß bringen sie nun wiederum diese kulturel-

Soziale Erfahrungen im bürgerlich-humanistischen Milieu

1. Rekonstruktionsphase der alten Intelligenz und Mentorenschaft für die bildungsorientierten Aufsteiger 1945-1953

In den Jahren bis 1953 verliert das Besitz- und Wirtschaftsbürgertum der Stadt Leipzig und in allen anderen Kommunen der Sowjetischen Besatzungszone/DDR fast völlig seine Lebensgrundlage. Jedoch läßt sich nach der Entnazifizierung bei den Vertreterinnen und Vertretern der alten Intelligenz eine Stabilisierung konstatieren. Besonders an der Universität standen keine neuen Kräfte zur Verfügung und ließen sich auch nicht in zwei-

len und sozialen Interessen ein und prägen die Stadtpolitik.

Um die Handlungsfelder und -chancen dieser Menschen erfassen zu können, ist es wichtig, ihre sozialhistorischen Erfahrungen, Prägungen und Mentalitäten zu beschreiben. Das wird in der Form einer „Milieubiographie“ versucht, die die Geschichte der sozialen Erfahrungen der Menschen eines Milieus beschreibt und in der sich ihre spezifische Weltsicht, Ethik und die Strategien der Alltagsbewältigung widerspiegeln. Dazu werden verschiedene sozialwissenschaftliche Methoden kombiniert: Sekundäranalyse von DDR-Statistiken, Experteninterviews, lebensgeschichtliche Interviews, biographische Zwei-Generationen-Interviews, Auswertung von Archivmaterialien, Dokumenten und Akten der städtischen Verwaltung sowie der Presse und anderer Veröffentlichungen. Hier kann nur ein kleiner Teil dieses Vorgehens vorgestellt werden.

monatigen Kursen ausbilden. In der kulturellen und akademischen Öffentlichkeit gewannen die bürgerlichen Professoren, als die wichtigsten Exponenten klassischer Bildung, schnell wieder großen Einfluß. Sie hielten im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Vorträge, dozierten an der Volkshochschule Leipzig und wurden regelmäßig in den Neulehrerausbildungskursen eingesetzt. Das war auch deshalb von besonderer öffentlicher Wirksamkeit, weil nach dem Kriege viele unangepasste, kritische Geister zurückkehrten (in Leipzig waren das vor allem Julius Lips und Ernst Bloch, die

aus dem Exil in den USA kamen). Ihre aktive Rolle im öffentlichen Leben der Stadt, ihre Mentoren- und Lehrerfunktion prägte die nachwachsende Generation des bürgerlich-humanistischen Milieus.

Durch die Gründung der Vorstudienanstalt (1946), später dann Arbeiter- und Bauern-Fakultät (1949) in Leipzig (die erste in der Sowjetischen Besatzungszone) wurde der Bildungseinstieg für die Arbeiterkinder erleichtert. Im Wintersemester 46/47 studierten bereits 422 Arbeiterstudenten an der Leipziger Universität, vorwiegend in pädagogischen und geisteswissenschaftlichen Fächern. 1953 waren dann 48% aller DDR-Studenten Arbeiterkinder, während in der Bundesrepublik in jener Zeit der Anteil der Arbeiterkinder nur etwa 5% betrug (Geißler 1990, S. 188). Außerdem suchten in Leipzig viele junge entwurzelte und vertriebene Menschen nach Integrations- und Orientierungsmöglichkeiten - allein in der Stadt Leipzig wurden 40 000 Vertriebene ansässig (siehe dazu Heydick 1990, S. 115) -, die sie vor allem im sich öffnenden Bildungssystem fanden. Von den Bildungseinsteigern jener Zeit wurde uns immer wieder von biographischen Schlüsselerlebnissen berichtet, die das Leben an der Universität, die Autorität und die Umgangsformen der bürgerlichen Professoren und der Zugang zu den klassischen Bildungsschätzen auslösten, und die ihren Lebensinhalt und die Lebensvorstellungen in Richtung Kulturniveau und Bildungserwerb prägten. Auch ließen sich bestimmte traditionelle, berufsstolze und pflichtethische Haltungen des Arbeiterstandes mit den neuen gewachsenen Bildungs- und Sinn-

stiftungsansprüchen verbinden zu einer Art „Bildungshandwerkerschaft“. Diese „Bildungshandwerker“ investierten in die Aufklärung, die Erhöhung des Bildungsniveaus und in das Heranführen an die Schätze der Weltkultur jetzt ähnliche Energien, Disziplin und ähnlichen Berufsstolz, wie in die Herstellung praktischer Dinge.

Eine wichtige Rolle für den Neuanfang nach den Kriege spielen auch die ehemaligen Arbeiterfunktionäre aus den Reihen der SPD und KPD. Von den vier Leipziger Bezirksschulräten der ersten Stunde kamen allein drei aus der alten SPD-Bildungstradition. Die wiedergegründete Leipziger SPD hatte schnell erkannt, daß viele ihrer Mitglieder in der Neulehrerausbildung ein angemessenes Betätigungsfeld sahen.

Das bürgerlich-humanistische Milieu in der DDR entstand am Ende der 40er Jahre durch die Stabilisierung der Positionen der alten Akademiker und ihre Verstärkung durch den Teil der DDR-Bildungsaufsteiger (der neuen sozialistischen Intelligenz), der sich bewußt an die bürgerlichen Vorbilder anlehnte und auch die bürgerlichen Umgangsformen weiter pflegte.

Die Angehörigen dieses Milieus besetzten am Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre wesentliche Bereiche des Gesundheitswesens, des (Volks)Bildungs-, Bibliotheks- und Hochschulwesens, der Kirchen und des Kunstbetriebes in der DDR.

2. Phase der Verteidigung und Abwanderung (1953-1961)

In den 50er Jahren erleben die Vertre-

rinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus viele Rückschläge und Niederlagen. In der Erinnerung dieser Menschen sind die 50er Jahre meistens eine finstere Zeit. Der Kampf der sozialistischen Funktionäre und der staatlichen Jugendorganisation FDJ gegen die Kirchen und ihren Einfluß in der Gesellschaft prägte das Bild der 50er Jahre. Im Ergebnis dieser Stalinisierungsetappe verlieren die Reste der alten Bildungselite ihren Einfluß in der höheren Bildung, auch für ihre Kinder wurden politische Zugangssperren zur höheren Bildung errichtet. Damit wurden besonders die alten Akademikerfamilien des bürgerlich-humanistischen Milieus mit ihrer Lebensorientierung auf Bildung sehr hart getroffen. Es kommt zu einer starken Abwanderung in den Westen oder zum Rückzug in den privaten bzw. kirchlichen Raum. Eine für Leipzig wichtige Auseinandersetzung dieser Zeit, ein „Erlebnisparadigma“ (Schulze) des bürgerlich-humanistischen Milieus, war die Vertreibung des Philosophen Ernst Bloch von der Leipziger Universität. Bloch war Sozialist. So beteiligte er sich an der Verbreitung des Marxismus an der Universität Leipzig. Er hielt in der Stadt zahlreiche Vorträge über die Stellung des Marxismus in der Philosophie. Seine Vorlesungen an der Universität wurden außerordentlich gut besucht. Er war einer der gefragtesten Referenten des Kulturbundes der DDR und eine Autorität in Leipzigs Öffentlichkeit. Jedoch führte seine höfliche, auf Selbstbewußtsein und fachliche Souveränität bauende Gelassenheit, seine Individualität und Autonomie des Denkens im Zusammentreffen mit der Funktionärselite immer öfter zum

Dissens. Die kommunistischen Funktionäre spürten, daß sie diesen Auseinandersetzungen nicht gewachsen waren. In ihrer Überforderung und Unsicherheit gegenüber den bürgerlichen Bildungstraditionen und Umgangsformen verschärften sie den ideologischen Kampf.

Nach einer langen Konfliktphase (siehe dazu Ernst Blochs Vertreibung, 1992) wurde der 72-jährige Bloch 1957 zwangsemittiert. Offiziell ging Ernst Bloch in den Ruhestand. Seinem weiteren Wirken standen nicht nur an der Universität immer größere Hürden entgegen. Entnervt ging Ernst Bloch schließlich 1961 in den Westen. In den Erinnerungen der älteren Vertreterinnen und Vertreter des Milieus starb mit dem Weggang Blochs ein guter Teil der kritische Öffentlichkeit der Stadt.

Die Verteidigung und Abwanderung betraf jedoch vor allem die alten Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus. Für ihre Schüler und die nachgewachsenen, neuen Vertreterinnen und Vertreter des Milieus zählten der Kirchenkampf und der Zerfall der kritischen Öffentlichkeit viel seltener zu ihrem wichtigen Erinnerungsrepertoire an jene Jahre. In den 80er Jahren arbeiteten an der Leipziger Universität mehrere Professoren, die in den 50er Jahren Bloch-Schüler waren. Nicht nur für sie waren, trotz der schmerzlichen Verluste bei ihren Lehrern und Mentoren, die 50er Jahre eine Zeit der Anpassung und des Aufstiegs, der Integration in die neue Gesellschaft.

Die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus verteidigen in den 50er Jahren unter gro-

ßen Verlusten ihre Positionen in den sozialen, kulturellen und akademischen Bereich. Für sie blieb die „klassische Bildung“ verbunden mit dem Anspruch auf eine eigene gesamtgesellschaftliche Sinnstiftungs- und Normsetzungskompetenz und eine kritische Öffentlichkeit. Dadurch gerieten die Vertreterinnen und Vertreter dieses Milieus in den 50er Jahren zunehmend in Konflikt mit dem System der politischen Bevormundung. Zu ihren Erinnerungsrepertoire der 50er Jahre zählt vor allem der (verlorene) „Kampf“ zwischen Kirche und Staat um die Jugend(weihe), Auseinandersetzungen um zentrale kulturelle Symbole und Politikmuster (Denkmalspflege, Ehrung bürgerlicher Persönlichkeiten) sowie die Diskussion um den Formalismus in der Kunst. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Milieus entzogen sich in dieser Phase oftmals durch „innere Emigration“ und Abwanderung dem politischen Druck. Einen Teil der nachwachsenden Generation des Milieus, orientiert an ihren altbildungsbürgerlichen Vorbildern, jedoch nicht aus bürgerlich-geprägten Elternhäusern kommend, traf die radikale Bekämpfung der religiösen Traditionen, bürgerlicher Umgangsformen und der kritischen Öffentlichkeit viel weniger hart. Sie verbanden mit den 50er Jahren in erster Linie Stabilisierungs- und Aufstiegserfahrungen.

3. Generationswechsel und „Entbürgerlichung“ der neuen bildungsbürgerlichen Intelligenz (1961-76)

In den 60er Jahren, nach dem Bau der Berliner Mauer, wurde der Sozialcharakter des bürgerlich-humanistischen Milieus

in der DDR vollends ausgeprägt. Für die alten Akademiker gab es nun keine Alternative mehr zum Leben in der DDR. Sie verloren weiteren Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft und Öffentlichkeit. Zwar wurden einzelne Personen als Leitfiguren in der sozialistischen Öffentlichkeit geehrt und integriert, wie etwa der bürgerlich-sozialistische Wirtschaftsprofessor Jürgen Kuczynski in Berlin, der Forscher Manfred von Ardenne in Dresden oder der Rektor der Leipziger Karl-Marx-Universität Georg Mayer. Die Erhaltung und Pflege bürgerlicher Traditionen und Umgangsformen geschah jedoch vorwiegend im abgeschotteten Familienraum (etwa in Pfarrers- oder Ärztesfamilien) oder in kirchlichen Kreisen und Gemeinden sowie in einem mehr oder weniger verdeckten Beziehungsnetzwerk der gegenseitigen Protektion und Abschirmung etwa an den medizinischen Einrichtungen und Fakultäten der Hochschulen, in Künstlerkreisen oder Krichenkreisen (siehe dazu auch Kleßmann 1993 und 1994). Das Verschwinden des bürgerlich-humanistischen Milieus aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit erreicht in den 60er Jahren seinen Höhepunkt.

Die 60er Jahre sind auch die letzte Wirkungsetappe der (verbürgerlichten) Arbeiterfunktionäre mit der im wesentlichen aus der SPD-Tradition stammenden humanistischen Bildungsorientierung. In Leipzig wurden unter dem Kommunisten Paul Fröhlich Personen mit „negativen Kadermerkmalen“ (NSDAP- oder SPD-Vergangenheit) besonders radikal kaltgestellt.

Die 60er Jahre waren aber auch die

wichtigste Etablierungsphase einer nachgewachsenen Generation „entbürgerlichter“ Bildungsbürger. Sie waren geprägt von der Anpassung an die DDR-Verhältnisse in den Umgangsformen, Distinktionen, in der Bekleidung, im Lebensstil und den industriell geprägten Lebensrhythmen. Diese jüngeren Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus wuchsen in DDR-Funktionen und Verantwortungen hinein. Sie kamen mit dem Verlust wesentlicher Elemente bürgerlich-humanistischer Wirkungsmöglichkeiten (Öffentlichkeit, Vereinswesen, Stiftungen etc.) zurecht. Sie bewahrten jedoch, bei aller Anpassung, die Würde und das Ethos einer fachlichen und moralisch-gesellschaftlichen Verantwortung. Auch traten sie das Erbe der alten Akademiker in den Wohn- und Umgangsformen an. Mit ihrer beruflichen Etablierung bezogen die Vertreterinnen und Vertreter der neuen Generation des bürgerlich-humanistischen Milieus in der Stadt Leipzig die bürgerlichen Wohnquartiere in den gründerzeitlich geprägten zentrumnahen Lagen (Waldstraßenviertel, innere Südvorstadt). Im Unterschied zu dem politischen „DU“ als Anrede, wie es z.B. an den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen der Universität Leipzig üblich war, hielt sich z.B. im Bereich Medizin oder am kunsthistorischen Institut selbst unter SED-Mitgliedern das freundliche, aber mehr distanzierende „SIE“ als vorherrschend an. Es gab auch in der neuen Generation zahlreiche biographische Brüche durch Zusammenstöße mit der politischen Enge in der DDR. Insgesamt standen sie jedoch für die sozialistischen Orientierungen und Hoffnungen der DDR ein.

So wurde zum Beispiel die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968 zum Erlebnisparadigma in erster Linie für die kirchlichen und alten Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus. Es gab in den 60er Jahren in der Stadt Leipzig keine breite kritische Öffentlichkeit mehr. Viele Vertreterinnen und Vertreter der neuen Generation des bürgerlich-humanistischen Milieus verfolgten zwar mit Unbehagen die Zerstörung. Sie sahen aber keine Möglichkeit und Notwendigkeit, diesen eindeutigen Affront gegen die geistig-kulturellen Traditionen der Stadt und gegen die Universität öffentlich zu verurteilen.

Erst mit der politischen und vor allem kulturellen Liberalisierungsphase am Beginn der 70er Jahre öffnete sich den Vertreterinnen und Vertretern des bürgerlich-humanistischen Milieus wieder ein breiteres öffentliches Wirkungsfeld. Mit der Politik der kulturellen und geistigen „Weite und Vielfalt“ verbanden sie die Hoffnung auf eine sozialistisch-humanistische Renaissance. Viele von ihnen nutzten diese Zeit zur Entfaltung umfassender humanistischer und kultureller Projekte. Die DDR-Kunst erreichte in jener Zeit eine anerkannte Blüte, in Leipzig etablierte sich die sogenannte Leipziger Malerschule, die einen kritischen Realismus vertrat.

Die Stabilisierung des bürgerlich-humanistischen Milieus in dieser Zeit vollzog sich vor allem über den deutlichen Generationswechsel im bildungsbürgerlichen Sektor. Die 60er Jahre waren die wichtigste Etablierungsphase der nachgewachsenen, von der DDR-Bildung

geprägten Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus.

4. Der Bedeutungsgewinn bürgerlich-humanistischer Orientierungen und die Selbstrekrutierung des Milieus (1977-89)

Die Biermann-Ausbürgerung beendete die Liberalisierungsphase. Der politische Druck erzeugte große Auseinandersetzungen und führte zur Ausreise und Ausweisung wichtiger Persönlichkeiten des Milieus.

Jedoch konnte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre das Wirkungsfeld der Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus nicht wieder eingeschränkt werden. Denn die Honeckersehe Wende zum real-existierenden Sozialismus, einer Art zentralistisch organisierter Wohlfahrtsgesellschaft auf niedrigem Niveau, ging einher mit dem Verlust sozialistischer Ziel- und Wertvorstellungen. In der DDR entstand ein wachsender Bedarf an gesellschaftlichen Sinnstiftungen. In dieser Zeit ethischer Leere und Erstarrung gewannen die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus an Einfluß. Neue Institutionen, Hochburgen des Milieus, wurden geschaffen. In Dresden und Leipzig z.B. verstärkten sich in dieser Zeit die Forschungen und das Bekenntnis zur sächsischen Tradition und zur regionalen Geschichte. Die denkmalspflegerischen Bemühungen gewannen, als Pendant zum immer nüchterner werdenden industriellen Bauen, rasch an Bedeutung. Es entstehen neue an Bildung und Tradition orientierte Zeitschriften und Ausstellungen (z.B. wurden im Herbst 1982 die

„Leipziger Blätter“ gegründet). Auch durch die veränderte Kirchenpolitik, durch die Ängste des Rüstungswettlaufes kamen humanistische Gesinnungen und Bündnisse wieder stärker zum Tragen.

Die in diesen Institutionen etablierten Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus gewannen in den 80er Jahren auch an Einfluß, zum Beispiel als Mentoren für Alternative und politisch oppositionelle Gruppen.

Zwar gab es in dieser Zeit kaum noch jene bildungsorientierten Arbeiterfunktionäre mit SPD-Hintergrund, aber ihr Erbe traten Funktionäre mit zum Teil ähnlichen Toleranzbreiten an, die in Leipzig für ein offeneres und flexibleres politisches und kulturelles Klima sorgen (Horst Schumann, Dietmar Keller, Roland Wötzel oder Kurt Meyer).

Das Erlebnisparadigma für die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus in dieser Phase war die sowjetische Perestroika. Durch die sowjetischen Reformen ab 1983 (Amtsantritt von Juri Andropow) wurde vor allem die fehlende Öffentlichkeit (Glasnost) und die im Rüstungswettlauf verlorengegangene gemeinsame (humanistische) Verantwortung für diese Welt im Ostblock thematisiert. Das waren genau die Themen und Probleme, die den Vertreterinnen und Vertretern des bürgerlich-humanistischen Milieus auf den Leib geschneidert waren. Es gab in den 80er Jahren viele Versuche, neue Formen der Öffentlichkeit zu erringen, Reformzirkel wurden gegründet, viele Künstler und Wissenschaftler verstanden sich zunehmend mehr als Mahner

und Warner. In Leipzig wuchs zum Beispiel ein Künstler wie Wolfgang Mattheuer in diese öffentliche Rolle hinein. Er trat aus der SED aus und wurde nicht nur mit seinen Bildern, sondern auch mit seinen Texten und seinem Auftreten zu einem Symbol wiedererwachter kritischer Öffentlichkeit. Die neue DDR-Generation des bürgerlich-humanistischen Milieus erlangte unter dem Einfluß der Perestrojka gewissermaßen ihre Wirkungsmöglichkeiten und ihre Sinnstiftungsansprüche in größerem Maße zurück. Die ehemaligen Schüler Blochs und Lipps, inzwischen selbst in angesehenen Positionen und Funktionen, thematisierten immer mehr Mißstände in Kultur, Bildung, Architektur und Öffentlichkeit.

Bereits Mitte der 60er Jahre zeichnete sich zudem das Ende des Bildungsbooms in der DDR ab. Die Schülerzahlen an den höheren Schulen und die Studentenzahlen wurden ab 1965 leicht reduziert und ab 1968 eingefroren. Damit begann der Kampf um den Zugang zur höheren Bildung für die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus und ihrer Kinder, der in den 80er Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Nur über Beziehungen, Umwege und oftmals unter jahrelangen Wartezeiten konnten die erstrebten Studienziele verwirklicht werden. Im Ergebnis jedoch rekrutierte sich das bürgerlich-humanistische Milieu in den 80er Jahren weitgehend aus sich selbst heraus. „In der Schlußphase der DDR vollzog sich die soziale Auslese auf dem Weg in die Universitäten schärfer als in der Bundesrepublik; die Anteile der Arbeiterkinder unter den Studierenden waren kleiner

als in Westdeutschland, die Anteile der Akademikerkinder dagegen fast doppelt so groß.“ (Geißler 1994, S. 128). Das bürgerlich-humanistische Milieu war zu einer sich selbst rekrutierenden Bildungselite verschmolzen. In einem Land mit einem einheitlichen (polytechnisch orientierten) Bildungssystem war der Zugang zur klassischen Bildung fast völlig monopolisiert in den Händen jenes Milieus, was das Elitebewußtsein beförderte und aus den ehemaligen „Bildungshandwerkern“ Bildungsbürger machte.

Die späten 70er und die 80er Jahre führten zur Orientierung (und z.T. zu öffentlichen Meinungsäußerungen) der Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus in bezug auf fast alle Probleme des erstarrten Staates. Nicht der DDR und auch weniger dem Sozialismus, jedoch dem vergreisten Politbüro wurde die Loyalität entzogen. Die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus fühlten sich als die gebildeten Kreise gegenüber der immer kleinlicher werdenden, erstarrenden Politik zunehmend überlegen und prägten ein spezifisches Elitebewußtsein (als unterdrückte Fraktion der herrschenden Klasse) aus.

5. Retraditionalisierungs- und Differenzierungsphase des bürgerlich-humanistischen Milieus (seit 1990)

In der Zeit der Orientierungslosigkeit und des Machtvakuum (1989/90) war ein enormer Einflußgewinn für die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus zu beobachten. Der Retraditionalisierungsschub für die bür-

gerlichen Orientierungen auf nationale, humanistische und sozialistische Werte verschaffte ihnen für kurze Zeit allgemeinen Respekt und öffentliche Anerkennung in der DDR. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Milieus prägten zum Beispiel die mit über einer halben Million Teilnehmern größte Massendemonstration der Wendezeit am 04. November 1989 in Berlin. Sie standen in ihrer Mehrheit für eine sozialistisch-humanistische Erneuerung der DDR. Sie waren bei allen biographischen Brüchen mit und in der DDR groß geworden und fühlten sich verantwortlich für die Geschicke des kleinen deutschen Landes. Die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus hielten sich für die „besseren“ Repräsentanten der ostdeutschen Entwicklung, für Reformatoren der DDR. Ausgehend von ihrem Traditionsbezug war die deutsche Einheit zwar grundsätzlich kein Problem, jedoch teilten sie in ihrer Mehrheit nicht die Vereinigungseuphorie. So starteten sie im Spätherbst 1989 die Kampagne „Für unser Land“. Es sollte eine breite Basis für die Verteidigung der DDR geschaffen werden. Einige Meinungsführer im Milieu (zum Beispiel die Schriftstellerin Christa Wolf) versuchten, in einer eigenstaatlichen Erneuerung der DDR auch ihren eigenen Einfluß und ihre Kompetenz als Bildungselite für die weitere Entwicklung zu sichern. Doch gerade dieser Aufruf förderte den Abstand des bürgerlich-humanistischen Milieus vom traditionellen (proletarischen und kleinbürgerlichen) Kern der DDR-Bevölkerung zu Tage. Der erstaunlich rasche Bedeutungs- und Öffentlichkeitsverlust für die Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanisti-

schen Milieus setzt schon im November/Dezember des Jahres 1989 ein. Zuerst erzeugt durch innere Ablehnung durch die eigene Bevölkerung. Dann kommt der äußere Druck der Elitenkonkurrenz hinzu.

Sehr viele Vertreterinnen und Vertreter des Milieus gerieten unter Druck durch die Abwicklungen, Entlassungen, Herabstufungen, Bildungsentwertungen und die politische Ausgrenzung im Prozeß der deutschen Vereinigung. Der Wendechock (1991) wurde in diesem Milieu stark empfunden. Er war wohl das Erlebnisparadigma der Transformationsetappe. Das ostdeutsche Bildungsbürgertum verlor seinen gerade erst errungenen Einfluß auf die ostdeutsche Öffentlichkeit wieder. Die Warner und Mahner gingen in der Vereinigungseuphorie unter, die Angebote der Reformer und Sozialisten erschienen gegenüber den Verhaltensanforderungen der Umstellungszeit wie Botschaften aus Utopia.

Das Ergebnis war eine Polarisierung und innere Differenzierung des Milieus: Einerseits eine massenhafte Verrentung und Ausgrenzung vor allem von älteren Vertreterinnen und Vertretern besonders im Bildungs- und Kulturbereich und andererseits auch eine Etablierung und Rehabilitierung vor allem der wertkonservativen Vertreterinnen und Vertreter des bürgerlich-humanistischen Milieus in Ostdeutschland. Jedoch scheint das Milieu an den starken inneren Differenzierungen nicht zu zerbrechen. Die an den Rand gedrängten und ausgegrenzten Vertreterinnen und Vertreter des Milieus sammeln sich, nach der Überwindung des Vereinigungsschocks, in zahl-

reichen Organisationen und Vereinen am Rande der öffentlichen Einrichtungen. Sie werden immernoch vom alten Beziehungsnetzwerk gehalten. Zum Teil war es auch die Partei des Demokratischen Sozialismus, die hier als regelrechte „Milieupartei“ wirkte, die die abgedrängten Fraktionen des Milieus auffing. Deswegen kann der politische Umgang mit dieser Partei auch ein Sensor für die Akzeptanz DDR-reformerischer Selbstbehauptung gewertet werden.

Inzwischen vermögen aber auch die ausgegrenzten Vertreterinnen und Vertreter des Milieus ihre soziale und kulturelle Kompetenz wieder stärker öffentlich einzubringen und ihr ostdeutsches Publikum wächst wieder (Publikationsreihen zur DDR-Geschichte, Foren, Kulturrevivals u.ä.).

Hinzu kommt, daß es relativ wenig Annäherung zwischen ähnlichen sozialen Mentalitäten in Ost- und Westdeutschland gibt. Zwar sind sich das ostdeutsche bürgerlich-humanistische und das westdeutsche konservativ-gehobene Milieu in den Orientierungen auf das Bewahren und die Weitergabe humanistischer Werte und Traditionen wie die Achtung der Würde des Menschen, Toleranz, Wertschätzung von Kultur und Kunst sehr ähnlich (vergleiche dazu die Milieubeschreibungen bei Becker, Becker, Ruhland 1992 und bei Burda und Sinus 1993). Jedoch treffen Vertreterinnen und Vertreter beider Milieus in Ostdeutschland viel seltener aufeinander.

In einer Situation der Elitenkonkurrenz stehen sich viel öfter Personen aus ganz unterschiedlichen ost- und westdeut-

schen Milieus gegenüber. Die westdeutschen Angestellten in den ostdeutschen Ministerien und Verwaltungen und die „Aufbauhelfer“ kommen, nach unserer Erfahrung, meist aus dem aufstiegsorientierten bzw. aus dem technokratisch-liberalen Milieu Westdeutschlands. Zwischen den zugewanderten westdeutschen Vertretern lokaler Eliten und den einheimischen ostdeutschen Eliten wächst also nicht einfach zusammen, was zusammengehört, sondern viel öfter stößt zusammen, was nicht zusammengehört.

Diese Konflikte, zudem beladen mit zahlreichen gegenseitigen Mißverständnissen, lassen die etablierten und die an den Rand gedrängten Fraktionen des bürgerlich-humanistischen Milieus gegen technokratische oder rein pragmatische Auffassungen von der Umstrukturierung in Ostdeutschland wieder enger zusammenrücken. Auch im eingangs erwähnten Leipziger Bahnhofskonflikt fand ein Zusammenstoß der unterschiedlichen Erfahrungswelten statt. Der Kampf um die Bewahrung kultureller Symbole und Traditionen und das Selbstbewußtsein einer kulturell alteingesessenen Elite vereinte Leipziger „Kulturbürger“ von der PDS bis zur CDU gegen die von ihnen ausgemachte Unvernunft der Technokraten.

Spätestens seit der Perestroika entfaltete sich der kritisch, mahnende „Bürgergeist“ im bürgerlich-humanistischen Milieu Ostdeutschlands. Er kam erst in der unmittelbaren Wendezeit als Teil der kritischen Öffentlichkeit voll zum Tragen. Verstärkt meldeten sich nun Menschen in den kulturellen und sozialen Konflikten zu Wort, die es für ihre

Pflicht halten, mitzureden, einen Beitrag zu leisten (und dafür auch Anerkennung zu ernten).

Nach dem Wendeschock haben sie sich wieder gefangen und melden sich zurück. Es ist der Verteidigungs- und Etablierungskampf einer DDR-Elite im vereinten Deutschland. Verstärkt werden diese Konfliktlinien durch die ungleiche Elitenkonkurrenz zwischen Technokraten und bürgerlich-humanistischem Milieu, die das Bewußtsein der spezifischen Erfahrungsgemeinschaft der ostdeutschen Bildungselite aber eher stärkt.

Den Vertreterinnen und Vertreter dieses Milieus bleibt freilich zumeist nur die öffentliche Rolle der Warner und Mahner im Transformationsprozeß. Eine Rolle, die sie, spätestens seit den Erfahrungen der Perestroika, gern über-

nehmen und in der sie ihre soziale, kulturelle und regionale Kompetenz auch auszuspielen vermögen. Denn mit ihrem „kulturellen Hausherrnstandpunkt“, ihrer Deutungsmacht über die ostdeutschen Erfahrungen und Traditionen, verschaffen sie sich zunehmend Gehör. Anders als die Vertreter der ehemaligen (oppositionellen) DDR-Bürgerbewegung sind sie viel weniger in politische Verantwortung und Position gekommen. Sie tragen aber als kritische Bürger zunehmend zum Erstarren des Bürgergeistes in den ostdeutschen Städten bei.

Michael Hofmann, Dr. phil. habil., Kulturwissenschaftler, arbeitet u.a. zum Wandel sozialer Milieus und Strukturen in Ostdeutschland und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der TU Dresden

Literatur

- Becker, Ulrich; Becker, Horst; Ruhland, Walter (1992): Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung, Düsseldorf u. a. 1992
- Burda und Sinus (1993): Wohnwelten und Gärten in Ostdeutschland (1993). Ein Forschungsbericht der Burda GmbH, Offenburg und Sinus, Heidelberg, Burda Anzeigen-Marktforschung Offenburg
- Ernst Blochs Vertreibung 1956/57. Dokumentation (1992), Einspruch, Leipziger Hefte 5, Zeitschrift für Politik und Zeitgeschichte, Leipzig 1992
- Geißler, Rainer (1983): Bildungschancen und Statusvererbung in der DDR, in: KZfSS 35 (1983)
- Heinze, Christine; Pollack, Detlef (1990): Zur Funktion der politisch-alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Grabner, Jürgen; Heinze, Christine, Pollack, Detlef (Hg.): Leipzig im Oktober, Berlin, S. 82-90
- Heydick, Lutz (1990): Leipzig. Ein historischer Führer, Leipzig
- Hofmann, Michael; Rink, Dieter (1990): Der Leipziger Aufbruch 1989. Zur Genesis einer Heldenstadt, in: Grabner u.a., S. 114-122
- Huinink, Johannes; Mayer, Karl Ulrich (1993): Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft, in: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt 1993

Jessen, Ralph (1994): Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 217 - 253

Jessen, Ralph (1995): Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR - Elitewechsel mit Hindernissen, in: hochschule ost, politisch-akademisches journal aus ostdeutschland, 3/95, S. 61-72

Kleßmann, Christoph (1993): Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Zeitschrift Geschichte und Gesellschaft 19. Jg. (1993), Heft 1

Kleßmann, Christoph (1994): Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR

Kultur und Kulturträger in der DDR. Analysen (1993), herausgegeben vom Mitteldeutschen Kulturrat, Bonn

Land, Rainer; Possekel, Ralf (1994): Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum

Lebensweise und Sozialstruktur (1981) (hrsg. von einem Autorenkollektiv), Berlin

Lepsius, Rainer M. (1993): Bürgertum und Bildungsbürgertum, in: ders.: Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993

Löttsch, Manfred (1981): Annäherung von Arbeiterklasse und Intelligenz, in: Lebensweise und Sozialstruktur (1981)

Löttsch, Manfred (1991): Konturen einer Theorie der Sozialstruktur, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2/91, S. 195-202

Meier, A. (1974): Soziologie des Bildungswesens, Berlin (O)

Prokop, Siegfried (1993): Sozialgeschichte der ostdeutschen Intellektuellen 1945-1961. Zeittafel. Hefte zur DDR-Geschichte, hg. von „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., Berlin

Prokop, Siegfried (1995): Aspekte der Sozialgeschichte der ostdeutschen Intellektuellen Elite (1945 - 1949/50), in: hochschule ost, politisch-akademisches journal aus ostdeutschland, 3/95, S. 44-52

Rink, Dieter (1991): Soziale Bewegungen in der DDR, in: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Rink, Dieter (1995): Leipzig. Gewinnerin unter den Verlierern?, in: Vester/Hofmann/Zierke: Soziale Milieus in Ostdeutschland, S. 51 - 90

Srubar, Ilja (1991): War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991), S. 415-432

Tenfelde, Klaus; Wehler, Hans-Ulrich (Hg.) (1994): Wege zur Geschichte des Bürgertums, Göttingen

Vester, Michael; Hofmann, Michael; Zierke, Irene (Hg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Bund Verlag, Köln

Herbert Kitschelt (Berlin):

Zielkonflikte beim Neuaufbau des Universitätswesens in Ostdeutschland

Eine vergleichende Betrachtung

Einsichten in Lebens-, Arbeits- und Lernzusammenhänge erschließen sich aus der Erfahrung der Differenz - der Differenz zu Vorhergehendem und anderswo Erlebtem. Für Studenten der „neuen“ Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR konstituiert sich diese Differenz vornehmlich natürlich vor dem Hintergrund der im früheren Schul- und Universitätssystem gemachten Erfahrungen. Für mich selbst als Bundesdeutscher, der unmittelbar nach Abschluß des Studiums in Bielefeld Ende der siebziger Jahre in die USA gegangen ist und dort im Laufe von fünfzehn Jahren bis zu seinem Arbeitsbeginn an der Humboldt Universität gründlich akademisch nachsozialisiert worden ist, stellt sich die Beobachtung von Differenz als dreistellige Relation dar zwischen meiner westdeutschen Studiensituation in den siebziger Jahren, meiner neuen Rolle an der Humboldt Universität Berlin, wo ich vorläufig die Hälfte meiner Arbeitskapazität ansiedele, und meiner weiter fortbestehenden Assoziierung mit der Duke University in North Carolina, wo ich seit 1984 gelehrt habe. Die Differenzen zwischen dem DDR Hochschulwesen vor 1989, der Zeit des „Übergangs-“ und „Ausnahmestandes“ von 1989 und 1991 und

der Neuaufbauphase der ostdeutschen Universitäten kann ich mir indirekt aus Gesprächen mit KollegInnen und StudentInnen erschließen.

Aus meinem ganz subjektivem Zugang zu diesem System von Differenzen möchte ich hier die These vertreten, daß die neuen ostdeutschen Hochschulen auf dem Wege sind, ganz „normale“ westdeutsche Hochschulen zu werden mit all ihren Schwächen und Frustrationen, die mir aus meiner Studienzeit erinnerlich sind.

Über kurz oder lang formen die institutionellen Rahmenbedingungen und die mit ihnen verbundenen materiellen und immateriellen Anreiz- und Sanktionsmuster die soziale Dynamik von Hochschulen, ganz unabhängig von den historisch-kulturellen Erfahren, die die Beteiligten zumindest anfangs in den Lehr- und Forschungsbetrieb einzubringen suchen. Dabei entsteht aber in den „neuen“ ostdeutschen Universitäten bei vielen StudentInnen und bei einigen HochschullehrerInnen ein Spannungsverhältnis zwischen „Struktur“ und „Kultur“, nämlich dem Wissen darum, daß die Organisation des Hochschulwesens auch anders möglich ist. Ich möchte hier die These begrün-

den, daß verschiedene Hochschulsysteme unterschiedliche Ziele bedienen, die miteinander im Konflikt stehen. Das westdeutsche und jetzt auf Ostdeutschland

übertragene System bedient ganz andere normative Kriterien als sowohl das frühere ostdeutsche oder das heutige amerikanische.

DDR und USA

In mancher Hinsicht wiesen das alte Hochschulsystem in der DDR und das Hochschulsystem der USA aus der Sicht des studentischen Lebens einige verblüffende Ähnlichkeiten trotz aller fundamentalen Unterschiede auf. Diese Gemeinsamkeiten setzen beide Systeme deutlich von der westdeutschen Hochschulnormalität ab und lassen sich als Konsequenzen einer „paternalistischen“ und „kommunitären“ Bildungstheorie verstehen, die sowohl sozialistischer wie auch republikanisch-liberaler Pädagogik zugrunde liegt. StudentInnen sind (noch) unmündige Menschen, denen universitäre Bildung nicht nur instrumentelle Qualifikationen zur Verfolgung schon gewußter Interessen und Werte vermittelt, sondern zuallererst diese Werte und Orientierungspunkte der Lebensführung selbst. Sie bedürfen also einer Fürsorge und sozialen Zuwendung, die über den Prozeß der bloßen Wissensvermittlung und Einführung in den Forschungsbetrieb hinausgeht und sie erst zu Erwachsenen heranbildet, die ihre Rollen in der sozialistischen Gemeinschaft, bzw. der liberal-kapitalistischen amerikanischen Gesellschaft, im Mikrokosmos des sozialen Systems Universität erlernen.

Der kommunitär-paternalistischen Theorie der Bildung korrespondieren bestimmte konkrete universitäre Einrichtungen, die die Vereinzelung der StudentInnen, aber auch ihre Freiräume,

deutlich einschränken. Das Studium ist zu einem erheblichen Grade „verschult“, wobei die StudentInnen an relativ vielen Lehrveranstaltungen (12 - 20 Wochenstunden) mit Präsenz- und Leistungspflicht teilnehmen müssen. Leistungsanforderungen und Ziele sind in den Lehrveranstaltungsplänen genau definiert und es gibt viel feedback über Leistungsbeurteilungen. Lehrveranstaltungen umfassen relativ kleine Gruppen, die vergleichsweise intensive Kontakte mit den HochschullehrerInnen haben. Dabei entsteht auch eine Universitätskultur, bei der Nachlässigkeit auf Seiten der Hochschullehrer bei der Vorbereitung und Durchführung der Lehre informell oder sogar formell negativ sanktioniert wird - von beiläufigem Gespött bis im amerikanischen Fall hin zur Veröffentlichung der studentischen Evaluationen der Lehrtätigkeit einzelner Professoren.

Die studentischen Lernzusammenhänge sind in beiden Systemen nicht bloß auf einzelne Veranstaltungen beschränkt, die jeweils ein anderes Hörerpublikum aufweisen. Zuweilen bleiben studentische Bezugsgruppen über verschiedene Veranstaltungen oder Semester hinweg bestehen. Außerdem sorgen die Universitäten dafür, daß außerhalb der einzelnen Lehrveranstaltungen die StudentInnen auf den Gesamtzusammenhang ihres Studiums orientiert werden. Jedes Semester müssen StudentInnen

sich obligatorischen Studienberatungen durch die Fakultät oder eigens dafür bestellte Spezialeinrichtungen (von der FDJ-Einheit bis zu den Beratungszentren amerikanischer Universitäten) unterziehen.

In beiden Systemen wirkt die Universität auch deutlich in den privaten Lebensbereich hinein. StudentInnen leben in Wohnheimen oder auf einem Campus und müssen sich Zimmer zu zweit oder dritt teilen. Dies erschwert die Rückzugsmöglichkeiten der einzelnen und legt die Betonung auf Sozialkontakt im Umfeld der Hochschule über den instrumentellen Lernprozeß hinaus. Vielfältige kulturelle oder sportliche Veranstaltungen, die von der Universität institutionell und finanziell getragen werden, verstärken die soziale Gruppenbildung. Eingebettet in eine solche Lebenssituation kann Korpsgeist und eine emotionale Bindung an die eigene Universität entstehen, ein fast unvorstellbarer Vorgang im westdeutschen Hochschulsystem. Überspitzt gesagt, im Gegensatz zu westdeutschen Universitäten haben amerikanische Universitäten, zumindest bei der Ausbildung im Grundstudium und bis zum ersten Examen (bachelor of arts/sciences), fast den Charakter einer Fortsetzung von Sommerferienlagern mit anderen Mitteln. Ob die Metapher vom Sommerferienlager auch eine gute Charakterisierung der alten DDR Hochschulen ist, wage ich nicht zu entscheiden.

Über diese institutionellen Gemeinsamkeiten paternalistisch-kommunitärer Bildung hinaus sind natürlich profunde Differenzen zwischen dem amerikanischen

und dem ehemaligen DDR-System nicht zu übersehen. Dies betrifft nicht nur die Inhalte der Wert- und Charakterbildung. Schließlich geht es im amerikanischen Bildungsprozeß gerade um den Charakterwert Individualismus - oder das, was Emile Durkheim den „institutionalisierten Individualismus“ als Kollektivleistung des Sozialisationsprozesses moderner liberaler Gesellschaften genannt hat -, ein Wert, welcher dem real existierende Sozialismus fernlag. Darüber hinaus werden trotz kommunitärer Organisation im amerikanischen System individuelle Leistungskonkurrenz und die Erwartung der individuellen Innovation in der Auseinandersetzung mit Lehrstoffen und Forschungsmaterialien in einer Weise betont, wie mir dies aus Berichten früherer StudentInnen des DDR Hochschulwesens (und natürlich auch meiner westdeutschen Erfahrung) heraus unbekannt ist.

Die größten Unterschiede zwischen den beiden Universitätssystemen stellen sich bei der Studentenrekrutierung und bei der Behandlung des Lehrpersonals ein. Im amerikanischen System kommt es außer Schulnoten, landesweiten Hochschulreife-tests sowie der persönlichen Selbstdarstellung durch kleine Essays der HochschulbewerberInnen über die Ziele ihre Studiums (und ihrer Lebensführung!) natürlich auch auf Zahlungsfähigkeit der Hochschulgebühren an. Im Realsozialismus wurde dagegen die Zahlungsfähigkeit durch politische Kooperationsbereitschaft substituiert. Ein ähnliches Substitutionsverhältnis von Rekrutierungskriterien zwischen den beiden Universitätssystemen gibt es

auch beim Lehrkörper. Amerikanische Professoren werden nach ihren Veröffentlichungsleistungen, vor allem bei in Reputationshierarchien angeordneten wissenschaftlichen Verlagen und Zeitschriften, sowie ihre durch auswärtige Rufe dokumentierte „Marktmacht“ honoriert. Während amerikanische Professoren einem wirtschaftlichen und professionellen Steuerungsmechanismus unterliegen, wurde dieser im DDR-Hochschulwesen durch einen politischen zumindest zum Teil ersetzt.

Diese Unterschiede sind bekannt. Weniger bekannt, und deshalb noch einmal

Die Aufbruchsphase nach 1989

In der Aufbruchsphase nach der Implosion der alten DDR eröffnete sich auch im ostdeutschen Hochschulwesen für kurze Zeit ein Horizont, ins Ungewisse hinein Innovation wagen zu dürfen. Innovative Prozesse haben eine besondere und nicht zu verstetigende Erfahrungsqualität, nämlich sowohl radikale Freiheit als auch spontane und gleichberechtigte Kommunikation und Kooperation mit anderen Innovatoren zu erleben. Aufbruchsphasen vermitteln somit einen Vorschein auf ein besseres Leben, welches Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit miteinander verbinden könnte. Vielleicht ließe sich auch die Rede vom „Pioniergeist“ als jene eigentümliche Verbindung von Freiheit, Gleichheit und Gemeinschaft soziologisch fassen, welche Episoden institutioneller Innovation und Revolution oft auszeichnen. Allerdings bleibt Innovation per definitionem ein flüchtiges, vergängliches Moment, wel-

wiederholenswert, sind aber die Gemeinsamkeiten zwischen dem realsozialistischen und dem amerikanischen universitären Bildungssystem, welche über eine paternalistisch-kommunitäre Pädagogik laufen. Sie lassen es viel weniger zu als andere Bildungssysteme, daß Studenten sich vom Lernprozeß und den Mitlernenden völlig entfremden, den Sinn ihres Tuns grundsätzlich in Frage stellen oder an ihrer Einsamkeit und Anonymität zerbrechen. Die Abbrecherquoten amerikanischer und der früheren ostdeutschen Universitäten blieben und bleiben deshalb deutlich unter dem Niveau des westdeutschen Hochschulsystems.

ches unweigerlich von den Routinen des Alltags eingeholt wird. Die Erwartung des Neuen wird schon bald verdrängt durch Erfahrungen mit den Konsequenzen von Innovation, die sich in Regeln und Institutionen verdichten. Die „permanente Revolution“ gibt es nicht, und die große Synthese letzter Ziele - Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - bleibt außer in Momenten des Umbruchs unerreichbar.

Das Spannungsverhältnis zwischen Kreativität und Neubildung von Routinen gilt allgemein für den Bildungsprozeß gesellschaftlicher Institutionen überhaupt und hat nichts genuin mit der Situation der DDR nach dem November 1989 und Oktober 1990 oder gar der Spezifik des Wandlungspfades ostdeutscher Hochschulen zu tun. Auch in solchen postsozialistischen Ländern, die keinen „großen Bruder“ hatten, welcher ihre Reformpfade bevormundete, stellte sich schnell

Katerstimmung und Enttäuschung über die Leistungen der neuen Demokratien ein, nachdem sich die erste Begeisterung über den Fall der alten Regime gelegt hatte.

Wenn also heute aus mehr als fünfjähriger Retrospektive von einigen der Geist der Aufbruchstimmung im Hochschulwesen nach dem November 1989 beschworen wird, um die triste Realität der später von Westdeutschland herkommenden Hochschulreform zu kritisieren, so muß genau unterschieden werden zwischen den Frustrationen, die mit jeder Routinisierung neuer sozialer Verkehrsformen eingetreten wären, und den spezifischen

Hochschule Ost nach dem Muster von Hochschule West

Auf eine knappe Formel gebracht, während das alte Bildungssystem der DDR paternalistisch-kommunitäre Orientierungen und pädagogische Stile betonte und die Neubildungszeit nach der Implosion des alten Systems eine libertäre Erfahrung von Kreativität und spontaner kollektiver Identität („empowerment“) ins Zentrum rückte, trat mit der Einführung des westdeutschen Hochschulsystems eine bürokratische Organisationsform auf den Plan, deren wichtigstes Leistungsprinzip darin besteht, kognitive Fähigkeiten innerhalb formal normierter (und deshalb verwaltungsgerichtlich justizabler) Studien- und Prüfungsvorgänge kostengünstig und standardisiert zu verabreichen. Das, was in der Industriesoziologie mit „Fordismus“ bezeichnet wird, d.h. hoch arbeitsteilige, kapitalintensive Produktionssysteme, die auf die Her-

Schwierigkeiten und Enttäuschungen, welche viele Studierende angesichts der Einführung des westdeutschen Organisationsmodells von Hochschule erfahren. Mit anderen Worten, die libertäre, egalitäre und kommunitäre Erfahrung der Auflösungs- und Umbildungszeit an den ostdeutschen Hochschulen darf nicht zu einem Mythos hochstilisiert werden, der nur in der Erinnerung den Schein einer möglichen, aber dann verschenkten oder von Westdeutschland verhinderten Dauerhaftigkeit gewinnt. Diese Warnung darf jedoch nicht dazu führen, sich nicht mit den Nachteilen der Institutionalisierung des westdeutschen Hochschulsystems an den früheren DDR-Hochschulen auseinanderzusetzen.

stellung einer limitierten Palette genormter Massengüter für einen relativ uniformen Konsumtengeschmack ausgelegt sind, ist in vieler Hinsicht zur Philosophie des nun gesamtdeutschen Hochschulbildungswesens geworden. Wenn überhaupt pädagogische Bildungsprozesse in diesem System eine Rolle spielen, so haben sie wenig mit kommunitärer Gruppenbildung oder libertärer Erfahrung von Kreativität als mit der Einübung eines ausgeprägten formalen Gleichheitssinnes zu tun. Dieser schlägt sich institutionell nieder in abzuleistenden Semesterwochenstunden, allgemeinen Kennziffern über die zu erreichende (und nicht zu überschreitende) Betreuungsdichte von Studenten durch wissenschaftliches Personal, Regelstudienzeiten, Zulassungsbedingungen für Prüfungen und Garantien uniformer Qualität der Bildungsab-

schlüsse an allen Hochschulen der gesamtdeutschen Republik.

Ich will nicht bestreiten, daß dieses System wichtige Argumente für sich ins Feld führen kann. Deutsche Hochschulen liefern kalkulierbare Qualifikationsprofile auf relativ hohem Niveau auf zunehmend breiterer Basis, auch wenn die dahinter stehende Organisationsform in vielen Bereichen herausragenden wissenschaftlichen Leistungen und innovativen Querdenken ebensowenig zugänglich ist wie charakterlichen Bildungsprozessen. Wie auch Japan gelingt es der deutschen Wirtschaft, mit einem Wissenschaftssystem auszukommen, welches gut trainierte Funktionäre für vielfältige Berufswege bereitstellt, ohne jedoch in der Grundlagenforschung besondere Erfolge aufzuweisen. Umgekehrt haben gerade die Länder, die in der universitären Grundlagenforschung besonders bahnbrechend gewesen sind, wie die USA und in geringerem Maße Großbritannien, häufig Schwierigkeiten gehabt, diese Leistungen in den wirtschaftlichen Innovations- und Produktionsprozeß umzusetzen.

Universitätssysteme sehen sich mit der Schwierigkeit konfrontiert, zwei Logiken gleichzeitig bedienen zu müssen. Auf der einen Seite sind sie Ausbildungsinstitutionen, die Wissen vermitteln, auf der anderen Seite aber auch Forschungsinstitutionen, deren Arbeitsabläufe auf die Schaffung neuen Wissens nach Maßgabe hoch elaborierter Kriterien des Wissenschaftssystems ausgelegt sind. Unterschiedliche Hochschulsysteme sind in ganz verschiedenem Aus-

maß in der Lage, sich auf diese beiden Aufgaben einzustellen.

In politisch-normativer Hinsicht bedient das deutsche Universitätssystem mindestens eine wichtige politische Wertsetzung, die ich hier einmal die sozialdemokratische Konzeption von Bildungsgleichheit nennen möchte. Im internationalen Vergleich relativ unabhängig vom Elterneinkommen haben deutsche Studenten Zugang zu weitgehend uniform qualifizierenden Studiengängen. Seit der Bildungsreform der sechziger und siebziger Jahre ist somit nicht nur der Anteil der Hochschulabsolventen an den Altersjahrgängen, sondern insbesondere der Anteil der Arbeiterkinder mit Hochschulabschluß angestiegen. Umfassende Reformkonzeptionen, das deutsche Hochschulsystem auf mehr Konkurrenz unter Studenten, Hochschullehrern und vor allem ganzen Hochschulen einzustellen und dabei mehr Freiheit und Initiative zuzulassen, aber zugleich auch die vertikale Ungleichheit von Ausbildungs- und Forschungschancen zu erhöhen, sind bislang immer fehlgeschlagen, auch und gerade unter konservativen Regierungen. Das deutsche Universitätssystem institutionalisiert damit klar die Vorrangigkeit des Organisationsziels Ausbildung vor dem Ziel Forschung.

Die neuen ostdeutschen Hochschulen bilden in allen Hinsichten ähnliche Strukturen aus wie ihre westdeutschen Vorbilder. Die Kerninstitutionen des bürokratischen Universitätssystems sowie die Kennziffern ihrer Ressourcenausstattung sind überall dieselben. Dies gilt sowohl für die Anlage der Studienabläufe ebenso wie die Anreizsysteme (oder der Man-

gel an Anreizsystemen), denen das wissenschaftliche Personal folgt. Auch hier, wie in Westdeutschland, sind Professoren auf Lebenszeit verbeamtete Bildungsfunktionäre, deren Einkommen sich in aller Regel nicht nach ihrer wissenschaftlichen Kreativität und ihrer Gabe, studentische Lernprozesse zu befruchten, bemißt, sondern nach Alter und Seniorität im Bildungsapparat. Auch hier werden die fein austarierten Beteiligungsrechte der verschiedenen „Universitätsstände“ an der Selbstverwaltung strukturellen Konservatismus und Immobilität erzeugen. Auch hier werden universitätsinterne und ministeriale Bildungsbükratien, die alle Organisationsabläufe nach ihrer rechtlichen Korrektheit bemessen, die letzten Nischen der Kreativität ersticken.

Die sozialdemokratischen Errungenschaften der Bildungsreform - relative Gleichheit beim Zugang zum Studium und den Qualifikationsprofilen der Abschlüsse - wurden damit um einen Preis der Bürokratisierung und Normierung der Ausbildungswege erkaufte, die gerade solchen StudentInnen zu schaffen machen, die ihre ersten Erfahrungen in Institutionen erwarben, welche vom paternalistisch-kommunitären Bildungskonzeptionen durchwirkt waren. In einer prägenden Phase des Übergangs zur gesellschaftlichen Mündigkeit werden junge Erwachsene einem anonymen und gegenüber der Biographie und den individuellen Wünschen der einzelnen StudentInnen indifferenten Bildungsmaschine ausgeliefert.

In einer etwas modifizierten, aber im Prinzip ähnlichen Weise als früheren DDR-StudentInnen bleibt das westdeutsche

Hochschulwesen auch amerikanischen StudentInnen fremd, die genau wie ihre DDR-KollegInnen unter Bedingungen einer paternalistisch-kommunitären Bildungskonzeption, wenn auch korrigiert um libertäre Elemente, wissenschaftlich sozialisiert wurden. Eine amerikanische Doktorantin brachte dies nach einem einjährigen Aufenthalt an der Universität Bonn einmal auf die Kurzformel, „in Germany you can make it only despite the system, not because of the system“ - in Deutschland kann man es akademisch zu einer kreativen Leistung nur trotz des Systems, aber nicht wegen des Systems bringen. Der Preis für die Betonung auf Gleichheit an deutschen Hochschulen ist damit klar definiert. Standardisierte Massenveranstaltungen und durchbürokratisierte Studiengänge lassen jeden kommunitären Sinn für eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden ersticken. Zugleich untergraben sie die Erprobung wissenschaftlicher Neugier und Kreativität und damit die internen Normen des Wissenschaftsprozesses.

Sozusagen als Kehrseite dieser bürokratischen Welt stellt sich dann bei einer kleinen Minderheit intellektuell ambitionierter StudentInnen zuweilen eine Art anarchischer, anti-institutioneller „Geniekult“ ein, den sie als existentielle Pose gegen die universitäre Lernmaschine ausspielen. Sie signalisieren durch Auftreten und Sprache einen Anspruch auf Überlegenheit gegenüber den meisten StudentInnen, die sich zuweilen in Methoden der Einschüchterung und Monopolisierung der Rede in Seminarveranstaltungen verdichtet (der große „Bluff“). Solche Träger eines Geniekultes wer-

den oft zum Opfer ihrer eigenen Ideologie, wenn sie an sich selbst unmöglich hohe wissenschaftliche Leistungsansprüche stellen und dann daran scheitern, ihre Examens- oder Dissertationsarbeiten zu vollenden.

Mit der Betonung bürokratischer Standardisierung und juristischer Überprüfung und Einklagbarkeit von Bildungsvorgängen steht das westdeutsche Universitätssystem sowohl dem alten kommunitär-paternalistischen System der DDR als auch der ostdeutschen heroischen Innovationsphase nach 1989, die es wohl ohnehin in den meisten Köpfen nur als Mythos gegeben hat, vielleicht weiter entfernt als andere Institutionalierungsformen der Universität, wie beispielsweise die amerikanische. Solange es also in Ostdeutschland noch eine Kultur der Erinnerung an einen anderen universitären Bildungsprozeß vor 1989 und eine bestimmte Interpretation der Phase der Systemauflösung gibt, erfahren StudentInnen und HochschullehrerInnen aus dem alten System das Spannungsverhältnis zwischen hergebrachter Kultur und neuer Struktur besonders intensiv.

Wer ein anderes Universitätssystem möchte, in welchem weniger Entfremdung, Vereinzeln und Standardisierung, dafür aber mehr kommunikative Lernprozesse und Kreativität gefragt sind, sollte sich auch über die Kosten solcher Reformen im klaren sein, die sich aus vorhersehbaren Zielkonflikten ergeben: Wer mehr Brüderlichkeit und Freiheit möchte, wird dies mit einem Verlust an Gleichheit der Zugangschancen und der Lern- und Lehrsituation an Universitäten bezahlen müssen. Das

amerikanische Bildungssystem ist dafür ein extremes Beispiel. Ohne Studiengebühren und damit eine neue soziale Stratifikation von Bildungschancen ist eine deutliche Verkleinerung der universitären Lehrveranstaltungen mit der Wirkung eines kommunikativeren Lernprozesses nicht finanzierbar. Um die Kreativität des Lern- und Forschungsbetriebes zu steigern, müßte sodann eine auf wissenschaftlicher Reputation basierende Hierarchisierung von HochschullehrerInnen, Fakultäten und ganzer Universitäten her. Gesteigerte Konkurrenz zwischen den Universitäten ließe sich leicht durch eine Reduktion staatlicher Wissenschaftsfinanzierung und der leistungsbezogenen Verteilung der verbleibenden Mittel erreichen. Auf der Individualebene wäre ein Verzicht auf Beamtenstatus und Besoldungsgruppen zugunsten einer marktwirtschaftlichen Bezahlung des Hochschulpersonals der Konkurrenz und Kreativität durchaus förderlich. Es wäre dann nur noch bei Strafe der Gehaltskürzung möglich, sich fünf Jahre nach Annahme einer ordentlichen Professur aus dem Forschungsbetrieb zu verabschieden, eine Praxis, die ein prominenter deutscher Kollege meines Fachs mir kürzlich als Normalfall wissenschaftlicher Karrieren in Deutschland beschrieb.

Humboldts Bildungsideal einer Synthese von Forschung und Lehre entstammt einer Zeit mit wenig komplexer gesellschaftlicher Differenzierung und ist weder den heutigen Anforderungen an Ausbildungsgänge noch den Bedingungen der Wissenschaftsproduktion gewachsen. Diese Tatsache hat seit den sechziger Jahren dazu geführt, die deutschen

Hochschulen als Ausbildungsbetriebe einzurichten, die einem bürokratischen Leistungsideal entsprechen, welches sowohl die Ansprüche auf „Gemeinschaft“ im Lernprozeß als auch die Disziplin von Konkurrenz im „Markt“ der wissenschaftlichen Ideen untergräbt.

Vieles spricht für eine Reform des gegenwärtigen deutschen Universitätssystems in einer Weise, welche die Ansprüche auf Bildung und Forschung durch stärkere institutionelle Separierung Rechnung trägt, um dadurch kommunäre und liberale Regulative besser zu bedienen. Ich vermute jedoch, daß viele derjenigen StudentInnen und HochschullehrerInnen, die heute die Bürokratisierung und allge-

meine Gleichgültigkeit in den deutschen akademischen Großbürokratien beklagen, sich dann gegen die Einführung von „Eliteuniversitäten“ und eine neue soziale Ungleichheit des Bildungssystems wehren würden. Unter Bedingungen knapper gesellschaftlicher Ressourcen ist es jedoch illusionär zu glauben, man könne Zielkonflikte zwischen Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bei der Einrichtung von Hochschulen entgehen. Dies ist zumindest eine Lehre, die ich aus meiner Erfahrung mit sehr unterschiedlichen Bildungssystemen gezogen habe.

Herbert Kitschelt, Prof. Dr., lehrt Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin

Kein Prozac für den Osten!

Zwei Phänomene, die dem Verfasser beim vergleichenden Betrachten des universitären Lebens in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, und in letzterem besonders im Osten, auffielen, sind der Gegenstand der folgenden Betrachtungen. Da ist zum einen jene Faszination an Untergang und Unheil, an Magie und Archaik, der man in Amerika im akademischen und intellektuellen Bereich fast nie begegnet, die mir in

Deutschland jedoch ein recht signifikanter Trend besonders der letzten Jahre zu sein scheint; und zum anderen die unter Studenten in beiden Ländern ähnlich auffällige Tendenz zum Nischenleben und zum Desinteresse an einem wie weit auch immer gefaßten gesellschaftlichen Ganzen, eine Tendenz, die in Ostdeutschland vielleicht erst nach den heftigen Jahren 1989/90, seither allerdings in besonderem Maße auffällt.

1. Amerika

Warum erliegen Universitäten in Amerika nicht einem solchen Ansehensverlust wie in Deutschland? Warum ist unter amerikanischen Intellektuellen die Koketterie mit dem Okkulten offenbar keine Tugend? Warum sind Nischenleben und Desinteresse an politischem Engagement hier schon längst viel verbreiteter als in Deutschland?

Unbehelligt von staatlichen Finanzproblemen und ziemlich unangefochten von gesellschaftlichen Bedrohungen, sind die amerikanischen sogenannten Elite-Unis, so scheint mir, hocheffiziente, jeder Form von Wissensvermittlung sehr förderliche Bildungseinrichtungen. Man arbeitet in sehr gut sortierten und technisch bestens ausgestatteten Bibliotheken und Arbeitsräumen, die in sicherer, schöner, ruhiger und grüner Umgebung liegen, man speist

gut und pflegt interessante Freundschaften, Kämpfe werden sehr verdeckt (deshalb aber nicht weniger erfolgreich) ausgefochten und insgesamt kann man, so fürchte ich, nach gar nicht so langer Zeit des Verweilens in diesem intellektuellen Arkadien zu dem Eindruck gelangen, dieser Zirkel des akademischen Lebens sei die eigentliche Welt. Und das ist ja, wenn man denn eine akademische Karriere plant, gar nicht so falsch und oben-drein gewiß nicht gerade reizlos. Es ist mir immer wieder erstaunlich, wie diese gern in gefälscht alten Bauten untergebrachten Schulen ihrer Aufgabe als Trutzburgen des Geistes in einer immer krankhafter werdenden Umwelt tatsächlich gerecht zu werden scheinen. Allerdings bleibt ein kleiner Argwohn, der aber ein nur an europäischen Herzen nagender sein mag, daß in die beschaulich-kreati-

ve Atmosphäre dieser intellektuellen Alta Plana eines düsteren Tages ein rüder Oberförster einfallen könnte.

Schon äußerlich nicht gerade ein natürliches Biotop für das Wachstum apokalyptischer Visionen oder gar deren gedankliche Bejahung, hat die Tatsache, daß solcherlei Denken vielmehr regelrecht ausgegrenzt wird, meines Erachtens verschiedene, hauptsächlich kulturelle Ursachen, die ich im folgenden kurz benennen werde.

Eine Eigenschaft, die "den Amerikanern" ja immer wieder gern nachgesagt wird, und, wie ich bei aller Vorsicht vor Verallgemeinerungen denke, durchaus nicht ganz zu unrecht, ist ihr ausgeprägter Hang zu einer fast mechanisch funktionalisierten Sicht auf alle Bereiche des Lebens, also z.B. auch auf zwischenmenschliche Beziehungen. Welch erhebliche Bedeutung dieser (oft natürlich ganz unreflektierten) Sicht in der amerikanischen Gesellschaft zukommt, wie stark sie allgemein verinnerlicht und bejaht wird, kann man nicht nur beim genaueren Betrachten fast jeder beliebigen TV-Show und ähnlicher Veranstaltungen der öffentlichen Kultur, in denen sich die Gesellschaft ihrer eigenen Standards rückversichert, studieren, sondern auch an Diskussionen wie denen um die *dysfunctional family* und *Prozac*, an der Werbung u.v.a.m. (Bei der Diskussion um *Prozac*, einem Modethema der letzten Jahre, geht es um Psychopharmaka, die ursprünglich für die medikamentöse Linderung von Depressionen entwickelt, inzwischen jedoch eine aufsehenserregende Verbreitung in einer ganz anderen Bevölkerungsgruppe fanden. Vor al-

lem Angehörige jener besser bezahlten Berufsgruppen, in deren von unausweichlichem Erfolgsdruck geprägten Berufsleben es besonders darauf ankommt, sich von Tiefschlägen und Niederlagen um keinen Preis aus der Form bringen zu lassen, ist der Gebrauch der Medikamente überaus populär, ja fast selbstverständlich. Dieser pervers effizienzorientierte Umgang mit sich selbst gilt vielen als symptomatisch für einige Aspekte amerikanischer Zivilisation.) Es scheint, als ob man einen fast gesetzmäßig kausalen Zusammenhang zwischen dem Erfüllen einer Rolle und der daraus folgerichtig erwachsenden Befriedigung eines mit dieser Rolle konventionell verknüpften Anspruchs zieht: "wenn ich nicht mindestens eine halbe Stunde täglich Fitnesstraining mache, kann ich nicht erwarten, daß sich je ein attraktiver Mann für mich interessiert." Der tragische Aspekt daran ist, daß diese Sicht offensichtlich weit genug verbreitet ist, um oft genug zuzutreffen.

Wenn auch natürlich die verbale Demontage institutioneller Autorität hierzulande mindestens eben so verbreitet und ritualisiert ist wie in Deutschland und zudem stärkere historische Wurzeln hat, so scheinen doch die hiesigen Universitäten diesem Prozeß nicht in der Weise anheimzufallen wie in Deutschland. Ich meine, daß das zu einem nicht geringen Maß an eben diesem stark pragmatisch-funktionalen Denken liegt.

So kann ja die Funktion der Universität, außer in ihrer Aufgabe als anleitende und ordnende Instanz beim Erwerb spezifischen Wissens, die gerade im *internet age* mitnichten hinfällig wird, auch

ganz nüchtern gesehen werden: als berufliche Legitimation verleihende Institution (und es ist immer wieder erstaunlich, welche Reputation hierzulande schlicht der *Name* einiger Universitäten ihren Absolventen verleiht) und als Instrument zum Knüpfen später überaus nützlicher Verbindungen. Auch in Berlin gibt es beispielsweise Clubs der Yale- bzw. Harvard-Absolventen. Anders als in Deutschland ist die gegenseitige nachuniversitäre Karriere-Unterstützung in den USA nicht allein von Bünden und Burschenschaften abhängig und darum weder notwendigerweise extrem konservativ noch auf Männer beschränkt. Allerdings muß ich zugeben, daß ich bezweifle, daß das, was ich hier sage, in gleichem Maße in gleichem Umfange für weniger teure Häuser gilt; womit ich bei einem weiteren, möglicherweise viel wesentlicheren Aspekt angelangt bin: bei der Ökonomie.

Man wird den Wert der Ausbildung an einem Institut, in dem ein einziges Studienjahr 32.000 DM Studiengebühr kostet, zwangsläufig relativ hoch veranschlagen - wie berechtigt oder unberechtigt das im Einzelfall ist, ist ja noch eine andere Frage. Außerdem wird - gerade, weil man dieses Geld in der Regel natürlich nicht selbst aufbringen konnte, sondern es entweder von den Eltern (bei Undergraduates) oder einem privaten Stifter oder einem Stiftungsfonds der Uni selbst kommt - ein ganz anderes Maß an Verantwortung und Erfolgsdruck auf den Studenten übertragen als an einer deutschen Universität. Auch schafft die insgesamt strengere Selektion bei der Zulassung zumindest der Graduate Stu-

dents und die stärker spürbare Tendenz zur Selbstregeneration der Eliten hierzulande eine größere Homogenität der universitären Sozialstruktur, was wiederum zu stärkerem Assimilationsdruck und einem ausgeprägterem Bewußtsein für das mit dem Universitätsbesuch erworbene kulturelle Kapital führt. Da die begehrten der hiesigen Universitäten oft private Unternehmen sind, gibt es einen stärkeren Hang, die Befriedigung des Kundeninteresses als Firmeninteresse zu betrachten, und allein schon deshalb läßt man es zu unerfreulichen und demoralisierenden Erscheinungen wie permanent überfüllten Hörsälen, fortwährend abwesenden Professoren usw. nicht so einfach kommen. Auf der anderen Seite aber bevölkern die Auditorien deshalb auch beglückend wenige Studenten, die in Vorlesungen mit halblautem Diskutieren über Aurobindho oder mit dem Lakkieren der Fußnägel beschäftigt sind und in Seminaren mit Äußerungen, die gleichermaßen von Selbstüberschätzung wie Desinteresse zeugen, die Geduld ernsthafterer Beteiligter auf die Probe stellen.

Eine fast zwingende und mir persönlich recht unerträgliche Folge des umrissenen Zustandes an einer solchen amerikanischen Universität ist dann freilich die starke Präsenz karrieristischer und streberhafter Verhaltens- und Denkweisen unter den Studenten, gepaart mit einem gelegentlich schon fast morbid milden Klima verlogener Schmeichelei, das die eigentlich sehr angestrengt konkurrierende Haltung der meisten nicht wirklich verbirgt. Das mag aber auch eine in diesem Milieu besonders stark ausgeprägte Folge traditionell-amerikanischer

Erziehung sein. (Eine Kindern beigebrachte Verhaltensregel lautet: *If you can't say anything good, don't say anything at all.*)

Was ich sagen möchte ist, daß mir scheint, als ob eine Begründung dafür, daß Intellektuelle hier weniger anfällig für Okkultes, Archaisches und die Faszination am Bösen zu sein scheinen, zwar zu einem gewissen Maße in dem gerade auch im akademischen Raum noch sehr deutlich spürbaren Puritanismus, dem das *Offenbaren* dunkler Neigungen ja doch irgendwie wesensfremd ist, liegen mag - sehr stark jedoch wohl auch in dem beschriebenen rationalen Funktionsdenken zu suchen ist: das Dunkle, Obsessive hat schlicht *keinen Zweck* in diesem effizienz-orientierten Betrieb.

Eine historisch gewachsene Tradition und während der Regierungszeit von Präsidenten aus der Demokratischen Partei besonders populär, ist der Wunsch, der Staat möge sich möglichst wenig in das tägliche Leben seiner Bürger einmischen. Ein wesentlicher Ausdruck des natürlich von jedem anders definierten, aber unvermindert gern benutzten Wortes *Freiheit* liegt für viele Amerikaner offenbar in der Idee der Subsidiarität - alles möge auf der untersten möglichen Ebene entschieden werden. Von Anbeginn war Politik, war Staat etwas anderes als in Europa. Der libertäre Grundansatz der Gründerväter, auf ein hohes Maß an Selbstregulierung und Eigenverantwortlichkeit bedacht, richtete den innenpolitischen Aspekt des Staates von Anfang an weniger auf Soziales, auf gegen-

seitige Verantwortlichkeit, als auf die Garantie von Individualrechten aus. Zwangsläufig ist somit staatsbürgerliches Engagement hierzulande von Beginn an stärker an der mehr oder weniger pragmatischen Lösung von Einzelproblemen als am Vertreten einer wie auch immer philosophisch fundierten Überzeugung orientiert gewesen, was, wie ich gleich zeigen werde, weitere, ganz praktische Gründe hat. Die einzigen heutigen Parlamentarier, deren Argumentation ein einigermaßen erkennbares "philosophisches" Konzept erkennen läßt, so absurd und anachronistisch ich persönlich es finde, sind ausgerechnet die ultrakonservativen Lobbyisten der Kirchen. Darüber hinaus tauchen grundsätzliche Gedanken eigentlich vornehmlich in Form demoskopisch motivierter Slogancocktails, die nicht gerade mit logischer Konsequenz überzeugen, auf der politischen Bühne auf. So kann man - unter Hinweis auf das Lebensrecht des Embryos - die schärfsten Verurteilungen von Lockerungen im Abtreibungsrecht hören und im selben Atemzug die Forderung nach Wiedereinführung bzw. häufigere Anwendung der Todesstrafe.

Bevor man als Deutscher die Konturlosigkeit der amerikanischen Parteien belächelt, sollte man sich allerdings ins Gedächtnis rufen, daß dieses Land zuallererst eine sich von der Deutschlands ziemlich unterscheidende geographische Ausdehnung besitzt, zweitens eine unvergleichlich heterogenere ethnische Zusammensetzung seiner Bevölkerung aufweist und drittens nicht nur eine jüngere, sondern vor allem völlig andere Staatsgeschichte hat. Das heißt eine Partei,

die in den Vereinigten Staaten eine irgendwie überregionale Rolle spielen will, muß Wähler in ganz verschiedenen Landstrichen, mit unterschiedlichstem religiösen Hintergrund, mit in so vielen Fragen vermutlich völlig konträren Ansichten erreichen, daß am Ende nicht viel Kontur bleiben kann. Hinzu kommt, daß politische Haltungen unter Amerikanern in der Regel - ähnlich wie religiöse Überzeugungen - als Privatsache jedes einzelnen, die man als wohlzogener Mensch demzufolge nicht kritisiert, angesehen werden.

Spätestens seit dem großen Trauma der jüngeren amerikanischen Geschichte, dem Vietnam-Krieg, in dem irgendwie alle, seine Befürworter wie seine Gegner verloren haben, spätestens seit dieser Zeit gibt es, so habe ich mir sagen lassen, einen besonders ausgeprägten Hang zum Zynismus in der amerikanischen Öffentlichkeit, was Politik, oder besser: was *Politiker* angeht. Die im vorigen Absatz schon andeutungsweise begründete Anonymität der zwei großen Parteien führt nämlich dazu, daß politische Verhältnisse erheblich stärker als in Europa personalisiert werden. Von Sektierern und Fanatikern abgesehen, die in solch einer generell eher politikfeindlichen gesellschaftlichen Situation natürlich auch schon einmal richtig bedrohlich werden können - man denke an

die Milizen auf dem Lande und die Gangs in den Städten -, äußert sich die politische Hoffnungslosigkeit der meisten Amerikaner, die ich traf, in meist auf einzelne Persönlichkeiten bezogener vehementer Empörung und in fatalistischem Zynismus, kulminierend in der Ansicht, daß das ganze System so *fucked up* ist, daß da ohnehin kaum mehr irgendetwas zu machen sei.

So mag das auch unter amerikanischen Studenten tatsächlich auffällige Nichtenagement und Desinteresse für Politik selbst in kleinerem Rahmen, wie der Universität, dem County oder dem Bundesstaat und die starke Neigung, sich auf sein Hauptfach und den Zirkel seiner Freunde zu beschränken, mit drei Dingen zu tun haben: erstens mit der Karrieretontheit der Studienorganisation (so ist Princeton beispielsweise stolz darauf, daß mehr als 70% seiner Graduate Students vorzeitig abschließen, d.h. ihren Dokortitel statt nach acht schon nach sieben, sechs oder gar vier Semestern erwerben), zweitens der, das muß schon gesagt werden, mangelnden politischen Bildung und Diskussion in der Gesellschaft, die jeden Versuch etwas zu verändern von vornherein sinnlos erscheinen läßt, und drittens mit der Geschichte und "Geographie" des amerikanischen Parlamentarismus.

2. Deutschland

Warum gibt es in Europa ein gekränktes Selbstbewußtsein? Warum ist man gerade in Deutschland so empfänglich für nachgemachtes Mittelalter? Warum kommt Ostdeutschland dabei eine be-

sondere Rolle zu und worin könnten deren Chancen bestehen?

Der bedeutendste Aspekt beim vergleichenden Betrachten von kulturellen Er-

scheinungen in Deutschland und den USA scheint mir persönlich der unterschiedliche Punkt zu sein, an dem sich beide Länder in ihrer jeweiligen kulturellen Entwicklung befinden. Als ich kürzlich in einigen Bänden über späthellenistische Kunst blätterte, beschlich mich der Verdacht, daß griechische Künstler angesichts frühromischer Kunst ähnlich empfunden haben müssen wie heute viele Europäer gegenüber amerikanischer Kultur. Wenn amerikanische Architekten, Maler und Komponisten mehr als zwei Jahrhunderte lang mehr oder weniger erfolgreich europäische Kultur nachahmten, erregte das oft eine Art belustigten Spottes unter Europäern; ein Spott, dem gleichend, der heute Europäern bei ihren mehr oder weniger geglückten Versuchen, amerikanische Eigenarten nachzuahmen, von Amerikanern entgegengebracht wird. Wenn heute Ninja-Turtles Namen wie den Michelangelos tragen oder Disney die Märchen Grimms und Andersens entzaubert, entsexualisiert und ins schablonenhafteste Musicalmuster presst, so zeigt sich darin eine Pietätlosigkeit, die in vielen Europäern fast zwangsläufig Abneigung und Hohn hervorruft. Und doch scheint das Aufsaugen und Adaptieren, dieses mehr oder weniger "unbeschwerte" Kombinieren von seinem jeweiligen Traditionszusammenhang entrissenem Fremden eine Art notwendige Begleiterscheinung der Emanzipation einer eigenständigen Kultur zu sein, scheint Neues gern als Bastard, als Mutation zu beginnen.

Keine Frage, daß sich das Zentrum kultureller Entwicklung in diesem Jahrhundert nach Amerika verlagert hat - ganz

unübersehbar nach dem zweiten Weltkrieg. Die einflußreichsten kulturellen Bewegungen gehen heute von Amerika aus, während Europa, wo es sich dem nicht unterwirft, vor allem seine Tradition pflegt und restauriert - was ich, wie die Dinge stehen, durchaus wichtig finde. Denn diese sogenannte abendländische Kultur hat eine Komplexität erreicht, die wenigstens museal zu verteidigen auch und gerade dann eine bedeutende Aufgabe wäre, wenn von hier aus tatsächlich keine produktivere Weiterentwicklung mehr möglich sein sollte. Um einem Einwand vorzubeugen: ich sehe, was ich hier beschreibe, mitnichten als "schicksalhaften Kulturkampf"; selbstverständlich ist natürlich auch, daß Medienkonzerne bei der heutigen aggressiven Expansion der amerikanischen Kultur die strategische Hauptrolle spielen, und doch denke ich, daß dies nicht möglich wäre, wenn Amerika nichts Attraktives zu offerieren hätte, das sich verbreiten ließe. Man kann die Ursache für die jetzige Situation eines kulturell zunehmend von Amerika dominierten Europas nicht, wie es oft geschieht, einzig und allein in der Überlegenheit amerikanischen Managements und dessen aggressiverer Marketingstrategien suchen.

Es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß von einer Potenzschwäche, wie sie die europäische Kultur lähmt, diejenigen Teile der amerikanischen, die sich als originärer Ausdruck derselben etablierten (Film, Video, Musik...) nicht betroffen sind. Und zu dem, was Amerika gerade für jüngere Generationen attraktiv macht, gehört natürlich auch eine Mentalität, die trotz allen Zynismus' im großen und trotz

aller *Angst* (sprich: ängst), einen offenbar unzerstörbaren Glauben an die Macht der Zuversichtlichkeit besitzt, der den notorischen Skeptikern der alten Welt nur den Mund offen stehen läßt. (Einer am 7. Juni 1995 vom CNN verbreiteten Umfrage zufolge, glauben 54% der US-Amerikaner, daß zu Beginn des nächsten Jahrhunderts ihr Land die Welt regieren wird.)

So verständlich und berechtigt der Vorwurf der Oberflächlichkeit gegenüber dem in Amerika allem Anschein nach ungebrochenen Fortschrittsglauben und vielem, was von dort an Erzeugnissen und Trends nach Europa gelangt, sein mag, so wenig rechtfertigt er natürlich die beinahe noch unerträglichere Kehrseite. Wehleidigkeit und Selbstmitleid sind eben auch kein Ausdruck von Tiefe, womit sie gern verwechselt werden, sondern nur introvertiertere Formen der Oberflächlichkeit. Und der Unwillen, sich über seine eigenen kulturellen Beschränktheiten, so eloquent man sie auch zu verteidigen im Stande sein mag, wenigstens versuchsweise hinwegzusetzen, sichert einem zwar möglicherweise den würdevollen Thron der Prinzipienfestigkeit aber deren Erfahrungsarmut: *no risk - no glory!*

Finden wir also Europa, und damit auch Deutschland, mit dem Verarbeiten eines Rollenwechsels, genauer gesagt, mit der Bewältigung des Abstiegs von einem dominierenden zu einem dominierten Kulturkreis beschäftigt, so scheint eine Erklärung dafür, woher jene merkwürdig schillernde Attraktivität dunkelster Vergangenheit rührt, eigentlich recht nahe zu liegen. Die dekadente Lust am Unter-

gang, an der Unterwerfung, am öffentlichen Ausleben von Obsessionen, die eigentlich hauptsächlich aus ihrer Verborgenheit ihren Reiz beziehen, scheint ja doch eine prägnante Begleiterscheinung von Spätzeiten und Niedergängen zu sein.

Was im übrigen viele der europäischen kulturellen Rückzugsgefechte betrifft, protektionistische Rettungsversuche etwa, wie die Bemühungen, die Zahl amerikanischer Filme in Europas Kinos zu limitieren, so werden diese auf Dauer nichts ausrichten, weil sich solche kulturellen Prozesse nicht mit Prohibitionen steuern lassen.

Auch andere Anzeichen eines *fin-de-siècle*-Bewußtseins in Europa müssen wohl nicht gerade mit der Lupe gesucht werden, wie auch immer man sie sich im einzelnen erklären mag: die Lust am Destruktiven vielleicht als totemisierte Abwehrreaktion gegen zunehmende kulturelle Fremdbestimmung, das Liebäugeln mit Archaischem als Flucht in den Märchenwald der unwirklichen Gefahren oder als sich der Althergebrachtheit seiner eigenen Tradition versichernde Form veränderungsfeindlicher Konservativität, die Empfänglichkeit für kassandrische Orakel als Rechtfertigung fürs eigene Selbstmitleid... Selbstverständlich ist die Faszination, die von Mephistopheles, der Kabbala, den Runen und allem sonstigen Kryptischen, Magischen, Exzessiven usw. ausgeht, alles andere als unverständlich! Was wäre das Leben ohne Rausch, Exzess und Obsessionen? Was daran halb besorgniserregend, halb grotesk erscheint, ist ja lediglich der gesellschaftliche Stellenwert, der Solcherlei

zugestanden wird, wenn also New-Age-Zelebrationen allen Ernstes in den Rang von politischen Alternativen erhoben werden, oder sich dem Glauben, daß außereuropäische oder vorchristlich-europäische Religionen oder gar eine künstlich wiedergewonnene Einfalt und Einfachheit etwas Wesentliches zur Lösung heutiger Probleme beitragen könnten, hingegeben wird.

Selbstverständlich behaupte ich nicht, daß dies Tendenzen seien, die für das Klima an deutschen Hochschulen bezeichnend wären, aber es scheint mir einen recht langanhaltenden Trend in diese Richtung zu geben.

Der Rückfall vieler ostdeutscher Studenten in den staatsbürgerlich embryonalen Zustand der völligen Beschränkung auf die Selbstversorgung fällt mir vielleicht auch deshalb so besonders auf, weil ich selbst 1989/90 so atemberaubende Erfahrungen mit der erstaunlichen Macht des Handelns wider die eigene Skepsis machte. Ich rede nicht von tatsächlichen Erfolgen beim Versuch gewisse Dinge durchzusetzen (obwohl es diese später durchaus gab), sondern von meiner persönlichen Bekanntschaft mit der verblüffenden Energie, die sich völlig unerwartet entfaltete, als ich einfach gegen alle Einwände der Vernunft versuchte, eine Studentenvollversammlung an meiner Hochschule einzuberufen, und damit überwältigenden Erfolg hatte. Auch in der Arbeit mit dem später gewählten Studentenrat, erstaunte mich, ganz amerikanisch, immer wieder die beflügelnde Energie der Zuversicht, die erstaunliche

Potenz des Willens. Gewiß: wo nichts gewollt wird, hat dies keinen Informationswert.

Was ich bezüglich der sich unter deutschen Studenten scheinbar irreversibel etablierenden Neigung, sich in kleine Welten der Lebensfreude einzuspinnen, vermute, ist, daß auch sie zu einem guten Teil von dem starken Einfluß amerikanischer Lebensweise auf die europäische herrührt. Der starke Hang zur Rationalisierung der sozialen Beziehungen, der Gebilden mit scheinbar fast schon abstrakten Funktionen, wie Parteien und Gewerkschaften keine besondere Ausstrahlung mehr verleiht, ermöglicht eine Art Effizienzrechnung. Solange es geht, wird versucht von der Gesellschaft schlicht unbehelligt zu bleiben; Gesellschaft wird als Umwelt begriffen, als etwas "außerhalb" Liegendes, das man sich, wo möglich nutzbar macht, sonst jedoch eher meidet.

Um noch einmal kurz auf das Vergleichen zurückzukommen; es scheint mir eine merkwürdige Ähnlichkeit in der weltpolitischen Situation der beiden hier verglichenen Staaten darin zu bestehen, außenpolitisch eine nicht wirklich selbst gewählte neue Rolle zu erfüllen: die Vereinigten Staaten müssen mit der verwirrenden Lage, unverhofft einzige wirkliche Großmacht zu sein, ebenso fertig werden wie Deutschland mit seiner plötzlichen Größe und Bedeutung in Europa. Dabei ist der Wechsel für Ostdeutschland natürlich ein noch erheblicherer, weil man von der bequemen, wenn auch nicht sehr ehrenvollen Rolle eines Maul haltenden Provinzvölkchens ohne wirkliche nationale Identität und in täglich erlebba-

rer Abhängigkeit vom "großen Bruder" plötzlich, wie ein Seemann, den man vom stündlich über ein ruhiges Fließchen pendelnden Betreiber einer Seilfähre auf die Brücke eines Ozeanfrachters verpflanzt hat, in die einer ernstzunehmenden wirtschaftlichen und politischen Macht gesteckt wurde.

Das schafft selbstverständlich Ängste aber eben auch, und darauf will ich hinaus, Chancen. Und wären die Ostdeutschen, da nun sowieso schon zum Umlernen gezwungen und ein wenig entwurzelt, schlau genug, sich nicht einfach nur zweifach dominieren zu lassen, sondern willens, ihre leider weitverbreitete Wehleidigkeit zugunsten konstruktiver Initiative aufzugeben, wären sie, glaube ich, eine wirkliche Hoffnung: wenn es ihnen gegen allen Anschein gelänge, jene Energie zu entwickeln, die an Amerika so fasziniert, ohne im selben Atemzug gleich die meist natürlich völlig gerechtfertigte Skepsis über Bord zu werfen.

Es geht um die Möglichkeit des *Trotzdem*, der schwierigen aber spannenden Gratwanderung zwischen den Klüften der Wehleidigkeit und Oberflächlichkeit, zwischen der niederschmetternden Menge berechtigter Zweifel und der blöden, geschichtslosen Naivität, und daran, daß der Wille eine erstaunliche Hilfe dabei sein kann und daß es sich lohnt, für eine Weile über die Potenzen, die dieses Trotzdem birgt, nachzudenken.

Wieder zurück zum akademischen Betrieb hieße das: wenn schon die staatsbürgerliche Idee zugunsten effizienzorientierter Individuallösungen geopfert wird, sollte damit auch die Risikofreude und unsentimentale Energie der Neugier gewonnen werden; wenn schon Nischenleben und mangelndes politisches Engagement, dann wenigstens Hingabe an das eigene Interessengebiet; wenn schon *cocooning*, dann aber auch in der Zuversicht auf Schmetterlinge.

Also: *kein Prozac für den depressiven Osten*, keine routinierte Betäubung kritischen Bewußtseins und kein medikamentöses Abtöten der zivilisierten Errungenschaft des Zweifels und des großen europäischen Kulturgutes des Denkens in Widersprüchen, sondern der Hinweis auf die Möglichkeiten, die Mut und Neugier trotz allem bereithalten.

Dies noch zum Beschluß: es ist natürlich überflüssig, darauf hinzuweisen, daß ich viele politisch wache Studenten in Amerika traf, und daß die meisten deutschen Studenten, die ich kenne, keine blutrünstigen Verehrer schwarzer Magie sind. Worüber ich im vorstehenden Text etwas zu sagen versuchte, war über gewisse mir bezeichnend erscheinende Tendenzen - mehr also über auffällig häufige Ausnahmen als über die Regel.

Stephan Winkler, Komponist, war ein Jahr Graduate Student an der Princeton University

Peer Pasternack (Leipzig):

Das neue alte Profil des Akademischen* Zehn unzufällige Sätze

Gestalten wir es lebensnah und stellen uns folgende Frage: Sätze welcher Art können an den ostdeutschen Hochschulen am häufigsten vernommen werden, und welche Prägungen des akademischen Profils können wir diesen entnehmen? Zehn Stück als kleine unzufällige Auswahl:

1. *„Wir haben uns selbst befreit“:*

Das ist so richtig wie falsch. Richtig, da es adressiert ist an einen bestimmten Typus der von auswärts Kommenden: An diejenigen, die so tun, als hätten sie irgendeinen Anteil am Zivilcourage erfordernden Teil des Geschehens im Herbst '89. Falsch ist es, weil es ein Ideologem transportiert: Daß alle im Osten miteinander gleichermaßen beteiligt gewesen seien an dem befreienden Akt, daß alle eine gemeinsame Leidensbiographie und ein einheitliches kollektives Schicksal nach dessen Ende teilten. Wer die politischen Personalüberprüfungen der letzten Jahre erfolgreich durchsegelt hat, fühlt sich zu dieser ideologisch gewordenen Berechtigung geadelt, die Zugehörigkeit zu jenem Erlebniskollektiv für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Solche

Selbsthieroisierung ergänzt die Dämonisierung der anderen, etwa derer, die durch's Überprüfungsraaster gefallen sind.

2. *„Wir sollten uns darüber nicht streiten“:*

Dieser Satz bestärkt das zuvor genannte kollektive Empfinden einer fiktiven Einheitlichkeit. Er wurzelt in der Konsensorientierung des Herbstes 89, des „Dialogs aller gesellschaftlichen Kräfte“, der Runden Tische. Der Satz bedient und befestigt eine in Ostdeutschland verbreitete Verhaltensdisposition: die der mangelnden Konfliktfähigkeit. Diese wird symbolisch aufgeladen als Wert an sich. Die positive Konnotation des Konsens verdeckt die negative Bewertung des Konflikts als durchaus ja auch sinnvoller Art und Weise, sich miteinander in Beziehung zu setzen: insofern als Konflikte deutlichere Artikulation, verbale Zuspitzung, also adäquatere Problemformulierung bringen (können), und insoweit als sie folgedessen Problemlösungen befördern könnten.

Substituiert wird der Mangel an Konfliktfähigkeit - und das insbesondere

macht ihn verdächtig - vornehmlich mit einem beachtenswert qualifiziertem Intrigantentum. (Doch damit sind wir bereits bei Übereinstimmungen zwischen Ost und West, die vermutlich die tragfähigeren Brücken zur *inneren Einheit* bilden werden.) Der Begriff der *Seilschaften* beginnt auch an ostdeutschen Hochschulen wieder zu seiner vor-89er Bedeutung zurückzukehren, vornehmlich bei Kletterern in den Planquadraten C 3 und C 4.

3. „Wir müssen nun mal zur Sache kommen“, hilfsweise „Wir können nicht alles ewig ausdiskutieren“:

Diese Genervtheit anzeigenden Sätze verdeutlichen dann des öfteren auch schon etwas mehr, was eigentlich gemeint ist mit dem Bezug auf den allgemeinen Konsens. Sie transportieren vordergründig ein Streben nach Sachbezogenheit. Bei näherem Hinschauen wird deutlich: Hinter der mangelnden Konfliktfähigkeit verbirgt sich ein tiefverwurzeltes Unverständnis dafür, daß demokratische Prozesse diskursiv grundiert sein müßten.

4. „Dafür haben wir eine gewählte Leitung“:

Der Bezug auf das Institut der Wahl als Ausdruck von Demokratie schlechthin wird mobilisiert zur Legitimitätsbeschaffung. Daß nicht alles, was formal legitim scheint, auch zugleich inhaltlich legitim sein muß, ist dagegen schwer zu vermitteln. Daß Demokratie noch einige weitere konstitutive Bedingungen braucht, bspw. Transparenz, überfordert vielfach das zur Verfügung stehende kognitive Potential.

Es ist gleichwohl nicht nur Ausdruck mangelnden Verständnisses einer Sache, hier des demokratischen Prozesses. Vielmehr spielen da ebenso interessengeleitete Motive hinein. Etwa die Erfahrung, daß klare Hierarchien auch ganz bequem sein können - vorzugsweise, wenn man sich selbst weiter oben angesiedelt sieht. Das zeigt sich dann bspw. in der Gestaltung innerhochschulischer Machtstrukturen: Die gesetzliche Einführung starker Dekane in den meisten ostdeutschen Ländern etwa befriedigte ein genuin ostdeutsches professorales Bedürfnis.

Im Umgestaltungshandeln transportiert der Satz zudem Ansichten, die offensichtlich Leninschen Argumentlinien folgten: Übergangszeiten, in denen die Frage *Wer wen?* noch nicht abschließend geklärt ist, benötigten vor allem eine straffe Führung. Die zu bewältigenden Anforderungen bräuchten eine harte Hand. *Demokratiespiele* hielten da vor allem auf. Wir könnten es uns jetzt nicht leisten, alles ewig auszudiskutieren. Wir müßten schnelle Entscheidungen treffen. Dies bedinge, daß die gewählten Funktionsträger von einem allgemeinen Vertrauen der Wähler in die Richtigkeit ihres Handelns ausgehen könnten. Mitbestimmung jeweils Betroffener und Interessierter koste zuviel Zeit und Kraft. Also: Demokratie ist ganz nett. Aber nur für nette Zeiten. Die hätten wir jetzt grad mal nicht. Und weiter: Wir müßten Prioritäten setzen. Nicht so wichtiges könnten später regeln. Etwa diesen uns gesetzlich verdonnerten Gleichstellungszirkus. Au-

genblicklich stünden Dinge ganz anderer Dimension an.

5. „Das wird in den alten Bundesländern auch so gemacht“:

Zwar kamen anfangs zahlreiche und argwöhnisch beäugte auswärtige Berater. Die hatten alle eine Diskette im Gepäck mit vermeintlich bewährten Gesetzen und sonstigen Regelungen drauf. Nicht Textbausteine wurden dann der Realität angepaßt, nein, die Realität hatte sich den importierten Texten zu nähern. Doch: Die allseits überzeugende Losung dafür hatten Ostdeutsche geliefert. *Deutschlandkompatibilität* hieß der geniale Marketing-Einfall. Unter dieser Losung kann nun immer dann, wenn es paßt, Diskussionsbedarf ins Reich der realitätsfernen Träumerei sortiert werden. Manchmal paßt es aber auch nicht. Dann heißt es:

6. „Das müssen wir doch nicht genauso machen wie in den alten Bundesländern“:

Dies klingt zunächst ganz sympathisch. Es vermittelt erst einmal ein gutes Gefühl: Wir sind weder besetzt noch doof, als daß wir nicht auch mal einen selbständigen Gedanken fassen dürften. Doch, gemacht: Die nächsten beiden Sätze sind hierzu gehörende exemplarische Konkretionen:

7. „Leistungsfähige Frauen setzen sich auch ohne Förderung durch“:

Das zeigt sich eindrucksvoll bei einem Vergleich des Frauenanteils in der ostdeutschen Wissenschaft und der geschlechtsspezifischen Hierarchiepyramide 1989 und 1995. Da wurde ein

wesentlicher Schritt zur Einführung der westdeutschen Normalität - die, wir wissen es, nicht *normal* ist - getan: Ohne das Ziel schon ganz erreicht zu haben, wie der Korrektheit halber hinzuzufügen ist. Doch die unterschwellige Aggressivität, die im Osten eine auffällige Arroganz gegenüber Gleichstellungsfragen grundiert, läßt auch da noch letzte Ungewißheiten über den weiteren Ablauf verfliegen.

8. „Wir müssen unsere Stärken in der Lehre pflegen“:

Wieder ein vordergründig ganz sympathischer Satz. Genaueres Hinsehen belehrt uns, wir ahnen es nun schon, eines besseren: Der Satz bringt vorzugsweise die Neigung zur Durchreglementierung des Studiums zum Ausdruck. Hier konnte auf bewährte DDR-Erfahrungen zurückgegriffen werden. Was in den ostdeutschen Landeshochschulgesetzen etwa westabweichend vorkommen durfte, waren Verschärfungen gegenüber der westdeutschen Gemütlichkeit. Normierte Studiengänge und sanktionsbewehrte Hochschulaufenthaltszeiten, drastische Eingriffsmöglichkeiten der Ministerien, Hochschuleingangsprüfungen und dergleichen: Während im Westen noch heftig diskutiert wurde, schrieb es der Osten einfach in seine Gesetze.

Zugleich wird damit ein antiwestdeutsches Resentiment instrumentalisiert. Denn all dies läuft unter der großen Losung: *In Ostdeutschland sollen die westdeutschen Hochschulzustände vermieden werden!* Als Erfolgsweg da-

hin gilt die Restriktion des Studienablaufs auf einen normierten Normalstudenten hin. Der freilich ist eine Projektion, in deren Parameter immer weniger Studierende auch in Ostdeutschland hineinpassen. Die ostdeutschen ProfessorInnen, zu Recht, unterstellte größere Aufmerksamkeit für die Lehre verbindet sich an dieser Stelle mit einer aus der DDR tradierten Vorliebe für ein Studium streng nach Vorschrift.

9. „Wir müssen berufsorientiert ausbilden und praxisorientiert forschen“:

Daß der tragende Widerspruch der Existenz einer Universität derjenige zwischen Theorie und Praxis ist, daß das Aushalten dieses Widerspruchs konstitutiv für deren Daseinsberechtigung ist - dies gehört nicht zu den Selbstverständlichkeiten der ostdeutschen Debatten. Als Königsweg zur Deckung der Finanzdefizite etwa gilt die Drittmittelinwerbung, und zwar egal wo: vergleiche etwa das HRK-Papier „Zur Forschung in den Hochschulen der neuen Bundesländer“. Dieses lobte die TU Chemnitz-Zwickau, weil von ihr 1993 bei der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen mehr Mittel als bei der DFG eingeworben worden waren. Hier steckt ein ökonomistischer Wissenschaftsbegriff dahinter, der im Osten nicht erst eingebaut werden mußte. Damit ist zugleich relativ widerstandsfrei durchzusetzen, worauf seitens der Politik im Zuge der *Standort-Deutschland-Debatte* fortwährend gedrungen wird: die Schwerpunktsetzung auf anwendungsorientierte Forschung.

10. „Wir müssen unsere wiedergewonnenen Traditionen pflegen“:

Das zeigt sich in Strukturen, Benennungen, Ritualen und verwendeten Symbolen. Es wurden Fakultäten statt Fachbereiche geschaffen. Die neuentdeckte Pflege alten Brauchtums wird mit Geschichtsbewußtsein verwechselt. Talare wurden aus den Magazinen geholt und unterliegen erheblichem Verschleiß, der Nutzungsfrequenz wegen. (Diesbezüglicher Spitzenreiter ist die Hallesche Martin-Luther-Universität. Mit ihren regelmäßigen Straßenumzügen im Talar gilt mittlerweile als der akademische Trachtenverein in Ostdeutschland schlechthin.) Rektoren heißen wieder *Magnifizenzen* und Dekane *Spektabilitäten*.

Das führt regelmäßig zu versteckter Heiterkeit aufgeklärterer westdeutscher Gäste. Sofern diese freilich keine Gäste bleiben, sondern bspw. eine Professur annehmen, hält das Amüsement in aller Regel nur wenige Tage vor. Dann machen die aus den nationalsozialistisch darbenenden in die blühenden Landschaften Zugereisten den akademische Firlefanz locker mit. Sich dem Druck der Verhältnisse zu entziehen, wird offenbar als zu anstrengend empfunden. Man könnte dies auch Anpassung nennen. Eines läßt sich leicht ausmalen: Was derart leicht Anzupassende unter Verhältnissen, die nach Zivilcourage und mehr verlangten, an Heldentum ausgebildet hätten.

Das akademische Profil in Ostdeutschland wird, so könnten wir zusammenfassen, von zweierlei gekennzeichnet.

Zum einen von unterdessen akkulturierten Handlungsroutinen, die Anschluß ans westdeutsche Wissenschaftssystem sichern. Zum anderen von tradierten Befangenheiten, die gleichwohl nicht als solche wahrgenommen, sondern als „Einzubringen-

des“ verstanden werden. Diese habituelle Mischung kann es manchmal, doch, doch, ganz schön schwer machen.

Peer Pasternack, Dipl.-Pol.,
promoviert gerade

Anmerkung:

* Vortrag auf der Konferenz „Einholen ohne zu überholen?“, veranstaltet von den Jusos & Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie 1995 in Bonn. Das Thema des Vortrags war von den Veranstaltern vorgegeben.

St. Provazník, A. Filáček, E. Krízová-Frýdová, J. Loudín, P. Machleidt
(Prag):

Die Transformation der Hochschulforschung als Bestandteil der Gesamttransformation der tschechischen Hochschulen

1. Ziele der Transformation

Die Hochschulen in den westlichen hochentwickelten Demokratien sind durch die Verbindung von Lehre und Spitzenforschung charakterisiert. Diese Verbindung gehörte auch zu der althergebrachten Tradition des tschechischen Hochschulwesens. In den letzten vierzig Jahren war die Forschung an den Hochschulen jedoch eingedämmt worden. Als in den 50er Jahren die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften entstand, wurden die Forschungskapazitäten der Hochschulen eingeschränkt, und zur Hauptaufgabe der Hochschulen wurde die Lehre. Die Forschung wurde an den Hochschulen als eine am Rande stehende Angelegenheit betrachtet. Auch in der institutionellen Leitung wurde die Forschung vom Hochschulunterricht getrennt. Die Hochschulen wurden vom Ministerium für Bildungswesen geleitet, die Akademie der Wissenschaften war für die Grundlagenforschung im

ganzen Staat verantwortlich, und diese wurde von ihr mit Hilfe von staatlicher Fünfjahrplanung der Forschung koordiniert. Die Hochschulen sicherten langfristig ungefähr ein Drittel der Kapazität zur Einhaltung dieser Pläne. Ein Teil der Forschungskapazität (ungefähr ein Drittel) führte Forschungen auf Vertragsbasis für Betriebe aus.

Um eine gleichwertige Stellung unter ähnlichen europäischen Institutionen einnehmen zu können, wurde zum logischen Ziel der Transformation der Hochschulen eine wesentliche Stärkung des Anteiles und der Qualität der Forschung in ihrer Arbeit. Dieses Ziel befindet sich auch im Einklang mit der Langzeitperspektive der Transformation des gesamten tschechischen Forschungssystems, in welcher gleichfalls mit einer wesentlichen Stärkung der Hochschulforschung gerechnet wird. Die Stärkung der Hochschulforschung ist also in zwei miteinan-

der verknüpften Dimensionen zu verstehen - einerseits im Rahmen der Hochschulaktivitäten, wo in der Vergangenheit eindeutig die Lehre dominierte, andererseits in der Struktur des nationalen Forschungssystems, wo der Schwerpunkt der Forschungstätigkeiten im Bereich der Grundlagenforschung auf der Akademie der Wissenschaften ruhte. Ein Ergebnis der Änderungen sollte eine wesentliche Steigerung des Anteiles der Hochschulen an der gesamt-nationalen Forschung und eine Verbesserung ihrer Qualität sein.

Das Verhältnis zwischen Forschung und Lehre war das Schlüsselproblem in der gewaltigen Entwicklung der Hochschulen in den westlichen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, die als Entwicklung durch Differenzierung angesehen werden kann. Neben dem traditionellen Modell der Universität als Erziehungszentrum der gesellschaftlichen Eliten, gegründet auf der Aneignung und der Entfaltung der Wissenschaft, hat sich allmählich auch das Modell einer auf die fachmännische professionelle Vorbereitung im weiten Ausmaß durchgesetzt. Die Differenzierung und Restrukturierung des Hochschulwesens bedeuten ihre Hierarchisierung -

das Kriterium der Qualität der Hochschule blieb die wissenschaftliche Reputation und die Leistung der Forschung. Hierzu trat auch die Teilung nach der Länge des Studiums und der Form der Verwaltung (staatliches, öffentliches und privates Hochschulwesen).

Man kann feststellen, daß in ähnlicher Richtung sich auch die bisherige Transformation des tschechischen Hochschulwesens entwickelt. Die dynamische quantitative Entwicklung der tschechischen Hochschulen, das sehr dynamische Anwachsen der Anzahl der Hochschulinstitutionen und Studenten beinhalten in sich auch die Differenzierung der Qualität und der Zielrichtung. Gegenüber der Nachkriegsentwicklung der westeuropäischen Hochschulen ist unser spezifisches Problem, daß die Trennung der Lehre von der Forschung auch von der Abdikation der kulturellen, humanistischen und sozialkritischen Wirkungen der Wissenschaft begleitet war. Die Lehre richtete sich auf die Übertragung von fachlichen, instrumentellen und administrativ verstandenen Informationen. Die Transformation des tschechischen Hochschulwesens orientiert sich auch in dieser Hinsicht auf entsprechende Abhilfe.

2. Änderungen in Dynamik und Struktur der Hochschulen

Die Transformation der Hochschulforschung ist nicht nur im Kontext des nationalen Forschungssystems zu beurteilen, sondern auch im Kontext der Änderungen der Hochschulausbildung und der Stellung der Hochschulen in der Gesellschaft. Die Multifunktionalität der Hochschulen und ihre di-

versifizierten sozialen Bindungen sind Grundlagen bestimmter Besonderheiten des Transformationsprozesses.

Die erste Etappe der Transformationsveränderungen brachte eine völlige Freiheit der Forschung, des Informationsaustausches und die Aufnahme von

Tabelle 1: Die Anzahl der Fakultäten, der neu entstandenen Fakultäten und ihr Sitz

Richtung	Die Anzahl der Fakultäten			Die Anzahl der neuen Fakultäten	Der Sitz der neuen Fakultäten
	89/90	92/93	96/97		
medizinische	7	7	7	0	
philosophische	3	5	5	2	Ostrava, Opava
juristische	2	3	4	2	Olomouc, Plzeň
naturwissenschaftliche	3	5	5	2	Č. Budějovice, Ostrava
mathematisch-physikalische	2	2	3	1	Brno
pharmazeutische	1	2	2	1	Brno
pädagogische	8	9	9	1	Liberec
theologische	3	5	5	2	Č. Budějovice, Olomouc
für Maschinenbau	5	5	5	0	
für Elektrotechnik	3	4	4	1	Ostrava
für Bauwesen	4	4	5	1	
für Transport	0	0	2	2	Praha, Pardubice
chemische	5	6	6	1	Brno
ökonomische und kaufmännische	7	16	17	10	Ústí n/L., VUT Brno, Opava, Plzeň, Praha, Liberec, MU Brno, Č. Budějovice, Hr. Králové, Pardubice
für Landwirtschaft	6	7	7	1	Praha
veterinäre	1	2	2	1	Brno
für Körperkultur	1	2	2	1	Olomouc
für Künste	6	7	8	2	JAMU Brno, VUT Brno
nicht spezifiziert	5	9	10	5	*/
Insgesamt	72	99	108	35	

internationalen Kontakten mit sich. Durch die ständig wachsende gesellschaftliche Nachfrage nach Hochschulbildung trug sie zur Verbesserung der Stellung des Hochschulwesens in der Gesellschaft bei. Dieser Zeitraum (besonders seine erste Phase etwa bis Ende 1992) ist für die tschechischen Hochschulen die Ära einer sehr dynamischen Entwicklung und großer interner restrukturierender Veränderungen, besonders aus der Sicht der Lehre. Das Hochschulwesen stellte sich dem erhöhten gesellschaftlichen Bedarf und

der Nachfrage. (Siehe Tab. 1) Die Zahl der neu aufgenommenen Studenten ist wesentlich gestiegen. Im Jahre 1989 wurden in das 1. Studienjahr der tschechischen Hochschulen 22.944 Studenten, im Jahre 1994 bereits 33.444 Hochschüler aufgenommen. (Siehe Tab. 2) Nach den vorläufigen Angaben wurden 1995 mehr als 38.000 Studenten immatrikuliert. Die Anzahl der Anmeldungen zum Hochschulstudium ist im Verhältnis zu 1989 um 52 % gestiegen, aber nur jeder zweite Bewerber (48,9 %) konnte sein Vorhaben realisieren.

Tabelle 2: Die Anzahl der neu immatrikulierten Studenten in den 1. Studienjahr nach den Fachgruppen

	1989		1992		1994	
technische Fakultäten	7 468	32,6	7 110	25,3%	11 390	34%
naturwissenschaftliche	2 252	9,8%	2 961	10,5%	3 255	9,7%
medizinische	2 277	9,9%	1 663	5,9%	1 518	4,5%
sozialwissenschaftliche	4 193	18,3%	7 496	26,7%	9 776	29,2%
landwirtschaftliche	1 431	6,2%	1 379	4,9%	1 768	5,3%
pädagogische	3 169	13,8%	4 400	15,7%	4 343	13,0%
andere	2 154	9,4%	3 092	11,0%	1 394	4,2%
insgesamt	22 944		28 101		33 444	

Quelle: Die Entwicklung des Schulwesens in Tschechischen Republik nach dem Jahre 1989, Institut für Informationen im Schulwesen, Praha 1994 (Red. dr. J. Gobyová)

3. Struktur des Hochschulstudiums

Signifikant sind auch die verlaufenden Fächerverschiebungen in der Struktur des Hochschulstudiums. Im Vergleich zur Mehrzahl der hochentwickelten Länder zeichnete sich früher die Struktur der Studenten nach Fächern an den Hochschulen durch wesentlich niedrigere Anteile an geistes-

, sozial- und naturwissenschaftlichen Fächern und durch höhere Anteile an den technischen und landwirtschaftlichen Fächern aus (insgesamt 50% aller Studenten in den 70er und 80er Jahren). Jetzt beginnt sich diese problematische Struktur zu ändern in Richtung einer Anhebung des Gewicht-

tes der sozialwissenschaftlichen Fächer. Während im Jahre 1989 die neu eingeschriebenen Hochschul­ler an den philosophischen, juristischen und ökonomischen Fakultäten ungefähr 18% aller neu aufgenommenen Studenten ausmachten, waren es im Jahre 1994 bereits 29%. Auch der Großteil der neu errichteten Fakultäten ist im wesentlichen auf die Stärkung der Sozialwissenschaften orientiert. Das zeugt nicht nur von einer gestiegenen Attraktivität der freien, neu konzipierten Sozialwissenschaften, sondern auch von deren wachsendem, objektiv mit dem Transformationsprozeß der Gesellschaft in Zusammenhang stehenden Bedarf.

Bemerkenswert entwickelt sich auch die Situation bei den technischen Fächern. Hier hat sich der Anteil der neu aufgenommenen Studenten an den Hochschulen technischen Typs im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Studenten bis 1992 wesentlich gesenkt, um in den folgenden Jahren wieder zu steigen. Dieses Phänomen hat unserer Ansicht nach mehrere Ursachen. Erstens verfügen die technischen Hochschulen bei uns über verhältnismäßig großzügig konzipierte Areale, die in den vergangenen Jahrzehnten gebaut worden waren, und haben dadurch für die Expansion der Studentenanzahl relativ bessere Bedingungen als die traditionellen Universitäten, wo ein ähnliches Anwachsen durch die knappen Lehr­räume verhindert wird. Diese Tatsache gewinnt an Bedeutung um so mehr, weil die Hochschulen heute primär in Abhängigkeit von der Anzahl der

Studenten finanziert werden. Zweitens haben die jungen Menschen sich bereits neue Ansichten über die Hochschulbildung angeeignet: Sie sehen in ihr nicht nur die Vorbereitung im Rahmen der gewählten engen Spezialisierung, sondern auch die Gelegenheit, sich eine allgemein verstandene Bildung und Fähigkeiten anzueignen. Nicht zuletzt reflektieren diese modernen Bildungstrends auch die technischen Hochschulen, indem sie sich in wirkliche technische Universitäten, mit breiterer Bildungskonzeption und mit vielfältigerem Angebot, wandeln. Wesentlich werden hier die ökonomischen und Manager-Programme gestärkt, es wird ein größerer Nachdruck auf das Verstehen breiterer ökonomischer, sozialer und kultureller Zusammenhänge der praktischen, technischen Aktivitäten gelegt.

Markant ist auch der Trend zur Differenzierung zwischen "niedrigerer" Bakkalarens-Stufe und "höherer" Magister-Stufe des Hochschulstudiums. Im Studienjahr 1996/97 sollen in der Tschechischen Republik 108 Fakultäten tätig sein, davon werden 17 ausschließlich die Möglichkeit eines Magisterstudiums anbieten, an 88 Fakultäten werden beide Formen eingeführt, und 3 Fakultäten widmen sich ausschließlich dem Bakkalarens-Studium. In der Mehrzahl der Fälle wird das Bakkalarens-Studium als spezifischer Typ der abschließenden Bildung mit praktischerer, weniger theoretischer Richtung betrachtet. Es gibt aber auch Institutionen, an denen die Bakkalarens-Bildung eine relativ abgeschlos-

sene niedrigere Bildungsstufe der zweistufigen Hochschulbildung darstellt, an

die man kontinuierlich Magisterkurse anschließen kann.

4. Änderung der Position der Forschung

Die Forschungsproblematik an den Hochschulen gelangte in der zweiten Transformationsphase des Hochschulwesens in den Blickpunkt (etwa die Jahre 1992 - 93). Vor allem ändern sich die Ansprüche an die eigentliche Hochschulausbildung: Man kann eine wachsende Orientierung auf das Erreichen von Bildungsqualität beobachten, die in der Marktwirtschaft allmählich zu einem entscheidenden Konkurrenzfaktor auf dem Arbeitsmarkt wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine Verbindung von Lehre und Spitzenforschung unverzichtbar. Zweitens werden Wettbewerbs- und Evaluierungsprinzipien in die Wissenschaft eingeführt. Im Wettbewerb um die Zuerkennung einer For-

schungsexzellenz steht für die Hochschule nichts geringeres auf dem Spiel als die Verteidigung resp. der Erwerb des Status einer führenden Forschungsinstitution, und darüber hinaus einer führenden Bildungsinstitution. Schrittweise setzen sich Bewertungsmaßstäbe nach internationalem Standard durch, welche die Gesamtevaluierung der Institution vom Typ einer Universität eindeutig vom Niveau ihrer Forschung abhängig machen. Drittens ändert sich die Rolle der Forschung als Wirtschaftsfaktor; im Zusammenhang mit der finanziellen Restriktion hat die Hochschulforschung zunächst eine Opferstellung eingenommen (im Falle notwendiger Einschränkungen hatten die

Tabelle 3: Die Anzahl der Hochschullehrern nach der Fachrichtung der Fakultäten (nach Fachgruppen)

	1989	1992	1994*
technische Fakultäten	3 194 26,1%	3 318 25,7%	3 137,8 24,8%
naturwissenschaftliche	1 422 11,6%	1 684 13,0%	1 460,0 11,6%
medizinische	1 998 16,3%	2 168 16,8%	1 916,6 15,2%
sozial- und geisteswissenschaftliche	1 651 13,5%	2 256 17,5%	2 603,8 20,6%
landwirtschaftliche	800 6,5%	903 7,0%	639,1 5,1%
pädagogische	1 539 12,6%	1 734 13,5%	1 660,6 13,1%
andere	1 654 13,5%	844 6,5%	1 207,5 9,6%
insgesamt	12 258	12 907	12 625,4

Quelle: Statistische Jahrbücher des Institutes für Informationen in Schulwesen, Praha 1990-95

* Das Institut für Informationen im Schulwesen verwendet seit 1994 die Methodik der durchschnittlichen nachgerechneten Anzahlen. Damit sind diese Daten im Vergleich mit Daten aus dem vorangegangenen Zeitraum schwieriger auswertbar.

Hochschulleitungen vor allem Mittel für die Forschung gekürzt, später aber, nach Einführung des Grant-Wettbewerbs und mit der Möglichkeit einer Beteiligung auch an internationalen Projektwettbewerben, wurde im Gegensatz dazu die Forschung für die Hochschule oft zu einer wirtschaftlich vorteilhaften Tätigkeit, die unmittelbar auch die Lehre finanziell unterstützen kann).

Vom Gesichtspunkt der Veränderungen der Stellung der Forschung an den Hochschulen aus betrachtet, kann man im Transformationsprozeß etwa von 1994 an einen weiteren Zeitabschnitt unterscheiden, der durch die wachsende reale Unterstützung des Staates für die Hochschulforschung charakterisiert ist. Hier ist die Bemühung zu erken-

5. Personalprobleme der Transformation

An den Hochschulen beteiligen sich zwei Gruppen von Mitarbeitern an der Forschung: die Hochschullehrer und die Forschungsmitarbeiter. Nach dem Gesetz werden alle Stellen über Ausschreibungen (Wettbewerb) besetzt.

Die Hochschullehrer (Professoren, Dozenten, Fachassistenten, Assistenten) kombinieren die pädagogische Arbeit mit der Forschungsarbeit. Bisher existieren keine zuverlässigen Daten, die die Forschungstätigkeit der Hochschullehrer charakterisieren würden (mit Hilfe des Full time-equivalent). Nach unserer eigenen Schätzung widmen sie der Forschung ungefähr ein Viertel bis zu einem Drittel ihrer Arbeitszeit (500 - 600 Stunden jährlich). Das Forschungspotential der Hochschulen ist zirka zu

nen, für die Forschung an den Hochschulen günstigere personelle, materielle und finanzielle Bedingungen zu schaffen. Als tatsächliche Wendung kann man das Jahr 1996 ansehen, da der begonnene Weg der massiven Unterstützung sich im starken Anwachsen der finanziellen Mittel, die für die Hochschulforschung bestimmt sind, widerspiegelt. Für das Jahr 1996 schreibt das Ministerium für Schulwesen, Jugend und Körpererziehung einige grundlegende Programme der Unterstützung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen aus, die auf der Basis der Zweckfinanzierung für unsere Verhältnisse großzügig angelegt sind (ein mehr als zehnfaches Anwachsen der zweckgebundenen Finanzmittel im Vergleich zum Jahr 1995).

zwei Dritteln auf die Grundlagenforschung und zu einem Drittel auf die angewandte Forschung (Entwicklung) orientiert.

Die Mitarbeiter in der Forschung an den Hochschulen führen Forschungsarbeiten mit ihrer vollen Arbeitskapazität durch, obwohl sie sich in der Regel auch mit einem bestimmten Anteil am Unterricht beteiligen. Sie sind an die Lehrstühle angegliedert, oder sie sind in selbständigen Einrichtungen (Instituten) tätig. (Siehe Tab. 4)

Der bisherige Verlauf der personellen Änderungen ist, was die Quantität anbelangt, keineswegs dramatisch. Der Aufschwung in der Hochschularbeit, der sich auf die ständig wachsende

Tabelle 4: Die Anzahl der Hochschullehrern und der Forschungsmitarbeitern

	1990	1991	1992	1993	1994
Professoren	1033	1049	1107	1130	1080,2
Dozenten	2993	3170	3200	3307	3088,7
Fachassistenten	6997	8015	9769	8211	7702,5
Assistenten und andere	509	528	631	815	755,4
Insgesamt	11532	12762	12907	13463	12625,4
Forschungsmitarbeiter	3578	3112	2322	*	1316,7

Quelle: Die statistische Jahrbücher des Institutes für Informationen im Bildungswesen Praha 1990-93

* die Angaben wurden 1993 nicht verfolgt

gesellschaftliche Nachfrage stützt und der sich in der Entstehung neuer Hochschulen oder der Umgestaltung der bestehenden Institutionen widerspiegelt (in deren Rahmen z.B. neue Fakultäten entstehen), wird allmählich durch den steigenden ökonomischen Druck gebremst, der seinen allgemeinen Ursprung in den Haushaltsrestriktionen hat, und eine spezifische Dimension resultiert aus der generell anerkannten Notwendigkeit einer Reduktion der überdimensionalen Forschung wie auch aus den Erwägungen, daß die Hochschullehreranzahl übermäßig groß ist. Wie die statistischen Angaben zeigen, ist der Bestand an Pädagogen an den tschechischen Hochschulen im Zeitraum 1990-93 ungefähr um 16 % gestiegen. An diesem Anstieg beteiligten sich am meisten die neu entstandenen Hochschulen oder Fakultäten, so daß an der Mehrzahl der übrigen Fakultäten doch eine bestimmte Reduktion erfolgte. (Diese war weitaus größer unter den wissenschaftlichen

Mitarbeitern, die an Forschungseinrichtungen tätig waren.) Eine Folge davon ist eine bestimmte Verminderung der Zeit, die der Forschung gewidmet wird.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung (die wir an acht Fakultäten durchführten, an denen 1.400 pädagogische und wissenschaftliche Mitarbeiter tätig sind) deuten an, daß in den einzelnen Einrichtungen eine recht unterschiedliche Situation herrscht. Die maximal größte Reduzierung bei den Forschungsmitarbeitern (d.h. pädagogischen und wissenschaftlichen) in den einzelnen Arbeitsstätten bewegt sich zwischen 15 bis 20 %, aber typischer ist ein sehr mäßiger Rückgang in der Zahl oder sogar eine stabile Zahl, und vereinzelt kann auch eine Zunahme registriert werden. Diese betrifft vor allem sozialwissenschaftliche Fächer, wohin viele Mitarbeiter kamen, die an die Universitäten auf der Grundlage von politischen Rehabilitationen zurückkehrten.

Eine mäßige Abnahme oder ein stabiler

ler Zahlenstand sind das Ergebnis einer beiderseitigen Mobilität der Forschungskräfte, die Zugänge und Abgänge einschließt, also personelle *Veränderungen*. An einigen Einrichtungen (im sozialwissenschaftlichen Bereich) hat sich das personelle Forschungspotential fast bis zur Hälfte geändert. Dort, wo es zu großen Reduzierungen von Arbeitsplätzen kam, wurde demgegenüber nur eine völlig minimale Zahl an neuen Forschungsmitarbeitern aufgenommen, und die Fluktuationen brachten eine Abnahme des Mitarbeiterstandes mit sich. In den naturwissenschaftlichen und technischen Wissenschaften erreicht die maximale Größe der Veränderung etwas über 20 %.

Die Frage der *Übermäßigkeit oder der Angemessenheit der Anzahl an Hochschul-Pädagogen* wird im Hinblick auf die Studentenzahl, auf welche auch einige ausländische Analysen hingewiesen hatten, viel diskutiert. Dabei machen die Lehrer darauf aufmerksam, daß das Haupthindernis einer intensiveren Entfaltung der Forschung die hohen pädagogischen Arbeitsanforderungen sind. So kommt es zu einer absurden Situation: nach Weltmaßstäben ist bei uns eine übermäßige Anzahl an Hochschulpädagogen tätig, aber diese beschwerten sich gleichzeitig über eine zu hohe Belastung durch die Lehre. Die Erklärung ist in der unterschiedlichen Position und Konzeption der Doktorandenbetreuung bei uns und im Ausland verborgen. Die westlichen Universitäten zeichnen sich durch eine weit größere Stufe der Einbindung von Doktoranden (und an eini-

gen Orten auch von Studenten der höheren Studienjahre) in den Unterricht und auch in die Forschung aus. Dadurch werden beide Prozesse billiger, es ändern sich die quantitativen Verhältnisse zwischen Pädagogen und Studenten, die Doktoranden üben eigentlich die Funktion unserer Assistenten und Fachassistenten aus, und dadurch ändert sich auch die Struktur des eigentlichen Potentials der Hochschule und macht sie flexibler. Eine Warnung und eine Barriere ist das sinkende Interesse der Studenten an wissenschaftlicher Arbeit, an einer wissenschaftlichen Karriere. Darin sind sich bis auf eine Ausnahme (aus sozialwissenschaftlichen Fächern, wo im Gegenteil das Interesse an einem Doktoranden-Studium steigt) alle Teilnehmer an unserer Untersuchung einig. Die allgemeine Interessenabnahme der Studenten, was die Wissenschaft anbelangt, steht dabei im Gegensatz zu der Interessenzunahme an dem eigentlichen Hochschulstudium.

Gegenüber den Forschungsmitarbeitern kam es zu einem weit ausgeprägteren Abbau in der Zahl des *Hilfspersonals in der Forschung*. An einigen untersuchten Einrichtungen ist mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer dieser Kategorie weggegangen, im Durchschnitt wird die quantitative Abnahme auf ungefähr 30 % geschätzt. Von der Reduzierung des Hilfspersonals sind am meisten diejenigen Fächer betroffen, in denen die Forschung auf experimenteller Technik beruht, die ein erhebliches Maß an Bedienung und Wartung erfordert, und wo zugleich die größten Re-

duktionen erfolgten: an einer solchen Arbeitsstätte kam es zu einem mehr als zweifachen Anstieg der Anzahl der Forschungsmitarbeiter pro Hilfskraft (von dem Verhältnis 2,65:1 auf 6,28:1).

Der Abbau von Hilfs- und technischen Kräften in der Hochschulforschung bedeutet, daß sich in dieser Richtung ihre Situation im Vergleich zur Akademie-forschung weiter verschlechtert hat, obwohl auch dort das technische Personal einem radikalen Abbau unterzogen wurde. In der von uns untersuchten Gruppe stellt z.B. der Durchschnittswert des Verhältnisses der Forschungsmitarbeiter und der Hilfskräfte an den Hochschuleinrichtungen 9,7:1 dar, während er an den Einrichtungen der Akademie 2,4:1 ist. Auch wenn wir in Erwägung ziehen würden, daß sich die Hochschullehrer der Forschung nur zum Teil widmen, ist dennoch die Überlegenheit der akademischen Arbeitsstätten markant, und sie kommt dort besonders in der gerätebezogenen, materiellen und personell anspruchsvollen Forschung zur Geltung.

Was die *Altersstruktur* anbelangt, zeigt die Gesamtbewegung eher eine Steigerung des Altersdurchschnittes an, obwohl an einigen Einrichtungen im Verlauf von drei Transformationsjahren auch ein Absinken erzielt wurde. Die dominante Altersgruppe sind Personen in den vierziger und fünfziger Jahren. In den Sozialwissenschaften sind gleichfalls sehr stark Personen in den sechziger Jahren vertreten, was wiederum eng mit den nach der Revolution ablaufenden Rehabilitierungsprozessen

zusammenhängt. Dieser Zustand ist grundsätzlich ein Ergebnis von zwei entgegengesetzten Abläufen. Im Transformationszeitraum erfolgt ein verhältnismäßig massiver Abgang der älteren Mitarbeiter in den Rentenzustand, aber gleichzeitig nutzt ein Teil der jüngeren Forschungsmitarbeiter (in der Kategorie der bis 35-40jährigen) die neuen Möglichkeiten der entstandenen Marktwirtschaft aus und wandert aus der Forschung ab. Der Effekt dieser beiden Bewegungen ist an den einzelnen Arbeitsstätten unterschiedlich, und eine wichtige Rolle spielt dabei die Tatsache, inwieweit es gelingt, neue, junge Kräfte für die Forschung zu gewinnen (siehe Tabelle 5). Der Anteil von Frauen unter den Hochschulpädagogen hat sich im Transformationsprozeß überhaupt nicht geändert - er blieb konstant bei 30 %.

Eine Schlüsselfrage der Stellenbesetzung in unserer Universitätsforschung ist *das Niveau der wissenschaftlichen Bildung und Leistungsfähigkeit* der pädagogischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die Wissenschaftler unserer Forschungsgruppe hatten die Aufgabe, die Lehrer und Forschungsmitarbeiter in drei Gruppen nach deren wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit aufzuteilen. Ein Großteil von ihnen wird, so das Ergebnis, als Standard angesehen (die Auswertung an den einzelnen Arbeitsstätten schwankt zwischen 50 - 80%), in die Kategorie der Spitzenforscher konnten 5% bis 30% der Mitarbeiter eingestuft werden, und eine ähnliche Streuung weist auch die Kategorie der weniger leistungsfähigen Mitarbeiter

Tabelle 5: Die Altersstruktur des Forschungspotentials (Die Hochschuleinrichtungen, die in unsere Expertenuntersuchung aufgenommen wurden)

	Altersgruppen				
	→ 30	30-40	40-50	50-60	60 →
Philosophische Fakultät der Karls-Universität	39	112	170	102	99
Mathematisch-physikalische Fakultät der Karls-Universität Prag	43	98	131	126	30
2. medizinische Fakultät der Karls-Universität Prag	-	-	-	-	-
1. Klinik für innere Krankheiten der 1. medizinischen Fakultät der Karls-Universität Prag	3	9	12	9	2
Fakultät für Elektrotechnik der Technischen Universität Prag	50	95	89	159	41
Lehrstuhl der physikalischen Elektronik, Fakultät für Kernenergie und physikalisches Ingenieurwesen, TU Prag	-	15	15	12	9
Fakultät für Lebensmittel- und biochemische Technologie der Chemisch-technologischen Universität Prag	11	19	25	21	5
Institut für Materialforschung Technischen Universität Brno	7	8	12	17	3

auf. Diese Relationen haben sich durch die Personalbewegungen während der Transformation nicht allzusehr geändert. Auch die Einschätzung derjenigen Personen, welche die betroffenen

Arbeitsstätten verlassen hatten, zeigt eine ähnliche Struktur mit einer mäßigen Verschiebung in Richtung der weniger leistungsfähigen Mitarbeiter. Spitzenwissenschaftler haben im bisheri-

gen Transformationszeitraum die Hochschulforschung nur in Ausnahmefällen verlassen (obwohl auch solche Erscheinungen registriert wurden).

Von den Mitarbeitern, die in den letzten Jahren ihre Arbeitsstelle verlassen hatten, ging ein Großteil *aus dem Forschungssektor* in den Unternehmensbereich. Zum großen Teil handelte es sich um Abgänge aus eigener Initiative, hin zu einem besseren Verdienst, und soweit überhaupt von erzwungenen Fortgängen die Rede sein konnte, dann nur in einem teilweisen und indirekten Sinne. Da die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter aus eigener Initiative fortgeht, haben sie

6. Änderungen in den Orientierungen der Forschung

An einem Großteil der Hochschuleinrichtungen hat sich die Position der Forschung verbessert, und die Forschung wird als die Schlüsselaktivität eines Hochschullehrers angesehen. An einigen hochtheoretischen Einrichtungen kann ein bis zu 70prozentiger Forschungsanteil in Erwägung gezogen werden, doch das sind Ausnahmen. Die breitere Spitze, was aber wiederum eine Minderheit darstellt, ist durch 50 % charakterisiert. In der von uns untersuchten Mustergruppe sind sich die Fachleute insgesamt über einen Durchschnitt von ungefähr einem Drittel der Arbeitszeit, das der Forschung gewidmet wird, einig.

Die Erweiterung des Umfanges an Forschungsaktivitäten spiegelt sich auch im Anwachsen der Anzahl der For-

keine Probleme beim Einstieg in eine andere Beschäftigung.

Die Anzahl derjenigen Mitarbeiter, die zu langfristigen *Aufenthalten ins Ausland* gehen, ist im Zeitraum nach der Revolution gestiegen, und in letzter Zeit zeigt sich eine Tendenz zur Stabilisierung; sie bewegt sich an den einzelnen Arbeitsstätten im Bereich von unter 10 % (die Beteiligung an kurzfristigen Aufenthalten im Ausland, die eine Länge von 6 Monaten nicht übersteigen, wird in Größenordnungen von mehreren zehn Prozent ausgewiesen). Die Befürchtung eines größeren Abganges qualifizierter wissenschaftlicher Mitarbeiter ins Ausland ist also unbegründet.

schungsprogramme wider. Die Zunahme der Menge von Projekten an einigen Einrichtungen beträgt mehr als zehn Prozent. Zwischen dem Anwachsen der Forschungsprojekte und dem Anwachsen der Forschungsaktivität kann jedoch keine Parallele gezogen werden: Die Projekte vermehren sich auch durch eine Themenaufteilung.

Änderungen in den Orientierungen der Forschung können an einem Großteil der Einrichtungen beobachtet werden. Sie ergeben sich an erster Stelle aus der Öffnung gegenüber der internationalen Wissenschaft (Beendigung der Forschungszusammenarbeit im RGW) und einer Orientierung auf die führenden thematischen Trends, schließlich dem Beitritt zu internationalen For-

schungsnetzen. An zweiter Stelle steht die gesellschaftliche Bedeutung der Forschungsprojekte, die Verschiebung in Werten und Bedürfnissen der Ge-

7. Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften

Die Umgestaltung der Hochschulen zu einer tschechischen Forschungsinstitution mit Schlüsselposition ist eine langwierige Angelegenheit. Gegenwärtig gehört als wesentlicher Bestandteil dazu die enge Zusammenarbeit mit der außerhalb der Universitäten liegenden Forschung, besonders der in der Akademie der Wissenschaften konzentrierten Forschung. Auf beiden Seiten, an den Hochschulen wie auch an der Akademie, ist der Wille vorhanden, die gegenseitige Kommunikation und Mobilität zu fördern, ein gemeinsames Evaluierungssystem für Forschungsinstitutionen und Einzelpersonen zu schaffen, das für die gesamte Grundlagenforschung, für die Forschung an den Universitäten und für die außerhalb der Universitäten liegende Forschung gültig wäre, um somit den Weg für die wirklich fähigsten Mitarbeiter frei zu

8. Zusammenarbeit mit dem Unternehmenssektor der Forschung und Probleme der Unternehmer

Die Beziehung zwischen dem Unternehmenssektor der Forschung und den Hochschulen ist heute widerspruchsvoll. Insbesondere kann nur mit großen Schwierigkeiten der Anteil der angewandten Forschung an der gesamten Hochschulforschung bestimmt werden; nach Ansicht der Experten bewegt sich der Anteil der angewandten Forschung an den Hochschulen zwischen 20%

sellschaft. Praktisch bedeutungslos ist der Einfluß der Bedürfnisse des Unternehmensbereichs auf die Orientierungen der Forschung.

machen ungeachtet dessen, wo sie jeweils arbeiten.

Die Hochschulen wissen die immer bessere Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften zu schätzen, zu der verschiedene Formen gehören wie der Unterricht, der von Mitarbeitern der Akademie an den Hochschulen erteilt wird, die gegenseitige Mitgliedschaft von Mitarbeitern der Akademie und der Hochschulen in den leitenden Organen der Institutionen, die Errichtung gemeinsamer Einrichtungen oder die Teilnahme an gemeinsamen Projekten, die, nach Ansicht von Experten, zu den Kooperationsformen mit der größten Perspektive werden könnten. Beachtenswert ist die gute Zusammenarbeit besonders in der Biochemie und den Geisteswissenschaften.

(Biochemie) und 70% (Medizin). Ein Anwachsen dieses Anteils der angewandten Forschung erfolgt heute nicht. Eher sinkt er. Es äußert sich hier eine schwache Auftragslage aus dem Unternehmensbereich wie auch die Transformation der außerhalb der Universität liegenden Einrichtungen der Forschung im Unternehmenssektor und der Industrieforschung, die mit eigenen Proble-

men überschüttet und an einer Zusammenarbeit mit den Hochschulen nicht interessiert sind. Die Anzahl der jährlichen Aufträge aus den einheimischen Unternehmen erreicht pro Fakultät kaum den Gesamtwert von 10 Millionen TschK; vereinzelt kommen auch ausländische Aufträge vor. Die Auftragsforschung in Form „einer wirtschaftlichen Nebentätigkeit“ ist im Grunde genommen der einzige Typ von Unternehmeraktivität, der sich heute an den Hochschulen entwickelt, oft hat sie mehr die Form von Dienstleistungen (Messungen, Tests, Laboranalysen) als die Form einer vertraglichen Forschung.

Die Experten in unserer Untersuchung

9. Internationale Zusammenarbeit

Eine tiefgreifende Veränderung stellt die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit dar. Die vollkommene Freigabe der internationalen wissenschaftlichen Kontakte gehört zu den bedeutendsten positiven Faktoren der Transformation der Hochschulforschung. Diese wird intensiv in die internationalen Forschungsnetze in all

10. Die Finanzierung der Forschung

Ähnlich wie in den übrigen Sektoren der Forschung hat sich auch an den Hochschulen die Haushaltsrestriktion sehr bald in Schwierigkeiten bei der Forschungsfinanzierung niedergeschlagen. Im früheren System war die Hochschulforschung in dem sog. Staatsplan der Grundlagenforschung eingegliedert und wurde auf institutionelle Weise finanziert. Im Rahmen der Trans-

rechnen nicht mit einer bedeutenderen Entfaltung der Unternehmeraktivität an den Hochschulen in den nächsten Jahren und sind auch sehr skeptisch, was die Möglichkeiten einer Kostendeckung der Forschung aus eigenen Quellen anbelangt (sofern in diese Finanzierungsform nicht der Erwerb von einheimischen und ausländischen Projektmitteln einbezogen wird). Als vorteilhafteste Art einer Unternehmertätigkeit an den Hochschulen wird der wissenschaftlich-technische Park aufgefaßt, wo eine Integration der Einlage des Staates (Grundstücke), der Betriebe (Finanzierung der Forschung) und auch der Hochschule erfolgt (intellektuelle Einlage).

ihren Dimensionen eingebunden - in die Publikationstätigkeit, in die Beteiligung an internationalen wissenschaftlichen Aktivitäten und Projekten. Die Zahl der erworbenen Stipendien nimmt zu, die Forschung hat dadurch eine neue intellektuelle und manchmal auch finanzielle Quelle gewonnen.

formation wurde das Planungsinstitut aufgehoben, und zum Hauptkriterium für die Verteilung der Finanzmittel ist die Studentenzahl der jeweiligen Hochschule geworden. Die Hochschule verfügt dabei über die Möglichkeit, aus den zugeteilten Mitteln einen Teil für die Forschung abzuzweigen. In der Folge führte diese Maßnahme zu einer finanziellen Einschränkung der For-

schung; die Priorität bei der Finanzierung erzielte der Unterricht. Der Verfall der institutionellen Finanzierung der Hochschulforschung (d.h. aus den Mitteln der Hochschule) wird im Verlauf des Transformationszeitraumes im Durchschnitt auf 20 - 25 % geschätzt; es gibt aber auch Einrichtungen, die eine Kürzung bis zu 70% hinnehmen mußten.

In der zweiten Transformationsphase, d.h. etwa ab 1992-93, änderte sich die Situation im Zusammenhang mit dem Beginn der Tätigkeit der Grant-Agenturen. Für diejenigen Forschungseinheiten, die im Wettbewerb um die Grants erfolgreich waren, verbesserte sich die Situation in dem Maße, daß die jetzige finanzielle Gesamtabsicherung der Forschung um 10 % günstiger ist, als sie es vor der Transformation war. Erfolgreiche Einrichtungen (Fakultäten) erzielen in der Konkurrenz um die Grants auch über 20 %. Das ist eine wesentliche Verbesserung der Situation, besonders wenn man sich der Tatsache bewußt wird, daß die Grants zum Erwerb einer Ausstattung genutzt werden können, die der Einrichtung nicht nur in der Forschung, sondern auch für die Lehre dient. Der Erfolg im Wettbewerb um die Grants ist zu einer Aktivität von großer wirtschaftlicher Bedeutung geworden, die nicht selten für die weitere Arbeit der Einrichtung entscheidend ist. In diesem Sinne hört die Finanzierung über Grants auf, nur ergänzenden Charakter zu haben.

Seit dem Beginn der 90er Jahre schließt sich auch die tschechische Hochschul-

forschung mit einem steigenden Tempo internationalen Projekten an. Deren finanzielle Effektivität ist im Hinblick auf den gegenwärtigen Währungskurs der tschechischen Krone besonders hoch (für beide Seiten). An einigen Einrichtungen stellen die finanziellen Beiträge der ausländischen Grants einen höheren Wert als die einheimischen Finanzmittel dar. Dies ist ein Zeichen einer verhältnismäßig schnellen und erfolgreichen Eingliederung der tschechischen Hochschulforschung in die internationalen Forschungsnetze. Der Beitrag der von außen erworbenen einheimischen oder ausländischen Mittel stellt einen Reingewinn in dem Sinne dar, daß sie nicht zu Lasten anderer Hochschuleinrichtungen oder -aktivitäten gehen. Dies ist eine neue, vor der Revolution unzugängliche Finanzierungsquelle der Forschung, und in diesem Sinne markiert sie eine bestimmte Trennlinie.

In der Entlohnung der Forschungsmitarbeiter schlagen sich jedoch bislang die außerinstitutionellen Mittel minimal nieder (meist bis 10 % der Nichtinvestitionsmittel des Grants); zum Teil liegt die Ursache in dem Einfluß der bisher gültigen Lohngrenzen, aber vor allem verwenden die wissenschaftlichen Mitarbeiter selbst die Mittel aus Grants zur Verbesserung der technischen- und Informationsbedingungen der Forschungsarbeit. In diesem Sinne sieht die Situation bei der Vertragsforschung besser aus, wo für Lohnmittel bis zu 30 - 40 % ausgegliedert sind. Die Vertragsforschung stagniert jedoch im Vergleich zu der Entwicklung der Fi-

nanzierung über Grants. Die Erträge aus der sog. wirtschaftlichen Produktivität der Hochschulen (die jedoch nicht allzu viel Forschung be-

inhalten) stellen bei einigen, besonders den technischen Hochschulen bis zu rund 10 % der gesamten Haushaltsmittel dar.

Abschluß

Insgesamt können wir unsere Analyse mit der Feststellung abschließen, daß der Transformationsprozeß der tschechischen Hochschulforschung, deren Ziel die Stärkung ihrer eigenen Position sowohl innerhalb des Hochschulwesens als auch im Rahmen des nationalen Forschungssystems ist, wirklich erfolgreich begonnen hat. Davon zeugen die Charakteristika des Transformationsprozesses, die wir angeführt haben. Zum strategischen Mittelpunkt der Transformation wird allmählich die Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften. Die größten realen Veränderungen wurden durch die Entwicklung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und die Einführung des Wettbewerbs mit Hilfe von Grants-Dotationen erzielt. Als eine gewisse Gefahr kann die zu beobachtende Tendenz der Hochschulforschung zu einer Verringerung an Kommunikationsverbindungen mit der Industrie und der Forschung im Unternehmensbereich aufgefaßt werden (obwohl

die Schuld nicht bei der Universitätsforschung liegt).

In der nächsten Zeit kann damit gerechnet werden, daß sich die Hochschulforschung weiterhin innerlich differenzieren wird. Es werden Forschungszentren mit einer Fülle von verschiedenen Verbindungen innerhalb der Republik und auch ins Ausland entstehen, und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich Universitäten als Forschungstyp profilieren werden, im Unterschied zu Hochschulen, in denen eine Spitzenforschung nicht zu erwarten sein wird.

Die Autoren arbeiten im Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Jilská 1, 110 00 Praha 1. Sie analysieren, unter anderem mit empirischen Methoden, den bisherigen Verlauf der Transformation der Wissenschaft und der Forschung in der Tschechischen Republik

Universitäre Forschung und Lehre in der Tschechischen Republik: Die Entwicklungen der letzten Jahre*

„Nichts hat sich im Hochschulbereich in den letzten Jahren geändert“, hört man heute bisweilen, oftmals von Studenten, die an den revolutionären Umwälzungen in unserem Land nach dem 17. November 1989 aktiv beteiligt waren. In solchen Äußerungen zeigt sich sowohl die latente Enttäuschung über gerade die neue Führungsschicht, zu deren Etablierung man selbst beigetragen hat, als auch die Unzufriedenheit mit sich selbst. Natürlich waren die Erwartungen 1989 unrealistisch hoch, so daß (kaum überraschend) Desillusionierungen, Frustration und Mißerfolge nicht ausblieben. Davon gibt es viele auch im akademischen Bereich, so wie auch in der Gesellschaft im ganzen. Diese Fakten lassen nach den Gründen fragen.

Obwohl die Bevölkerung in der Tschechoslowakei auf einen Wandel der tristen Lage, die 1968 durch sowjetische Panzer geschaffen wurde, gewartet hat und einzelne sogar aktiv den Wandel zu befördern suchten, scheint es doch so, als wäre der Zusammenbruch des totalitären Systems im November 1989 für uns alle eine Überraschung gewesen. Es ist daher völlig verständlich, daß der bei weitem größte Teil der Bevölkerung von Euphorie überwältigt wurde. Noch bevor

das Volk gewählt hatte, wurde der führende Dissident zum Staatspräsident mit Hilfe des noch vom alten Regime bestimmten Parlaments; die Studenten gingen an, in den Fakultäten die Dekane und sogar die Rektoren unserer Universitäten zu wählen.

Als einer der ersten neu gewählten Universitätslenker war mir die Ehre und zugleich Freude vergönnt, gemeinsam mit drei anderen Rektoren Präsident Havel auf seiner ersten offiziellen Reise nach Island, Kanada und in die USA Anfang 1990 zu begleiten. In vielfältigen Treffen mit Repräsentanten des akademischen Systems dieser drei Staaten erhielten wir deshalb Aufmerksamkeit, weil wir ebenfalls (natürlich im kleineren Maßstabe) ähnliche Beispiele für den Aufstieg „vom Dissident zum Präsident“ darstellten. Wenn auch unser Werdegang unsere Gastgeber beeindruckte, so kann ich mich doch auch erinnern, in ihren Augen ein gewisses Erstaunen beobachtet zu haben, das ich erst später verstanden habe - ein Erstaunen über unsere Naivität. Wenn wir zu Aspekten der Universitätsverwaltung, zu Prioritäten bei den erforderlichen Maßnahmen gefragt wur-

* aus dem Englischen übersetzt von Georg Schuppener

den, sprachen wir statt zu antworten über das Erlebnis, Freiheit wiederzuerlangen, und über unsere Rückkehr nach Europa.

Aus guten Gründen feierten wir 1989 unsere Freiheit, ohne allerdings völlig zu begreifen, daß wir uns erst auf der Schwelle zu einem vor uns stehenden Liberalisierungsprozeß befanden. Auch Jahre später ist dieser Prozeß heute immer noch nicht abgeschlossen.

Relativ einfach war es, die Institute für Marxismus-Leninismus an den Universitäten abzuwickeln und die dogmatische Ideologie aus den Lehrplänen zu verbannen. Ebenso schien es angemessen, das zentral gelenkte Bildungssystem aufzubrechen und größere Autonomie für die Universitäten zu gewinnen. Die Faszination der Wendung von der „wiedergewonnenen akademischen Freiheit“ überschritt alle Grenzen; der allgemeine Überschwang, unsere Wünsche und Hoffnungen, aber auch das Fehlen praktischer Erfahrung, das alles spiegelt sich im Hochschulgesetz aus dem Jahre 1990, das noch unter dem Eindruck der euphorischen Stimmung hastig entworfen wurde. Was als Versuch zur Dezentralisierung gedacht war, bewirkte ein derartiges Kompetenzchaos, daß sich eine demokratische und zugleich effektive Lenkung akademischer Einrichtungen heute außerordentlich schwierig gestaltet.

Das plötzliche Öffnen der Zwangsjacke des totalitären Systems bewirkte Engagement und zugleich Mißachtung elementarer politischer Regeln. Mit Sicherheit waren die vielfältigen Anklagen gegen das alte Regime in gewisser Weise

berechtigt; gleichzeitig waren sie aber zu pauschal und konnten deswegen nicht zu einer tiefgehenden Analyse der Probleme führen; gerade diese wäre aber als Fundament für Umgestaltung und Reformen notwendig gewesen. Dies soll im folgenden näher erläutert werden:

1. Oftmals wurde nicht erkannt, daß die kommunistische Ideologie und Indoktrination nicht nur die Inhalte, sondern auch die Methode, die Art und Weise des Lernens und Unterrichtens durchdrungen hatte. Das Endziel des Regimes bestand nicht nur darin, die marxistischen Dogmen als absolute Wahrheit zu verbreiten, sondern auch zu verhindern, daß in den Schulen kritisches Denken erlernt wurde. Als Ergebnis dessen ließ sich Wissen und Information kontrollieren, manipulieren und beschränken. Wenn wir also die Folgen der Jahrzehnte totalitärer Herrschaft überwinden wollen, müssen wir uns auch mit solchen scheinbar nur praktischen Angelegenheiten befassen, wie Curricula, Zeitpläne, Struktur und Anzahl von Klassen und Kursen, Bibliotheken, Öffnungszeiten, Sprachkurse usw.

2. Gleichfalls wurde vielfach nicht in voller Schärfe erkannt, daß die Degradierung von postgradualen Studien, insbesondere Promotionsstudien, zu einer bedeutungslosen und rein formalen Etappe (seit 1981 war weder eine Dissertationsschrift noch ein Rigorosum erforderlich) im Einklang mit den Zielen des Regimes stand: Mehr als das unabhängige wissenschaftliche Denken sollte bei den Intellektuellen die Loyalität zur herrschenden Ideologie gefördert werden. Diese Tatsache ist eng mit dem Phänomen der immer mehr zunehmenden systemati-

schen Trennung von Forschung und Lehre verknüpft, die sich im weitestgehenden Monopol der Akademien der Wissenschaften bezüglich Forschung und Entwicklung im RGW-Bereich bis 1990 widerspiegeln.

3. In der raschen politischen Abrechnung mit dem vormaligen Regime wurden dessen inhumane Ziele als tatsächlich und allgemein erreicht angesehen. In Wirklichkeit jedoch hatte das Ancien régime sie glücklicherweise niemals so weit und so tiefgreifend verwirklichen können, wie man damals hätte glauben können. Auf Grund der ineffizienten Bürokratie und des ziemlich lauen Engagements vieler Leute, die innerhalb des Systems arbeiteten, insbesondere nach den Ereignissen von 1968, konnte die totalitäre Bildungspolitik nicht in vollem Umfang Erfolg haben, wie sich dies in der Realität zeigte. Daher erscheint es durchaus berechtigt, sowohl für uns selbst wie auch gegenüber unseren westlichen Kollegen zu konstatieren, daß mit dem Vordringen der kommunistischen Ideologie nicht unbedingt ein völliger Qualitätsschwund in unserem Bildungssystem einherging. Eine gewisse Zahl von Lehrern widerstand auf vielfältige Weisen der Ideologi-

sierung ihrer Disziplinen, möglicherweise öfter in den Natur- als in den Geistes- und Sozialwissenschaften. In jedem Fall erforderte es Mut, das verordnete Gebilde von Lügen anzukratzen, immerhin bestand dabei das Risiko, Beruf oder gar die Freiheit zu verlieren. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß viele Kollegen die schon alte und bewährte tschechische Tradition fortführten, nicht nur zwischen den Zeilen zu lesen, sondern auch dementsprechend ihre Lehre zu gestalten.

Insgesamt scheint es auch daher so, daß einige der neuen Politiker in ihrem Bestreben nach Reformen im Erziehungssystem gerade darin einen großen Fehler begehen, daß sie es versäumen, nach Verbündeten unter den Lehrern an den Schulen zu suchen. Stattdessen wird diese gesamte Gruppe immer wieder ohne besondere Differenziertheit als fachlich ungeeignet und moralisch korrupt bezeichnet. Dies resultiert aber insbesondere auch daraus, daß wir immer noch nicht sehr weit fortgeschritten sind, die Konsequenzen von Totalitarismus auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung zu erkennen und zu analysieren.

Ergebnisse und Beschwerden des Wandels

Sogar diejenigen, die behaupten, nichts habe sich verändert im Bereich der höheren Bildung in der Tschechischen Republik, wissen, daß dies nicht stimmt: Einige von diesen würden jeden Wandel gänzlich abgelehnt haben, während die anderen eine wesentlich tiefgreifendere Veränderung an den Universitäten und Forschungsinstituten erwartet hatten, als

sie sich bislang vollzogen hat. Auf der Ebene der Transformation leistet gerade die erstgenannte Gruppe Widerstand, während sich die zweite gemeinhin ungeduldig zeigt, so daß beide Gruppen unzufrieden mit den notwendigen und erhofften Veränderungen sind. Deshalb ist die Zeit des Überganges, in der wir uns derzeit befinden, keineswegs ein-

fach und wird wohl auch nicht wesentlich einfacher werden.

Vor allem die neue Gesetzgebung zum Hochschulwesen und zur Forschung erweist sich kaum als völlig zufriedenstellend. Das Hochschulgesetz von 1990 garantiert zwar akademische Freiheit und Autonomie in vielen Bereichen in einem bisher unvorstellbaren Maße, weiterhin wurde autokratische und zentralistische Lenkung abgelöst zugunsten von Demokratie, die aber wiederum bereits zu einem gewissen Grad an Ineffizienz führt. Die Rektoren werden von den akademischen Senaten gewählt und vom Staatsoberhaupt ernannt; demgegenüber werden die Dekane von den Räten der einzelnen Fakultäten gewählt, aber von niemandem ernannt oder bestätigt, so daß sie scheinbar niemandem untergeordnet sind. Die Rektoren als Leiter der Verwaltung haben in bezug auf Einstellung oder Entlassung nichts zu sagen. Zu viel Freiraum und Macht wurde zu plötzlich den alten Fakultäten zuteil, die dem totalitären Regime mindestens loyal gewesen waren, wenn sie es nicht sogar offen und aktiv unterstützten. Dieser Umstand erweist sich mehr und mehr als ein ernsthaftes Hindernis für Reformen. Vielfach wurde durch den Senat versucht, die gesetzlichen Lücken zumindest in der Universitätsverfassung zu schließen, jedoch haben in manchen Fällen derartige Dokumente die Mängel des Gesetzes noch weiter verschärft. Zusammen mit dem weitgehend noch unveränderten Arbeitsrecht und dem Gewerkschaftssystem verhindert das Hochschulgesetz ernsthaft den Prozeß der Entwicklung der Fakultäten, der ei-

gentlich eines der unstrittigsten Ziele und zudem konstitutive Voraussetzung für weitere Fortschritte auf diesem Gebiet wäre.

Der Begriff „Ressourcen“ scheint in nahezu jeder Diskussion über die Transformation des Hochschulsystems unseres Landes geradezu ein Zauberwort zu sein. Obwohl ich mich hier nicht mit finanziellen Aspekten in Einzelheiten auseinandersetzen kann, sollte es doch genügen, darauf hinzuweisen, daß Regierungen, die versuchen, den Bildungssektor nur unter ökonomischen Gesichtspunkten zu gestalten, offenkundig nicht an die Zukunft denken. Unter dieser Prämisse und unter realistischer Berücksichtigung der derzeitigen ökonomischen Situation wage ich zu behaupten, daß die momentan zur Verfügung stehenden Mittel nicht gänzlich und nicht überall bestmöglich eingesetzt werden. Aber gerade dies ist in hohem Maße abhängig vom Management und von der Evaluation der institutionellen Aktivitäten. Der Planentwurf für die Hochschulbildung in der Tschechischen Republik für die Jahre 1992 bis 1997 (5-Jahres-Pläne scheinen bei uns auch weiterhin großen Anklang zu finden), der vom Rat der Hochschulen aufgestellt wurde, nimmt einen Beitrag von 20 Prozent an, der aus „privaten“ Quellen (sogenannte „Drittmittel“) kommen soll, während der Rest durch den Staat bereitgestellt werden soll. Es erscheint aber als völlig unrealistisch, daß diese 20 Prozent gedeckt werden könnten durch Studiengebühren oder sonstige Gebühren; zudem sollten „private“ Finanzquellen lediglich als ergänzend angesehen werden: Wie diese zusätzlichen Quellen ge-

artet sind, ist vor allem auch abhängig von einer Vielzahl an politischen und ökonomischen Vorgaben.

Im Jahre 1992 wurde in einem Bericht der OECD zur Hochschulbildung in der Tschechoslowakei die Entwicklung auf dem personellen Sektor als eine der wichtigsten Empfehlungen genannt, um den Transformationsprozeß zu beschleunigen. Zweifellos handelt es sich bei diesem Bereich um einen besonders wichtigen. Die großen Probleme und die Komplexität dieses Bereiches spiegelt sich aber bereits darin wider, daß von allen Empfehlungen, die jener OECD-Bericht enthält, speziell diejenige, die sich mit der personellen Entwicklung befaßt, meiner Ansicht nach am unverbindlichsten bleibt.

Nach der sogenannten „Nelkenrevolution“ schien die Lage zunächst ziemlich hoffnungsvoll: Durch feste Kriterien sollten die besten Lehrkräfte ermittelt werden, die an den Hochschulen verbleiben sollten; die anderen, die außer Loyalität zum alten zusammengebrochenen Regime keine Qualifikationen vorzuweisen hatten, sollten ersetzt werden. Zudem vermutete man damals, daß es außerhalb der Hochschulen eine große Zahl qualifizierter Personen gäbe, die bereit wären, an die Hochschulen zu kommen und dort zu arbeiten und zu lehren. Es zeigte sich aber relativ rasch, daß diese Einschätzung zu optimistisch war; speziell gilt dies für die Universitäten außerhalb Prags, wo es keineswegs einfach war und ist, Fachkräfte zu finden, die diejenigen ersetzen sollten, die aus verschiedenen Gründen an den Hochschulen untragbar geworden waren.

Daß sich das Interesse dabei vor allem auf jüngere Leute, also Diplomierete und Promovierte richtete, erscheint nur natürlich. Die Förderung dieser Gruppen stellt eine Investition in die Zukunft dar; deshalb erhalten diese Altersgruppen Priorität bei der Bewilligung von Auslandsstipendien, bei Austauschprogrammen und anderen internationalen Projekten. Dies sollte zumindest die prinzipielle Politik sein, jedoch treten dabei oft aus dem einfachen Grunde mangelnder Fremdsprachenkenntnisse Probleme auf. Ein weiterer Grund für Komplikationen besteht darin, daß wir verpflichtet sind, hauptsächlich auf das gegenwärtig beschäftigte Personal zurückzugreifen. Das Hochschulgesetz fordert als formale Voraussetzung für die Tätigkeit als Hochschullehrer einen Doktorgrad mit Dissertation. In den 80er Jahren war es jedoch nahezu unmöglich, in der Tschechoslowakei einen qualitativ vergleichbaren Grad zu erwerben. (Das postgraduale Forschungsprogramm zum CSc. [Kandidat der Wissenschaften] war politisch sehr selektiv gesteuert.) Die schwachen Grade PhDr. (Dr. phil.) und RNDr. (Dr. rer. nat.) ließen sich relativ leicht ohne Dissertation und ohne umfassende Prüfungen erreichen. Hieraus resultierte eine deutliche Entwertung des Doktoranden-Programms und der entsprechenden Grade. Die neuen Anforderungen für einen „richtigen“ Dokortitel schaffen nun aber auch Probleme für durchaus qualifizierte Kandidaten. Die meiste Zeit wenden diese für ihre Tätigkeit als Seminarleiter auf und verfügen daher nur über sehr wenig Zeit und Energie für weitergehende Forschungen, die für das heutige Doktoranden-Programm erforderlich sind.

Internationale Programme, wie beispielsweise internationale Austauschprogramme besitzen für die Universitäten und die Forschungsinstitute nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ eine hohe Bedeutung; immerhin war die Abschottung Osteuropas von der freien Welt eines der politischen Hauptziele der Sowjets. Zwar ist internationale Kooperation kein Allheilmittel für unsere Probleme in Bereich

Hoffnungen

Meiner Meinung nach hat sich in den letzten Jahren ein starker Veränderungsprozeß in der Tschechischen Republik auf dem Gebiete der Hochschulen vollzogen. Einerseits sind neue Institute, Abteilungen und Programme entstanden, von denen einige bereits zur Blüte angesetzt haben, andererseits wurden bewährte Programme fortgeführt. Dabei wird eine immer weiter wachsende Anzahl von Personen in den Transformationsprozeß einbezogen.

Allgemein scheint es, als ob die jüngeren Studenten flexibler, motivierter und talentierter seien; diese Einschätzung mag aber daraus resultieren, daß die Aufnahmeprüfungen nun in einem objektiveren Verfahren durchgeführt werden. Dennoch kann diese Tendenz auch als Signal für den Wandel der Bildung an den Höheren Schulen gewertet werden. Die Zahl der Studenten wächst und wird weiter wachsen, da sich nun für einen größeren Kreis die Möglichkeit eines Studiums eröffnet; zudem hat sich auch das Angebot an Studienmöglichkeiten durch die Errichtung neuer Institute und durch verschiedene Studienprogramme vergrößert.

Trotz der knappen Finanzmittel konnten

von Lehre und Forschung; der wesentliche Teil des Transformationsprozesses muß von der tschechischen Seite selbst erbracht werden. Aber die internationalen Programme können zumindest einen Teil zur Lösung unserer Probleme beitragen. Sie eröffnen jedenfalls die Möglichkeit, den derzeitigen Zustand und Verbesserungen zu reflektieren.

Ideen und Pläne bezüglich der Bibliotheken, von Studienzentren usw. konkretisiert werden. In der Diskussion um die Änderung der Lehrpläne konnten die ersten Schritte vollzogen werden, wenngleich wir immer noch eher am Anfang dieses Wandels stehen.

Auch die Rolle der Universitäten im Leben der einzelnen Regionen wandelt sich und gewinnt neue Aspekte, so daß, wenn auch bislang noch viele Dinge unklar sind, mehr und mehr deutlich wird, daß die Universitäten insbesondere in bezug auf ihr Forschungspotential in stärkerem Maße sowohl auf die kurz- wie langfristigen Bedürfnisse der Gesellschaft reagieren müssen. Universitäten und andere Bildungseinrichtungen sollten sich zudem noch mehr als Vermittler von Demokratie und ihren Prinzipien verstehen.

Insgesamt sind die Ereignisse der Tage des Novembers 1989 noch nicht vergessen, und sie sollten es auch nicht sein. Sie waren Auslöser für einen Neuanfang, der wie jeder Neuanfang zugleich auch auf eine gewisse Kontinuität zurückgreift.

Josef Jarab, Prof., ist Rektor der Palacky-Universität in Olomouc

Alltag und Hoffnung eines tschechischen Bibliothekars

Zur Anregung der Redaktion, einen Artikel für "hochschule ost" zu schreiben, in dem ich die sich neu ändernde Situation in den tschechischen Bibliotheken beschreiben sollte, habe ich gerne ja gesagt. Ich konnte mir aber kaum vorstellen, was für eine schwierige Aufgabe ich mir vorgenommen habe. Als ich über das Thema nachzudenken begann, wurde mir klar, daß ich all mein Können anwenden muß, um einem nichttschechischen Leser alles, was sich in den letzten fünf Jahren in unseren Bibliotheken geändert hat bzw. was noch geändert werden soll, in nicht mißverständlicher Weise zu erläutern und zu beschreiben. Ich werde mich bemühen, das Thema, das sich für eine Serie von Artikeln eignen würde, mit meinem subjektiven Blick auf einigen Seiten zu erklären.

Sollte ich kurz und einfach die Frage beantworten, welches umwälzende Ereignis in den letzten fünf Jahren die tägliche Praxis des tschechischen Bibliothekars am meisten beeinflusst hat, würde ich wahrscheinlich ohne Bedenken die Automatisierung nennen. Dieses Wort wird in verschiedensten Modifikationen ständig dekliniert. Der Sprung, den unser Bibliothekswesen auf diesem Gebiet in den letzten fünf Jahren gemacht hat, ist wirklich riesig, und ich wür-

de sagen, daß er direkt proportional zu dem Zeitabschnitt ist, in dem das tschechische Bibliothekswesen die bekannte und hoffentlich besiegte Ideologie beherrschte. Vor 1989 wurde in keiner Bibliothek bei uns - einschließlich der Nationalbibliothek in Prag - ein integriertes Bibliothekssystem eingeführt. Heute überbieten sich vor allem ausländische Firmen mit der Spezialisierung auf bibliothekarischer Software im Angebot an Computersystemen für die Automatisierung der bibliothekarischen Prozesse. Dutzende von Bibliotheken - besonders Hochschulbibliotheken - gebrauchen heute das System TINLIB der englischen Firma Information Management and Engineering. Es verbreitet sich auch das System ALEPH der israelischen Firma Ex Libris, das auch zum Beispiel im Wettbewerb für das System für die Nationalbibliothek in Prag und für drei andere große Bibliotheken gewonnen hat. Diese Bibliotheken bilden die Grundlage für das entstehende bibliothekarische Netz und werden mit der Verkürzung CASLIN (Czech and Slovak Library Information Network) bezeichnet. Für die Automatisierung der vor allem kleineren und mittelgroßen Bibliotheken haben einige tschechische Privatfirmen Angebote an Systemen vorbereitet. Besonders für die Automatisierung der Katalogisierung benutzen etwa zweihundert

Bibliotheken eine bibliothekarische Applikation des Systems CDS/ISIS, das kurz vor dem Jahre 1989 die Nationalbibliothek in Prag ausgearbeitet hat.

Nach dem Jahre 1991 hat sich die Anzahl der Bibliotheken, die das automatisierte bibliothekarische System eingeführt haben, schnell erhöht. Zum Beispiel haben alle zehn großen staatlichen wissenschaftlichen Bibliotheken in der Tschechischen Republik Datentechnik und ein automatisiertes System; von 59 Bezirksbibliotheken haben 49 ein System angekauft. Von der Gesamtzahl von etwa 6.500 Bibliotheken bei uns haben 526 Bibliotheken ein automatisiertes bibliothekarisches System erworben.

In diesem Moment muß ich eine große Einschränkung erwähnen, die das Tempo der Einführung der integrierten automatisierten bibliothekarischen Systeme und letzten Endes auch das Tempo der Wirtschaftsreformen im Lande enorm beeinflusst. Es ist der riesige Mangel an finanziellen Mitteln für Investitionen. Trotzdem gelingt es uns, besonders mit Hilfe der Stiftungen die tschechischen Bibliotheken zu modernisieren. Ich muß vor allem die amerikanische Stiftung Andrew W. Mellon Foundation nennen. Von den gewährten Mitteln dieser Stiftung wird das schon erwähnte Projekt des tschechisch-slowakischen Bibliotheksnetzes finanziert.

Nach 1989 stürzte sich sehr schnell vor allem jüngere Generation der Bibliothekare in den Kampf mit der Rückständigkeit unserer Bibliothekstheorie und -praxis. Bei ihrer Bemühung hat ihr eine Rei-

he von europäischen, aber auch amerikanischen Institutionen geholfen. Einige von ihnen haben programmäßig Studienaufenthalte (mehrtägige bis halbjährige) in verschiedensten Typen von Bibliotheken angeboten. Meiner Meinung nach hat die Möglichkeit der fachlichen Konfrontation mit den Kollegen aus den hochentwickelten Staaten unserer sich verändernden Praxis sehr geholfen.

Nach dem Jahre 1989 ergriffen die Gelegenheit alle die Fähigen (ob die Alten oder die Jungen - die Jungen selbstverständlich überlegen an Zahl), die sich in dem alten Regime unausgenutzt fühlten. Das neue Topmanagement der großen und auch kleineren Bibliotheken ging schnell an die Transformation seiner Institutionen in moderne Informationseinrichtungen. An einigen Orten nähert sich dieser Prozeß seinem Ende, anderswo verläuft er noch, es hängt von dem Maß des Managertalentes und den Fähigkeiten der leitenden Angestellten ab. Eine große Hoffnung ist für die Bibliotheken, die junge Generation der Bibliothekare, die gerade ihr Studium an den Universitäten beendet haben oder beenden sollen. Viele von ihnen haben einen ein- oder mehrjährigen Studienaufenthalt in westeuropäischen Schulen absolviert, sie haben die Bibliothekarspraxis der großen wissenschaftlichen Bibliotheken kennengelernt, und selbstverständlich beherrschen sie mindestens eine Fremdsprache. Die Generation der heutigen Vierzig- und Fünfzig-, evtl. der Dreißigjährigen, die zum großen Teile das Topmanagement der meisten Bibliotheken bildet, hat keine solchen Möglichkeiten gehabt. Sie haben aber eine reiche

Fachpraxis und Lebenserfahrungen, die sie bisher vor den Jüngeren favorisieren. Wie lange aber noch?

Die Nachfrage nach Informationsarbeitern ist in unserer Republik groß und immer noch ungesättigt. Alle etwa 20 vorjährigen Absolventen des Studiums des Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Informationen der FFUK (Philosophische Fakultät der Karls-Universität) Prag haben Privatfirmen aufgesogen. Die Schlüsselrolle bei der Entscheidung der jungen Leute spielen selbstverständlich die unvergleichbar besseren finanziellen Möglichkeiten bei den Privatfirmen.

Die Fragen des Lohnes spielen allgemein keine unwichtige Rolle in den Diskussionen der Bibliothekare. Es wäre aber kühn zu behaupten, daß in unserem Fach eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Höhe der Löhne herrscht. Eine radikale Änderung ist erst mit der erhöhten Leistung der tschechischen Ökonomie zu erwarten. Die bisherige diesjährige Entwicklung und die Prognosen für das nächste Jahr lassen hoffen, daß wir eine Besserung vor dem Rentenalter erleben könnten! Dieser Trend läßt die ganze kulturelle Sphäre hoffen, daß auch sie mehr Geld bekommt.

Heute spricht man auf den verschiedensten Bibliotheksforen selbstverständlich über das Kommunikationsformat UNIMARC, über ISBD, über angloamerikanische Katalogisierungsregeln (AACR 2) usw. Es ist zweifelsfrei, daß es einer kleinen Gruppe von Bibliothekaren - vor allem aus der Nationalbibliothek der Tschechischen Republik - ungewöhn-

lich schnell gelang, eine allgemeine Unlust zu Änderungen in der bibliothekarischen Praxis zu durchbrechen. Wenn wir daran denken, was für eine radikale Änderung der Übergang zu internationalen Standards des Typus UNIMARC, zu den internationalen Empfehlungen ISBD, AACR 2 und zu dem ganzen Paket von Normen ISO für die Datenübertragung (ISO 2709 usw.) bedeutet, ist es wirklich ein enormer Erfolg, wie die erwähnten internationalen Standards zur täglichen Praxis der Bibliothekare werden.

Der Nachteil unserer 40jährigen Trennung von der entwickelten Bibliothekswelt hat sich in diesem Moment in unseren Vorteil verwandelt. Wir haben keine Computer, die mit Hunderttausend unpassend strukturierten Titelaufnahmen überfüllt sind, und so kann das Format UNIMARC leichter in unseren Bibliotheken heimisch werden. Die Nationalbibliothek begann sogar ab Juli 1995 die Titelaufnahmen der nationalen Bücherproduktion in OCLC zu liefern. Die Titelaufnahmen der nationalen Produktion von Büchern und Zeitungsartikeln kann sich jeder auf CD-ROM ansehen - das ist auf unserem Markt die größte tschechische bibliographische Datenbank. Die Nationalbibliothek arbeitet weiter sehr fleißig an dem Projekt der Digitalisierung der Titelaufnahmen der tschechischen Bücherproduktion des 20. Jahrhunderts, das bis Ende dieses Jahrtausends beendet und auf CD-ROM herausgegeben werden soll. Weiter arbeitet sie an der Retrokonversion von 3 Millionen Titelaufnahmen ihres Generalkatalogs.

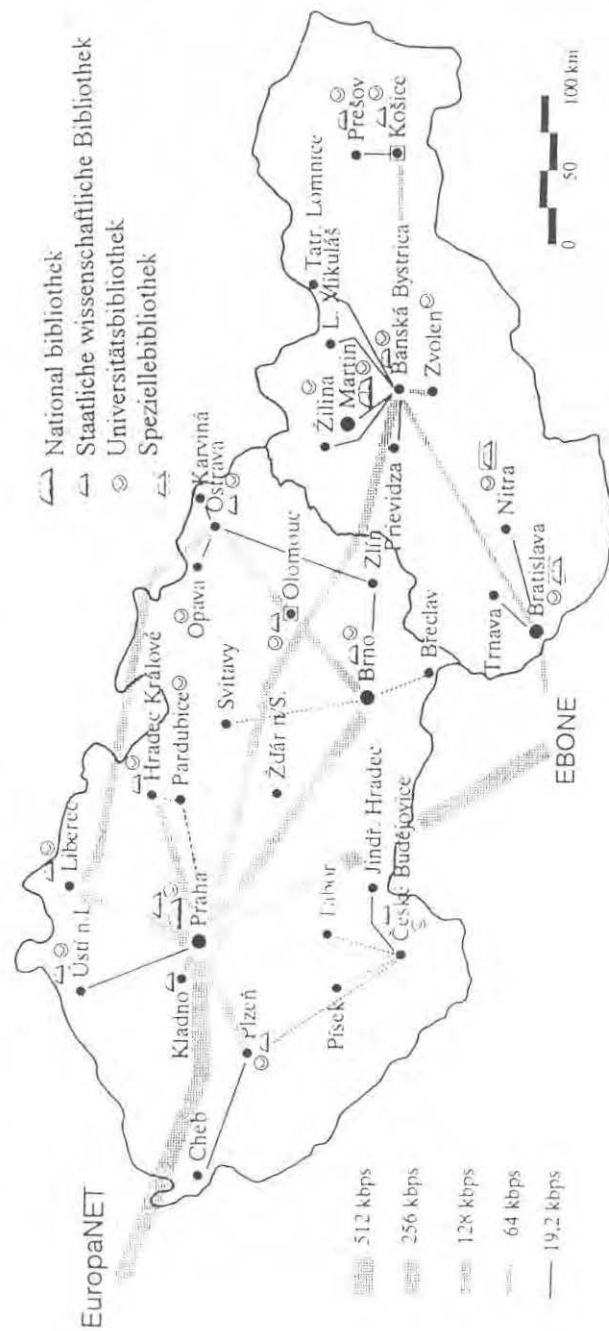
Großer Mangel an finanziellen Mitteln ist das grundlegende Hindernis einer grö-

Die Dislokation des Datenetzes INTERNET auf dem Gebiet der Tschechischen Republik (sog. CESNET - Czech Education and Scientific Network) und der Slowakei (sog. SANET - Slovak Academic Network). Quelle: NK CR (M. Svoboda)

CESNET - SANET

*

(Czech Education and Scientific Network - Slovak Academic Network)



ßeren Ausnutzung und Erweiterung der Computernetze und ausländischen Datenbanken. Trotzdem können vor allem die Hochschulbibliotheken und die Arbeitsstätten der Akademie der Wissenschaften, viele medizinische Einrichtungen und große öffentliche Bibliotheken Ihren Benutzern die Dienstleistungen des Netzes INTERNET (dank nicht unerheblicher finanzieller Dotation von Kulturministerium und Schulministerium) anbieten. (Die Dislokation des Datennetzes INTERNET auf dem Gebiet der Tschechischen Republik - sog. CESNET - zeigt die schematische Karte.)

Die Tschechische Republik steht mit ihren 12.565 Computern pro 1.000.000

Bewohner angeschlossenen an INTERNET gleich hinter Frankreich, das heißt etwa in der Mitte der Gesamtzahl der europäischen Länder. (Siehe die Tabelle)

Die Revolution im Jahre 1989 hat zur Folge auch Änderungen in der institutionalen Sphäre des Bibliothekswesens. Einige Bibliotheken erloschen, andere entstanden oder nicht-öffentliche Bibliotheken wurden zugänglich. Ein Beispiel dafür ist auch die Bibliothek des ehemaligen marxistisch-leninistischen Instituts des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Diese Bibliothek hat reiche Buchbestände früher unveröffentlichter wissenschaftli-

Reihenfolge der Staaten nach der Anzahl der angeschlossenen Computer pro eine Million Einwohner

Staat	angeschlossen	Einwohner Mill.	angeschlossen/ Mill. Einwohner
Island	4.986	0,2	24.930
Finnland	77.407	5	15.481
Norwegen	53.222	4	13.306
Schweden	86.490	8	10.811
Schweiz	54.405	6	9.068
Niederland	91.289	13	7.022
Dänemark	27.988	5	5.598
Großbritannien	258.988	57	4.544
Österreich	31.733	8	3.967
Deutschland	244.880	76	3.222
Irland	6.089	3	2.030
Belgien	19.551	10	1.955
Frankreich	98.679	53	1.862
Tschechische Rep.	12.565	10	1.257
Spanien	31.372	36	871
Ungarn	8.951	11	814
Italien	36.176	57	635
Portugal	6.310	10	631
Griechenland	3.794	9	422
Slowakei	1.680	5	336
Polen	10.098	35	289

Quelle: RESPEKT

cher und belletristischer Literatur. Nach vielen Peripetien wurde zum Schluß diese Bibliothek von der Karls-Universität, resp. von ihrer pädagogischen Fakultät übernommen. Viele Änderungen und Tendenzen zeigen statistische Übersichten in den beigelegten Tabellen. Ich bin mir der Gefahr der geringen Aussagekraft der statistischen Angaben für einen nichttschechischen Leser bewußt. Es wäre hier angebracht, die Struktur der Bibliotheken genauer zu erklären und versuchen, genaue deutsche Äquivalente zu den tschechischen Typen der in den Tabellen angeführten Bibliotheken zu finden. Das übersteigt aber die Möglichkeiten dieses Artikels.

Auch auf dem Gebiet des Verlags- und Bibliothekswesens sieht es optimistischer aus. Nach dem riesigen, mehrhundertprozentigen Anstieg der Anzahl der Verlage, der eine unübersichtliche Situation auf dem Büchermarkt verursachte, stabilisiert sich die Situation, und die Verlage selbst haben Interesse an der Bildung einer tschechischen Version des „Books in Print“. Es wird aber noch gewisse Zeit dauern, bevor der Bibliothekar in der Erwerbungspraxis so ein Handbuch - selbstverständlich in einer digita-

len Form - geläufig benutzen können wird. Die ersten Erscheinungen liegen vor, jedoch sie leiden unter Kinderkrankheiten.

Die ganze bibliothekarische Öffentlichkeit lebt von Hoffnung auf Bildung eines nationalen Gesamtkatalogs. Den Grund dazu hat schon die Nationalbibliothek in Prag im Rahmen des Projektes CASLIN gelegt. Die ersten Zehntausende von Titelaufnahmen wurden schon im Netz INTERNET zugänglich gemacht. Schon in diesem Jahr erwarten wir eine größere Ausnutzung, denn die Nationalbibliothek garantiert die Verarbeitung der zeitgenössischen Bücherproduktion in einigen Tagen nach dem Erhalten des Pflichtexemplars. Auf die Massenbenutzung im ganzen Netz der tschechischen Bibliotheken und das vor allem für die Retrokonversion der Kataloge werden wir aber noch ein paar Jahre warten müssen. Informations-„highways“ klopfen schon zwar an die Tür, aber die finanziellen Mittel auf ihre Bildung sind auf unserem „ökonomischen Feld“ noch nicht aufgegangen.

Zdenek Bartl, PhDr., ist Bibliothekar am Nationalen tschechischen Literaturarchiv Prag

Im folgenden Anlagen:

Öffentliche Bibliotheken in der Tschechischen Republik 1989 - 1994. Statistischer Überblick. (Hier spricht man nur über die Bibliotheken, welche dem Kulturministerium unterstehen.) Quelle: Ètenáo ,47, 1995, Nr.4, S. 141 - 143

A. Anzahl der Bibliotheken und Zweigstellen nach einzelnen Typen

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Gesamtzahl der Bibliotheken und Zweigstellen	8.423	8.364	8.302	8.131	7.982	7.923
Anzahl der wissenschaftlichen Bibliotheken (einschl. Nationalbibliothek)	10	10	11	11	11	11
Anzahl der Bezirksbibliotheken	72	72	69	69	66	59
Anzahl der anderen professionellen Bibliotheken	690	700	708	711	710	713
Anzahl der nicht-professionellen Bibliotheken	4.989	5.056	5.436	5.481	5.451	5.451
Anzahl der Zweigstellen	2.662	2.526	2.078	1.859	1.744	1.674
Anzahl der kleinsten Bibliotheken	553	562	560	557	511	474

B. Bibliotheksangestellte

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Gesamtzahl der Bibliotheksangestellten	5.617	5.672	5.349	5.255	5.127	5.116
Anzahl der Facharbeiter	4.460	4.653	---	4.335	4.230	4.149
% der Facharbeiter aus der Gesamtzahl	79,4	82,0	---	82,5	82,5	81,1
Anzahl der Einwohner pro Bibliotheksangestellten	1.884	1.827	1.926	1.964	2.009	2.018

C. Buchbestand

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Gesamtzahl der Bucheinheiten (in Tausend)	52.208	59.517	59.489	59.328	59.538	59.538
Anzahl der Bucheinheiten pro Einwohner	5,7	5,7	5,8	5,7	5,8	5,7
Andere Dokumente und Informationsquellen	5.510	5.637	5.739	5.759	5.605	4.988
Andere Dokumente und Informationsquellen in % aus dem Buchbestand	9,3	9,5	9,6	9,7	9,4	8,4
Anzahl der Exemplare der bezogenen Periodika	192.367	187.196	208.853	153.602	107.170	99.191

D. Ausleihen

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Gesamtzahl der Ausleihen (in Tausend)	73.254	63.974	56.271	56.001	56.549	57.786
Anzahl der Ausleihen pro Einwohner	7,1	6,1	5,4	5,4	5,5	5,6
Anzahl der Ausleihen pro Leser	35,5	34,0	34,9	37,9	39,8	40,4
Ausleihen anderer Dokumente und Informationsquellen (in Tausend)	985	926	1.092	1.268	1.452	1.366
Ausleihen der Periodika (in Tausend)	---	---	11.692	12.803	12.371	10.735
Ausleihen der Periodika - % aus der Gesamtzahl der Ausleihen	---	---	20,8	22,8	21,9	18,6*

E. Leser

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Anzahl der Leser (in Tausend)	2.062	1.872	1.610	1.478	1.422	1.429
% aus der Gesamtzahl der Bevölkerung	19,9	18,0	15,6	14,3	13,8	13,8
Anzahl der Leser unter 14 Jahre	694.285	641.878	547.861	480.527	458.360	393.481*
Leser unter 14 Jahre - % aus der Gesamtzahl der Leser	33,7	34,3	34,0	32,5	32,2	27,5*
Anzahl der Besucher in den Bibliotheken (in Tausend)	17.007	15.156	14.409	13.956	15.432	14.347

F. Betriebskosten

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Gesamte Betriebskosten (in Tausend Kronen)	404.503	431.051	---	522.846	720.514	837.219
Mittel zum Einkauf des Buchbestandes (in Tausend Kronen)	77.176	76.623	87.804	100.418	106.352	139.548
Lohnmittel (in Tausend Kronen)	161.988	171.606	---	233.414	286.012	325.145
Betriebskosten pro Einwohner (in Kronen)	39,0	41,6	---	50,6	69,9	81,0
Kosten auf Zuwachs pro Einwohner (in Kronen)	7,4	7,4	8,5	9,7	10,3	13,5

* für das Jahr 1994 waren die Daten unkomplett

Die Nationalbibliothek der Tschechischen Republik auf dem Wege zu einer modernen Institution

Es ist sehr interessant, sich heute die Frage zu stellen, was sich seit dem Jahre 1989 bei uns im Leben der tschechischen Bibliotheken und vor allem der

Nationalbibliothek geändert bzw. verbessert hat, welche Probleme wir gehabt und welche von ihnen wir schon gelöst haben und welche noch andauern.

Zwischen Selbstbestimmung und kollektiver Führung

Als die politische Änderung im November 1989 kam, haben die Bibliotheken begonnen, einen Weg zu suchen, welcher sie aus der vor allem materiellen Krisis herausführen sollte. Es gab verschiedene Initiativen, die versuchten, eine generelle Lösung zu finden. Solche Initiativen waren sehr notwendig, aber darin steckte auch das Problem, eine neue Definition der Selbstbestimmung jeder Bibliothek im Gegensatz zum Begriff eines einheitlichen Bibliothekssystems zu formulieren.

Grundsätzlich ist ein gemeinsames Nationalbibliothekssystem eine sehr gute und produktive Idee, aber im Rahmen unserer vorigen Gesellschaft führte diese Idee auch zu einer gewissen Unselbstständigkeit des Bibliotheksmanagements. Manche Bibliothekare glaubten, daß eine generelle Lösung, am besten ein Gesetz, von oben kommen sollte und daß unsere Rolle nur darin bestehe, diese Lösung vorzubereiten, und daß da-

durch die Probleme jeder einzelnen Bibliothek systematisch zu überwinden wären.

Dies ist tatsächlich eine sehr gute Idee, und prinzipiell sollte man so vorgehen. Aber sehr schnell wurde man sich dessen bewußt, daß die systematische Lösung mehr Zeit braucht, als wir alle dachten, und daß der Staat zuerst andere wichtigere Fragen lösen wollte. Deshalb hatte niemand in der Regierung die Zeit, sich mit Bibliotheken zu beschäftigen.

Ich wage zu behaupten, daß die Erwartung einer generellen Lösung das Management mancher Bibliotheken gebremst hat, mehr für seine eigenen Bibliotheken und innerhalb derer zu machen. Es war eine Zeitperiode, die sehr intensiv auf das Bibliothekstopmanagement gedrängt hat, sich umzuwandeln und sich mehr und im gewissen Maße anders mit seiner eigenen Bibliothek zu beschäftigen.

Auf Grund einiger gemeinsamer Eigenschaften waren von oben einige Kategorien von Bibliotheken definiert worden, und das Denken der Bibliothekare zog es vor, die gemeinsamen Züge ihrer Bibliotheken hervorzuheben, ohne daran zu denken, was für jede Bibliothek spezifisch war. In einigen Fällen schien es, daß man die von jedem konkreten Ort abhängigen Unterschiede nicht sehen wollte.

Das war das zentrale Problem unserer Diskussionen über die Transformation der Bibliotheken. Darin handelte es sich vor allem um die Frage, wer die verschiedenen Bibliotheken in der Zukunft finanzieren sollte, um ihre Lage verbessern zu können. Was die öffentlichen Bibliotheken betraf, konnte man die folgenden Bibliotheksgruppen unterscheiden: Nationalbibliothek, große regionale wissenschaftliche Bibliotheken, Bezirksbibliotheken, kleine Ortsbibliotheken.

Die Frage der Transformation von Bibliotheken wuchs mit der Zeit, in der die verschiedenen Änderungen in der staatlichen Administrative stattfanden. Vor allem hob man die höchste Stufe der regionalen Verwaltung auf, wodurch die sieben ehemaligen großen Kreisbibliotheken ihr Territorium formell verloren.

Darin hat sich nichts geändert, nachdem diese sieben Bibliotheken mit zwei anderen großen regionalen Bibliotheken in die Zuständigkeit des Kultusministeriums

ums hinübergeleitet wurden, weil es die administrative Unterstützung für ihre regionalen Funktionen in der Staatsverwaltung nicht mehr gab. Dasselbe geschah, als bekanntgegeben wurde, daß auch auf der Bezirksebene die Bezirksverwaltung die Bezirksbibliotheken nicht mehr finanzieren sollte und daß diese Bibliotheken, die sich in den Bezirksstädten befinden, in die Verwaltung dieser Städte hinübergeleitet werden sollten. Innerhalb der Bezirke existierten weiterhin einige kleinere Bibliothekssysteme mit gemeinsamen Funktionen (zum Beispiel Erwerbung oder Bearbeitung der Bestände). Mit der Weiterentwicklung der Gebiets selbstverwaltung ist auch das Schicksal dieser kleineren Bibliothekssysteme die Sache der jeweiligen Ortsverwaltung geworden.

Die Bibliothekare möchten wissen, welche Rolle der Staat auf dem Gebiet der öffentlichen Bibliotheken spielen wollen. Es scheint jetzt, daß der Staat in diesem System eine sehr schwache Rolle spielen wird, obwohl er an einem modernen Informationssystem interessiert zu sein scheint. Seine Konzeption aber wurde noch nicht veröffentlicht, was ein Unterschied zu der Kultusministeriumskonzeption auf dem Gebiet der Datenvorbereitung für das zukünftige Daten-netz ist. Leider muß die Genehmigung dieses vor allem die Bibliotheken betreffenden Regierungsprogrammes auf die generelle Staatsinformationspolitikkonzeption warten.

Auf dem Wege zu einem modernen kooperativen Bibliothekssystem

Das moderne tschechische Bibliotheksinformationssystem sollte sich auf der

Basis der EDV-unterstützten Kommunikation entwickeln. Die Grundlage dafür

liegt in dem Projekt CASLIN, das im Jahre 1992 initiiert wurde, als die vier größten tschechischen und slowakischen Bibliotheken einen Vertrag unterschrieben, daß sie ein globales automatisiertes Kooperationssystem aufbauen wollen. Es waren die beiden Nationalbibliotheken der ehemaligen Tschechoslowakei (zu Prag und zu Martin), die Mährische Landesbibliothek zu Brünn und die Universitätsbibliothek zu Preßburg.

Auf der Basis dieser Initiative stand die finanzielle Unterstützung der amerikanischen Andrew W. Mellon-Stiftung, die dazu dienen sollte, die Grundlagen eines solchen Systems zu legen, was darin bestand, vor allem ein neues integriertes Bibliothekssystem anzuschaffen und die EDV-basierte Grundkommunikation zwischen diesen Bibliotheken zu ermöglichen.

Die vier Bibliotheken haben das ALEPH-System der israelischen Firma Ex Libris ausgewählt und angeschafft. Dieses System wird jetzt implementiert, und wir hoffen, daß zum Ende dieses Jahres alles so vorbereitet wird, um den elektronischen Gesamtkatalog in Internet zu veröffentlichen.

Zuvor sollte man sich darüber einig sein, welche Katalogisierungsstandards anzuwenden sind. Im wesentlichen lag hier die größte Neuigkeit unserer Bibliotheksarbeit, weil das UNIMARC-Format als Dateneingabeformat gemeinsam mit den AACR2-Katalogisierungsregeln akzeptiert worden ist. Daß wir einige Probleme mit der Systemsimplementierung gehabt haben, lag in unseren hohen Anforderungen an dieses System, weil es gewisser-

maßen schwierig war, das UNIMARC-Format als Arbeitsformat (nicht nur als Datenaustauschformat) mit der eingekauften Software erfolgreich zu kombinieren.

Um sich im Gesamtkatalog einigen zu können, mußten wir uns den Zugang zum Internet beschaffen, und jede Bibliothek sollte auch imstande sein, die Daten zu liefern. Nicht nur für die Nationalbibliothek war das die finanzielle Frage: Man mußte unser Computernetz modernisieren und jeden einzelnen Arbeitsort mit der notwendigen Computertechnik ausrüsten.

Die Nationalbibliothek befindet sich in diesem Jahre in der zweiten Phase des Informationsstrukturaufbaus, und die beiden tschechischen CASLIN-Bibliotheken haben eine staatliche finanzielle Unterstützung bekommen, die ihnen ermöglichen wird, ihre jetzigen Bedürfnisse bezüglich der Rechnerausstattung zu befriedigen.

Ich bin der Meinung, daß das CASLIN-System solche Bibliotheken zur Zusammenarbeit heranziehen wird, die dazu fähig sind und die die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit verspüren. Der Anteil jeder einzelnen Bibliothek an dem Gesamtkatalogaufbau wird auf der Basis ihrer Erwerbung und Katalogisierung stehen. Deshalb hoffe ich, daß das CASLIN-Zusammenarbeit uns wird helfen können, ein neues und natürlicheres Bibliothekssystem aufzubauen, in dem jede Bibliothek einen solchen Platz haben wird, der aus ihrer realen Lage entspringt.

Produktion von elektronischen Daten für das System

Obwohl es zu früh scheinen könnte, sollten sich die Bibliotheken für ihren Eintritt in das zukünftige Datennetz vorbereiten. Das setzt die Produktion von zwei Typen von Daten voraus: Daten für den Informationssystemaufbau und elektronische Daten, die die Dokumenteninformationen tragen.

Jede Bibliothek und jedes System beginnt zuerst mit dem Aufbau des Informationssystem, weil es für den Leser vor allem notwendig ist, festzustellen, was schon auf seinem Interessengebiet veröffentlicht worden ist und wo er es finden kann.

Deshalb beginnt jede Nationalbibliothek mit der Automatisierung der Nationalbibliographie, und wir haben damit im Jahre 1983 schon begonnen. Die Geschichte führt hier von einem ISBD-ähnlichen Format über das tschechische MARC zum UNIMARC-Format. Wir haben mit einer eigener Software begonnen, dann haben wir die CDS/ISIS-Software ver-

wendet, womit wir in diesem Jahre unsere Vor-ALEPH-Etappe beendeten, die voll vom Suchen nach provisorischen Lösungen war (z. B. unsere jetzt ersetzte provisorische ETHERNET-Vernetzung, Hardwaremangel usw.).

Unsere Nationalbibliographie (und nicht nur die Bücherreihe) wird seit dem Jahre 1994 auch auf CD-ROM veröffentlicht: seit 1995 dreimal jährlich. Inzwischen ist es möglich, sich die Daten mit Hilfe eines Diskettendienstes beschaffen.

Seit 1994 ist nicht nur die Nationalbibliographie, sondern auch die Bearbeitung des ganzen Zuwachses der tschechischen Literatur in der Nationalbibliothek automatisiert. Was die ausländische Literatur betrifft (und auch einige Sonder-sammlungen), wird deren Bearbeitung heutzutage direkt im ALEPH-System gelöst (mit der kleinen Ausnahme der Bearbeitung der Literatur für den englischen Lesesaal, die seit 1987 automatisch verfügbar gemacht wird).

Retrospektive Daten - Kataloge und Bibliographien

Schon vor etwa drei Jahren haben wir eine Möglichkeit gesucht, wie die retrospektive Konversion unseres Hauptkataloges zu verwirklichen ist. Zuvor wurden einige andere von unseren Katalogen verfilmt und veröffentlicht. Es ging vornehmlich um den Hauptkatalog unserer reichen Slawischen Bibliothek und um den Katalog der Bestände des ehemaligen Russischen ausländischen historischen Archivs, eine Art von Nationalbibliothek der russischen und ukrainischen Emigration zwischen den beiden

Weltkriegen, die in Prag in den zwanziger Jahren errichtet wurde und sich jetzt in unserer Slawischen Bibliothek befindet.

Es schien, daß die billigste Lösung eine manuelle Dateneingabe in einem beschränkten Format sein könnte. Deshalb haben wir mit einer Firma eine Zusammenarbeit begonnen, die darin bestand, daß diese Firma uns die Katalogzettel in die von uns definierte Datenstruktur übertragen sollte. Nach zwei Jahren, nach-

dem wir ungefähr 150.000 Katalogzettel durch diese Firma konvertiert hatten, mußten wir unsere Zusammenarbeit beenden. Erstens waren die Daten nach der von der Firma gemachten Übertragung voll von Fehlern, und zweitens haben wir eine moderne Lösung mit der Hilfe der tschechischen Firma Comdat entwickelt, die komplexer und effektiver ist.

Unsere Lösung hat nicht nur die Unterstützung der amerikanischen Andrew W. Mellon-Stiftung bekommen, sondern auch, weingstens für dieses Jahr, staatliche finanzielle Unterstützung.

Wir möchten mit dieser Technologie unsere schon in Heften veröffentlichte Nationalbibliographie konvertieren, um das jetzige Jahrhundert informatisch abzudecken. Die entstandenen Daten werden den tschechischen Bibliotheken für die retrospektive Konversion ihrer Kataloge dienen und sie werden auch in OCLC-Datenbasis veröffentlicht werden.

Dazu möchten wir diese Technologie auch zur Konversion unseres Hauptkataloges mit etwa drei Millionen von Katalogzetteln und zur Konversion einiger anderer kleinerer Kataloge und Bibliographien verwenden.

Die Technologie besteht in der Anwendung des Einscannens der klassischen Eintragungen, der OCR- und ICR-Techno-

nologie, wo das möglich ist, und der Anwendung einer speziellen Software, die eine sehr angenehme Handhabung der eingescannten bzw. mit den OCR-gelesenen oder ICR-vorstrukturierten Daten ermöglicht. Diese Software wurde gemeinsam von Comdat und der Nationalbibliothek entwickelt.

Heutzutage haben wir die notwendige Hardware für das Einscannen und Speichern von TIFF-Daten angeschafft. Der Hauptkatalog sollte während eines Jahres eingescannt werden, und nach dieser Arbeit sollte auch der Zugang zu den Katalogzettelbildern im TIFF-Format ermöglicht werden.

Wir schätzen, daß für die Speicherung der Katalogzettelbilder eine Kapazität von etwa 40 GB notwendig sein wird, die wir mit den optischen und magneto-optischen Medien in einer Juke-Box schaffen werden. Die eingescannten Zettel werden zuerst nur gründlich indexiert, um den Elementarzugriff zu den Bildereinträgen zu ermöglichen. Danach werden die Daten ins UNIMARC-Format konvertiert werden, aber das ist die Arbeit für Jahre. Bis dahin wird ein elektronisch modellierter virtueller Bildkatalog verwandt werden. Wenn wir genügend finanzielle Mittel haben werden, rechnen wir damit, die volle retrospektive Konversion des Hauptkataloges in zehn Jahren zu verwirklichen.

Digitalisierte Dokumente - Zugang und Bucherhaltung

Wenn der Leser weißt, wo sich die für ihn interessanten Dokumente befinden, soll er hingehen oder muß die Fernleihdienstleistungen oder Mikroformen benutzen. In beiden Fällen bekommt er ein materi-

elles Objekt, das ein Original oder eine materielle Kopie ist.

Obwohl er mit riesigen Datenbanken vernetzt ist und ihre Daten auf seinen

Arbeitsstisch bekommt, geht es in einigen Fällen um Informationen über Informationen, über Dokumente, die meistens elektronisch nicht lieferbar sind. Wenn die Bibliotheken eine große Menge von solchen Daten produzieren, sollten sie auch daran denken, wie sie die Originaldokumente auf diese Art auch zur Verfügung stellen.

Hier sollte man sich dessen bewußt sein, daß heute die Bücher meistens elektronisch zur Veröffentlichung herausgegeben werden und daß inzwischen bei den Verlegern ein großer Reichtum von elektronischen Daten der primären Dokumente besteht. Deshalb scheint es für die Bibliotheken vernünftiger zu sein, den elektronischen Zugang zu den Originaldokumenten mit den Bucherhaltungsfragen zu kombinieren und einen Zugang zu seltenen Dokumenten aus ihren Beständen zu ermöglichen, die normalerweise nie oder sehr selten veröffentlicht werden.

Diese Idee ist auch der Zweck des UNESCO-Programms Memory of the World, weil die Bibliotheken und die Archive in ihren Sammlungen wichtiges kulturelles Erbe der Menschheit besitzen, und dieses Erbe ist nicht nur zu beschützen, sondern auch bekanntzumachen.

Raumprobleme und Bucherhaltung

Nicht nur unsere Nationalbibliothek, sondern auch verschiedene andere Bibliotheken spürten jahrelang den Raumangel für die Einlagerung von Büchern. Meistens wird das Problem durch den Aufbau neuer entfernter Magazine gelöst (Olmütz, Brünn, Königgratz). Im Falle

Wenn auch die wichtigsten Werke von Schriftstellern und Wissenschaftlern immer wieder veröffentlicht werden und man dadurch die wichtigsten Informationen für die Zukunft erhält, bleibt in unseren Beständen eine Art von Dokumenten, die sehr original, selten oder einzigartig sind, und deren Wert nicht wiederzuschaffen ist. Es handelt sich um Handschriften, Papyri, seltene Wiegendrucke und verschiedene Archivalien, die sehr wichtig für unsere Kulturgeschichte sind.

Unser Digitalisierungsprogramm besteht darin, diese Dokumente einzuscannen und zugänglich zu machen. Im Rahmen des obengenannten UNESCO-Programms haben wir die Memoriae Mundi Series Bohemica gegründet, in der wir unsere seltenen Dokumente auf CD-ROM veröffentlichen wollen. Wir haben im Jahre 1993 mit einer CD-ROM-Ausgabe aus unseren historischen Beständen begonnen. In diesem Jahre haben wir schon zwei mittelalterliche Handschriften integral auf CD-ROM herausgegeben. Dazu hat unser Partner Albertina icome Praha gemeinsam mit uns eine ganze Philosophie des digitalen Zugangs zu diesen Dokumenten entwickelt, die innerhalb des General Information Programme von UNESCO sehr hoch geschätzt wird.

der Nationalbibliothek führte man lange Diskussionen über einen eventuellen Neubau, der die Situation lösen sollte.

Vor zwei Jahren aber wurde diese Lösung als zu teuer abgelehnt, so daß man sich auf den Aufbau einer großen Maga-

zinierungskapazität von etwa 4,5 Millionen Bände konzentrierte. Das neue Gebäude, das durch eine Grundrekonstruktion einer Werkhalle errichtet wird, befindet sich in Prag und ist etwa 10 km vom Nationalbibliotheks-Hauptgebäude entfernt.

Unsere Idee ist, daß die Nationalbibliothek in zwei Hauptgebäuden existieren sollte, weil im Neugebäude neben den Magazinen auch einige Bibliotheksbetriebe sein werden. Es geht um solche Betriebe, die nicht notwendig sind, sich im Zentrum der Hauptstadt im Klementinumgebäude zu befinden. Es handelt sich meistens um die Abteilungen, die mit der Büchererhaltung verbunden sind

Vollendung eines langen Prozesses

Vor der Nationalbibliothek steht jetzt eine der größten Änderungen in ihrer Existenz. Wir möchten die Fertigstellung des zweiten Gebäude dazu ausnützen, um die organisatorische und funktionelle Vollendung unserer Bemühungen seit dem Jahre 1989 zu realisieren. Es geht prinzipiell um die Gestaltung einer homogenen Bibliothek, was meistens den Bestandsaufbau betrifft und dadurch selbstverständlich auch die Bestandsbearbeitung und unsere Dienstleitungen.

Es ist für uns sehr wichtig, weil wir immer viele Probleme hatten, unsere Doppelrolle eines Archivs unseres Schrifttums und einer modernen wissenschaftlichen öffentlichen Bibliothek zu erfüllen. Die Nationalbibliothek wurde als Prager Universitätsbibliothek im 14. Jahrhundert gegründet, seit dem Jahre 1777 ist sie de facto eine öffentliche Staatsbibliothek, die seit dem Jahre 1935 mit einer

(Maßerhaltung, Konservierung, Verfilmmung).

Das zweite Gebäude ist im November 1995 fertig. Das heißt, daß wir während der nächsten Jahre mehrere Millionen von Büchern umstellen müssen. Es wird sich nicht nur um das Umstellen von Büchern zwischen den obengenannten zwei Hauptgebäuden handeln, sondern auch um eine vielfältige Bewegung von Beständen aus und zwischen anderen vier entfernten (bis 80 Km) Magazinen. Es ist klar, daß wir auch die Bücher für das Umstellen vorbereiten sollten: zum Beispiel haben wir etwa 4 Millionen Bücher mechanisch Band für Band gesäubert.

speziellen Nationalarchivsbibliothek koexistierte, bis im Jahre 1959 die beiden mit der Slawischen Bibliothek (diese soll sich ihre relative Autonomie innerhalb der Nationalbibliothek weiterbewahren) und einigen anderen Bibliotheken, die inzwischen wieder weggegangen sind, verbunden worden sind.

Diese formelle Organisationsvereinigung hat aber zum Beispiel die Duplizität mancher Bibliothekstätigkeiten (sehr viel in der Bearbeitung der Bestände) nicht beseitigt. Sie hat auch das Problem einer Vollendung des Nationalarchivsbestandsaufbaus nicht gelöst, weil sie keine wichtige Rolle und keine spezielle Behandlung für manche einzigartige Dokumente aus der ehemaligen Universitätsbibliothek bezeichnet hat, obwohl sich alle immer dessen bewußt waren, daß der wichtigste Teil des in den tschechischen Ländern bis zum Jahre 1935

ausgegebenen Schrifttums sich nur hier und meistens nur in einem Exemplar befindet.

Die organisatorische Struktur der Nationalbibliothek hat sich seit 1989 sehr geändert, und ein neues Bibliotheksmanagement hat sich bestätigt. Die Nationalbibliothek hat jetzt vor allem Probleme mit der Finanzierung ihrer Grundtätigkeiten, was in gewissem Kontrast mit einigen neuen Möglichkeiten steht, was die Entwicklung neuer Technologien betrifft. Die Lösung dieses Ungleichgewichtes steht jetzt vor uns; dazu haben wir heute einen neuen Rat der Nationalbibliothek, der uns behilflich sein könnte und sollte.

Die tschechischen Bibliotheken einzeln und auch als ein System sollten sich neudefinieren. Einigen von ihnen ist das auf verschiedenen Ebenen schon gelungen. Es gibt zum Beispiel vollautomatisierte und einen Gesamtkatalog aufbauende Bezirksbibliotheken, von den sich manche sehr schnell entwickeln.

Insgesamt befinden wir uns heute irgendwo in der Mitte des Weges, möglicherweise auch weiter auf dem Weg der Modernisierung unserer Tätigkeit. Wir haben einige erfolgreiche technologische Lösungen entwickelt und verwendet, wir haben auch gute Ergebnisse, was vornehmlich die Anwendung der Katalogi-

sierungsstandards betrifft, und gibt es auch andere positive Resultate, die für uns eine reelle Zusammenarbeit mit Bibliotheken und Bibliotheksprogrammen aus hochentwickelten Ländern möglich macht.

Was sich als schwerer erweist, das ist, das Verständnis für die effektive Lösung der Krisis einiger Grundtätigkeiten bei der Staatsetatverteilung zu erreichen. Obwohl wir imstande waren, seit dem Jahre 1989 bis 1994 die Qualität unserer Erwerbung zu verbessern, sinkt sie wieder, weil die aktuellen Finanzmittel uns nicht dazu reichen. Nebenanstehen auch einige spezielle Bucherhaltungstechnologien, die eine gewisse bessere Finanzierung brauchen, und es gibt auch Probleme mit einer höheren und genügenden Finanzierung der Bucheinbändenanfertigung.

Es scheint, daß das Denken der Bibliothekare, wie unsere zukünftige Informationengesellschaft zu schaffen ist, weitergegangen ist als das Denken der Politiker. Die Bibliotheken kosten Geld, aber wenn sie Informationen erwerben und verbreiten können, sind sie imstande, noch mehr Geld zu machen. Dazu muß man aber den Mut aufbringen.

Adolf Knoll ist Stellvertretender Direktor der Nationalbibliothek Prag

Inge Bretschneider (Dresden):

Studentenprotokolle

In den Jahren vor der Wende war der Wunsch nach Gedankenaustausch nicht nur bei jungen Leuten stark ausgeprägt. Man besprach im vertrauten Kreis Themen, über die offiziell geschwiegen wurde, und machte damit seinem Ärger und der Enttäuschung über die Fehlentwicklung in der DDR Luft. Eine solche Diskussion mit Gleichgesinnten ersetzte die fehlende Offenheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und war ein gewisser Ausgleich für Dogmatismus und geistige Bevormundung.

Als Lehrerin für Sprachen an der Technischen Universität Dresden bin ich mit vielen Studenten ins Gespräch gekommen. Bereits von Beginn meiner Lehrtätigkeit an habe ich mich für die Lebenswege, die Gedanken und Gefühle meiner Studenten interessiert, mich oft auch außerhalb der Lehrveranstaltungen mit ihnen getroffen und unterhalten. Den zunächst scherzhaft gemeinten Vorschlag, diese Gespräche aufzuzeichnen, nahm ich gern an, und aus Scherz wurde Ernst, als wir im Sommer 1988 mit den ersten Einzelgesprächen begannen. Nach Notizen, die

während der Unterhaltung entstanden, hielt ich anschließend die Äußerungen der Studenten frei formuliert fest. Es kostete viel Zeit und Mühe, bis ein Protokoll fertig war, machte aber den Beteiligten großen Spaß und festigte das Vertrauen. Obwohl aus stilistischen Gründen die gesprochene Rede oft nicht beibehalten werden konnte, habe ich selbstverständlich nichts am Inhalt der Aussage verändert, unabhängig davon, ob sie mit meiner Meinung übereinstimmte, und jeden Satz mit dem Betreffenden besprochen. Im Sommer 88 ahnten wir nicht, welch schicksalhafte Veränderungen uns bevorstanden. Doch wenn ich es mir recht überlege, lag etwas in der Luft, das jeder spürte, eine Vorahnung dessen, was ein Jahr später geschah.

Aus den ursprünglichen Dialogen wurden im Laufe der Zeit Monologe, Selbstdarstellungen, und die jungen Leute erleichterten ihr Herz, indem sie über Sorgen und Nöte seelischer und weltanschaulicher Art sprachen, die sie belasteten, über die sie mit sonst niemandem sprachen. Schon allein dadurch, daß man darüber sprach, wur-

den viele Dinge leichter, auf jeden Fall klarer.

Nach der Lesung der ersten sechs Protokolle in einem Klub der TU im Frühjahr 1990 regten die Zuhörer an, sie einer größeren Leserschaft zugänglich zu machen. Ohne die Wende hätte es weder eine öffentliche Lesung noch eine Vervielfältigung gegeben. Außerdem hatten wir bei den vor Herbst 89 begonnenen Protokollen die Möglichkeit, die Aussagen vor der Wende mit der Situation nach der Wende zu vergleichen.

Auf diese Weise ist die kleine Sammlung von einundzwanzig Protokollen entstanden. Sie erheben keinen Anspruch darauf, endgültige Erkenntnisse auszusprechen, sondern wollen lediglich einen Eindruck von der augenblicklichen Gefühls- und Gedankenwelt junger Menschen, Studenten der TU Dresden, zu einem bestimmten Zeitpunkt, der Wendezeit, vermitteln.

Alle Studenten, die hier zu Wort kommen, sind durch ein paar wichtige Gemeinsamkeiten verbunden. Studieren bedeutet für sie eine neue Lebensqualität, ob unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus oder unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen. Sie lieben ihr Studentendasein inmitten vieler anderer junger Menschen, die Stadt Dresden mit ihren Möglichkeiten fast mehr als das Studieneinfach, und allen ist klar, daß diese Zeit einmalig und unwiederbringlich ist. Ihrer Umwelt gegenüber verhalten sie sich sehr kritisch, sie gehen mitunter aus jugendlicher Selbstüberschätzung

und Unbekümmertheit zu weit im schonungslosen Urteil. Man spürt, bei aller Klugheit sind diese jungen Leute Suchende. Dennoch überraschen sie immer wieder durch ihre Urteilsfähigkeit, womit sie deutlich machen, daß man sie ernstnehmen sollte.

Aber es sind weniger die Gemeinsamkeiten, die ins Auge fallen und mich anregen, an dem Projekt weiterzuarbeiten. Es sind die Unterschiede, die Veränderungen im äußeren und inneren Leben der Studenten, die sich im Vergleich der Jahrgänge vor und während der Wende mit denen nach 89/90 ergeben. Die Studenten selbst bemerken dies ja am deutlichsten, und es geht so weit, daß die Diplomanden von 94/95 meinen, es sei eine völlig andere Studiengeneration, die jetzt ihr Studium beginnt. Yvonne sagt: "Bereits Kleinigkeiten zeigen das, beispielsweise wie die Neulinge im Internat eintreffen. Wir kamen mit Rucksack und Taschen beladen vom Bahnhof, sie werden im Auto gebracht, Mammi und Pappi tragen die Koffer ins Zimmer, stellen einen teuren Computer auf... Als wir mit dem Studium anfangen, war eine der ersten Fragen, welche Klubs gibt es, vielleicht kann man da mitmachen... Die wenigsten der neuen Studenten wollen über das Studium hinaus etwas tun - die erste Frage ist: Was wird bezahlt?" (S. 35f.) Diese neuen Studenten setzen sich seltener mit politischen und weltanschaulichen Problemen auseinander, und es wird immer schwieriger, Freiwillige für Studentenrat, Klubs und ähnliche Einrichtungen zu finden. Der Eindruck entsteht, als sei durch den

Wegfall der Seminargruppen das Gemeinschaftsleben zurückgegangen, jeder mit seinen eigenen Problemen beschäftigt. Das Gefühl der Solidarität, so wie es in DDR-Zeiten ausgeprägt war, wird vermißt.

Vor der Wende gab es kaum Studenten, die sich *nicht* über Bevormundung und übertriebene Gängelei im Studienbetrieb, die Überbetonung des Unterrichts in Marxismus-Leninismus, das aufgezwungene FDJ- und Parteileben beklagt hätten. Viel kostbare Zeit und Energie wurde vergeudet mit dem Abfassen von "Kampfprogrammen", der Vorbereitung von Versammlungen und mit endlosen Diskussionen, wenn sich ein Student mal nicht ins vorgeschriebene Schema fügen wollte, vielleicht sogar die Mitgliedschaft in der FDJ und der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft verweigerte oder nicht Reserveoffiziersanwärter werden wollte. Für wie wichtig der politisch-erzieherische Aspekt gehalten wurde, kann man der Tatsache entnehmen, daß vor dem Beginn der ersten Studienjahre eine inoffiziell ironisch als "rote Woche" bezeichnete Einführungszeit zu absolvieren war. Hier wurde zwar das Lehrprogramm kurz dargelegt, hauptsächlich diente diese Woche aber der politischen Erziehung, der Gründung von FDJ- und Parteigruppen und der Wahl der Funktionäre. FDJ- und Seminargruppe waren identisch. Der einzige Vorteil dieser von nahezu allen Studenten als vergeudete Zeit betrachteten roten Woche bestand darin, daß man sich besser kennenlernte. Als beendend wurde auch der bis ins Detail von

oben organisierte Studienablauf empfunden und natürlich ebenso der Zwang, der für alle Fachrichtungen galt, Russisch als erste und wichtigste Fremdsprache zu betreiben, unabhängig davon, ob es später im Beruf gebraucht würde oder nicht. Ich glaube nicht, daß die Studenten etwas gegen Russisch als Sprache hatten, ebensowenig wie sie sich im Prinzip gegen M-L auflehnten. Der Protest richtete sich gegen die Reglementierung und die Überbetonung dieser beiden Lehrfächer. Man konnte ein hohes Maß an Übereinstimmung in dieser Hinsicht beobachten, eine allumfassende Unzufriedenheit. Sie schloß Mitglieder der SED ebenso ein wie Nichtmitglieder, kirchlich geprägte Studenten wie IM's, die manchmal Aufsässigkeit vortäuschten, um andere herauszufordern, ihre wahre Meinung preiszugeben. Übrigens wußte man oft, wer IM war. Für mich ist es heute noch erstaunlich, daß bei all den kontroversen Diskussionen über Meinungs-, Presse-, Reisefreiheit nichts Ernsthaftes geschah, selten jemand verwarnt oder gar exmatrikuliert wurde. Dies gilt aber nur für die letzten Jahre, früher war das ganz anders. Vermutlich berichteten die IM nur abgemildert, oder aber ihre Reporte wurden bereits in der ersten Ebene der Stasi frisiert und dann erst an höhere Instanzen weitergeleitet.

Allerdings wäre es falsch zu glauben, die Studenten hätten ihre Gedanken in jeder Beziehung frei und öffentlich darlegen können. Es gab Bereiche, die tabu waren, und Verstöße brachten einschneidende Konsequenzen mit

sich von der vernichtenden Abschlußbeurteilung bis zur Exmatrikulation: Die Mitglieder des ZK und der obersten Staatsführung durften ebensowenig kritisiert werden, wie die Beschlüsse des Politbüros. Man hatte den Eindruck, als habe das Politbüro selbst eine Liste der Mängel aufgestellt, über die die Bevölkerung sich beschweren durfte, und eine Liste derer, die ungenannt bleiben mußten. Wie es in Parteiversammlungen zuzugehen pflegte, läßt uns Bertram wissen: "Sehr deutlich sind mir Parteiversammlungen in Erinnerung, in denen angeblich jeder Genosse seine Meinung frei äußern durfte; das war glatte Heuchelei, denn äußerte man eine Meinung, die von der vorgeschriebenen Linie abwich, diskutierten sie so lange, bis du entweder als Staatsfeind entlarvt wurdest oder aber die Schnauze hieltest. Die meisten Diskussionen dieser Art endeten mit der kategorischen Aufforderung: Das mußt du doch einsehen, du als Genosse!" (S. 126) Mir scheint, die Genossen Studenten hatten noch weniger ideologische Freiheiten als die Nichtgenossen. Ein Parteiloser war noch erziehungsfähig, ein Genosse hingegen hatte Vorbild zu sein. Das trifft nicht nur aufs Universitätsleben zu, sondern war überall so. Ich glaube, wäre ich Mitglied der SED gewesen, hätte man versucht, meinen ausgedehnten Umgang mit den Studenten einzuschränken, und etwas gegen die Protokolle unternommen. Ich bin sicher, die TU-Leitung wußte von diesem Projekt, hielt es jedoch für unwichtig und daher auch ungefährlich.

Es ist demnach kein Wunder, daß die

Mehrheit der Studenten die Wende aktiv und intensiv erlebte. Ihnen schien, es öffne sich eine Tür in eine bessere Welt, und sie selbst sind daran beteiligt. Sie warfen all das über Bord, was sie belastet hatte, und nun glaubten sie - ebenso wie ein großer Teil der DDR-Bevölkerung - alles wende sich zum Besseren. Sie bedauern nicht, sich befreit zu haben, und wollen die Wende keineswegs zurücknehmen, doch die Freude über die neugewonnenen Freiheiten wird bei vielen überschattet von den umsturzartigen Neuerungen im Hochschulbereich wie auf allen anderen Gebieten des Lebens, vom Überhandnehmen der Bürokratie. Manch einer fühlt sich geradezu von den Ereignissen überrollt und aus der Bahn geworfen. Hinzu kommen familiäre Belastungen, Arbeitslosigkeit oder unfreiwilliger Vorruhestand von Verwandten und Freunden.

Je mehr Zeit vergeht, desto deutlicher erkennt man nicht nur die Vorzüge des neuen Systems, sondern auch dessen Nachteile, und desto häufiger denkt man an Positives aus DDR-Zeiten: den billigen Internatsplatz, das gesicherte Stipendium ohne bürokratische Hindernisse, niedrige Fahrpreise, Hörsäle, die nicht überfüllt sind, den festen Arbeitsplatz nach dem Studium. Ganz unterschiedlich beurteilen die Studenten die neuen akademischen Freiheiten. Volle Anerkennung klingt aus Fabians Worten: "Hoch einzuschätzen sind die studentischen Freiheiten, die mir entgegenkommen... Mir sagt es zu, daß man vieles selbst entscheiden und auswählen muß... Während für

einen künftigen Studenten zu DDR-Zeiten die Spezialisierungsrichtung und in vielen Fällen sogar die erste Arbeitsstelle bereits vor Studienbeginn feststanden, hängen jetzt diese Entscheidungen von jedem selbst ab." (S. 68f.) Eva hingegen fällt es schwer, sich zurechtzufinden: "Mich belastet die niederschmetternde Situation, in der wir uns befinden - verraten und verkauft komme ich mir vor. Dazu kommt noch, daß wir uns um alles selber kümmern müssen, was früher von allein lief. Sicher ist das teilweise eine Sache der Gewohnheit, aber muß man denn alles ändern, auch das, was mal gut war?" (S. 16)

Hier zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit, daß die frühere Übereinstimmung endgültig vorbei ist, die neuen Verhältnisse zahlreiche unterschiedliche Möglichkeiten zu denken und handeln eröffnen und daß es ein Lernprozeß sein wird, mit den veränderten Gegebenheiten umzugehen und sie ins eigene Leben sinnvoll zu integrieren. Die Verhältnisse in der DDR waren zwar beengend, aber doch bequem, und sie verlangten vom einzelnen kein hohes Maß an Durchsetzungsvermögen und Entschlußkraft. Der Staat hat - aus gutem und bekannten Grund - den Leuten viele Entscheidungen abgenommen, indem er den Spielraum der Möglichkeiten stark einschränkte. Nun aber werden Initiative und Entscheidungsfreude nicht nur postuliert, sondern wirklich verlangt, und diese Eigenschaften müssen erworben werden. Ich sehe es als ein gutes Zeichen, daß die meisten Studenten dies auch

selber erkennen, sich der Realität stellen und sie bewältigen *wollen*.

Was die Beurteilung der Vorgänge um die Wendezeit angeht, so unterscheiden sich die Studenten nicht von den übrigen Bevölkerungsgruppen: Sie gehen von ihrem persönlichen Schicksal und dem ihrer Familie und Freunde aus. Nicht vielen gelingt es, zu einer so ausgewogenen Betrachtungsweise zu kommen, wie wir sie bei Jean finden: "Schön wäre es, die Veränderungen würden, nachdem sie uns von der senilen Staatsführung befreit haben, nur gutes bringen, wie Meinungsfreiheit, uneingeschränkte Reisemöglichkeiten, riesiges Warenangebot - doch jeder weiß, wer sich für die Marktwirtschaft entscheidet, muß auch ihre Schattenseiten ertragen... Wir sind geneigt, Negatives in den Vordergrund zu rücken und Positives als selbstverständlich hinzunehmen. Wußten wir doch in der DDR die sichere Arbeit, die billigen Wohnungen und Internatsplätze ebensowenig zu schätzen, wie wir heute Pressefreiheit und andere Vorzüge der Demokratie zu würdigen wissen... Erstaunlicherweise vergessen viele zu schnell, unter welcher Bevormundung und Beengtheit wir leben mußten und wie heftig wir uns zuletzt nach Veränderung der politischen Verhältnisse sehnten." (S. 5f.) Die Aussage von Kai - hier als die einzige in ihrer Art - steht für eine wesentlich geringere Zahl von Studenten: "Ich kann nicht sagen, die Wende mit herbeigeführt zu haben. Der Sozialismus fügte mir kein Leid zu, meine Familie lebte ohne materielle Sorgen, zumal sich die Einkaufs- und

Informationsmöglichkeiten in Berlin weitaus günstiger gestaiteten als außerhalb der Hauptstadt. Natürlich waren auch mir die Mängel des Systems nicht entgangen, und ich wollte eine Veränderung, doch als die Wende kam, richteten sich meine Hoffnungen auf eine Föderation mit Westdeutschland, auf einen schrittweisen Übergang zur Marktwirtschaft. Was jetzt mit uns geschieht, ist der totale Ausverkauf; wir werden zum Absatzmarkt degradiert, nachdem die Politiker vor den ersten gesamtdeutschen Wahlen das Blaue vom Himmel versprochen hatten." (S. 24f.)

Auffällig ist, daß nicht wenige betonen, sie hätten sich von der Wende etwas anderes erhofft, eine Föderation etwa wie Kai, auf jeden Fall einen verbesserten, daß heißt demokratischen Sozialismus. Man könnte meinen, dies seien Träumer, der Wirklichkeit fern, oder Menschen wie Kai, die sich im großen und ganzen mit den Verhältnissen der DDR in Einklang befanden. Ich denke aber, das sind in erster Linie Idealisten, junge Leute mit hohen Ansprüchen an sich selbst und die Gesellschaft. Manch einer von ihnen ist trotz schwerwiegender Vorbehalte gegenüber dem real existierenden Sozialismus in die SED eingetreten. Bertram erklärt diesen Schritt: "Beim Eintritt in die Partei mit achtzehn Jahren, war ich überzeugt, daß der Sozialismus ein vernünftiges alternatives Gesellschaftsmodell ist. Mir schien, wenn ich mich der allgemeinen Unzufriedenheit und Meckerei anschlosse, verbesserte sich unsere Lage nicht. Ich wollte dazu beitragen -

und wenn auch nur ein wenig -, etwas zum Guten hin zu verändern. Nach kurzer Zeit der Parteizugehörigkeit stellte sich das als Wunschvorstellung heraus. Enttäuschend ist es, eine Menge richtig mieser Typen in der Partei vorzufinden. Die meisten Menschen, die ich schätze, weil sie fachlich und als Persönlichkeit einwandfrei sind, gehören nicht der SED an." (S. 123)

Der Leser der Protokolle wird feststellen, daß ein großer Teil der interviewten Studenten über den Vorkurs zum Studium gelangt sind. Diese Ausbildungsform ermöglichte jungen Facharbeitern den Zugang zum Hochschulstudium. Leider wurden sämtliche Vorkurse an den Universitäten der neuen Bundesländer im Verlaufe der Hochschulreform aufgelöst. Da sie sich gut bewährt und bei den Studenten als auch beim Lehrkörper Anerkennung gefunden hatten, wird diese Entscheidung nicht verstanden und daher kritisch betrachtet. Abgesehen von dem Vorzug, einen Beruf erlernt zu haben, unterscheiden sich Studenten vom Vorkurs nicht von der übrigen akademischen Jugend. Deshalb scheinen mir ihre Auffassungen repräsentativ für alle Teile der Studentenschaft.

Die Meinungen über die Hochschulreform und deren Auswirkungen gehen weit auseinander, sie reichen von uneingeschränkter Zustimmung bis zu harter Kritik. Paul äußert sich zur Neuausschreibung der Professorenstellen: "Man hofft ja, daß auf diese Weise die Hochschullehrer ohne Fachkompetenz, die nur über die Partei zu ihrer Position gekommen sind,...endlich abgesetzt

werden." (S. 107) Bei Bertram, der von Dresden nach Greifswald gewechselt ist, finden wir bedenkenswerte Worte: "An eine wirkliche Erneuerung des Hochschulwesens kann ich nicht glauben. Die Studentenzahlen in meiner Sektion sprechen für sich: Sie sanken von zweiundzwanzig im Jahrgang '90 auf zehn im Studienjahr '91 und schließlich auf drei im Immatrikulationsjahr '92. Wichtige Wissenschaftszweige fielen weg, da sie an Professoren gebunden waren, die entlassen wurden, gute Männer mit Niveau, aber systemnah, das heißt untragbar. Andererseits kennen wir Wissenschaftler, deren Systemnähe offenkundig ist, die nicht einmal besonders gut sind, dennoch aber an der Universität bleiben dürfen. Es scheint, als habe beinahe jeder Hochschullehrer ein schlechtes Gewissen und Angst vor der eigenen Geschichte." (S. 127)

Sicher urteilt Bertram hier äußerst scharf und von der Sicht aus, wie sie sich ihm darstellt. Was aufmerken läßt, ist der Zweifel daran, ob es richtig und gerecht ist, wie mit der DDR-Vergangenheit, in dem Falle den DDR-Lehrkräften, umgegangen wird. Ich sehe keinen Widerspruch darin, wenn Studenten einerseits vor allem Fachkompetenz verlangen, unabhängig davon, ob der Professor aus dem Osten oder Westen kommt, ob er Genosse war oder nicht, andererseits sich dagegen wehren, von Lehrern unterrichtet zu werden, die zu DDR-Zeiten gegen die Menschenwürde verstoßen, andere denunziert, unter Druck gesetzt und benachteiligt haben. Die jungen Leute

erwarten nicht mehr und nicht weniger als das, was überall praktiziert werden sollte: eine individuell begründete Einschätzung, eine gerechte Beurteilung - was leicht gesagt und schwer zu machen ist. Einige von ihnen sind sogar geneigt, unter bestimmten Voraussetzungen manchen IM's zu verzeihen, da sie aus persönlicher Erfahrung wissen, welche Mittel oft angewendet wurden, einen Menschen zum IM zu machen (siehe Protokoll Konrad).

Mit Interesse verfolge ich, wie sich bereits innerhalb einer so kurzen Zeitspanne von fünf Jahren bei den meisten mir bekannten jungen Leuten ein Wandel in der Beurteilung des Studiums im allgemeinen und der Dozenten im besonderen vollzieht. Die Studenten der unteren Semester neigen zu strenger Kritik, vergleichen die Universitätslehrer mit den besten Pädagogen, die sie zum Abitur geführt haben, nehmen alle Tests und Prüfungen ungemein wichtig, während die höheren Semester gelassener sind, sozusagen über den Dingen stehend, vorsichtiger im Urteil. Nicht selten geschieht es, daß erst im letzten Studienjahr der Wert einer Lehrveranstaltung erkannt wird, die zu Beginn des Studiums abgelehnt, als mißlungen oder überflüssig betrachtet wurde. Der tiefere Einblick und die größere Erfahrung tragen dazu bei, das Studium als Ganzes zu sehen, über den eigenen Horizont hinaus Vorgänge richtig einzuordnen wie zum Beispiel die komplizierte Situation nach der Wende. Sie "leitete chaotische Zeiten ein. Lehrkräfte (leider auch sehr gute) wurden entlassen, neue eingestellt, ganze

Bereiche gestrichen, andere eingerichtet, Praktika zusammengelegt, Pläne geändert - und das bei ununterbrochenem Studienbetrieb. Es dauerte einige Zeit, ehe alles einigermaßen lief, und ich betrachte die Dozenten, die trotz der Umstellung in guter Qualität lehrten, mit Hochachtung... Manche Vorlesungen schienen am Anfang unlogisch, später jedoch zeigte es sich, daß uns, den Zuhörern, einfach die Kenntnisse fehlten, um den Zusammenhang herzustellen." (Kai, S.24)

Seit es Studenten gibt, kann man eine solche Entwicklung des Urteilsvermögens mit fortschreitender Studiendauer beobachten. Deshalb sollte es zu denken geben, wenn Studenten der letzten Studienjahre zu einer Einschätzung kommen, wie Yvonne sie ausdrückt: "Mir ist wenig bekannt, wie Studenten anderer Fakultäten über Studium und Hochschullehrer denken, eines aber steht für die meisten Kommilitonen meines Jahrganges... fest: Viele Erwartungen haben sich als Illusion erwiesen. Der schwerwiegendste Irrtum ist wohl zu glauben, jeder, der an einer Universität lehrt, muß ein perfekter Fachmann auf seinem Gebiet, ein guter Pädagoge und ein wertvoller Charakter sein." (S. 35) Diese Sätze weisen auf eine Gemeinsamkeit hin, die nahezu alle Protokolle zum Ausdruck bringen. Wie verschieden die Lebensumstände und Ansichten der jungen Leute sein mögen, in ihren Anforderungen an die Hochschullehrer sind sie sich einig. Auf der Suche nach Vorbildern beginnen sie ihr Studium und reagieren mit Resignation und Verbitte-

rung, wenn sie von der Welt der Erwachsenen, angefangen bei den Eltern, über die Lehrer bis zu den Politikern, enttäuscht werden. Man könnte einschränken, daß diese Erwartungen, unreal und übertrieben, sich von selbst 'erledigen', da sich im Laufe der Jahre die Ansichten der jungen Leute verändern, sie selbst Züge entwickeln, die ihnen als Studenten noch kritikwürdig erschienen. Dagegen möchte ich zu bedenken geben, daß es immer wieder von neuem junge Studenten geben wird mit Idealen und hohen Anforderungen an die ältere Generation und daß es kein gutes Zeichen für eine Gesellschaft ist, wenn die Jugend resigniert, sich anpaßt, so wird wie die Alten. Gerade in einer Zeit, da zwei Gesellschaftsordnungen aufeinanderstoßen, einander ablösen, ist es besonders wichtig, der Jugend eine Orientierung zu geben, und zwar in erster Linie durch persönliches Vorbild. Die Studenten sollten nicht als Lehrobjekt betrachtet werden, sondern als Partner und künftige Mitstreiter, die später einmal die eigene Arbeit fortsetzen oder in einer anderen wichtigen Position die Entwicklung des Landes entscheidend beeinflussen könnten.

Ich glaube, die Hochschulen, die ihre Lehrer nur nach wissenschaftlicher Leistung aussuchen, vergeben die Chance, auf die charakterliche Entwicklung der akademischen Jugend einzuwirken. Ein Professor sollte nicht nur Wissensvermittler, er müßte Menschenformer, Vorbild und ein guter Pädagoge sein - hierin stimme ich den Studenten voll und ganz zu. Es wäre

sehr zu wünschen, wenn jeder, der an einer Hochschule lehrt, eine pädagogische Qualifikation und eine gewisse Praxis in der Erwachsenenbildung vorzuweisen hätte. Klaus Mann drückt das in seinem Roman "Der Wendepunkt" präzise aus, wenn er von drei unabdingbaren Qualitäten spricht, über die ein jeder im öffentlichen Leben Tätige verfügen sollte - Toleranz, Kompetenz, persönliche Ausstrahlung.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß es Persönlichkeiten mit diesen Eigenschaften an anderen Hochschulen ebenso gibt wie an der TU Dresden. Könnte Fabian sonst sagen: "Bei unserem Professor... kommt alles zusammen, was man vom Idealfall eines Professors erwartet. Er besitzt Ausstrahlung, seine Vorlesungen sind eine wahre Messe, klar, gut formuliert, aufgelockert. Er ist als Mensch ebenso vorbildlich wie als Pädagoge und Fachmann... Mit ganzer

Seele hängt er an der Fakultät, an der er seit vielen Jahren arbeitet, und vertritt nicht nur die Interessen der Professoren, sondern setzt sich vor allem für studentische Belange ein." (S. 69)

Das Beispiel eines Hochschullehrers, wie es Fabian hier darstellt, und zweier Dozentinnen, über die Felicitas begeistert spricht (S. 99), lassen erkennen, mit welcher Anerkennung und Dankbarkeit es die Studenten zu würdigen wissen, wenn fachliche Leistung sich mit Vorlesungskultur verbindet. Dann gäbe es mehr Absolventen, die wie Steffen sagen, sie würden immer wieder studieren und sich immer wieder für das gleiche Fach an der gleichen Universität entscheiden. (S. 14)

Inge Bretschneider, Diplomfremdsprachenlehrerin, war bis 1992 an der TU Dresden tätig, jetzt im Vorruhestand

Literatur:

Inge Bretschneider: Studentenprotokolle. Schicksale und Gedanken junger Leute um die Wendezeit. Dresden 1995, 128 S.

Siegfried Kiel (Halle/S.):

"Hochschulerneuerung" an ostdeutschen Hochschulen aus dem Blickwinkel heutiger Verantwortungsträger Versuch eines Vergleichs und einer kritischen Sichtung*

Ausgangsüberlegungen

Es gibt inzwischen nicht wenige Veröffentlichungen, die sich kritisch mit den Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen in den letzten Jahren, mit dem, was mit oder ohne Anführungsstriche "Hochschulerneuerung" genannt wird, auseinandersetzen. In dem eigenen Bemühen um eine kritische Begleitung der genannten Veränderungen [1] wurde bald deutlich, daß in der Öffentlichkeit, in den Medien, aber auch - jedoch mit beträchtlichen Differenzierungen - in Publikationen immer mehr jene Stimmen die Oberhand gewinnen (heute muß man sagen: gewonnen haben), die diese Veränderungen grundsätzlich als notwendig, richtig und rechtens ansehen. Diese Stimmen kamen und kommen vorwiegend aus Regierungen, großen Institutionen und Verbänden, von Rektoren und anderen Funktionsinhabern.

Auch der entschiedene Kritiker der konservativen "Hochschulerneuerung" - so meine Ausgangsüberlegung - muß die Aussagen, Urteile und Wertungen heutiger Funktionsinhaber im bzw. für den Hochschulbereich, also der Verantwortungsträger in Politik, einflußreichen Institutionen und an den Hochschulen selbst, zur Kenntnis nehmen und versuchen, sich mit ihnen argumentativ zu befassen. Dies kann auf zweierlei Wegen

versucht werden. Der eine Weg würde darauf gerichtet sein, die verschiedenen Aussagen, Urteile und Wertungen den verschiedenen Gruppen von Verantwortungsträgern zuzuordnen oder, anders formuliert, Typisches in den Erklärungs- bzw. Rechtfertigungsversuchen verschiedener Gruppen von Funktionsinhabern herauszufinden, zu vergleichen und - soweit dies möglich oder geboten erscheint - einer kritischen Wertung zu unterziehen. Ich will dies nachfolgend versuchen. Ein zweiter Weg, der hier nur benannt, aber nicht beschränkt werden kann, würde darauf hinauslaufen, bestimmte (mehr oder weniger komplexe) inhaltliche Kriterien oder Fragestellungen zu finden und dann zu prüfen, wie verschiedene Personengruppen zu ihnen stehen, welche Affinitäten jeweils existieren [2].

Nachfolgend wird also der zuerst genannte Weg beschränkt, und zwar so, daß vier Gruppen von Verantwortungsträgern gebildet werden:

1. Gruppe: Regierungsrepräsentanten,
2. Gruppe: Vertreter der großen wissenschaftlichen Institutionen und Verbände (vor allem des Wissenschaftsrates und des Deutschen Hochschulverbandes),
3. Gruppe: Rektoren ostdeutscher Universitäten,
4. Gruppe: ausgewählte westdeutsche

Universitätsprofessoren, die zu Akteuren oder Beteiligten der vollzogenen "Hochschulrenewal" in den neuen Ländern wurden (z. B. Gründungsdekane).

Im Interesse der Darstellungslogik und

Aussagen und Wertungen von Regierungsvertretern

Beginnen wir mit der Ebene Bund bzw. Bundesregierung: Sofern es regierungsamtliche Äußerungen zur Situation und zu den Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen gibt, sind sie Bestandteil einer, wie Bundesminister Jürgen Rüttgers formuliert, "Erfolgsstory" [3]. Heute bestehe ein "regional, fachlich und institutionell differenziertes Angebot an Hochschulen" mit 16 Universitäten, 22 öffentlichen Fachhochschulen und 12 Kunsthochschulen an 27 Standorten. Hochschulgründungen in nichtstaatlicher Trägerschaft ergänzten dieses Spektrum. Verwiesen wird auf das "Hochschulsonderprogramm (HEP)", das "Wissenschaftlerintegrationsprogramm (WIP)", die erfolgreiche Förderung der Graduiertenkollegs, die Erprobung von "Innovationskollegs" und "neue Ansätze im Fernstudium" [4]. - Erfolge also auf der ganzen Linie, so der vermittelte Eindruck.

Für die Bundesregierung (und wie wir sehen werden, nicht nur für sie) hat der Entwicklungsverlauf im deutschen, speziell ostdeutschen Hochschulwesen ein klares Ergebnis erbracht, das der Generalsekretär der die Regierung maßgeblich bestimmenden Partei, der CDU, Peter Hintze, in folgende Aussageform bringt: "Die Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Hochschulsysteme in der alten Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern zu einer ge-

auch des besseren Verständnisses wegen wird nachfolgend darauf verzichtet, die Aussagen immanent zu kommentieren und zu werten. Ich lege mir also bewußt Zurückhaltung auf und will bemüht sein, eigene Sichtweisen sparsam einzusetzen.

meinsamen Hochschul- und Forschungslandschaft ist strukturell und organisatorisch abgeschlossen." Damit sei "ein wichtiger Beitrag zur inneren Einheit geleistet worden", und die "Neuordnung der Hochschulstrukturen in den neuen Bundesländern" sei zugleich "ein wichtiger Impuls für die notwendige Reform des deutschen Hochschulsystems" [5].

Wir werden sehen, daß sich diese Aussagen wie ein roter Faden durch viele offizielle und offiziöse hochschulpolitische Verlautbarungen hindurchziehen. Eine ausführliche Wortmeldung liegt z. B. von Ex-Bundesminister Karl-Hans Laermann vor. In einem im Jahre 1994 gehaltenen Vortrag stellte er fest, daß die "Zielstellungen des Einigungsvertrages in großem Umfang umgesetzt" seien. "Das zentralistisch geprägte Bildungssystem der DDR" sei in ein "freiheitlich orientiertes, föderativ und pluralistisch strukturiertes sowie inhaltlich differenziertes Bildungswesen" umgewandelt worden [6]. Es habe sich das Angebot an Studienplätzen wesentlich erhöht, und inzwischen gebe es im Osten Deutschlands im Vergleich zu den alten Bundesländern "sehr viel bessere(n) Studienbedingungen" [7].

Dann folgen bei Laermann zwei Sätze, fast unvermittelt, aber inhaltsschwer: "Mehr als 30 000 Mitarbeiter an Hochschulen und Forschungseinrichtungen

hatten sich einer fachlichen Evaluierung und Überprüfung der persönlichen Integrität zu unterziehen. Die im Zeitraum 1992 bis 1994 vollzogene Neubesetzung von 7500 Professuren ist in der deutschen Hochschulgeschichte einmalig." [8] Daß diesem Vorgang eine ganz andere Einmaligkeit in der deutschen Hochschulgeschichte vorausging, wird hier - dies muß an dieser Stelle ganz einfach eingeflochten werden - bewußt verschwiegen: die vieltausendfache Entlassung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, darunter vieler aus dominant politischen Gründen, d. h. weil sie sich in der DDR nicht nur wissenschaftlich, sondern auch durch die Ausübung gesellschaftlicher bzw. staatlicher Funktionen politisch engagiert hatten.

Doch zurück zu Ex-Minister Laermann. Sein Resümee zu den Veränderungen im ostdeutschen Hochschulwesen lautet: Der "Rohbau der Hochschullandschaft" sei fertiggestellt. Jetzt gehe es um die "Innengestaltung, um die inhaltliche Profilierung", und nun beginne der "eigentliche Erneuerungsprozeß" [9]. Er erkennt an den ostdeutschen Hochschulen ein "Erneuerungspotential", das genutzt werden sollte, "um die notwendigen Reformen in den alten Bundesländern und ihren Einrichtungen durchzuführen". Gar "maßgebliche Impulse" erhofft er sich aus dem Osten [10].

Lassen wir dies zunächst so stehen und werfen wir einen Blick in die Gedankenwelt ostdeutscher Landesminister. Hier muß der Umstand beachtet werden, daß die meisten Wissenschaftsminister der neuen Länder, die in den letzten Jahren sozusagen die "grobe Arbeit" geleistet haben, nicht mehr im Amt sind. Sie wurden entlassen, abgewählt oder wollten

bzw. konnten nicht mehr ihr Amt ausüben. Es seien nur die Namen Sobetzko und Frick in Sachsen-Anhalt, Fickel in Thüringen sowie Wutzke und Schnoor in Mecklenburg-Vorpommern genannt. Einer war vor ihnen allen da und hat ebenso alle politisch überlebt: der letzte Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR und seit November 1990 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, der Anglist Hans Joachim Meyer. Wahrscheinlich ist es nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß er in der deutschen Hochschulgeschichte der Minister ist, der - beginnend im letzten Jahr der DDR - die meisten Entlassungen von WissenschaftlerInnen zu verantworten hat. Der Begriff der "schwarzen Listen" (1992) ist in der jüngsten Hochschulgeschichte untrennbar mit seinem Namen verbunden. Es gibt inzwischen von Meyer eine Vielzahl schriftlicher Zeugnisse, die sein Selbstverständnis und sein Werturteil zum Umbruch des ostdeutschen und - in den letzten Jahren - speziell sächsischen Hochschulwesens zum Ausdruck bringen. Hier können nur einige Kernaussagen hervorgehoben werden. Eine von ihnen, mit der offensichtlich das eigene hochschulpolitische Handeln in der Gegenwart legitimiert werden soll, und zwar in Gestalt einer grundlegenden Kritik der Hochschulpolitik und -praxis der DDR, lautet: "Entscheidend für die Beurteilung der Hochschulpolitik in der DDR bleibt, ... daß sie die Universitäten und Hochschulen als eigenverantwortliche akademische Gemeinschaften, als Stätte der freien Lehre und Forschung und als Ort kritischer Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Zeit systematisch zerstörte und sie zu einem Produzenten von politisch einfügbaren Absolventen und von dringend

gebrauchten Forschungsergebnissen machen wollte." [11] Aus einer solchen Sichtweise leitet er die Verpflichtung ab, so eine weitere Kernaussage, "durch eine gründliche personelle und strukturelle Reform und durch ein Hochschulrecht, das der Freiheit von Lehre und Forschung dient, den erzwungenen Bruch in der europäischen Universitätstradition zu heilen und zugleich den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zugewandte Hochschulen zu schaffen." [12] Ebenso prinzipiell liest sich schließlich das Resultat der Umsetzung der genannten Verpflichtung: "In historisch kurzer Zeit haben wir das gesamte Hochschulwesen personell und strukturell erneuert - und dies bei fortlaufendem Lehrbetrieb." [13] In diese Logik paßt dann auch ein (Zwischen-)Resümee der "personellen Erneuerung" an den Hochschulen Sachsens, das zugleich einen Einblick in die Gedankenwelt dieses Ministers erlaubt: "Auch wenn es uns ... gelingt, ... das Ansehen unserer Universitäten und Hochschulen wieder herzustellen, auch wenn wir die Grundlagen einer neuen Hochschulstruktur schaffen, so wird dies doch für Tausende, deren Integrität und Kompetenz unbestritten ist, keine Chance mehr bieten (von den aus vorwiegend politischen Gründen entlassenen WissenschaftlerInnen ist hier schon nicht mehr die Rede! -S.K.). Geschichte ist kein Lesebuchtext. Auch Gutes und Richtiges erfordert seinen Preis. Bei uns zahlen viele mit dem Ende ihrer beruflichen Chance für ein funktionstüchtiges und finanzierbares Hochschulwesen. Für sie kam die Wende zu spät..." [14]

Wenn man sich als Rezipient der Selbstzeugnisse des Ministers und konservativen Intellektuellen zwingt, alle Emotionen

beiseite zu lassen, dann können diese auch im Detail sehr interessant sein. Dafür nur ein Beispiel: In einem Interview wurde er mit dem Problem konfrontiert, daß den im Ergebnis der Tätigkeit von "Personalkommissionen" gekündigten Wissenschaftlern faktisch "für alle Zeiten Wissenschaft als Beruf" verwehrt sei. Seine Antwort ist bezeichnend: "Ich habe Wissenschaftlern nicht 'für alle Zeiten Wissenschaft als Beruf' verwehrt, sondern festgestellt, daß sie gegenwärtig grundsätzlich für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht in Frage kommen"; 'grundsätzlich' "heiße nicht" 'ausnahmslos', sondern vom 'Grundsatz her'" [15].

Da wissen wir es also, da wissen es vor allem die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen faktisch für immer - so ist doch die Realität - die Chance genommen wurde, Wissenschaft als Beruf an einer Hochschule auszuüben.

Meinerseits wurde auch geprüft, ob bei den ostdeutschen Hochschulministern Ansätze einer selbstkritischen oder reflexiven Sicht ihres Wirkens, speziell auf dem Gebiet der "personellen Erneuerung", existieren. Man findet einige Passagen, die vielleicht in diese Richtung hindeuten, jedoch völlig überdeckt sind vom Gestus des Rechtfertigens und des Erfolgsdenkens. So räumt Sachsen-Anhalts Ex-Minister Rolf Frick schon ein, daß es "bedauerlicherweise Fehler gab, die für die Betroffenen schwerwiegende persönliche Konsequenzen zur Folge hatten" [16], und man "bei ruhiger Überlegung aus heutiger Sicht wahrscheinlich etwas anders" an die Dinge herangehen würde [17], aber übergreifend steht die Aussage, daß nahezu alle Personalkom-

missionen "hervorragende Arbeit" geleistet hätten [18]. Und Minister Meyer, um ihn nochmal zu zitieren, betont zwar, daß personelle Entscheidungen "zur drückenden Last" würden, um jedoch damit die rhetorische Frage zu verbinden: "Und wo ist bitte die Personalkommission, die sich für unfehlbar hält?" [19]

Solche Passagen sind bei den Ministern

Aussagen und Wertungen der Vertreter der (großen) wissenschaftlichen Institutionen und Verbände

An der Spitze muß hier natürlich der einflußreiche Wissenschaftsrat genannt werden. Seine Vorschläge und Empfehlungen über den Umbau des ostdeutschen Hochschulwesens hatten - ungeachtet bestimmter Abweichungen in dieser oder jener Einzelfrage im Prozeß der Umsetzung - weitreichende Wirkungen, und es dürfte eher untertrieben sein, wenn sein Generalsekretär, Winfried Benz, feststellte: "Der Wissenschaftsrat muß im Rückblick auf die Wirkungen seiner Beiträge zur Entwicklung der Hochschullandschaft in Berlin und den fünf neuen Bundesländern ... nicht unzufrieden sein." [20] Viele, ja die meisten seiner Empfehlungen sowohl zur außeruniversitären Forschung als auch zu den Hochschulen seien umgesetzt [21].

Der Wissenschaftsrat ging bei seiner Tätigkeit - hier stütze ich mich vor allem auf Hans-Joachim Bieber, einen Insider dieses Rates - von einem ganz bestimmten DDR-Bild, genauer: einem eigenen Bild des DDR-Hochschulwesens aus. Man sah sozusagen die DDR-Hochschulen mit den Augen des Westens. Auf der Grundlage dieses DDR-Bildes, einem Gemisch, so könnte man sagen, von vielen adäquaten, aber auch einigen ver-

bzw. Ex-Ministern eher Beiwerk. Als unmittelbar Verantwortliche für das Geschehen an den ostdeutschen Hochschulen versuchen sie, es mit verschiedensten Argumenten zu legitimieren. Für sie gibt es kaum Zweifel: Das Geschehene war notwendig und prinzipiell richtig. Die eigene politische und machtbezogene Interessenlage widerspiegelt sich in ihren jeweiligen Aussagen und Urteilen.

zerrten Wahrnehmungen [22], ging der Wissenschaftsrat daran, sowohl für die "großen" Fächer bzw. Fächergruppen als auch übergreifend Empfehlungen und Leitlinien für die ostdeutsche Hochschulentwicklung vorzulegen. Zu den übergreifenden Leitlinien gehören:

- "Fachliche Erneuerung, wo nötig",
- Nichtweiterführung von Spezialhochschulen,
- Gründung von Fachhochschulen,
- "Entspezialisierung der Studiengänge",
- "Stärkung der Forschung an den Universitäten",
- regional gleichmäßige Verteilung von Studienangeboten [23].

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollten wir die Umsetzung dieser "Leitlinien" en detail analytisch erfassen und werten, so wie dies z. B. Benz für den Wissenschaftsrat selbst versucht hat [24].

Eine Antwort auf die übergreifende Frage, was denn nun in Umsetzung der Empfehlungen und Leitlinien des Wissenschaftsrates in Ostdeutschland erreicht wurde oder auch nicht, gibt Bieber mit folgender Grundaussage: "Erreicht wurde eine Anpassung des Wissen-

schaftssystem der ehemaligen DDR an das der alten Bundesrepublik, in kurzer Zeit und in einem crash-Verfahren ohne Beispiel, nicht aber - entgegen anfänglichen Vorstellungen im Wissenschaftsrat - ein Gesamtkonzept für ein neues gesamtdeutsches Wissenschaftssystem. Es wurde, wie sich schnell zeigte, nicht einmal versucht." [25] Und ergänzend fügt er hinzu: "Ein wirklicher Dialog über Veränderungen des Wissenschaftssystems der ehemaligen DDR, die anders gewesen wären als dessen Anpassung an etablierte westdeutsche Strukturen, wurde kaum geführt, ebensowenig über Veränderungen im westdeutschen System." [26]

Umbau und Neustrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern standen, wie Generalsekretär Benz zusammenfassend feststellte, "a priori unter der Vorgabe der 'Einpassung' in die im Westen bestehenden föderalen Strukturen". Mit dem Beitritt der DDR zur BRD, der damit verbundenen Geltung des Hochschulrahmengesetzes und anderer Rechtsvorschriften sowie dem "ungeheuren Anpassungsdruck" auf die institutionelle Hinterlassenschaft der DDR "blieb so gut wie kein Spielraum für echte Alternativen zum westdeutschen Hochschulsystem oder für dritte Wege" [27].

Kein Spielraum für Alternativen - dies ist nicht nur eine zentrale These der Verantwortlichen des Wissenschaftsrates, sondern auch vieler anderer Verantwortungsträger in der Politik und im Hochschulwesen.

Die grundlegenden Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen hat von Anfang an die Hochschulrektoren-Konferenz mitgetragen und mitinitiiert. Aber

man muß ihr bescheinigen, daß sie - manifestiert in den Äußerungen ihres Präsidenten Hans-Uwe Erichsen - diese Veränderungen in einigen Punkten auch kritisch begleitet und gegenüber den politischen Verantwortungsträgern, z.B. im Freistaat Sachsen, etwas mehr Augenmaß angemahnt hat. So hat Erichsen schon im Jahre 1991 eine "fast unerträgliche Unsicherheit im Hinblick auf die Frage der Stellenausstattung und im Hinblick auf den künftigen Status der Einrichtung" für Sachsen konstatiert und ferner festgestellt, daß die sächsische Hochschulentwicklung auch deshalb bedroht sei, "weil die wirklich guten Wissenschaftler angesichts dieser Situation zum Verlassen der Hochschule und des Landes geradezu motiviert" würden [28]. Und es klingt schon etwas resignierend, wenn Erichsen einige Jahre später, während eines Festvortrages am 12.10.1994 an der Universität Leipzig, feststellt: "Wir haben... mit unserem Appell, einer wenn auch grundlegenden, so doch im einzelnen selektiven und behutsamen Erneuerung (der ostdeutschen Hochschulen - S.K.) wenig Gehör gefunden." [29]

Solche Worte wird man bei den Vertretern des dritten von uns zu nennenden wissenschaftlichen Gremiums bzw. Verbandes, des Deutschen Hochschulverbandes, der Interessen- und - so wird man wohl sagen können - Standesvertretung der Universitätsprofessoren und -dozenten, vergebens suchen. Wenn man heutige Wortmeldungen des Hochschulverbandes bzw. seiner Vertreter verstehen will, sollte man folgenden Hintergrund beachten: Sehr frühzeitig, schon im Herbst 1989, hat dieser Verband seine Fühler in Richtung ostdeutsche Hochschulen ausgestreckt, um - wie es sein

Präsident Hartmut Schiedermaier formulierte - "echte Wissenschaftler" zu suchen [30], zu fördern und später auch, so wird man aus heutiger Sicht hinzuzufügen haben, auf bestimmte Posten zu lancieren. Man suchte also und fand kongeniale Partner, darunter auch Wissenschaftler, die zu DDR-Zeiten Behinderungen und Pressionen zu ertragen hatten.

In jedem Falle war und ist das Wahrnehmungsmuster des Deutschen Hochschulverbandes selektiv. Nur den nach den eigenen Maßstäben als "unbescholten", "echt" oder "verdient" auserkorenen Personen galt sein Interesse. Ich kenne keine einzige Äußerung des genannten Verbandes, in der auch nur ein Gedanke über das Schicksal der vielen, vorwiegend aus politischen Gründen in den letzten Jahren entlassenen Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter verschwendet wurde. Selbst dort, wo er sich für die sozialen Belange ehemaliger Hochschullehrer in Ostdeutschland einsetzt, speziell für die Verbesserung der Altersversorgung, die Aufhebung der "Kappungsgrenzen", ist sein Ansatz selektiv. Seine diesbezügliche Stellungnahme trägt die bezeichnende Überschrift "Unbescholtene Hochschullehrer nicht der Armut überlassen" [31].

Ansonsten ist der Deutsche Hochschulverband mit der Entwicklung der ostdeutschen Hochschulen, die er aktiv mit beeinflußt hat, hoch zufrieden. Aus dem Munde von Präsident Schiedermaier klingt das so: "Daß die Normalisierung und Konsolidierung der Universitäten in den neuen Bundesländern inzwischen soweit fortgeschritten sind, ist nicht zuletzt das Verdienst der Kolleginnen und Kollegen, die sich an dem jetzt weitgehend abge-

schlossenem Prozeß der personellen Erneuerung neben den hierfür verantwortlichen staatlichen Instanzen maßgeblich beteiligt haben. Es dürfte neben den Hochschullehrern (man weiß, welche Gruppe von ihnen gemeint ist - S.K.) keine Berufsgruppe geben, die mit dem gleichen Ernst, dem gleichen Verantwortungsbewußtsein und der gleichen Konsequenz das Werk ihrer personellen Erneuerung betrieben hat. In dem, was hier teilweise unter unsäglichen Mühen und persönlichen Opfern geleistet worden ist, feiert die Autonomie der Universität einen Triumph. ...Heute können wir nach sorgfältiger Prüfung und ohne Übertreibung feststellen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keinen Ort gibt, in dem die Wiederherstellung der inneren, geistigen Einheit so weit fortgeschritten ist wie in den Universitäten." [32] Dieser Standpunkt ist schon konsequent und nicht unlogisch - nach all den an den ostdeutschen Hochschulen vollzogenen Selektionen, Entlassungen und Neubeförderungen. Entstanden ist, speziell an den Universitäten Ostdeutschlands, eine (wieder) gut ausgewählte und mit Privilegien ausgestattete Professorenschaft, in der man weitgehend einen Garant für ein ganz bestimmtes Profil von "geistiger Einheit" erblickt. Ebenso folgerichtig ist es übrigens, wenn der Deutsche Hochschulverband nunmehr für ein Studium an den ostdeutschen Universitäten wirbt und hierbei die "hervorragenden Studienbedingungen" mit kleinen Lehrveranstaltungen und einem Betreuungsverhältnis von 1:9 (West 1:26) hervorhebt [33].

Halten wir fest: Die Vertreter der großen wissenschaftlichen Institutionen und Verbände blicken "nicht unzufrieden" (Benz) auf den "Umbau" des ostdeutschen Hoch-

schulwesens zurück, den man aktiv mitgetragen und z.T. mitgestaltet hat. Ihre Expertisen, Empfehlungen, Leitlinien und z.T. auch Kritiken im Detail begleiteten und förderten den Prozeß der grundlegenden Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens nach den Mustern und Leitbildern der Hochschulen des westlichen Deutschlands. So differenziert und nuanciert ihre Urteile auch sind - siehe Erichsen -, die im konservativen Geist

Aussagen und Wertungen ostdeutscher Universitätsrektoren

Nachfolgend soll auf einige Kernaussagen dreier Universitätsrektoren eingegangen werden, die eine aktive Rolle bei der Umgestaltung ihrer Universitäten gespielt haben und weiter spielen: Gerhard Maess (Universität Rostock), Gunnar Berg (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Cornelius Weiss (Universität Leipzig). Alle drei Rektoren haben sich zusammenhängend auf einem Symposium der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, das im Jahre 1994 in Halle (Saale) unter dem Thema "Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern" stattfand, geäußert. Wir beziehen uns nachfolgend vor allem auf die dort gehaltenen Beiträge [34].

Erstaunliche Aussagen, die kaum in das gängige offizielle Wertungsmuster passen, lieferte Gerhard Maess. "In Rostock", so lautete seine erste These, "erfolgte die Universitätserneuerung von innen heraus" [35] - gemeint war die zeitliche Phase Herbst 1989/90. Hier wurde noch eine (modifizierte) Drittparität und eine Rotation in den Fachbereichs- bzw. Klinikabteilungen praktiziert, und zwar im Gegensatz zur heutigen "Glorie der Kli-

vollzogene Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen, speziell die "personelle Erneuerung" mit all ihren Konsequenzen für die betreffenden Wissenschaftsdisziplinen und die betroffenen Menschen, wurde und wird als ein notwendiger und faktisch alternativloser Vorgang angesehen, dessen Legitimation vor allem in den politischen Entscheidungen der Parlamente und Regierungen gesehen werden.

niksleitung auf Lebenszeit". Es gebe Beispiele, daß bereits im Stadium der Zusammensetzung von Beiräten und Berufungskommissionen "unter parteipolitischen Gesichtspunkten hineinregiert wurde" [36].

Eine weitere Grundaussage von Maess lautet: "Die Hochschulautonomie endete in Rostock mit der Wahl der neuen Landesregierung im Oktober 1990." [37] Damit wurde der Universität auch die personelle Erneuerung aus der Hand genommen. Der Rektor weiß gewiß, wovon er spricht, wenn er seine Meinung bekundet, "daß Integration auf längere Sicht für die Gesellschaft besser gewesen wäre als Ausgrenzung" [38]. Er beklagt heutige Reglementierungen an der Universität, die kaum Gestaltungsräume ließen. Und offensichtlich aus einem Gemisch von Anklage, Bedauern und wohl auch ein wenig Resignation heraus wird schließlich gefragt: "Warum muß in Rostock die Drittparität abgeschafft, die Mitsprache von Mitarbeitern und Studenten, von Personal- und Studentenrat eingeschränkt werden, wenn sich das dort bewährt hat?" [39] Ja, warum wohl? Von bemerkenswerter Offenheit ist auch die These, daß "die Fachstruktur der

Hochschulen des Landes" das "Ergebnis von Lobbyismus" sei. Auf verhaltenen Optimismus wollte der Rektor dennoch nicht verzichten: "Studieren in den neuen Bundesländern bietet trotzdem Vorteile." [40]

Ganz anders lesen sich die Darstellungen des Rektors der Halleschen Universität, Gunnar Berg. Für ihn beginnt die Hochschulerneuerung faktisch erst mit der Wahl der Landtage im Jahre 1990 und der Tätigkeit der Landesregierung. "Besonders ideologiebelastete Sektionen und Fakultäten" seien "abgewickelt" worden, wobei bezeichnenderweise hinzugefügt wird, daß dies "auch teilweise inkonsequent" geschehen sei [41]. Er konnte dem versammelten Auditorium berichten, daß im wesentlichen "belastete" und mit dem DDR-System eng liierte Personen nicht mehr der Universität angehören [42]. Für ihn war und ist die "Erneuerung" der Universität - vielleicht von dieser oder jener Einzelheit abgesehen - rechtens, richtig und notwendig. Bezeichnend für die Haltung von Berg ist auch seine in der freien Diskussion geäußerte Hoffnung, daß man "doch so viele Keime" hat legen können, "daß einfach keiner der Universitätsöffentlichkeit gegenüber wagen kann, das dann wieder zu stoppen..." [43].

Beistand erhält Berg durch seinen Prorektor Martin Luckner. Ihn bewegt vor allem die Frage, wie weiter Personal "abgebaut" werden kann. Mit Bedauern stellt er fest, daß nunmehr die "Regelungen des Einigungsvertrages... ausgelassen seien und eine Kündigung "nur unter großen Kraftanstrengungen" möglich sei. Man sollte deshalb darüber nachdenken, "ob es nicht rechtliche Sonderregelungen für die neuen Bundesländer ge-

ben kann", die Kündigungen weiterhin erleichterten [44].

Sucht man bei Berg und Luckner nach einer selbstkritischen Reflexion der in den letzten Jahren an den Universitäten geschaffenen neuen Tatsachen, so wäre nur eines zu sagen: Fehlmeldung.

Wie Berg hat auch der Rektor der Universität Leipzig, Cornelius Weiss, den Umgestaltungsprozeß an den Hochschulen mitgetragen und mitgestaltet. Doch der Unterschied hinsichtlich Wertung und Reflexion ist beträchtlich. Für Weiss steht zunächst fest, daß nach "40 Jahren ideologischer Bevormundung durch eine wissenschaftsfremde, vermutlich wissenschaftsfeindliche, auf jeden Fall aber gegenüber der Wissenschaft extrem mißtrauischen Politbürokratie, nach Jahrzehnten fast perfekter Abschottung vom internationalen wissenschaftlichen Leben und der daraus resultierenden Provinzialität und Kleingeisterei und nach langen Jahren völlig ungenügender Investitionen... die ostdeutschen Hochschulen einer umfassenden Erneuerung an Kopf und Gliedern bedurften" [45]. Die Veränderungen der letzten Jahre nennt Weiss eine "ungeheure Aufbauleistung", wozu die "Lufthansaprofessoren" und die "Gründungsdekane" aus den alten Ländern wichtige Hilfestellung geleistet hätten. Deren "Solidarität" erfahren zu haben, sei ein "bewegendes Erlebnis" gewesen [46]. Daß nicht wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen keinerlei Chance für eine aktive Mitgestaltung an der Erneuerung der Universität gegeben wurde, die Dinge gewiß anders sehen, sei hier wenigstens angemerkt.

Aufmerksam wird der Leser, wenn Weiss zu seinen kritischen Reflexionen ansetzt.

Er beklagt vertane Chancen im vollzogenen Prozeß der "Erneuerung". So blieben der Universität "kaum Gestaltungs- und Freiräume für die Erprobung innovativer und unorthodoxer... Strukturen in Forschung und Lehre" [47]. "Wir wurden vielmehr angehalten..., uns strikt an die westdeutschen - und wie wir inzwischen gelernt haben, damals jedoch nicht wußten - keineswegs optimalen Strukturen anzupassen. Jedes Hinterfragen dieser Strukturen galt als ungehörig" [48].

Dies sind schon wichtige Selbsterkenntnisse eines Rektors, die man anderen Verantwortungsträgern im Hochschulbereich zur genauen Kenntnisnahme eigentlich nur empfehlen kann. Das gilt auch für die kritische Sicht auf den massiven Stellenabbau, insbesondere seine moralischen Konsequenzen. Es sei zu "Denunziationen, zu einem Kampf aller gegen alle", zu einem "gewaltigen Verdrängungswettbewerb" und zur Schaffung von neuem Unrecht gekommen [49]. Als ein sächsischer Landespolitiker die Politik der Entlassungen und Ausgrenzungen im Hochschulbereich anhand geschöner Zahlen zu relativieren versuchte, konterte Weiss, daß im Freistaat Sachsen "ein paar Tausend" Wissenschaftler ohne Kündigung die Hochschulen verlassen mußten und die "verdeckten Kündigungen" in der (üblichen) Statistik nicht enthalten seien [50].

Die hier wiedergegebenen und - so könnte man sagen - auf einem "Insider Symposium" vorgetragenen Auffassungen der genannten Amtsinhaber sprechen für sich. Es muß nur der Vollständigkeit wegen konstatiert werden, daß es auch andere Äußerungen und Bekundungen von ihnen gibt, die das Gesagte z.T. kontrastieren. So hat der Rektor der

Universität Rostock, G. Maess, den wir u.a. mit seiner Meinung "Integration statt Ausgrenzung" zitierten, im Jahre 1995 eine Verfahrensordnung für seine Universität unterschrieben, die bei der Neueinstellung des "nichtwissenschaftlichen (!) Personals" (offensichtlich weiterhin) eine "Regelanfrage" bei der Gauck-Behörde" vorsieht [51]. Und der Rektor der Universität Leipzig, C. Weiss, überraschte in neueren Meinungsbekundungen mit der Feststellung, daß - auch in Anbetracht der ungelösten Probleme an den westdeutschen Hochschulen (z.B. permanente "Überlast") - nun "die Stunde" der ostdeutschen Hochschulen gekommen sei. "Durch das Fegefeuer der Erneuerung geläutert, reformerfahren und mit wieder erwachendem Selbstbewußtsein sollten wir uns in der Reformdebatte zu Wort melden. ... Wir haben das Zeug, einen eigenständigen Beitrag zur Reform des bestehenden Hochschulsystems zu leisten..." [52]

Besonders durch die letzten Beispiele dürfte die Widersprüchlichkeit des Denkens und Agierens deutlich geworden sein, das für nicht wenige heutige Rektoren, Prorektoren, Dekane und andere Funktionsinhaber an den Universitäten gilt. Sie gehörten, sofern es Ostdeutsche sind, in der Regel zu den ersten, oftmals in einem "verkürzten" oder "außerordentlichen" Verfahren berufenen Professoren ("neuen Rechts") und sind mit beträchtlichen (statusbezogenen) Privilegien ausgestattet. Mir ist keiner von ihnen bekannt, der in grundsätzlicher Weise gegen die konservative "Hochschulerneuerung", speziell gegen die politisch motivierte Überprüfung und Entlassung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern öffentlich aufgetreten wäre.

Man hat die Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens mitgetragen und aktiv mitgestaltet, die einen mit großem Eifer, die anderen mit mehr Zurückhaltung und verbunden mit kritischen Kommentaren. Aber Kritik, sofern sie überhaupt artikuliert wird, betraf und betrifft zumeist nur einzelne Seiten oder Momente der Umgestaltung bzw. bestimmte Gegebenheiten der eigenen Universität. Diese zusammenfassende Wertung ergibt sich m.E. folgerichtig, wenn man sich das gesamte Wirken und die gesamten Bekundungen heutiger Amtsinhaber an den ostdeutschen Universitäten

Ansichten westdeutscher Professoren, die zu Akteuren oder Beteiligten der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens wurden

Aus der nicht kleinen Zahl von dafür in Frage kommenden Personen habe ich zwei ausgewählt, die sich mehr oder weniger systematisch und kenntnisreich zu dem hier interessierenden Problemkreis geäußert haben: Hans-Hermann Hartwich, ehemals Gründungsdekan für Philosophie und Sozialwissenschaften sowie eine Zeitlang Prorektor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, und Wolfgang Schluchter, Soziologe an der Universität Heidelberg und ehemals Gründungsdekan für die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig.

Hartwich, der m.E. zu den Akteuren der konservativen Hochschulerneuerung gehört, hat eine Art Systematik der Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen, speziell der Universität Halle, vorgelegt und im übrigen nicht wenige (auf Insider-Wissen beruhende) Detailaussagen geliefert. Bei ihm kann man nachlesen, welche Rolle die Mitglieder

ten vergegenwärtigt. Ob damit allerdings das Denken und Handeln eines jeden von ihnen adäquat erfaßt ist, soll hier als Frage stehenbleiben. Ebenso soll hier angemerkt werden, daß für den Verfasser die von C. Weiss auf dem genannten Leopoldina-Symposium geäußerten und von uns wiedergegebenen kritischen Reflexionen - bezogen auf die Situation an den Universitäten der DDR und bezogen auf den Prozeß der Umgestaltung an den ostdeutschen Universitäten - trotz ihres singulären Charakters zu den eindrucksvollsten Äußerungen eines heutigen Funktionsinhabers gehören.

des Deutschen Hochschulverbandes, die "Initiativgruppe zur Erneuerung der Universität", die Leopoldina, die Konrad-Adenauer-Stiftung, bestimmte Personen im Ministerium sowie "profilierter Einzelpersönlichkeiten" im, wie Hartwich formuliert, "eigentliche(n) Prozeß der Transformation", nämlich dem "Prozeß der personellen 'Erneuerung'" gespielt haben [53]. Vor allem diesem "eigentlichen Prozeß", dem, wie er auch schreibt, "personalpolitischen Kern jeder 'Erneuerung'" [54], gilt seine Aufmerksamkeit, ja sein Eifer. Die im Jahre 1990 an der Universität in Halle vorgenommene demokratische Wahl der neuen Universitätsleitung - bekanntlich fanden in jenem Jahr auch an anderen Universitäten derartige Wahlen statt - erscheint Hartwich nahezu suspekt: "Die neue demokratische Legitimation bedeutet keine Erneuerung. Im Gegenteil. Der Transformationsprozeß stockte. ... Das Hauptproblem, die personelle Erneuerung, setzte die staatliche Intervention voraus. Dies überforderte

jede Hochschulautonomie." [55] Das in einer solchen Perspektive die "Abwicklungen", die "Abberufungen" von Hochschullehrern und vor allem die Tätigkeit der "Personalkommissionen", die bekanntlich die politische Überprüfung der Wissenschaftler und anderen Universitätsangehörigen vorgenommen haben, positiv bewertet werden versteht sich fast von selbst. Im Detail von Interesse ist die Feststellung - hier ist ihm kaum zu widersprechen -, daß in den "Personalkommissionen" die "dezidierten Gegner der SED" dominiert hätte [56]. Selbst zu einem Zeitpunkt, als der Lehrkörper schon deutlich dezimiert war (1994), spricht er noch von einem "lähmend(en)... Personalüberhang" [57]. Im übrigen war für Hartwich die "Anpassung an die Grundlagen des westdeutschen Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschulsystems... infolge der politisch-administrativen Bedingungen unvermeidlich". Das Ende allerdings sei, so wird - jedoch ohne inhaltliche Untersetzung - hinzugefügt, "nicht Abschluß, sonder Beginn der Reformierung des deutschen Universitäts-systems" [58].

In zusammenhängender Form und in einer auch für den Kritiker der konservativen Hochschulerneuerung anregenden Weise hat sich Schluchter mit der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulsystems befaßt. Seine Kernaussagen können weitgehend als repräsentativ für die Gruppe der "Gründungsdekane" angesehen werden, so daß sich ein spezielles Resümee unsererseits für diese Gruppe erübrigt.

Für Schluchter ist die Veränderung der ostdeutschen Hochschulen im Kern eine "strukturelle Anpassung" an die Hoch-

schulen des Westens. Es habe eine Übertragung der Institutionen des Westens auf den Osten stattgefunden, eine "Verwestlichung des Ostens, strukturell und teilweise auch personell" [59]. Mit der "Erneuerung" der ostdeutschen Hochschulen sei zunächst ein "Modernisierungsschritt nachgeholt" worden [60]. Ostdeutsche Hochschulpolitiker förderten gegenwärtig eher, wie er weiter feststellt, "eine konservative Modernisierung der gesamtdeutschen Hochschulen, als daß sie die Innovation weitergäben, die aus der basisdemokratischen Phase des Umbauprozesses hervorgingen" [61]. Notwendig sei, "abermals eine strukturelle Reform", nun aber "in Ost und West" [62].

Auch für Schluchter hat es keine Alternative zur realen Entwicklung des ostdeutschen Hochschulsystems gegeben. Die "Chance zur Neuordnung" der gesamtdeutschen Hochschullandschaft sei "nie groß" gewesen [63]. Als Erklärungsmuster liefert er folgende Aussage: "Übertragung und Reform in einem, das war einfach zuviel." [64] In einem anderen Zusammenhang nennt er - weitergehend als in diesem eher pauschalen Urteil - eine Reihe von Gründen und Hintergründen für die vollzogenen Veränderungen. Die deutsche Vereinigung sei als "Beitritt" erfolgt, die DDR habe ihre Eigenständigkeit selbst aufgegeben und sich "freiwillig dem Grundgesetz und der westdeutschen Rechtsordnung" unterstellt. Es habe eine "Selbstanpassung" an die Bundesrepublik Deutschland schon vor der Vereinigung eingesetzt, wobei als Beleg die "Verordnung über Hochschulen (Vorläufige Hochschulordnung)" vom 18. September 1990, mit der "bereits in der DDR westdeutsches Hoch-

schulrecht Eingang fand", ausdrücklich genannt wird. Der "Umbau im Osten" sei schließlich durch die "Architekten der Vereinigung" unter "extrem kurze Fristen" gestellt gewesen [65]. "Erst allmählich",

so lautet eine Zusammenfassung der besonderen Art bei Schluchter, "können wir Atem holen und wieder nach Spielräumen für weitergreifende Reformen fragen..." [66].

Zusammenfassender Vergleich

1. So heterogen hinsichtlich bestimmter Merkmale die Personengruppen, deren Aussagen und Urteile wir versuchten zu analysieren, auch sind, so trifft doch für sie alle zu, daß sie - im unterschiedlichen Grade und teilweise zeitlich begrenzt - zu Wegbereitern, zu Akteuren der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens wurden. Sie waren und sind z. T. noch unmittelbar eingreifend-gestaltend und planend-konzeptionell an einem Prozeß beteiligt, den die einen als "Modernisierung" oder "Modernisierungsschritt", die anderen als "Transformation" oder "Erneuerung" und wiederum andere als "strukturelle Anpassung" an den bzw. "Überführung" in den Westen bezeichnen. Einige von ihnen sprechen, was, m.E. wohl am wenigsten nachvollziehbar ist, von einer "Zusammenführung" unterschiedlicher Hochschulsysteme sowie von einer Wiederherstellung einer "inneren, geistigen Einheit" speziell im (gesamt-)deutschen Hochschulbereich.

2. Die "Erneuerung" der ostdeutschen Hochschulen, so wie sie erfolgte, konnte - so der Tenor der Auffassungen - nicht anders verlaufen. Eine Alternative sei, auch in Anbetracht des Faktors Zeit, faktisch nicht gegeben gewesen. Von einem "Entweder-Oder" hat in diesem Zusammenhang kürzlich Bundespräsident Roman Herzog gesprochen [67]. Die "Erneuerung", so wie sie konkret vollzogen wurde, war - so die dominierende Sichtweise - notwendig, unvermeidbar

und auch rechtens, also durch das geschaffene Recht (Einigungsvertrag und Hochschulerneuerungsgesetze der Länder) legitim.

3. Damit ist bereits angeklungen, was heutige Verantwortungsträger und ihre kongenialen Partner als Rechtfertigungsgründe für das an den ostdeutschen Hochschulen Geschehene markieren. Es sind, sofern man sich überhaupt die Mühe macht, danach zu fragen, drei Gruppen von Gründen, die das eigene Handeln erklären und legitimieren sollen:

a) Man entwirft ein ganz bestimmtes Bild der Gesellschaft und speziell der Wissenschaft sowie des Hochschulwesens der DDR. Man braucht dieses Bild, vor allem über die im Vergleich zum westdeutschen Gesellschafts- und Hochschulsystem tatsächlich existent gewesen, z. T. aber auch nur so bezeichneten und definierten Defizite, um die "Überführung der Wissenschaft in den Westen" [68] plausibel erscheinen zu lassen.

b) Es erfolgt ein Verweis auf den gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands, seine Dynamik und seine politischen und rechtlichen Grundlagen, in Stichworten: die Ergebnisse der freien Wahlen, die Festlegungen des Einigungsvertrages, das (durch Wahlen) legitimierte Handeln der Landesregierungen, die Bestimmungen der Hochschulerneuerungsgesetze der Länder und - immer wieder - der "ungeheure Anpassungsdruck" und der

Zeitfaktor. - Damit wird nahezu alles erklärt und begründet, so daß - jedenfalls für viele der von uns vorgestellten Verfasser - kaum ein ernsthaftes und kritisches Hinterfragen der Ergebnisse und Folgen der mitgestalteten oder mitgetragenen "Hochschulenerneuerung" vorgenommen wird.

c) Als Legitimation des eigenen Handelns dient teilweise ein Zukunftsbild der (ost-)deutschen Universitäten. Für die (künftige) Freiheit der Forschung und Lehre, für die Universität der Zukunft müsse man auch zu "Opfern" bereit sein. - Daß hinter dem Freiheitspostulat, zumindest bei etlichen Akteuren, offensichtlich ein ganz bestimmtes Universitätsverständnis mit Professorendominanz und -privilegien steht, sei wenigstens hier angemerkt.

4. Wie ein roter Faden schließlich zieht sich durch die dargestellten Bekundungen die Hoffnung oder Erwartung oder der Appell, nunmehr, d.h. nach der Übernahme des westdeutschen Hochschulsystems im Osten, zu einer Reform der deutschen Hochschulen insgesamt zu gelangen. Teilweise werden Reformimpulse speziell von den ostdeutschen Hochschulen erwartet oder erwünscht. Inhaltlich werden derartige Hoffnungen oder Erwartungen kaum untersetzt oder bestenfalls an wenigen Einzelpunkten oder peripheren Fragen festgemacht.

Zum Schluß: Nach diesem Versuch, ein möglichst genaues Gesamtbild an Aussagen, Urteilen und Wertungen heutiger Verantwortungsträger zu liefern, in das im Interesse einer systematischen Darstellung bewußt nur sparsam eigene Gedanken eingefügt wurden, könnte oder müßte, wenn man diesem Gesamtbild

oder Teilen von ihm nicht zu folgen vermag, der (ebenso systematische) Diskurs beginnen. Dies ist hier nicht möglich. Aber ein Gedanke soll dennoch geäußert werden.

Mit der politischen Grundentscheidung einer Mehrheit der DDR-Bevölkerung für das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland und weiteren politischen Entscheidungen durch Wahlen, Parlamente und Regierungen war auch eine Weichenstellung für die Entwicklung von Wissenschaft und Hochschulen im Osten Deutschlands erfolgt. Aber mit dieser Grundentscheidung und der genannten Weichenstellung waren, so meine These, für die ostdeutsche Hochschulentwicklung einerseits Rahmenbedingungen und Grenzen gesetzt, andererseits aber durchaus auch Entscheidungsspielräume, die so oder so genutzt wurden und werden, gegeben.

Daß die Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaft z.B. in Jena, Leipzig und Chemnitz, nicht hingegen in Halle oder Dresden "abgewickelt" wurde, daß die "Logik" als Teil der Philosophie z.B. in Halle in die "Abwicklung" geriet, nicht hingegen in Leipzig, daß die Pädagogische Psychologie als Disziplin mancherorts faktisch "aufgehoben" wurde, an anderen Einrichtungen jedoch relativ unversehrt blieb oder daß es, wie sich leicht nachweisen ließe, bei den Entscheidungen über Entlassung oder Verbleib von WissenschaftlerInnen an der Universität sowohl Abstrafungs- als auch Gefälligkeitsentscheidungen gab, all dies mag hier als Beispiel genügen.

M.E. erweist sich die unreflektiert und pauschal formulierte These, wonach es in der ostdeutschen Hochschulentwick-

lung (und wohl nicht nur in ihr) keine Alternative, sondern nur ein Entweder-Oder gab, als höchst fragwürdig. Mit dieser These - gleiches gilt für das Argument der knappen Zeit - kann man nahezu alles erklären, begründen und wohl auch kaschieren. Wenn man die vollzogene Entwicklung quasi als Automatismus, vergleichbar einem naturwüchsigen Ereignis, darstellt, dann stellt sich nicht die Frage nach dem Handeln, sondern den Handlungsbedingungen als

auch den Handlungsmöglichkeiten und -varianten, nicht nach den Handlungszielen, -motiven und -resultaten der Akteure. Aber genau diese Frage muß man stellen, zusammen mit nicht wenigen anderen Fragen.

Siegfried Kiel, Prof. Dr., Halle(Saale), ist Erziehungswissenschaftler und war Professor für Hochschulpädagogik an der Universität Leipzig

Anmerkungen:

* Bearbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten am 25.11.1995 auf einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. aus Anlaß des 50. Jahrestages der Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

[1] Vgl. Kiel, S.: "Personelle Erneuerung" an den ostdeutschen Hochschulen. Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung. In: *hochschule ost*. Leipzig, H.1/1994, S. 59ff.

Derselbe: Die gespaltene Reform der deutschen Hochschulen - Wahrnehmungen aus einer spezifischen ostdeutschen Sicht. In: *Das Hochschulwesen*. Neuwied, H.4/1993, S. 181ff.

[2] Einen ersten Versuch in dieser Richtung, z.B. zu den Punkten Hochschulzugang und "verschulte" Ausbildung in der DDR, habe ich in einem anderen Zusammenhang unternommen. Vgl. Kiel, S.: Ostdeutsche Hochschulen in der Veränderung. Versuch eines Diskurses über Wertungen. In: *Das Hochschulwesen*. Neuwied, H.3/1995, S. 169ff.

[3] Vgl. Rüttgers, J.: Fünf Jahre deutsche Einheit: Blühende Landschaften sind überall im Kommen. In: *hochschule ost*. Leipzig, H.1/1996, S. 182.

[4] Vgl. ebenda, S. 185f.

[5] Vgl. Hintze, P.: Antworten zu den "16 Fragen an die Parteien zur Bildungspolitik". In: *Forschung & Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*. Bonn, H.10/1994, S. 444.

[6] Vgl. Laermann, K.-H.: Plenarvortrag. In: Hochschulenerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren. Hrsg.: Buck-Bechler, G./Jahn, H., Weinheim 1994, S. 12.

[7] Vgl. ebenda, S. 12f.

[8] Vgl. ebenda, S. 13.

[9] Vgl. ebenda, S. 19.

[10] Vgl. ebenda, S. 20.

[11] Meyer, H.J.: Der Machtanspruch der SED deformierte und korrumpierte die Menschen. In: *Das Parlament*. Bonn, Nr.24/1994, S. 5.

[12] Ebenda.

[13] Meyer, H.J.: Weichen für die Zukunft. In: *Leipziger Volkszeitung* vom 20.9.1993, S. 24.

[14] Meyer, H.J.: Zwischen Kadenschmiede und Hochschulrecht. In: *hochschule ost*. Leipzig, H.6/1992, S. 35.

[15] Meyer, H.J.: "Der Wissenschaftsminister ist kein Richter...". Interview. In: *hochschule ost*. Leipzig, H.6/1993, S. 56.

- [16] Vgl. Frick, R.: Unis im Land müssen deutschen Vergleich nicht scheuen. Interview. In: *Hallesches Tageblatt* vom 10.11.1993, S. 4.
- [17] "Im Hochschulbau absolute Defizite". MZ-Gespräch mit Minister Frick. In: *Mitteldeutsche Zeitung*. Halle (Saale) vom 9.6.1993, SV 1.
- [18] Vgl. Frick, R.: Unis im Land... A.a.O.
- [19] Meyer, H.J.: "Der Wissenschaftsminister ist kein Richter...". A.a.O., S. 55f.
- [20] Benz, W.: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation. In: *Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern*. A.a.O., S. 29.
- [21] Vgl. ebenda.
- 22Vgl. Kiel, S.: Ostdeutsche Hochschulen in der Veränderung. A.a.O.
- [23] Vgl. Bieber, H.-J.: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Hochschulen in den neuen Ländern. In: *Das Hochschulwesen*. Neuwied, H.2/1994, S. 65f.
- [24] Vgl. Benz, W.: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation. A.a.O., S. 31ff.
- [25] Sieber, H.-J.: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates... A.a.O., S. 67.
- [26] Ebenda.
- [27] Benz, W.: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation. A.a.O., S. 30f.
- [28] Erichsen, H.-U.: Wachsende Studenten-Migration. Interview. In: *Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel*. Hrsg.: Institut der Deutschen Wirtschaft. Köln 1992, S. 143.
- [29] Feierliche Immatrikulation 1994/95. Festvortrag von Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen. In: *Universität Leipzig. Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig*. Leipzig, H.7/1994, S. 8.
- [30] Vgl. Schiedermaier, H.: Das Abwanderungsproblem ist riesig. Interview. In: *Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel*. A.a.O., S. 152.
- [31] Vgl. Unbescholtene Hochschullehrer nicht der Armut überlassen. Hochschulverband fordert Verbesserung der Altersversorgung in den neuen Ländern. In: *Forschung & Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*. Bonn, H.5/1995, S. 279f.
- [32] Schiedermaier, H.: Bildung, Forschung und Kultur. Die Universität im Wahljahr 1994. In: *Forschung & Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*. Bonn, H.6/1994, S. 207.
- [33] Vgl. Hervorragende Studienbedingungen (Presseerklärung des Deutschen Hochschulverbandes vom 24. Mai 1995). In: *Forschung & Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes*. Bonn, H.5/1995, S. 276.
- [34] Vgl. Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. *Nova Acta Leopoldina*, Neue Folge, Nr.290, Bd. 71, Halle(Saale) 1994.
- [35] Maess, G.: Der Erneuerungsprozeß an der Universität Rostock. In: *Zur Situation der Universitäten ... A.a.O.*, S. 87.
- [36] Vgl. ebenda, S. 88.
- [37] Ebenda, S. 89.
- [38] Ebenda, S. 90.
- [39] Ebenda.
- [40] Ebenda, S. 91 (einige der zitierten Aussagen von Maess sind im Originaltext hervorgehoben).
- [41] Berg, G.: Der Erneuerungsprozeß an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In: *Zur Situation der Universitäten ... A.a.O.*, S.69.

- [42] Vgl. ebenda, S. 70.
- [43] Berg, G.: Diskussionsbeitrag. In: *Zur Situation der Universitäten ... A.a.O.*, S. 116.
- [44] Vgl. Luckner, M.: Diskussionsbeitrag. In: *Zur Situation der Universitäten ... A.a.O.*, S. 107.
- [45] Weiss, C.: Der Erneuerungsprozeß an der Universität Leipzig. In: *Zur Situation der Universitäten ... A.a.O.*, S. 95.
- [46] Vgl. ebenda, S. 96.
- [47] Ebenda, S. 97.
- [48] Ebenda.
- [49] Vgl. ebenda.
- [50] Weiss, C.: Diskussionbeitrag. In: *Zur Situation der Universitäten ... A.a.O.*, S.121f.
- [51] Vgl. Zum Verfahren bei Neu- und Wiedereinstellungen. In: *Rostocker Universitätszeitung* vom 7.4.1995, S.7.
- [52] Weiss, C.: Editorial des Rektors. In: *Universität Leipzig. Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig*. Leipzig, H.4/1995, S.1.
- [53] Vgl. Hartwich, H.-H.: Der Prozeß der Transformation 1990-1993 in der sozialwissenschaftlichen Analyse. In: Berg, G. und Hartwich, H.-H. (Hrsg.): *Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen*, Monatsvorträge zur Geschichte der Universität Halle. Opladen 1994, S.224.
- [54] Vgl. ebenda, S. 218.
- [55] Ebenda, S. 219f.
- [56] Vgl. ebenda, S. 224.
- [57] Vgl. Hartwich, H.-H.: Die Aufgaben der Hochschulreform. In: *Wissenschaftsnotizen, Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie*. Bonn, Nr.7/1994, S. 31.
- [58] Hartwich, H.-H.: Der Prozeß der Transformation ... A.a.O., S. 234f.
- [59] Vgl. Schluchter, W.: Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung. Über die Rolle von Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen im Umbauprozess. In: *Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ... A.a.O.*, S. 21.
- [60] Vgl. ebenda, S. 31.
- [61] Vgl. ebenda, S. 32.
- [62] Vgl. ebenda.
- [63] Vgl. ebenda, S. 20.
- [64] Vgl. Schluchter, W.: Perspektiven der ostdeutschen Universitäten. In: Hartwich, H.-H. (Hrsg.): *Universitätsjubiläum und Erneuerungsprozeß. Die Martin-Luther-Universität im dreihundertsten Jahr ihres Bestehens 1994*. Opladen 1995, S. 137.
- [65] Vgl. hierzu Schluchter, W.: Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung ... A.a.O., S. 20f.
- [66] Schluchter, W.: Perspektiven der ostdeutschen Universitäten. A.a.O., S. 137.
- [67] Vgl. hierzu "Der Geist ist frei". Bundespräsident Herzog besucht die Universität Leipzig. In: *Universität Leipzig. Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig*. Leipzig, H.6/1995, S.7.
- [68] Diese Formulierung hat Michael Daxner vor einigen Jahren in einem Zeitschriftenaufsatz verwendet. Vgl. Daxner, M.: Die Überführung der Wissenschaft in den Westen. In: *Kritische Justiz*. Baden-Baden, H.4/1991, S. 444.

Vom Regen in die Traufe

Bei der Übernahme der Lehrerbildung aus dem Westen haben die neuen Länder auf ein krisenanfälliges Auslaufmodell gesetzt

1. LehrerInnenbedarf und -angebot

Bedarf und Angebot an LehrerInnen in Niedersachsen klaffen (wieder einmal) erheblich auseinander - als ob es die bereits realitätsgesättigte „Theorie der Schweinezyklen“ erneut zu bestätigen gelte. Der Bedarf an Grund- und HauptschullehrerInnen steigt in den nächsten zehn Jahren sprunghaft, wenn auch nicht dauerhaft an und kann mit dem vorhandenen landeseigenen Ausbildungspersonal an Hochschulen und Seminaren nicht bewältigt werden; Planungen sehen eine Verdopplung der vorhandenen Hochschulkapazitäten (um 300 Stellen) vor, während gleichzeitig aus Finanzgründen 1100 Hochschulstellen abgebaut werden. Auch innerhalb des niedersächsischen Schulsystems ist der LehrerInnenbestand extrem unausgeglichen; die Orientierungsstufe ist immer mehr Drehscheibe für einen umfangreichen Personalaustausch, bei dem Qualifikation und Interesse der Betroffenen weitgehend außen vor bleiben. - Die übrigen *alten* Bundesländern dürften sich in einer weitgehend ähnlichen Situation befinden.

In den *neuen* Bundesländern sind nun zwar auch dieselben Disparitäten zwi-

schen Bedarf und Nachfrage zu finden, doch mit dem bedeutsamen Unterschied: hier übersteigt das LehrerInnenangebot bei weitem die Nachfrage. Die gerade neu aufgebaute LehrerInnenbildung entläßt ihre AbsolventInnen in einen über Jahre hinaus verstopften Arbeitsmarkt.

Wenn damit die Vereinigung auch in den neuen Ländern die „Schweinezyklen“ eingeführt hat, so könnte doch deren antizyklische Versetzung zum Ausgleich der Disparitäten genutzt werden: In den neuen Ländern ausgebildete LehrerInnen suchen sich über einen längeren Zeitraum Schulen vornehmlich im *Westen*; die alten Länder verzichten darauf, alle Spitzen ihres eigenen Bedarfs durch Ausbildung im *eigenen* Land zu befriedigen. Damit soll kein Land von der Verpflichtung entbunden werden, zur LehrerInnenbildung entsprechend seiner Größe beizutragen (die LehrerInnenbildung im Osten ist auch nicht groß genug, den Bedarf im Westen zu decken). Aber den Zyklen könnten so vielleicht längerfristig in *West und Ost* die *extremen* Pendelausschläge und die fatalen Folgewirkungen für den Nachwuchs genommen werden.

2. Mobilitätsbarrieren

Hinderlich für einen solchen LehrerInnenaustausch ist freilich noch die Klein-

staaterei im Bildungswesen. Während auf dem *allgemeinen* Akademikerar-

beitsmarkt solche Mobilität üblich ist und als notwendig gilt, stößt sie bei *LehrerInnen* noch immer auf Grenzen: *Landesgrenzen*. Die Länderautonomie im Bildungswesen und Beamtenrecht versteht sich weiterhin auch als Befugnis, Sperren für die LehrerInnenbildung anderer Länder zu errichten und zu hüten. Auch die Aufhebung der Mobilitätsgrenzen in der Europäischen Union hat nur

3. LehrerInnentätigkeit, eine Beamtenaufgabe?

Erleichtert würde die Mobilität von LehrerInnen, wenn ihre Arbeit nicht mehr als *hoheitlicher* Akt des Staates begriffen würde. LehrerInnen brauchen überall Freiheit, Kompetenz und Engagement, aber keine Beamtenurkunde vom jeweiligen Landesherm, die nur unter Kautelen durch Hoheitsakt von anderen Bundesländern Anerkennung findet. Die neuen Bundesländer haben mit ihrer Politik der (Noch-)Nicht-Verbeamtung einen - wenn

zur Relativierung, nicht aber zur Schleifung der Barrieren innerhalb Deutschlands geführt. Dabei dürfte doch jeder einigermaßen Sachkundige zum Schluß kommen, daß eine LehrerInnenausbildung, die nur für Schulen des eigenen Landes zu qualifizieren suchte, selbst dafür nicht taugen dürfte, weil sie jedenfalls die von LehrerInnen erwartete Weltoffenheit vermissen ließe.

auch anders motivierten - Anlaß für diese überfällige Statusänderung der LehrerInnen in Deutschland geschaffen, der genutzt werden sollte.

Mit einem Verzicht auf das Beamtenrecht würde zugleich die Legitimation einer Staatsexamensausbildung und damit auch das grenzschaffende Privileg von länderspezifischen LehrerInnenausbildungen entfallen.

4. LehrerInnenausbildung als Diplomstudiengang

LehrerInnenausbildung läßt sich auch als *Diplomstudiengang* organisieren - nicht nur, weil das in der ehemaligen DDR schon so möglich war: auch im Ausland wird von LehrerInnen überwiegend ein *akademischer* Abschluß erwartet. Diplomstudiengänge werden stärker von den einzelnen Hochschulen gestaltet, haben sich aber gleichwohl gesellschaftlichen Ansprüchen zu fügen. Die Gestaltungsansprüche des Staates als Arbeitgeber der LehrerInnen und Organisator der Schulen können über die üblichen Beteiligungsverfahren bei den Rahmenordnungen eingebracht, im übrigen über die Genehmigungsvorbehalte der Länder für Prüfungsordnungen gesichert

werden. Auf diese Weise können die erhaltenswerten Strukturmerkmale der LehrerInnenausbildung: Unterrichtsfächer *und* Erziehungswissenschaften, Fachwissenschaft *und* -didaktik, Theorie *und* Praxis genau so als Norm vorgegeben werden wie in Staatsexamensordnungen (ob tatsächlich alle diese Strukturmerkmale vorgegeben werden sollen, dazu in den folgenden beiden Abschnitten). Wenige qualitative und quantitative Rahmenbestimmungen sollten genügen; denn nicht die Detailfestlegung von Normen sichert entscheidend die Qualität - gilt es doch auch, den Hochschulen Gestaltungs-, Wettbewerbs- und Experimentierspielräume zu schaffen, die

sie zu verantwortlicherer Wahrnehmung ihrer Aufgaben in der LehrerInnenausbildung motivieren können.

Jedenfalls aber gilt es, sich auf einen in ganz Deutschland geltenden Rahmen für

5. Weder Schularten- noch Schulstufenbezug

Ein Streitpunkt der Länder über die LehrerInnenausbildung ist seit Jahrzehnten, ob die Ausbildungswege sich gliedern sollen nach Schularten oder Schulstufen; der Streit legitimierte sich nur ungenügend aus der länderspezifischen Schulorganisation. Wenn man verzichten will auf mobilitätshemmende Strukturen in der LehrerInnenausbildung und gleichwohl Gestaltungsspielräume für die Länderschulpolitik erhalten will, so sollte man die Ausbildung gerade nicht nach diesen Kriterien differenzieren: Mobilität in einem freien Arbeitsmarkt setzt generalistische Qualifikationen voraus, die nicht von Anfang an auf spezialisierte Arbeitsplätze hin konzipiert sind, sondern verschiedene Arbeitsplätze ausfüllen, unterschiedliche Schulpolitiken implementieren können. Es ist durchaus denkbar, LehrerInnen als Generalisten für Ausbildungs- und Erziehungsprozesse von Kindern und Jugendlichen zu konzipieren, und deren konkreten Einsatz erst nach der Hochschulausbildung genauer zu bestimmen - mit der dafür erforderlichen Einarbeitung und Fortbildung.

Selbst wenn man einer derart breiten Generalisierungsfähigkeit der LehrerInnenqualifikation (und auch derjenigen der LehrerausbilderInnen) skeptisch gegenüberstünde, könnte man doch - unabhängig von länderspezifischen Schularten und -stufen - andere Differenzierun-

die LehrerInnenausbildung zu einigen, einen einheitlichen LehrerInnenarbeitsmarkt ohne Mobilitätsgrenzen zu schaffen. Die Diplombildung ist ein Rahmen, der Ländergrenzen jedenfalls von vornherein ausschließt.

gen bilden: nach Altersklassen etwa durch Schwerpunktbezug auf Kinder oder Jugendliche, oder nach ihren Funktionen schwerpunktmäßig für Erziehung oder Ausbildung (es ist unschwer zu erkennen, daß auch diese Differenzierungen sich noch nicht allzuweit von ihren Urbildern den Volksschullehrern und den Gymnasiallehrern, entfernt haben). - Solche breiten Grundqualifikationen erleichtern den bedarfsgerechten Personaleinsatz an Schulen. Nicht daß so alle LehrerInnen schon alles könnten; sie wären jedoch professionell genug, sich durch Fortbildung immer wieder neu zu spezialisieren.

Die generalistische Anlage der LehrerInnenprofession schließt nicht aus, daß die Fächerwahl den konkreten Einsatz beschränkt; sie sollte ausdrücklich implizieren, daß Schwerpunkte im generalistischen Profil (wie z.B. psychologische Diagnostik, Sozialarbeit oder Medienpädagogik) gebildet werden. Auch und gerade GeneralistInnen in Erziehung und Ausbildung sollen sich nicht als - dann immer überforderte - AlleskönnerInnen und EinzelkämpferInnen verstehen, sondern als professionelle OrganisatorInnen und KommunikatorInnen in arbeitsteiligen Prozessen.

Dieses Generalisierungskonzept, diese Differenzierungskriterien verzichten aber

bewußt auf die Begriffe *Schule* und *Lehrer*. Denn die Ausbildung sollte nicht nur an der *LehrerInnen*tätigkeit an *Schulen* orientiert sein, sondern *außerschulische* Erziehungs- und Ausbildungsprozesse und möglichst auch den Bereich der *Erwachsenenbildung* einbeziehen (was zur weiteren Differenzierung im Altersklassenmodell für den Schwerpunkt *Erwachsene*, im Funktionenmodell für den Schwerpunkt *Fortbildung* führen könn-

6. Zweiphasigkeit oder Einphasigkeit?

Unsere LehrerInnenausbildung ist zweiphasig - typisch für die traditionelle Beamtenausbildung im höheren Dienst (und die Einführung der *vollen* Zweiphasigkeit für LehrerInnen des gehobenen Dienstes war eher der Statusaufwertung als der Qualitätsverbesserung geschuldet). Diese Zweiphasigkeit bedeutet seit eh und je die Institutionalisierung des Mißtrauens zwischen Hochschule und Staatsverwaltung, obgleich doch beide vom gleichen Staat getragen werden, oft genug noch heute durch ein und dasselbe Kultusministerium. Kaum jemand fragt nach der Logik einer solchen Zweiteilung, die doch bedeutet, daß zwei getrennte Institutionen hinereinander für *ein- und dieselbe* Ausbildung zuständig sind, und deren Ausbildungsschwerpunkte sich - jedenfalls heute - nur noch graduell unterscheiden: Die Hochschule bildet mehr theoretisch, aber auch praktisch, der Vorbereitungsdienst mehr praktisch, aber auch theoretisch aus, beide für die spezifischen Schularten, beide sowohl in Erziehungswissenschaften wie in den Unterrichtsfächern; und beide doch in größter institutioneller Distanz.

te). Selbstverständlich bliebe die LehrerInnen-tätigkeit an staatlichen Schulen das *Hauptparadigma* in Theorie und Praxis der Ausbildung, weil sie den Löwenanteil institutionalisierter und professionalisierter Ausbildungs- und Erziehungstätigkeit repräsentiert. Gleichwohl kann sie bei Studierenden und AbsolventInnen auch verhindern, die KultusministerInnen als einzig mögliche künftige Arbeitgeber anzusehen.

Wegen dieser Unlogik, die nur den angehenden LehrerInnen Integrationsleistungen abverlangt, denen sich die Institutionen nicht unterwerfen und die deswegen auch nicht gelingen können, wurde in Oldenburg und Osnabrück ab Mitte der 70er Jahre eine Einphasige LehrerInnenausbildung zeitweilig erprobt (parallel dazu auch an Hochschulstandorten mehrerer Bundesländer eine Einstufige *Juristenausbildung*). Diese Modellversuche wurden abgebrochen, nicht weil diese Ausbildungskonzeption scheiterte, sondern weil die beamtenrechtlichen Strukturen nicht aufgebrochen werden durften und die bundesweite Anerkennung dieser LehrerInnenausbildung noch nicht einmal für die Modellversuchsphase gelang. (Unabhängig davon hatte auch die DDR flächendeckend eine einphasige LehrerInnenausbildung - und sicher nicht deshalb, weil nur so die gewünschte Linientreue erreicht werden konnte: Staatsmacht und Partei hatten Hochschule und Schule in gleicher Weise unter ihrer Kuratel. Nach Befreiung beider von dieser Kontrolle hätte man in den neuen Ländern die Einphasigkeit durchaus fort-

setzen können, stand doch dort ohnehin die Verbeamtung der LehrerInnen nicht oben auf der Tagesordnung - auch hier entschied nicht Qualitätssorge, sondern Systemanpassung für die Zweiphasigkeit.)

Ist Einphasigkeit deshalb die logische bessere Alternative zur Zweiphasigkeit? Ja, wenn man an dem Konzept festhalten will, daß sich Studierende von Beginn an auf eine Ausbildung sowohl in bestimmten Fächern als auch zu LehrerInnen für bestimmte Schularten oder -stufen entscheiden sollen. Einphasigkeit sichert dann, daß die Komplexität der Qualifikationsanforderungen auch von ihrer Ausbildungsinstitution abverlangt wird, daß staatlich-externe und hochschul-interne Steuerung den Systemanforderungen entsprechen. Wenn man - wie ich - davon ausgeht, daß die Einphasige Ausbildung diesen Komplexitätsanforderungen besser genügt hat als die zweiphasigen Ausbildung, so bedeutet dies nicht, daß das Komplexitätsproblem so gelöst worden wäre: die LehrerInnenausbildung ist - gleich ob ein- oder zweiphasig - überfrachtet mit Ansprüchen; die Lehrenden und Studierenden sind überfordert, sie alle gleichzeitig zu erfüllen. Dieses Konzept verlangt überdies schon von den StudienanfängerInnen eine große Zahl von Festlegungen ab, die später aufgrund konkreter Studierenerfahrungen oder Motivationsänderungen nur schwer revidiert oder modifiziert werden können: Sowohl die Fächerwahl wie die Entscheidung für den Lehrerberuf als auch die Festlegung auf bestimmte Schularten (deren meiste sie i.d.R. nicht selbst kennengelernt haben: Hauptschule, Real-

schule, Berufsschule und Sonderschule).

Wünschenswert wäre daher ein Modell der LehrerInnenausbildung, das den Ausbildungsinstitutionen und Studierenden weniger komplexe Anforderungen stellt, und das den Studierenden erlaubt, die Ausbildungsziele sukzessive festzulegen oder zu konkretisieren. In meinem oben dargelegten Hochschulausbildungskonzept ohne Festlegung auf Schulformen oder -stufen (Abschnitt 5) läge bereits eine Komplexitätsreduzierung durch Verzicht auf schulorganisatorische Differenzierungen. Logische Konsequenz davon wäre eine zweite Ausbildungsstufe, die gerade der Qualifizierung für bestimmte Schulformen dienen müßte (und diese stünde dann auch logisch unter (Mit-) Verantwortung der Schulbehörden). Die Studierenden hätten in diesem System erst nach der ersten Ausbildungsphase (vermutlich besser noch in der 2. Phase, nach ersten realen Arbeitsversuchen in den Strukturen verschiedener Schularten) die Schulformwahl endgültig zu treffen - oder auch die Entscheidung, sich auf außerschulische Bildungsaufgaben zu orientieren. Damit wäre die Hochschule nicht von der Integration pädagogischer Praxis befreit; aber solche Praxis hätte eher eine Analyse- und Diagnosefunktion als die Aufgabe einer ersten Unterrichtsqualifizierung, würde eher Kritik als Anpassung befördern und könnte besser in die Hochschule integriert werden: als Arbeitsfeld pädagogischer Forschung.

Innerhalb der Hochschulausbildung sollten außerdem differenzierte Studienwe-

ge angeboten werden, entsprechend den unterschiedlichen Studien- und Berufsmotivationen der Studierenden: Wer vorrangig *pädagogische* Studienmotive und Berufsoptionen hat, kann mit Erziehungswissenschaften beginnen und sich später, wenn er eine Lehrerperspektive anstrebt, Fächer entsprechend dem Schulkanon dazuwählen. Wer zunächst mit eher *fachlichen* Interessen das Studium aufnimmt, kann sich später für die Ergänzung um Erziehungswissenschaften entscheiden, wenn er den Lehrer- oder einen anderen pädagogischen Beruf wählen möchte; andernfalls entscheidet er sich für die Fortsetzung allein seiner Fachstudien. Eine solche Konzeption läßt sich jedenfalls leichter im Rahmen von Diplom-(oder Magister-)Studiengängen realisieren, wie sie oben (Abschnitt 4) ebenfalls skizziert wurden. Eine zweite Ausbildungsphase hätte hier stärker die Aufgabe fachdidaktischer Qualifikation, die - soweit schulformspezifisch - unter der (Mit-)Regie schulischer Institutionen stattfinden könnte; auch diese fachdidaktische Qualifikation sollte in der ersten Phase jedenfalls dadurch vorbereitet werden, daß im Rahmen der Fächer Fragen der historischen Genese und sozialen Vermittlung, der interdisziplinären Verflechtung und gesellschaftlichen Bedeutung von Wissen behandelt werden: nicht nur als Basis schulspezifischer Fachdidaktiken, sondern als Grundlage jeglicher wissenschaftlicher Berufstätigkeit.

7. Vergütung der LehrerInnen

All diese Überlegungen führen zweifellos zu einer weiteren logischen Konsequenz: LehrerInnen, die nicht mehr in rigide getrennten Laufbahnen verbeamtet sind,

Dies ist somit ein *zweiphasiges* Modell - eines, das sich jedoch teils graduell, teils prinzipiell von der traditionellen Zweiphasigkeit unterscheidet. Dies Modell entspricht übrigens weitgehend demjenigen, das die nordrhein-westfälische Kommission „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ vorgeschlagen hat. Dort wird das Konzept sogar noch um zwei weitere Phasen ergänzt: Ein mindestens halbjähriges „Vorpraktikum“ in pädagogischen oder auch anderen gesellschaftlichen Institutionen, das im wesentlichen das bei LehrerInnen typische Biographie-Defizit beseitigen soll, nie Erfahrungen außerhalb von Schule und Hochschule gemacht zu haben (in meinem Konzept müßte dieses Praktikum nicht unbedingt vor Studienbeginn, könnte auch im Studium oder vor der zweiten Phase stattfinden). Darüber hinaus eine „Berufseingangsphase“, mit der die reguläre Arbeit an der Schule beginnt, und die der Einpassung in die konkrete Unterrichtssituation und in das spezifische Schulprofil dienen soll. Damit wird die zweite Phase auch von der illusionären Überforderung entlastet, LehrerInnen auf *jede* schulformspezifische Aufgabe vorzubereiten; zugleich wird durch die mit der Berufseingangsphase verbundene Unterrichtsentlastung endlich anerkannt, daß LehrerInnen zu Berufsbeginn (und im Prinzip auch bei jedem Schul- oder sonstigen Aufgabenwechsel) eine Einarbeitung brauchen, die „Arbeit“ macht.

die nicht mehr für besondere Landeskinderschulen ausgebildet werden, die als Generalisten vielfältig einsetzbar sind und ihrem Arbeitgeber damit hohe Disposi-

tionsspielräume eröffnen, sind auch *nach einheitlichen Regelungen zu vergüten*. Damit ist natürlich auch der Traditionsstreitpunkt (nicht nur) in Deutschland angesprochen; und obwohl in Deutschland die LehrerInnenvergütung - im Vergleich zu den meisten anderen Ländern - schon sehr weit nivelliert ist, stiften die verbleibenden Differenzen noch immer den alten Unfrieden. Diese Vergütungsfrage ist offensichtlich wichtig, weil sie auch Kriterium sozialer Gerechtigkeit ist. Sie kann und soll hier dennoch nicht zur *alles* entscheidenden Frage gemacht werden, solange sie die anderen notwendigen Entwicklungen behindert.

Gleichwohl sei angeregt, diese Frage im Kontext einer Strukturreform der LehrerInnenausbildung mitzubehandeln: Ausgehend von der Feststellung, daß Hochschulausbildung heute nicht mehr Privileg einer kleinen Elite ist, hat auch das in

Besoldungsgesetzen und Bundes-Angestellten-Tarifvertrag festgelegte „Lohnabstandsgebot“ zwischen nichtakademischen und akademischen Berufen seine Legitimität verloren. Ausgehend von der zunehmenden Einsicht in die - trotz unterschiedlicher Qualifikationsprofile - prinzipielle Gleichwertigkeit von Universitäts- und Fachhochschulausbildung kann auf eine zwischen den unterschiedlichen Hochschulausbildungen differenzierende Vergütung verzichtet werden. Daraus könnte sich der Vorschlag herleiten, im staatlichen Bereich *alle* LehrerInnen (wie auch alle anderen HochschulabsolventInnen) einheitlich zunächst nach BAT III (entspr. A 12 bei den BeamtInnen) zu vergüten, und für Alle im Prinzip gleiche Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Mit Mehrkosten wäre eine solche Vergütungsregelung nicht verbunden; sie sollte aber auch nicht als Kürzungsprogramm genutzt werden.

Nachsatz

Der Aufsatz entstand ursprünglich in der Absicht, west-östliche „Zukunftswerkstätten“ zum LehrerInnen-Arbeitsmarkt im Rahmen der GEW-„Initiative Bildung“ anzuregen; sie kamen nicht zustande. In dieser Fassung versteht sich der Beitrag als Versuch, die Diskussion um die überfälligen Reformen der LehrerInnenausbildung aus den traditionellen Kontroversen und Sackgassen zu befreien und Reformspielräume trotz leerer Kassen aufzuzeigen; er ist insofern auch eine spezifische Kritik der zu kurz greifenden Reformpläne des Niedersächsischen Kultusministeriums. In ähnliche Richtung wie meine Überlegungen weisen auch die im

Herbst 1995 veröffentlichten nordrhein-westfälischen Empfehlungen zur „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“; sie könnten neuen Perspektiven für die LehrerInnenausbildung in West und Ost eröffnen.

Hansjürgen Otto, Soziologe, ist seit 1975 Planer in der LehrerInnenausbildung der Universität Oldenburg und war auch an der Durchführung des dortigen Modellversuchs zur „Einphasigen Lehrerbildung“ beteiligt. Seit acht Jahren für Aufgaben der Personalvertretung freigestellt - und in diesem Rahmen auch beratend bei Hochschulpersonalräten der neuen Länder tätig - kehrt er 1996 wieder in die Planertätigkeit zurück.

Gottfried Seifert (Berlin):

Das Wissenschaftler-Integrations-Programm: Ein Instrument zum Aufbau einer blühenden Hochschul- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern?

An den Universitäten und Fachhochschulen der neuen Länder und Berlins taucht seit einiger Zeit ein neuer Begriff auf: Wissenschaftler-Integrations-Programm, abgekürzt WIP. Das WIP ist das Förderprogramm des Bundes und der neuen Länder zur dauerhaften Eingliederung von Forschungspersonal aus den aufgelösten DDR-Akademien in die Hochschu-

len. Ein „WIPianer“ ist ein Mensch, der für seine Arbeit aus Mitteln des WIP bezahlt wird.

Wie kam es zu diesem Programm, welche Ziele wurden mit seiner Inkraftsetzung verfolgt, wie ist der Stand der Realisierung?

Dazu einige Anmerkungen aus Sicht eines WIPianers.

1. Zur Geschichte und zum wissenschaftspolitischen Rahmen des WIP

Im Einigungsvertrag vom 31.8.1990 war bekanntlich festgelegt worden, daß die öffentlich getragenen, zentralen Forschungseinrichtungen der DDR (die Akademie der Wissenschaften, die Bauakademie und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften) aufgelöst werden mußten. Die dort laufenden Forschungsprojekte und die damit befaßten Wissenschaftler und technischen Mitarbeiter hatten sich einer Begutachtung durch den Wissenschaftsrat zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Evaluierungen waren Empfehlungen, die etwas darüber aussagten, welche Projekte und welche Personen nach Urteil des Wissenschaftsrats für den Aufbau einer neuen, gesamtdeutschen Forschungslandschaft wertvoll waren und welche nicht.

Entgegen den Erwartungen verschiedener westlicher „Kenner“ der DDR-Forschung zeigten die Begutachtungsergebnisse, daß diese Forschung keineswegs eine „Wüste“ war, sondern im allgemeinen durchaus mit dem West-Niveau vergleichbare und auf ausgewählten Gebieten sogar herausragende Ergebnisse vorzuweisen hatte. Etwa zwei Drittel aller begutachteten Projekte wurden positiv bewertet. Trotzdem hat der Wissenschaftsrat im Ergebnis seiner Evaluierungen - aus welchen Gründen auch immer - für die ehemals (im Jahre 1989) ca. 40.000 Beschäftigten an den drei genannten Forschungsakademien lediglich die Schaffung (oder Erhaltung) von ca. 13.300 Stellen empfohlen. Davon waren ca. 11.100 Stellen in der außer-

universitären Forschung, ca. 150 in geisteswissenschaftlichen Langzeitvorhaben und für ca. 2.000 Personen wurde die „Eingliederung in die Hochschulen“ empfohlen.

Im Ergebnis der Empfehlungen für den außeruniversitären Bereich entstanden inzwischen 29 Institute der Blauen Liste, 9 Fraunhofer-Institute und 9 Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft. Als Instrument zur Umsetzung der Empfehlung „Eingliederung in eine Hochschule“ wurde 1991 von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) als ein Teil des Hochschul-Erneuerungs-Programms (HEP) beschlossen. Über eine von Bund und neuen Ländern gemeinsam getragene Finanzierung von Personal- und Sachmitteln für die WIPianer sollte damit die dauerhafte Integration in die Hochschulen (in Ausnahmefällen auch in hochschulnahe außeruniversitäre Einrichtungen) erreicht werden, und zwar ohne Benachteiligung des dort bereits vorhandenen „Stammpersonals“.

Der Weg der WIPianer verlief im Regelfall über die Akademie-Institute, die bis Ende 1991 als Einrichtungen der Länder fortbestanden, ging dann für 2 Jahre über die „Koordinerungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den neuen Bundesländern“ (KAI e.V.) und endet bislang mit einem bis Ende 1996 befristeten Arbeitsvertrag an einer Hochschule der neuen Länder einschließlich Berlins.

Eine Förderzusage ab 1992 bekamen nur solche Forschergruppen und Einzelwissenschaftler, die positive Evaluie-

rungsergebnisse sowohl des Wissenschaftsrats als auch eines speziell für die WIP-Förderung gebildeten hochrangigen Integrationsausschusses vorweisen konnten.

Das WIP war zunächst auf nur 2 Jahre (1992-1993) ausgelegt. Bald wurde klar, daß in diesem Zeitraum das Programmziel nicht zu erreichen war. Dank gezielter Aktivitäten, insbesondere durch KAI e.V., den Wissenschaftsrat, den Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Gewerkschaften (vor allem die GEW) und nicht zuletzt die gewählten Sprecheräte der Betroffenen, konnte die Laufzeit schließlich auf 5 Jahre (1992-1996) verlängert werden. Für die Finanzierung über diesen Zeitraum wurden von Bund und neuen Ländern insgesamt 600 Mio DM zur Verfügung gestellt.

Der Aufbau neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und auch die vorerst befristete Weiterbeschäftigung der WIPianer kann zweifellos als Erfolg gewertet werden, wobei allerdings die Befristung noch aufgehoben werden muß. Auf der anderen Seite darf aber nicht vergessen werden, daß parallel dazu über 20.000 ehemalige Akademie-Mitarbeiter ihre berufliche Existenz verloren haben. Der Personalbestand im Mittelbau der ostdeutschen Universitäten wurde um ca. 40% reduziert, und eine Industrieforschung gibt es in den neuen Ländern so gut wie nicht mehr. Mit dem zeitlichen Ablauf der Arbeitsverträge der im WIP Geförderten droht Ende 1996 ein erneuter Verlust wissenschaftlichen Personals in den neuen Ländern. Man wird schon mal fragen dürfen: Kann sich die

Bundesrepublik Deutschland das noch leisten?

Das wissenschaftspolitische Ziel des WIP und der zugrundeliegenden Wissenschaftsrats-Empfehlung war und ist, - positiv evaluierte Forschungspotentiale in den neuen Ländern zu erhalten und für den Neuaufbau der gesamtdeutschen Forschungslandschaft zu nutzen sowie - diese Potentiale dauerhaft in die Hochschulen der neuen Länder zu integrieren, um dort die Forschung zu stärken.

Im Konsens aller Beteiligten ist das WIP damit ein wichtiges Element des Gesamtkonzepts zur Umstrukturierung der

ostdeutschen Hochschul- und Forschungslandschaft.

Die Entstehungsgeschichte des WIP zeigt, daß die abschließende Umsetzung der Wissenschaftsrats-Empfehlung „Eingliederung in eine Hochschule“ ein vereinigungsbedingtes Problem ist. Daraus folgt die gemeinsame Verantwortlichkeit des Bundes und der Länder für seine Lösung. Außerdem ist klar, daß die Regularien der Hochschul-Personalpolitik, die sich vor der deutschen Vereinigung in den alten Bundesländern bewährt haben, für die Lösung nicht unbedingt ausreichen müssen; für vereinigungsbedingte Probleme waren sie nicht gemacht. Politische Lösungen sind gefragt.

2. Einige Daten zum WIP

Gegenwärtig sind noch 1.469 Personen im Rahmen des WIP beschäftigt, darunter 1.030 (70%) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wie oben gesagt, handelt es sich dabei um Forschungsgruppen und Einzelwissenschaftler mit bis Ende 1996 befristeten Arbeitsverträgen. Mit 42% ist der Frauenanteil bei den WIP-Geförderten überdurchschnittlich

hoch - ein nicht zu unterschätzender Gesichtspunkt für die Erhaltung dieses Potentials. 60% der WIPianer sind auf naturwissenschaftlich-technischen Gebieten tätig. Die meisten WIP-Geförderten arbeiten an den Hochschulen Berlins (36%), Sachsens (19,3%) und Brandenburgs (18,3%). Genauere statistische Angaben liegen bei der GEW Berlin vor.

3. Über die Integrationszusagen der Politik

Die Wissenschaftsminister der neuen Länder, der zuständige Bundesminister und der Vorsitzende des Wissenschaftsrats haben anlässlich gemeinsamer Beratungen wiederholt versichert, daß die Wissenschaftsrats-Empfehlungen ohne Abstriche umgesetzt werden.

Die Regierungschefs der neuen Länder haben 1993 verbindlich zugesagt, die für

die Integration erforderlichen Stellen bzw. Beschäftigungspositionen zu schaffen.

Die Bundesregierung und der Bundestag mit seinen Ausschüssen befaßten sich mehrfach mit der Umsetzung der Empfehlungen. Dabei wurden die Zielstellungen des WIP immer ohne jede Modifikation bestätigt. Z.B. wird im „Bericht der Bundesregierung zur Stärkung der

Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im vereinten Deutschland" (1993) klar festgestellt: „Bis zum 31. Dezember 1996 müssen die Betroffenen endgültig von den Hochschulen übernommen sein.“

Die Anhörung im Bundestagsausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Fortschreibung der drei Hochschulsonderprogramme am 27.4.1995 ergab, daß die große Mehrheit der Ausschußmitglieder den Erhalt des im WIP geförderten Potentials als notwendig ansieht. Diese Forderung wurde dort auch vom Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) unterstützt, der sich dabei auf die Entschließung des 175.

4. Stand der Umsetzung

Die im WIP Geförderten vertrauen auf diese Zusagen. Dennoch besteht für die Betroffenen angesichts der Ungewißheit, auf welcher Grundlage der Integrationsprozeß nach 1996 zum Abschluß gebracht werden kann, Anlaß zu großer Sorge. Würde das WIP Ende 1996 ohne gesicherte Aussicht auf wirkliche Integration auslaufen, würden die auf hoher politischer Ebene gemachten Zusagen unerfüllt bleiben. Damit wäre aber der Sinn der bisherigen Förderung verfehlt, das vielversprechende WIP wäre zur „Edel-ABM“ verkommen.

Die bisherige Bilanz der Umsetzung ist in der Tat ernüchternd. Ein knappes Jahr vor Auslaufen des WIP und der Arbeitsverträge sind noch immer ca. 95% aller Geförderten ohne Anschlußperspektive. Die wenigen gelungenen Integrationen

HRK-Plenums vom 20./21. Februar 1995 berufen konnte.

Noch im Oktober 1995 wird von Bundesminister Rüttgers das Festhalten am Programmziel in einer Pressemitteilung mit dem Titel „Fünf Jahre deutsche Einheit - die blühenden Landschaften sind überall im Kommen“ bekräftigt, wenn er sagt: „Als Bestandteil des HEP wurde das WIP zur dauerhaften Eingliederung von Wissenschaftlern der ehemaligen Akademien in die Hochschulen der neuen Länder vereinbart.“

Diese und einige weitere Integrationszusagen verantwortlicher Politiker und Gremien sind in einer kleinen Dokumentation zusammengestellt, die bei der GEW Berlin vorliegt.

kamen zudem meist unabhängig von dem Förderprogramm zustande. 95% der WIPianer droht damit trotz zweimaliger positiver Evaluierung und entgegen den klaren Zusagen der Politik der Gang zum Arbeitsamt.

Diese Bilanz ihres Konzepts hat sogar die Väter des WIP aus dem Wissenschaftsrat, die sich heute als „Mittäter“ bezeichnen, weitgehend verstummen lassen und in Ratlosigkeit versetzt. Wenn sie sich überhaupt noch zu Wort melden, hört man vielleicht so was wie: „Entschuldigung, Jungs, es war nur mal so ein Versuch, wir können euch jetzt nicht mehr helfen, andere haben die Verantwortung“. Nur gut, daß es wieder eine haushaltsfinanzierte Akademie (diesmal die Berlin-Brandenburgische) gibt, in deren sicherem Schoß man die durch die „Wende“

bewirkte Transformation des DDR-Wissenschaftssystems rein theoretisch durchleuchten kann!

Der Stand der Umsetzung ist an den Zielen des WIP (vgl. 1.) und an den Zusagen (vgl. 3.) zu messen. Obwohl inzwischen auch über damalige Fehleinschätzungen der Forschung an DDR-Hochschulen gesprochen wird, sind die wis-

5. Was tun die WIPianer für ihre Integration?

Es ist wohl selbstverständlich, daß die WIPianer an ihren Zielhochschulen alles daransetzen, erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit zu leisten und damit die Evaluierungsergebnisse zu bestätigen. Dazu bedarf es keines Förderprogramms, dies folgt schon aus einer gesunden wissenschaftlichen Neugier und aus dem Ehrgeiz des Wissenschaftlers. Allerdings kommt für die WIPianer hinzu, daß sie sich in neue Arbeitszusammenhänge einordnen müssen und daß sie mit der Bedrohung des absehbaren Endes ihrer Forschungstätigkeit leben müssen.

Daß in hohem Maße wertvolle Ergebnisse abgeliefert werden und dies an den Hochschulen auch zur Kenntnis genommen wird, zeigen z.B. Äußerungen aus der TU Dresden (Vorwort des Rektors zur Broschüre „WIP an der TU Dresden“, 1995), der TU Berlin (K. Schwarz in *TU intern* 9/1995) und der Universität Potsdam (vgl. Beitrag J. Lange zur Tagung „WIP - Leistungen und Perspektiven“, 5.12.1995). Das Plenum der Hochschulrektorenkonferenz hätte in der bereits genannten Entschließung vom Februar 1995 nicht für die Einrichtung zusätzlicher Stellen für die derzeit im WIP Geför-

derungspolitischen Gründe für die Erhaltung des positiv evaluierten Potentials bis heute nicht in Zweifel gezogen worden. Die den WIPianern gegebenen Zusagen wurden nie zurückgenommen und können auch nicht mehr zurückgenommen werden. Die Lösung des „WIP-Problems“ ist eigentlich ganz einfach: Die gegebenen Zusagen sind einzuhalten!

derten plädiert, wenn es nicht von der Leistungsfähigkeit der WIPianer überzeugt wäre.

Eine Präsentation von mehr als 150 WIP-Projekten fand während der wissenschaftspolitischen Tagung „WIP - Leistungen und Perspektiven“ am 5.12.1995 an der Humboldt-Universität in Berlin statt. Von der GEW wurde dazu das Heft „Projekte und Leistungen des Wissenschaftler-Integrations-Programms“ (Nov. 1995) herausgegeben. Es zeigt sich, daß die fachliche Eingliederung der WIPianer in die Arbeit der Hochschulinstitute oft schon weit fortgeschritten ist, so daß eine Trennung kaum noch ohne Schaden möglich ist.

Die Chancen, die berufliche Situation durch erfolgreiche Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen zu verbessern, sind für die WIPianer außerordentlich gering. Diese Erfahrung mußte nach zahlreichen Fehlschlägen gemacht werden; Beispiele sind von den Medien dokumentiert worden. Das mitunter zu hörende Vorurteil, die WIPianer zeigten in dieser Beziehung zu wenig Aktivität, muß endlich ausgeräumt werden; es ist einfach falsch.

Allerdings hat alles seine Grenzen: Es ist wohl kaum „normal“, wenn sich ein 55-jähriger gestandener WIP-Wissenschaftler und ein Promovierter im Alter von 30 Jahren, der seine Zukunft vor sich hat, um eine ausgeschriebene befristete Stelle streiten.

Es wäre naiv zu glauben, daß die WIP-Geförderten nur hervorragende Arbeitsergebnisse vorweisen müßten und dann laufe die Integration unter Berufung auf die Zusagen wie von selbst. Das haben wir WIPianer sehr früh verstanden. Bereits kurz nach Auflösung der DDR-Akademien Ende 1991 wurden spontan lokale Sprecherräte gewählt. Später wurde die WIP-Kommission beim Betriebsrat von KAI e.V. wirksam, auf deren Initiative Anfang 1994 eine überregionale Interessenvertretung der WIP-Geförderten, der WIP-Rat, entstand. Inzwischen gibt es WIP-Räte auf Länder- und Hochschulebene. Die GEW, die diese Aktivitäten stets konstruktiv begleitet hat, hat 1995 eine länderübergreifende Koordinierungsgruppe der gewählten WIP-Vertretungen ins Leben gerufen.

Aufgabe und Ziel dieser Strukturen ist, der Vereinzelung der WIPianer entgegenzuwirken, den jeweils zuständigen Verwaltungen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und ihnen gegenüber die Interessen der WIP-Geförderten zu vertreten sowie von den politischen Entscheidungsträgern Fortschritte beim Vollzug der Integration einzufordern und ggf. Vorschläge zu unterbreiten.

Die Aktivitäten der WIP-Vertretungen und der GEW haben immerhin dazu beigetragen, daß das Problem WIP nach wie

vornicht aus der wissenschaftspolitischen Diskussion verschwunden ist. In Presse, Funk und Fernsehen wurde über das WIP berichtet. Vor Landtagen fanden Mahnwachen statt. GEW und WIP-Rat veranstalteten am 15.9.1995 eine Pressekonzferenz zum WIP, wo ein Forderungskatalog vorgelegt wurde. Vertreter der WIP-Räte aus Berlin und Sachsen waren zur bereits genannten Anhörung des Bundestagsausschusses am 27.4.1995 eingeladen und konnten dort Probleme und Vorschläge aus Sicht der Betroffenen vortragen. Es gab und wird weiter geben Gespräche mit Abgeordneten, Landesregierungen und Hochschulleitungen. Der Bundestag bezieht das WIP-Problem in seine Beratungen zum neuen Hochschulsonderprogramm ein.

Ein Höhepunkt in den Aktivitäten der WIP-Vertretungen war bisher die gemeinsam mit der GEW veranstaltete wissenschaftspolitische Tagung „WIP-Leistungen und Perspektiven“ am 5.12.1995 in Berlin. Der Einladung waren über 500 WIPianer aus allen neuen Ländern gefolgt. Darüber hinaus konnten die Generalsekretäre der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, der Hochschulrektorenkonferenz, des Wissenschaftsrats und der Deutschen Forschungsgemeinschaft als aktive Teilnehmer gewonnen werden. Sämtliche neuen Länder einschließlich Berlin waren durch verantwortliche Politiker vertreten. Ihre Ausführungen zeigten, daß die Konzepte über eine abschließende Lösung der Integration in den einzelnen Ländern sowohl bezüglich des Entwicklungsstands als auch dem Inhalt nach

durchaus unterschiedlich sind. Eine Dokumentation der wissenschaftspolitischen Tagungsbeiträge ist in Vorbereitung.

Wenn man sich heute noch einmal das „WIP-Memorandum“ vornimmt, mit dem

6. Woran scheiterte bisher die Integration?

Das WIP hatte von Anfang einige Konstruktionsmängel, die Umsetzungsprobleme ahnen ließen. Eine erste Ungeheimtheit war, daß die unbefristeten Arbeitsverträge, die mit den DDR-Akademien bestanden, nach positiver Evaluierung durch befristete Verträge, garniert mit dem Sahnehäubchen in Form von Zusagen für letztlich unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, ersetzt worden sind. Der Eingriff in die unbefristeten Arbeitsverträge erfolgte durch den Einigungsvertrag, d.h. per Gesetz; das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil diesem fragwürdigen Verfahren im wesentlichen aus finanziellen Erwägungen zugestimmt und die entsprechende Klage abgewiesen.

Statt im Ergebnis der Evaluierungen eine sofortige Problemlösung zu schaffen, haben Bund und Länder bis heute nur Problemverschiebungen organisiert. Auf diese Weise haben die derzeit im WIP an den Hochschulen Geförderten inzwischen ihren vierten befristeten Arbeitsvertrag: den ersten, bis Ende 1991 gültigen, mit dem betreffenden Land aufgrund des Einigungsvertrags, den zweiten (bis Ende 1992) und dritten (bis Ende 1993) mit KAI e.V. und schließlich den vierten (bis Ende 1996) mit einer Hochschule. Nach jedem Zeitabschnitt gab und gibt

der WIP-Rat bereits im September 1994 an die Öffentlichkeit getreten ist (vgl. auch *hochschule ost* 5-6/95), so wird allerdings deutlich, daß trotz aller Aktivitäten die damals erhobenen grundlegenden Forderungen nach wie vor nicht erfüllt sind.

es Zweifel an der Fortsetzung des Integrationsprozesses, deren Ausräumung seitens der WIPianer immer auch wissenschaftsfremde Aktionen erforderlich machen. Diese Kurzatmigkeit der Beschäftigungsverhältnisse ist der Feind langfristig angelegter Grundlagenforschung. Und von den Finanzen her ist kaum einzusehen, wieso es einen Unterschied macht, ob die Fördermittel im Rahmen einer Abfolge befristeter Beschäftigungsverhältnisse oder für unbefristete Stellen zur Verfügung gestellt werden. Oder will man sich immer mal wieder eine Möglichkeit vorbehalten, die WIPianer doch noch in die Wüste zu schicken?

Obwohl KAI e.V. in einer komplizierten Situation in der Regel gute organisatorische Arbeit geleistet hat, fragt man sich heute, ob der Kraftakt des Auf- und Abbaus dieser als Träger des WIP zeitlich zwischengeschalteten Verwaltung wirklich erforderlich war und ob die dafür verwendeten Mittel nicht hätten sinnvoller eingesetzt werden können. Zudem entstanden infolge der privatrechtlichen Organisationsform von KAI e.V. beim Übergang in die Hochschulen komplizierte Probleme im Zusammenhang mit der Anerkennung der dort verbrachten Beschäftigungsjahre. Eine vernünftige

Lösung dieser formaljuristischen Frage erforderte von Gewerkschaften und WIP-Vertretungen hohen Aufwand.

Während die WIPianer bis Ende 1993 bei KAI e.V. geparkt waren, liefen die Personalplanungen an den Hochschulen ohne Berücksichtigung des WIP-Potentials. In den Landeshochschulentwicklungsplänen der neuen Länder und Berlins kommt das WIP so gut wie nicht vor. Die Hochschulen waren offenbar in den Entstehungsprozeß des WIP nur unzureichend eingeschaltet und betrachten sich auch jetzt nicht genügend in die Vorbereitung eines neuen Hochschulsonderprogramms einbezogen (J. Lange, Tagung 5. 12.95). Wenn hier die Kommunikation nicht stimmt, sind die Probleme vorprogrammiert.

Sofern an den ostdeutschen Hochschulen Neuberufungen erfolgten, wurde meist das Prinzip der Ost-West-Durchmischung peinlich genau befolgt, wie es ja auch der Wissenschaftsrat gewollt hat. Diese Öffnung der Personalstruktur war zweifellos sinnvoll angesichts der politisch erzwungenen eingeengten wissenschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten der DDR-Hochschulen. Man gewinnt aber den Eindruck, daß bezüglich des Austauschs von wissenschaftlichem Personal die frühere Mauer durch eine semipermeable Membran ersetzt worden ist. In diese West-Ost-Einbahnstraße konnten und können sich die WIPianer nicht einordnen.

Sicher spielt dabei eine Rolle, daß die jetzt im WIP Geförderten mitunter noch nicht über so umfangreiche internationale Beziehungen verfügen, wie sie sich

ein westdeutscher Wissenschaftler über viele Jahre hat aufbauen können. Insbesondere Mitarbeiter, die sich in der DDR politisch vernünftig verhielten, hatten kaum Möglichkeiten für Reisen in westliche Länder. Das schadet ihnen heute. Aber seit der „Wende“ wurden schon vielfache wissenschaftliche Kontakte in diese Richtung aufgebaut, und man kann hier ganz sicher von einer weiteren Intensivierung ausgehen.

Im Zuge der zwangsweisen kongruenten Übertragung der westlichen Personalstruktur auf die Hochschulen der neuen Länder mußten diese massiv Mitarbeiter abbauen. Insbesondere entfallen unbefristete Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, also gerade die, die für das Gros der WIPianer entsprechend den Zusagen in Frage kommen würden. Die übrigen an den Universitäten im wissenschaftlichen Bereich vorhandenen Stellen sind für die WIPianer ohnehin kaum zugänglich. Für befristete Qualifikationsstellen kommen sie wegen ihrer meist bereits vorhandenen hohen Qualifizierung nicht in Frage. Gegen die Besetzung einer der wenigen freierwerdenden Hochschullehrerstellen spricht oft die fachliche Spezialisierung und mitunter auch das Alter. Schließlich setzte die Förderzusage für das WIP ein anerkanntes Forschungsprofil voraus, das man im allgemeinen nicht in wenigen Berufsjahren aufbauen kann.

Die beiden gegenläufigen Prozesse, der erzwungene Abbau von Stammpersonal einerseits und eine Integration von WIPianern andererseits, passen im Rahmen der hergebrachten Strukturen nicht zusammen. Während der erstgenannte

Prozeß kräftig läuft, ist der zweite nicht einmal aus den Startlöchern gekommen. Lösungen für die WIP-Geförderten sind im Rahmen dieser nunmehr festgefügteten Stellenstruktur auf keinen Fall in dem durch die Anzahl der WIPianer gegebenen Umfang möglich. Politische Lösungen müssen gefunden werden; die aktuellen Beratungen zu einem neuen Hochschulsonderprogramm bieten sich dafür geradezu an. Gibt es solche Lösungen nicht, werden die WIPianer letztlich auf der Strecke bleiben, soviel sie auch auf ihre positiven Evaluierungsergebnisse, ihre fachlichen Erfolge und die ihnen gegebenen Zusagen verweisen. Und den Hochschulen kann dabei noch nicht einmal ein Vorwurf gemacht werden.

Ein Motiv des Wissenschaftsrats für die WIP-Konstruktion war seine Überzeugung, man müsse die Forschung an den Hochschulen der neuen Länder wieder stärken und dazu Potential aus den Akademien dorthin „zurückführen“. Sofern damit die Einschätzung verbunden war, an diesen Hochschulen sei so gut wie nicht geforscht worden, war dies ein offensichtlicher Fehler. Unabhängig davon können natürlich leistungsfähige WIP-Gruppen die Forschung an diesen Hochschulen wesentlich stärken, z.B. auch durch Installierung von Forschungsgebieten, die es bisher an der betreffenden Hochschule nicht oder nicht schwerpunktmäßig gab. Insbesondere an den Fachhochschulen können die WIPianer Beiträge zur schon lange geforderten Stärkung der Forschung leisten. Sollte hier ein Fehler in der Begründung vorgelegen haben, so ändert dies nichts an der Richtigkeit der Zielstellung des WIP.

Ein anderes Vorurteil war, daß die DDR-Akademien (nicht nur aus strukturellen, sondern) auch aus politischen Gründen aufgelöst werden mußten. Damit werden mitunter auch die WIPianer in pauschaler Weise unterschwellig in die Nähe ehemals staatstragender Kader gerückt. Das ist einer Integration kaum förderlich. Vielleicht abgesehen von speziellen gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen waren aber mindestens die Mitarbeiter auf unteren Ebenen im wesentlichen Forscher und standen dem SED-Staat keineswegs überdurchschnittlich nahe. Es gab sogar Fälle, wo wissenschaftliche Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften eingestellt wurden, damit sie bei der politisch sehr sensiblen „sozialistischen Erziehung“ der Studenten keinen Schaden mehr anrichten konnten.

Jedenfalls dürfen jetzt offenbar werdende Fehleinschätzungen der für das WIP wissenschaftspolitisch Verantwortlichen keinesfalls auf dem Rücken der WIP-Geförderten korrigiert werden. Die WIPianer fordern Vertrauensschutz für die ihnen gegebenen Zusagen.

Vielfach werden die Probleme bei Eingliederung des WIP-Personals in die Hochschulen an der Finanzierungsfrage festgemacht. Die Bundesregierung hat über lange Zeit eine Beteiligung an der Finanzierung des WIP-Potentials für die Zeit nach 1996 strikt abgelehnt. Sie begründete dies mit dem Bestreben, nun zur „Normalität“ zurückzukehren, was bedeutet, daß die Bereitstellung von Mitteln für Hochschulpersonal allein Ländersache wäre. Dabei wird aber völlig igno-

riert, daß die Eingliederung von wissenschaftlichem Personal aus einem zusammengebrochenen Staat in eine gesamtdeutsche Forschungs- und Hochschullandschaft keineswegs der „Normalfall“ ist. Und die Wissenschaftsakademien waren zentrale Einrichtungen der DDR, für die der Bund in erster Linie als verantwortlicher „Erbe“ in Frage kommt. Solange

7. Zur aktuellen Problemlage

In jüngster Zeit kommt wenigstens insoweit Bewegung in die Diskussion der Finanzierungsfrage als starke Bestrebungen im Gange sind, in das neue, von Bund und Ländern gemeinsam getragene Hochschulsonderprogramm Fördermaßnahmen aufzunehmen, die grundsätzlich auch den WIPianern zugänglich sind. Im Bundestag wurden am 18. Januar d. J. Anträge zum Inhalt dieses neuen Programms beraten. Dabei haben alle Parteien in irgendeiner Weise auch zum WIP Stellung genommen. Keine dieser Stellungnahmen ging davon aus, daß für die WIPianer ab 1.1.1997 überhaupt nichts mehr geht. Auch die gemeinsame Verantwortlichkeit des Bundes und der Länder für den Abschluß des WIP wird akzeptiert. Aber die eigentlich angezeigte Lösung, d.h. die Erfüllung des Programmziels durch unbefristete Eingliederung in die Hochschulen und damit die Einlösung der Zusagen, wurde nur von einer kleineren Oppositionspartei explizit gefordert. Die anderen Parteien schlagen gewisse Teillösungen vor, die prinzipiell in die richtige Richtung gehen, aber gemessen am Ziel des WIP noch nicht ausreichen.

Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen

ge das vereinigungsbedingte Problem der Integration noch nicht abschließend gelöst ist, darf sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung verabschieden und diese den Ländern, den Hochschulen und den WIPianern zuschieben. Der WIP-Rat hat die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern immer wieder gefordert.

ist die Bereitstellung eines „Sockelbetrags zur Förderung innovativer Forschungsgruppen in den neuen Bundesländern“. Im Gespräch ist eine Summe von 100 Mio DM für den Zeitraum von 4 Jahren. Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie man „innovative“ von „nichtinnovativen“ Forschergruppen unterscheiden kann. Darüber hinaus sind weitere Modalitäten zu präzisieren: Soll die DFG oder sollen nicht besser die Länder als „Träger“ dieser Fördermaßnahme fungieren? Können WIP-Wissenschaftler ihre eigenen Personalmitel einwerben?

Die im Bundestag vorgeschlagene Anhebung dieses Betrags auf 400 Mio DM wäre ein sehr wichtiger Fortschritt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese Mittel, sollten sie in das Programm eingestellt werden, speziell für Projekte der WIPianer bereitstehen würden; der Vorschlag geht wohl in diese Richtung. Es ist auch zu begrüßen, daß nicht nur an die WIPianer in den Hochschulen gedacht werden soll, sondern auch an die in An-Instituten und bestimmten außeruniversitären Einrichtungen. Nur: Von einer endgültigen Integration der WIPianer in ihre Zieleinrichtungen ist auch bei diesem Vorschlag (noch?) nicht die Rede. Nach

dem gegenwärtigen Stand müssen die WIPianer ihre bereits viel zu lange andauernde Hängepartie weiter fortsetzen. Denn es steht dann immer wieder die Frage der arbeitsrechtlichen Anbindung. Schließlich gibt es auch eine zeitliche Begrenzung für befristete Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen. Wie schwierig sich die Lösung solcher formaler Fragen gestaltet, mußten die WIPianer in der Zeit nach KAI e.V. erfahren.

Nach einem Vorschlag der Länder sollte das neue Hochschulsonderprogramm mit Mitteln in Höhe von insgesamt 5,5 Mrd. DM ausgestattet sein, wobei die Länderseite einen Beitrag von 2,2 Mrd. DM zugesagt hat. Diese Beträge sind zwar ansehnlich, aber gemessen an anderen Posten auch wieder „peanuts“: Der Verteidigungshaushalt hat eine Größenord-

8. Zusammenfassung

Das Ziel des Wissenschaftler-Integrations-Programms, die Erhaltung von positiv evaluiertem Forschungspotential in den neuen Ländern und seine dauerhafte Integration in die Hochschulen, ist bisher nicht erreicht. Die den WIPianern gegebenen Zusagen der Politik sind noch nicht eingelöst.

Die Umsetzung der Wissenschaftsrats-Empfehlung „Eingliederung in eine Hochschule“ ist ein vereinigungsbedingtes Problem. Bund und Länder müssen gemeinsam in der Verantwortung bleiben.

Ein abschließende Lösung des Problems kann letztlich nur durch die Schaffung der zugesagten unbefristeten wissenschaftlichen Arbeitsplätze erfolgen. Nur so kann

nung von 50 Mrd. DM. Während mit einem Hochschulsonderprogramm etwas für die Zukunft getan wird, kann man sich da beim Militär nicht so sicher sein.

Der immer noch nicht entschiedene Streit um die Höhe des Bundesbeitrags und die Verteilung der Gesamtsumme auf Bund und Länder ist kaum noch nachvollziehbar. Bedenklich erscheint die von Zukunftsminister Rüttgers angestrebte Verquickung von BAföG, Hochschulbau und Forschungsförderung. Wenn die Forschung nur dadurch gefördert werden kann, daß beim wissenschaftlichen Nachwuchs gespart wird, dann ist für die „Zukunft“ nichts gewonnen. Die Mittel müssen schon aus anderen Töpfen kommen. Außer dem Verteidigungshaushalt wären die Budgets der Geheimdienste dafür sehr geeignet.

das im WIP konzentrierte wissenschaftliche Potential auf Dauer erhalten und für den Aufbau einer blühenden Hochschul- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern genutzt werden.

Diese Arbeitsplätze können von den Hochschulen angesichts der ihnen auferlegten Kürzungen im Rahmen ihrer Stellenpläne nicht in der erforderlichen Anzahl und entsprechend der Qualifikation der WIPianer zur Verfügung gestellt werden. Daher ist die Politik gefordert.

Wenn die Politik diese abschließende Lösung derzeit nicht erreichen kann oder will, sind in jedem Fall Teillösungen erforderlich. Dabei darf allerdings die ursprüngliche klare Zielstellung des WIP

nicht vernebelt werden. Die Teillösungen müssen Schritte in Richtung dieses Ziels sein.

Die vorgesehene Maßnahme „Sockelbetrag zur Förderung innovativer Forschungsgruppen in den neuen Bundesländern“ ist in diesem Zusammenhang zu sehen und kann nach Klärung von bestimmten Modalitäten durchaus hilfreich sein.

Weitere partielle Lösungen müssen umgehend sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene verbindlich festgelegt werden. In diese „WIP-Runden“ sollten die

zuständigen Politiker, Hochschulen, Gewerkschaften und WIP-Vertretungen einbezogen werden. Konkrete Vorschläge für solche Teillösungen wurden auf der Pressekonferenz am 15.9.1995 und auf der Tagung „WIP - Leistungen und Perspektiven“ am 5.12.1995 vorgelegt.

Gottfried Seifert, Dr. rer.nat., Mathematiker, ist im Rahmen des WIP wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hermann-Föttinger-Instituts für Strömungsmechanik der TU Berlin, Mitglied im Vorstand des WIP-Rates Berlin und der WIP-Koordinierungsgruppe der Länder

REAKTIONEN

Ulrich van der Heyden (Berlin):

Geht die Abwicklung weiter?

Eine Antwort auf den Beitrag von Norman Adler, hso 5-6/95

Im letzten Heft des Jahres 1995 erschien in der *hochschule ost* ein Aufsatz von Norman Adler über den Forschungsschwerpunkt *Moderner Orient* in Berlin.¹ Hierin informiert der Autor über die Reduzierung des Personalbestandes des Forschungsschwerpunktes *Moderner Orient* (FSP) und versucht, dafür Gründe aufzuzeigen.

Selten hat ein Aufsatz in der Fachpresse für so viel Diskussion und Aufregung in dem Gebäude in der Prenzlauer Promenade gesorgt wie eben dieser Artikel von Norman Adler. Aber auch über den direkt betroffenen Wissenschaftler-Kreis hinaus fand er Aufmerksamkeit, und der dort dargestellte Vorgang findet nach wie vor in verschiedenen wissenschaftsorganisatorischen und zunehmend auch politischen Gremien sowie in der Presse Interesse. Dies ist nicht verwunderlich, kann doch nur das, was im Interesse einer gewissen Öffentlichkeit auch thematisiert und öffentlich gemacht wird, auch nur in jenem Interesse diskutiert werden. Die-

se Freiheit hatten wir Mitarbeiter der alten Akademie lange vermissen müssen und mußten nun zuweilen feststellen, daß wohl nicht alle Mitbürger heute diese vielleicht als Selbstverständlichkeit angesehene Errungenschaft so richtig zu schätzen vermögen. Jedenfalls läßt sich dies aus für gelernte DDR-Bürger unverständlichen Reaktionen erkennen, so bei dem vielfach ihnen gegenüber demonstrierten Unverständnis darüber, wie man bürokratische Entscheidungen etwa anzweifeln könne.

Da wird lieber der Untergang der Titanic gefeiert, weil es ja noch einige geschafft haben, in die Rettungsboote zu gelangen. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: es ist relativ unbedeutend, ob man nun ein halb gefülltes Wasserglas als halb voll oder als halb leer bezeichnet oder eine Begutachtung einer wissenschaftlichen Institution, deren Personalbestand dadurch zur Hälfte bzw. zu einem Drittel abgewickelt wurde, nun als erfolgreich bestan-

den oder als Mißerfolg interpretiert. Das hängt wohl immer vom Standpunkt des Betrachters ab. Und zumeist melden sich diejenigen zu Wort, die eindeutig auf der einen Seite stehen. In dieser Wortmeldung nun meldet sich ein Betroffener zu Wort.²

Es wäre nicht der Wahrheit genüge getan, wollte ich den Vorwurf zurückweisen, daß die folgenden Zeilen von einem frustrierten Opfer der DFG-Förderungspraxis stammen. Sicherlich bin ich über mein persönliches Schicksal enttäuscht, aber andererseits beschäftige ich mich in verschiedenen Gremien mit der wissenschaftshistorischen Aufarbeitung der Geschichte der Afrikanistik in der DDR und damit, was nach der Wende davon erhalten geblieben ist. Und so erlaubt diese Erfahrung dem „letzten Akademie-Afrikanisten“ doch einige Parallelen und Schlußfolgerungen zu ziehen, die über die persönlichen Befindlichkeiten hinausgehen. Als Betroffener von Evaluierung, Beteiligter am Aufbau einer neuen Wissenschaftsinstitution nach der Wende und schließlich Spätabgewickelter kann ich zudem auf persönliche Erfahrungen und Einblicke verweisen, die einer wissenschaftsgeschichtlichen Darstellung zu Gute kommen.

Da nicht zuletzt wegen des ihr oft nachgesagten Exoten-Daseins der Afrikanistik bislang kaum öffentliche Stellungnahmen über diese Wissenschaftsdisziplin vorliegen, sind alle Bemühungen auf diesem Gebiet zu begrüßen; dies gilt auch für den oben genannten Beitrag von Norman Adler.

Dieser weist indes einige Unkorrektheiten und Möglichkeiten zur Falschinterpretation auf, die durch eine wissenschaftsgeschichtliche Darstellung zum FSP berichtigt werden sollten. Dies wird in den folgenden Ausführungen geschehen.

Doch zunächst sei auf einige wesentliche Aussagen und Argumente des Autors eingegangen, die zu Mißdeutungen führen könnten:

Der FSP Moderner Orient stand schon, wie im Untertitel behauptet, in gewisser Weise vor dem Ende. Nach einer Übergangsphase von drei Jahren, die um ein weiteres Jahr verlängert wurde, sollten die sieben auf Grund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus der DDR-Akademie entstandenen geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte, für die die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) die Tochtergesellschaft Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben (FÖG) eigens ins Leben gerufen hatte, in eine feste Institution überführt werden. Insofern wäre das „Aus“ kein Grund zur Sorge oder zum Beklagen. Grund dafür gibt es allerdings bezüglich der zukünftigen wissenschaftlichen Ausrichtung dieser Institution, die sich seit dem 1. Januar 1996 Zentrum Moderner Orient (ZMO) des Vereins Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V. - zu dem noch zwei weitere aus FSP hervorgegangene Zentren in Berlin gehören - nennt, und zur Art und Weise, wie die wissenschaftliche Profiländerung durchgesetzt wurde bzw. werden soll. Denn die zukünftige Spezialisierung des ZMO hat mit den ursprünglichen Empfehlungen des

Wissenschaftsrates vom 5. Juli 1991 nur noch sehr wenig gemein. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, hat hingegen sehr viel mit den hinlänglich bekannten Praktiken der Abwicklung der Wissenschaft im Osten Deutschlands zu tun. In dieser Hinsicht ist also die Überschrift des Artikels, die Anlaß zur Kritik bot, berechtigt.

Die von Adler suggerierte Ossi-Feindlichkeit der Entscheidung kann von vielen nicht geteilt werden; selbst das „Neue Deutschland“³ konnte dies in einem Artikel über die Ergebnisse der Begutachtung der FSP im Sommer 1995 nicht feststellen. In der Tat sind zwar nur einige wenige Ossis mehr aus der Förderung geflogen, was keinen mehr verwundern sollte, aber das Ergebnis ist doch entscheidend. Denn nunmehr herrscht so gut wie Parität in dem übriggebliebenen Rest des Personalbestandes: in der Anzahl der Ossis und Wessis, im zahlenmäßigen Verhältnis der männlichen und weiblichen MitarbeiterInnen, in Bezug auf jüngere und ältere Mitarbeiter, in der personellen Besetzung der einzelnen Forschungsgruppen. Wer wollte da noch klagen oder Rechenkünste dahinter vermuten?

Auch scheint mir die Aussage, daß im FSP „etwas zusammengewachsen“ sei, „was anderswo nicht so recht zusammenwachsen will“ doch etwas zu euphorisch und dem Zweck geschuldet. Selbstverständlich gab es in unserer Institution Kooperation und Koordination unter den Mitarbeitern, die aus den alten und neuen Bundesländern kamen, doch hielt sich diese in Grenzen.

Zu unterschiedlich war die wissenschaftliche und gesellschaftliche Herkunft. Aber es gab keinen offenen Ossi-Wessi-Gegensatz. Allerdings schwebte im Unterbewußtsein der Ossis der Ärger und die Enttäuschung über die Ungleichbehandlung, die sich nicht nur in der Höhe des Gehaltes ausdrückte, sondern auch in der einen oder anderen administrativ-bürokratischen Angelegenheit. Aber alle Ossis waren froh, einen Job in dem gelernten und bis zur Wende ausgeübten Beruf zu haben, konnten dies doch nur knapp 170 von ehemals über 1000 Beschäftigten in den ehemaligen geisteswissenschaftlich ausgerichteten DDR-Akademie-Instituten von sich behaupten.

In dem Beitrag von Norman Adler wird von „Orientalisten“ gesprochen, die am FSP arbeiteten. Diese machten aber nur ein knappes Drittel der Mitarbeiter aus; die Mehrzahl waren Afrika- und Asienwissenschaftler. Die Wissenschaftsbürokratie des Berliner Senats versteht allerdings unter Orientforschung die Erforschung der arabischen Region, bestenfalls noch die der islamisch dominierten Länder in deren Nachbarschaft. So wollte man dann auch, als die Entscheidung zur Übernahme dieses FSP im Haus des Berliner Wissenschaftssenators auf der Tagesordnung stand, nur „Orientalisten“ haben, auf keinen Fall Afrikanisten und Asienwissenschaftler. Nun ist verständlich, wenn ein Laie ob der Vielfachbedeutung des Begriffs „Orientalistik“ die Orientierung verliert, hat doch Michael Lüders in der Wochenzeitung „Die Zeit“ zu Beginn des Jahre 1995 schon auf

das Chaos aufmerksam gemacht, das der Begriff „Arabistik, Orientalistik, Islamkunde, Islamwissenschaft“ unter den Fachleuten hervorruft.⁴ Eine Rückfrage bei diesen hätte allerdings einige Unklarheiten beseitigen können. Jedenfalls habe man entschieden, wie der zuständige Beamte dem Verfasser im Dezember '95 wörtlich erklärte, „daß Afrika an einem zukünftigen geisteswissenschaftlichen Zentrum Moderner Orient in Berlin keine Zukunft habe“. Ist diese den Empfehlungen des Wissenschaftsrates widersprechende Äußerung nur Ergebnis einer bürokratischen Entscheidung? Oder, so muß man doch fragen, cui bono?

In dem Artikel von Norman Adler wird leider nicht erwähnt, daß sich der Betriebsrat der FÖG sehr engagiert für die Belange der Mitarbeiter und für die Umsetzung der Überlegungen des Wissenschaftsrates - der immerhin die Aufgabe hat, „Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung zu erarbeiten, die der Erfordernissen des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens entsprechen“⁵ - eingesetzt hat. Leider konnte er wenig erreichen, da sich - wie in diesem Artikel zu zeigen sein wird - über die Empfehlungen dieses höchsten wissenschaftsorganisatorischen Gremiums hinweggesetzt wurde.

Ebenfalls gilt es die Anstrengungen des ersten kommissarischen Leiters des FSP sowie des damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates und zugleich Mitglied des wissenschaftli-

chen Beirates des FSP zu würdigen, die sich aufopferungsvoll bemühten, daß die damals sehr junge Institution sich im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates als Stätte interdisziplinärer, interregional orientierter geisteswissenschaftlicher Forschung außerhalb der Universitäten etablieren konnte.

Die in dem Artikel von Adler noch vermutete Gefahr der „scheibchenweisen Reduzierung“ der ursprünglichen Forschungspotentiale hat sich leider bewahrt.

In dem Adler-Artikel wird der Eindruck vermittelt, daß die Begutachtung von zukünftigen Projekten in der Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik normale Praxis sei. Die Mitarbeiter einer wissenschaftlichen Institution hätten sich eben einer Prüfung ihrer geleisteten und der geplanten Arbeiten zu unterziehen. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Jedoch wird bei dieser Argumentation gar zu gern vergessen, daß die FSP nicht eine Übernahme aus der alten Bundesrepublik sind, sondern aus dem Altbestand der DDR-Wissenschaftsmasse aus einer bis dahin in der alten Bundesrepublik nicht bekannten Praxis entstanden sind. Schließlich wurden dafür gar neue Verfahrensweisen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eingeführt. Das Modell der FSP und ihrer Nachfolgeeinrichtungen ist ja ein Ergebnis der Abwicklung vornehmlich der außeruniversitären geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR. Auch die für vier Jahre für die FSP verantwortliche MPG hat bislang

unterschieden zwischen Instituten und Einrichtungen, „die unmittelbar in Verbindung mit der Abwicklung der DDR-Akademie gegründet wurden und solchen, deren Gründung erst jetzt (also Jahre nach der Abwicklung der ostdeutschen Wissenschaft - U.v.d.H.) erfolgte bzw. in Vorbereitung ist.“⁶ Ausdrücklich wird vom Gesamtbetriebsrat der MPG in seinem Tätigkeitsbericht hervorgehoben: „Während bei der erstgenannten Gruppe gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Auflage bestand, einen bestimmten Teil positiv evaluierter Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften zu übernehmen, erfolgen die gegenwärtigen Neugründungen unter den üblichen Bedingungen der Alten Bundesländer“.⁷ Nur will sich hieran, nachdem die drei- bzw. vierjährige Existenz der FSP unter der Ägide der MPG ausgelaufen ist, niemand mehr erinnern. Das zuweilen vorgebrachte Argument, daß die Ost-Wissenschaftler dadurch bevorteilt würden, trifft so nicht zu. Denn keiner der „handverlesenen“ Ossi, wie die „Frankfurter Rundschau“ sie einmal nannte,⁸ hat eine Lobby bei den für wichtige Entscheidungen zuständigen Ordinarien oder Wissenschaftsmanagern. Und wir Ossi mußten erfahren, daß „Vitamin B“ heutigentags wenigstens ebenso wichtig ist wie vor 1989.

Und, was nach meinem Verständnis auch zu einer Begutachtung gehört, niemand hat sich für die Ergebnisse der geleisteten Arbeit der FSP-Mitarbeiter in den vergangenen Jahren interessiert. Dabei hatte noch der Verband der Historiker Deutschlands in Leipzig

im Jahre 1994 in einer Resolution der Mitgliederversammlung bei grundsätzlicher Bejahung der „unkonventionellen“ FSP-Modelle gefordert, daß die FSP „einer begleitenden Erfolgskontrolle unterworfen werden“ sollen.⁹ Denn, und darauf hat Norman Adler verwiesen, es wurden wichtige Aufgaben trotz schwieriger psychischer Bedingungen gelöst. Und wofür? Um das beackerte und bestellte Feld jetzt zur Ernte in andere Hände zu übergeben!

Und niemand der Betroffenen hat, um einen Gedanken aus dem Adler-Artikel aufzugreifen, angenommen, daß es sich bei den FSP und den Nachfolgeinstitutionen um „privilegierte Ostunternehmen“ handeln würde. Aber es war ein Versuch, aus der DDR mitgebrachte Erfahrungen einer weitgehend von der universitären Lehre unabhängigen Grundlagenforschung auf geisteswissenschaftlichem Gebiet in die gesamtdeutsche Wissenschaftserfahrung einzubringen. Das hatte auch der auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik und -strategie in der Regel bestens informierte „Tagesspiegel“ so gesehen und geschrieben: „Das hatte den Wissenschaftsrat veranlaßt, als Übergangslösung, bevor es zur Bildung von Geisteswissenschaftlichen Zentren in ganz Deutschland kommen soll, die Einrichtung von Forschungsschwerpunkten zu empfehlen.“¹⁰ Die Praktikabilität des Modells der geisteswissenschaftlichen Zentren prüft man auch an Universitäten in Westdeutschland. So wird beispielsweise an dem Institut für Afrika-Studien der Universität Bayreuth die „neue Möglichkeit diskutiert, unter an-

derem die vom Wissenschaftsrat Ende 1994 verfaßten 'Empfehlungen zur Gründung geisteswissenschaftlicher Zentren'¹¹ für die Fortführung des auslaufenden DFG-Sonderforschungsbereiches „Identität in Afrika“ zu nutzen.

Um einen sachlichen Einblick in die Diskussion um das bevorstehende Ende oder um die Weiterführung der mehrfach positiv evaluierten Afrika- und Asienforschung (wie sie zu DDR-Akademie-Zeiten hieß) zu erlangen, ist es sinnvoll, sich in der gebotenen Kürze mit der Geschichte des Forschungsschwerpunktes Moderner Orient zu befassen.

Die Gründung des FSP Moderner Orient erfolgte auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates nach der Evaluierung der einzelnen Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR.¹² Die Idee für diesen besonderen Typ von „Forschungskolleg“ hatte damals der Präsident der DFG eingebracht. Es sollten damit in Grenz- und Überschneidungsgebieten mehrerer Disziplinen der Kultur- und Geisteswissenschaften neue Forschungsfelder bearbeitet werden, so daß eine bislang vorhandene Lücke in der geisteswissenschaftlichen Forschung der Bundesrepublik geschlossen werden könnte.¹³

In den auf dieser Idee basierenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurde ausdrücklich dafür plädiert, förderungswürdige Projekte und Projektgruppen aus der Akademie der Wissenschaften der DDR auch im vereinten Deutschland fortzuführen. Es

wurde hierin empfohlen, „dafür zu sorgen, daß eine Reihe wissenschaftlich bedeutsamer Projekte und qualitativ gute bis sehr gute Forschergruppen ihre Arbeiten in anderen institutionellen Zusammenhängen fortsetzen können.“¹⁴ Dort wurde in Bezug auf die später am FSP betriebenen Wissenschaftsdisziplinen zum Institut für Allgemeine Geschichte ausgeführt: „Im Teilbereich 'Asien, Afrika, Lateinamerika' - auch 'Orientforschung' genannt - sind einige sehr substantielle und koordinierte Arbeiten durchgeführt worden, die nach Fortfall der sie zum Teil in Fragestellung und Durchführung beeinflussenden ideologischen Vorgaben unbedingt fortgeführt werden sollten“.¹⁵

In der Tat hatte ein Mitglied der Evaluierungskommission, der über das Schicksal hunderter Akademie-Wissenschaftler und Dutzender von Projekten zu befinden hatte, unsere Disziplin im Gedächtnis behalten und dafür sehr schmeichelhafte Worte in seinen Erinnerungen gefunden. Er meinte, daß es im Institut für Allgemeine Geschichte „bunte Tupfer, häufig in Gestalt jüngerer Wissenschaftler“ gab, die in „interessanten Abteilungen, z.B. für afrikanische Geschichte oder für moderne Orientforschung“ arbeiteten.¹⁶ Da dies auch wohl die Meinung von anderen „Evaluierern“ war, durften neun Wissenschaftler aus dem Institut für Allgemeine Geschichte, die, wie die anderen Mitarbeiter der FÖG „nach strengen Maßstäben nicht nur vom Evaluierungsausschuß des Wissenschaftsrates sondern auch durch spezielle Beratungsgruppen der Präsidentenkommission“

der MPG überprüft worden waren,¹⁷ im FSP weiterarbeiten.

Sowohl für die Bewerbung zur Arbeit im FSP Moderner Orient als auch für die seinerzeit von den meisten Mitarbeitern eingereichten Bewerbungen für das Wissenschaftler-Integrationsprogramm innerhalb der Hochschulerneuerungsprogramms (WIP-HEP) wurden einige der späteren FSP-Mitarbeiter noch zweimal positiv evaluiert. Auf die Tätigkeit im WIP-HEP verzichteten einige zugunsten der Aufnahme der Arbeit in dem außeruniversitären FSP Moderner Orient, was nun für den Verfasser dieser Zeilen den Verlust von (mindestens) einem Jahr Beschäftigung bedeutet, da eine nachträgliche Aufnahme in das WIP-Programm nicht möglich ist.

Die aus dem Akademie-Institut für Allgemeine Geschichte in den FSP übernommenen Projekte basierten zum überwiegenden Teil auf bisherigen Vorarbeiten der betreffenden Wissenschaftler. Sie wurden in das Forschungsprogramm der neuen Institution integriert, nämlich - unter der etwas weit gefaßten Überschrift - von „beziehungs geschichtlichen Fragestellungen des Verhältnisses zwischen Orient und Okzident“.¹⁸ Gegliedert waren diese in zwei Hauptgruppen, in die sich jeder Mitarbeiter einbringen konnte/mußte. Es wurden die beiden Themen „Indigene Transformation als Prozeß: Auseinandersetzung, Synthese und Neubildung“ sowie „Wechselseitigkeit in ungleichen Beziehungen: Deutschland, der Orient und Afrika vom 18. bis 20. Jahrhundert“¹⁹ in mehreren Teilprojek-

ten bearbeitet. Ausdrücklich wurde hierzu die Afrikaforschung zum Modernen Orient, wie schon in der o.g. Wissenschaftsrats-Empfehlung, gezählt. Die beiden Forschungsrichtungen bestätigte am 6.4. 1992 der wissenschaftliche Beirat des FSP, dem maßgebliche Gelehrte aus der Bundesrepublik angehören, die die Orientalistik, Asienwissenschaften und Afrikanistik vertraten.²⁰

Im Tätigkeitsbericht 1993 des FSP Moderner Orient wird hervorgehoben, daß sich eine Vertiefung und eine Verbreiterung in den „Diskussions- und Kooperationsebenen“ ergeben haben, so auch in dem Schwerpunkt „Missionsgeschichte als Quelle für Beziehungs- und Sozialgeschichte“,²¹ wo Einzelprojekte aus den Bereichen der Afrika- und Asienforschung gleichberechtigt Berücksichtigung fanden. Nicht zuletzt deshalb organisierten zwei Mitarbeiter des FSP im November 1994 mit Unterstützung der DFG und ohne Beteiligung von Nahostwissenschaftlern eine Konferenz, die internationale Beachtung fand.²²

Wie es dann in dem Tätigkeitsbericht des FSP von 1994 heißt, wurden die in den Berichten 1992 und 1993 vorgestellten Projekte weitergeführt und in zwei neue Forschungsvorhaben überführt.²³ Mit der vollen „Aufstockung“ des Personalbestandes und dem Abschluß der „Durchmischung“ fand unter Beibehaltung des Forschungsprofils der einzelnen Wissenschaftler eine konzeptionelle Überarbeitung des bisherigen Forschungsprogramms statt. Dies hing mit der Anforderung zusammen, einen gemeinsamen Antrag für das 1996 ein-

zurichtende geisteswissenschaftliche Zentrum zu formulieren, nachdem erst Mitte November 1994 das Bundesministerium für Forschung und Technologie die Fortexistenz der sechs geisteswissenschaftlichen Institutionen (eines war in der Zwischenzeit in dem Institut der MPG für Wissenschaftsgeschichte aufgegangen) nach Klärung der Finanzierung als gesichert angesehen hatte.²⁴

Als Ergebnis der Diskussion um das zukünftige Forschungsprofil entstand im Frühjahr 1995 ein gemeinsamer Antrag aller wissenschaftlicher Mitarbeiter, in dem auch die bisherigen wissenschaftlich-technischen Mitarbeiterinnen Berücksichtigung fanden. Dieser wurde der DFG eingereicht, die sich im Februar 1995 bereit erklärt hatte, den Großteil der Finanzierung der FSP zu übernehmen.

Diese Entscheidung basierte auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 11.11.1994. In diesem Papier wurde ausdrücklich betont, daß „unmittelbarer Anlaß für die Beschäftigung mit den Geisteswissenschaften... für den Wissenschaftsrat die Forschungsschwerpunkte (FSP), die auf der Grundlage seiner Empfehlungen zu den Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR eingerichtet worden sind,“ waren. Weiter heißt es: „Die FSP sind die einzigen außeruniversitären Einrichtungen auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften in den neuen Ländern“, mit Ausnahme des Instituts der MPG Wissenschaftsgeschichte und das Sorbische Institut.²⁵ Hier wurden detaillierte Vor-

stellungen zur Fortführung der Institutionen in einem Zeitraum von 12 bis 15 Jahren entwickelt.²⁶ Darüber hinaus wurde empfohlen, kw-Stellen für Wissenschaftler aus den ehemaligen AdW-Instituten zu schaffen,²⁷ was in den folgenden offiziellen Überlegungen keinerlei Rolle mehr spielte. Entsprechende Anfragen wurden von den Entscheidungsträgern entweder negativ oder überhaupt nicht beantwortet.²⁸ Vorgeschlagen wurde in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom November 1994 ausdrücklich, daß die „Forschungsschwerpunkte in den neuen Ländern und in Berlin in Geisteswissenschaftliche Zentren überführt werden“ sollen,²⁹ woraus geschlossen werden konnte, daß die in den FSP begonnenen Forschungsvorhaben auch in den ab Januar 1996 unter einem anderen Namen firmierenden Institutionen fortgeführt werden sollen bzw. konnten. Auf den vorliegenden Ergebnissen bzw. Teilergebnissen beruhten ja letztlich die Empfehlungen zur Weiterführung dieser außeruniversitären Institutionen. Hätten die FSP nicht die Erwartungen der Wissenschaftsratsempfehlungen von 1991 erfüllt, hätte man sich nicht so viel Mühe gegeben, für eine Weiterführung dieser außeruniversitären Institutionen zu streiten.

In diesem Sinne lauteten auch alle seit Beginn der Information über die Einleitung eines „beschleunigten, speziellen Begutachtungsverfahrens durch die DFG“³⁰ den Mitarbeitern auf den verschiedensten Informationskanälen übermittelten Nachrichten.

Der Gesamtantrag des FSP Moderner

Orient an die DFG, der Einzelprojekte in drei Gruppenprojekte zusammenfaßte und diese wiederum unter „einem Dach“ zusammenführte, wurde am 15. Mai 1995 eingereicht. Daraufhin fanden am 18. Juli Gutachter-Gespräche in Berlin statt. Innerhalb weniger Stunden Diskussion und eines Frage-Antwort-Spiels waren die Entscheidungen gefallen, die dann durch die Hauptauschußsitzung der DFG vom 1. September 1995 bestätigt wurden.

Die Entscheidung des Gutachter-Gremiums, die Nachfolgeinstitution des FSP Moderner Orient personell etwa um ein Drittel zu verringern, löste Betroffenheit aus; fielen doch die Entscheidungen unerwartet hart aus. Die nunmehr stark zerrüttete Selbstsicherheit der FSP-Mitarbeiter war nicht aus einem gebündelten Gefühl von Überheblichkeit und Arroganz erwachsen. Vielmehr war dieses auf der Grundlage des Stolzes auf das auch von den damaligen Entscheidungsträgern geschätzte Erreichte begründet, denn in den mehr als drei Jahren Existenz konnten wahrlich nicht wenige wissenschaftliche Leistungen errungen werden, Projekte in internationalen Dimensionen und Verknüpfungen angeregt, durchgeführt, diskutiert und angeschoben werden. Eine Portion Selbstsicherheit war auch anscheinend nicht unbedacht von einigen Verantwortlichen geschürt worden, indem diese sagten, daß die „FSPler“ nicht schlechter gestellt sein sollten als die „WIPianer“, daß es für nicht übernommene Mitarbeiter noch Lösungen geben werde, es sicherlich für die erste Zeit Anschubfinanzierung

geben werde, man die Verantwortung zumindest gegenüber den ehemaligen Akademie-Mitarbeitern nicht abgeben wolle, das Profil des FSP sich bewährt habe und beibehalten werden solle, und außerdem gäbe es die Option der kw-Stellen. Obendrein machte die Mitteilung Hoffnung, daß die DFG mit dieser neuen Form der Förderung Neuland beschreitet und demzufolge auch neue Formen der Begutachtung und Rekrutierung der Mitarbeiter sucht. Ich muß gestehen, daß - obwohl ich es auf Grund der Erfahrungen seit der Wende hätte besser wissen müssen - ich daran geglaubt oder zumindest darauf gehofft habe.

In der Realität hatten die an dem Gesamtantrag des FSP an die DFG beteiligten 20 Wissenschaftler sogar schlechtere Bedingungen, als wenn sie einen Antrag im Normalverfahren gestellt hätten. Denn trotz aller den anfänglichen DFG-Forderungen nach Kohärenz des Antrages geschuldeten Verknüpfungen und zu beachtenden Rücksichten durch jeden der Beteiligten wurden dann doch, für die Betroffenen überraschend, durch die sieben Gutachter lediglich die Einzelanträge begutachtet und einige selektiert. Etwas lädiert fand dann auch das Gesamtunternehmen die Zustimmung der Gutachter. Gesagt haben sie allerdings nicht, wie, um gut ein Drittel personell geschwächt, die ursprünglichen Intentionen des Projektes und seiner drei Teilprojekte realisiert werden sollen. Ist hiermit schon die Grundlage gelegt, eben aus diesem Grunde in zwei Jahren, wenn die Anträge neu gestellt

werden sollen bzw. um Verlängerung nachgesucht werden soll, diese abzulehnen?

Es sei mir als Betroffener gestattet, exemplarisch meine Sicht auf die Praxis der Begutachtung darzulegen:

Als Südafrika-Wissenschaftler, der sich seit 1984 an der Akademie der Wissenschaften mit Forschungen zum südlichen Afrika befaßt, hatte ich in Auswertung eines bislang von der DFG mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln unterstützten Projektes und in Absprache mit südafrikanischen Kollegen ein Vorhaben beantragt, welches den Anteil der deutschen Missionare an der Herausbildung der Apartheid - ein im Süden Afrikas heiß diskutiertes Thema - untersuchen sollte. Aber dieses Projekt wurde mit der (allerdings niemals schriftlich formulierten) Begründung abgelehnt, daß es sich hierbei um nichts Neues, bestenfalls um althergebrachte Ideologiekritik handeln würde. Wer meine Forschungen kennt (oder wenigstens die dem Antrag beigelegten Sonderdrucke gelesen hätte), weiß, daß dies nicht meine Intentionen sind; das Gegenteil ist der Fall.

Nur am Rande sei angemerkt, daß keiner der DFG-Gutachter, die - im Unterschied zur üblichen DFG-Praxis - namentlich bekannt sind, über Südafrika oder die missionsgeschichtliche Fragestellung gearbeitet hat, und die Gutachter für die historisch ausgerichteten Afrika-Projekte auch keine Historiker gewesen sind.³¹

Da für die Ablehnung eines Drittels der

Einzelanträge keine schriftlichen Begründungen bekannt sind, gedeiht natürlich die Spekulation. Einige Hinweise darauf, daß die Ablehnungen nicht nur (falls überhaupt) auf wissenschaftlichen Kriterien beruhen, zeigt etwa ein Brief der DFG vom 23.11.1995 an den Verfasser dieser Zeilen, in dem ihm mitgeteilt wird, daß am zukünftigen geisteswissenschaftlichen Zentrum „Afrika... gegenüber anderen Regionen zurücktreten sollte“.³² Bestätigt wurde dies auch in einem persönlichen Gespräch mit einem Mitarbeiter des Berliner Wissenschaftssenators, der, so die Auskunft, an dem geisteswissenschaftlichen Zentrum Modernen Orient für die Afrikaforschung keine Chance mehr sieht. Vielleicht sollte man seinen gut gemeinten Rat, sich lieber im Ausland um eine Stelle zu bewerben, Ernst nehmen?

Es bleibt zu fragen, warum der Berliner Senat sich über die ursprünglichen Überlegungen des Wissenschaftsrates, dessen Empfehlungen von der Bundesregierung und den Landesregierungen „im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten berücksichtigt werden“ sollten,³³ hinwegsetzt. Denn finanzielle Gründe dürften für die Profiländerung und die damit einhergehende „Ausdünnung“ der wissenschaftlichen Mitarbeiter kaum der ausschlaggebende Grund sein, da die personelle Ausstattung nach wie vor mit 20 Wissenschaftlern geplant war, andere Zentren ebenso viele Mitarbeiter besitzen und die Finanzen hierfür von Anfang an in diesem Rahmen kalkuliert und anscheinend auch bereitgestellt wurde. Außer-

dem muß gefragt werden, warum den ehemaligen FSP-Mitarbeitern die Chance genommen wurde, sich rechtzeitig um andere Förderungsmöglichkeiten zu bewerben. Denn da nach Aussage des genannten Senats-Beamten die Entscheidung bereits im Frühjahr 1995 gefallen war, die bislang am FSP vertretenen Wissenschaftsdisziplinen zugunsten der islamwissenschaftlichen Disziplinen am ZMO „zurückzuschrauben“, ließ man uns doch „ins offene

Messer“ laufen.³⁴ Mit dieser Art Praxis wird der „notwendige Beitrag zur geistigen Wiedervereinigung unseres Landes“, wie es in der Resolution der Verbandes der Historiker Deutschlands auf dem Leipziger Historikertag 1994 zur Existenz der FSP heißt, gefährdet.

*Ulrich van der Heyden, Dr. phil.,
Afrikanist, war bis Dezember 1995
am FSP Moderner Orient tätig*

Anmerkungen:

¹ Norman Adler: Die Abwicklung geht weiter. Die aus der DDR-Akademie der Wissenschaften übernommenen Forscherkollektive werden nun auch noch zerschlagen. Der FSP Moderner Orient vor dem Aus, in: *hochschule ost*, 5. Jg., Nr. 5-6, Leipzig 1995, S. 33 - 35. Alle nicht anders ausgewiesene Zitate beziehen sich auf diesen Artikel.

² Ulrich van der Heyden war bis Ende 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Moderner Orient und gehört zu denjenigen Mitarbeitern der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, die nicht mehr an dem neuen Zentrum Moderner Orient beschäftigt sind.

³ Karleen Vesper: Dem Affen Zucker gegeben. Forschungsschwerpunkte in Potsdam und Berlin begutachtet, in: *Neues Deutschland*, 8.9.1995, Berlin.

⁴ Michael Lüders: Karl May im Fach, in: *Die Zeit*, Nr. 2, 6.1.1995, Hamburg.

⁵ Wer macht was? Die 400 führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten, Gütersloh 1988, S. 318.

⁶ Tätigkeitsbericht des Gesamtbetriebsrates der Max-Planck-Gesellschaft, Betriebsräteversammlung 1994. Stand: Oktober 1994, o.O. 1994, S. 19.

⁷ Ebenda.

⁸ Karl-Heinz Heinemann: Fast alle mögen sie, aber niemand will zahlen. Die geisteswissenschaftliche Zentren: Ein Forschungsmodell vor dem Aus? in: *Frankfurter Rundschau*, 6.10.1994, Frankfurt am Main.

⁹ Tagungsmaterial des Verbandes der Historiker Deutschlands; Vorlage zur 2. Mitgliederversammlung: Resolution zur Förderung der Forschungsschwerpunkte in den neuen Bundesländern.

¹⁰ Uwe Schlicht: Reform im Osten weiter ungesichert. Noch kein dauerhafte Finanzierung für die Geisteswissenschaftlichen Zentren, in: *Der Tagesspiegel*, 13.7.1994, Berlin.

¹¹ Gerd Spittler/Eckard Breiting: Vorwort, in: *Afrikaforschung an der Universität Bayreuth*, Bayreuth 1995, S. 10.

¹² Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Düsseldorf, den 5.7.1991, insbesondere S. 162ff.

¹³ Vgl. Karl-Heinz Heinemann: a.a.O.

¹⁴ Ebenda, S. 165f.

¹⁵ Ebenda, S. 167.

¹⁶ Raible, Wolfgang: Impressionen beim Evaluieren. Zur Abwicklung der kulturwissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften, in: Arnold, Heinz Ludwig/Meyer-Gosau, Frauke (Hrsg.): Die Abwicklung der DDR, Göttingen 1992, S. 58 f.

¹⁷ Empfehlungen zur Errichtung geisteswissenschaftlicher Forschungkollegs (Forschungszentren), vorgelegt von der Präsidentenkommission „Geisteswissenschaften“ der MPG am 24.5.1993, München.

¹⁸ Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München (1993), S. 93.

¹⁹ Ebenda, S. 94ff.

²⁰ Vgl. Wolfgang Schwanitz: Vereint entzweit. Deutsche Akademiker zwischen Zerschlagung und Einpassung aus der Sicht eines Berliner Orientalisten 1986 - 1992, in: *Berliner Debatte INITIAL*, Nr. 4, Berlin 1993, S. 58.

²¹ Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1993 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München (1994) S. 127.

²² Vgl. van der Heyden, Ulrich/Liebau, Heike: Diskussionen und Berichte: Missionsgeschichte-Kirchengeschichte-Weltgeschichte. Christliche Missionen im Kontext nationaler Entwicklungen Afrikas, Asiens und Ozeaniens, in: *Asien-Afrika-Lateinamerika*, Nr. 3, Berlin 1995, S. 289 ff.

²³ Vgl. Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1994 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München (1995), S. 128.

²⁴ Geisteswissenschaftliche Zentren gesichert. Bundesministerium will sich auch nach 1995 für Finanzierung einsetzen, in: *Der Tagesspiegel*, 18.11.1994, Berlin.

²⁵ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren, Stuttgart, den 11.11.1994, S. 33 f.

²⁶ Vgl. ebenda, insbesondere S. 39.

²⁷ Vgl. ebenda, S. 48.

²⁸ Erklärung der Betriebsräte der sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte in Berlin, Berlin, vom 5.12.1995, S. 7f.

²⁹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren, Stuttgart, den 11.11.1994, S. 58.

³⁰ Erklärung der Betriebsräte der sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte in Berlin, Berlin, vom 5.12.1995, S. 9.

³¹ Vgl. die entsprechenden Angaben über die selbstformulierten Arbeitsfelder der Gutachter in: Verzeichnis der deutschsprachigen Ethnologie, Göttingen 1992; Vademekum der Geschichtswissenschaften, Stuttgart 1995.

³² Brief von der DFG an den Verfasser vom 23.11.1995.

³³ Wer macht was? Die 400 führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten, Gütersloh 1988, S. 318.

³⁴ Es liegt auch ein Brief von der DFG an den Verfasser vom 7.12.1995 vor, in dem u.a. auf eine Anfrage über die Chancen für einen zukünftigen Projektantrag mit regionalem Schwerpunkt Südafrika ausgeführt wird, daß es sein könnte, „daß man Anträge, die sich regional mit dem südlichen Afrika beschäftigen und keinen Bezug zu den Islamwissenschaften haben, nicht weiter im Rahmen dieses Zentrums fördern möchte“.

Hanfried Müller (Berlin):

Zu "Kirche & Hochschule, Theologie & Politik"

Sehr geehrter Herr Pasternack,

für Ihr Angebot, in *hochschule ost* zu den Partien Stellung zu nehmen, die in der Artikelfolge „Kirche & Hochschule. Theologie & Politik“ in den Heften 4/95 und 1/96 auch mich betreffen, danke ich Ihnen verbindlich. Es ist erfreulich, einem Herausgeber zu begegnen, der noch etwas von dem Spruch „audietur et altera pars“ hält.

Trotzdem möchte ich es mit diesem Brief, den Sie selbstverständlich als solchen gerne veröffentlichen können, bewenden lassen und zwar aus folgenden Gründen:

Ich habe es mir zur Regel gemacht, gar nicht erst damit anzufangen, auf vorsätzlich oder irrtümlich falsche Behauptungen einzugehen, wenn sie nur mich betreffen. Denn es ist gar nicht möglich, all das, was da aus Akten- und Erinnerungsbruchstücken publiziert wird, zu verfolgen. Richtigstellungen blieben rein zufällig, ein darum ausbleibendes Dementi aber ließe sich leicht als stillschweigende Bestätigung werten, und überdies stünde in fast jedem Fall Zeuge gegen Zeuge, und überzeugen lassen sich viele ja ohnehin nur von dem, was sie hören möchten.

Um trotzdem wenigstens ein Beispiel zu nennen: Natürlich könnte ich die abenteuerverwechslung von Überlegungen zur Gründung eines „Ökumenischen

Institutes“¹ (das später in der anderen Form einer Studienabteilung der Christlichen Friedenskonferenz Gestalt gewann und an dem ich nie federführend interessiert war) mit Überlegungen, die ich viele Jahre früher in ganz anderem Zusammenhang zur Strukturierung der Theologischen Fakultäten in der DDR geäußert hatte, dementieren. Dann aber würde man womöglich die Aktennotiz von G. Quast² (die jeder, der auch nur einen einzigen theologischen Aufsatz von mir gelesen hätte - wo hätte ich je den Mithraskult erwähnt oder den Protestantismus mit griechischer Philosophie verglichen? - als Produkt theologischer Ignoranz eines Nichttheologen erkennen müßte) für zutreffend halten, sofern ich sie nicht im gleichen Atemzuge ebenfalls dementierte. Eine komplette Korrekturliste aber würde Bücher füllen.³

Nun habe ich glücklicherweise von meinen grundsätzlichen Erkenntnissen und Entscheidungen zumindest so viel publizieren können, daß jeder, der es will, sich ohnehin ein eigenes Urteil darüber bilden kann, was ich wirklich geschrieben und gewollt habe und was Interpretation, Unterstellung oder Unverständnis ist. Im Blick darauf ist es zum Beispiel schade, daß Wolf Krötke für meine „skurrilen Thesen“ keine einzige Stelle als Beleg nennt, obwohl er zu meinen scheint, sie hätten (im Sinne einer „felix culpa“?) dazu ge-

führt, daß „Bonhoeffer ... offiziell - als einziger [das stimmt übrigens auch nicht. - HM.] von den Teilnehmern des 20. Juli 1944 - in die Reihe der von der SED anerkannten 'Widerstandskämpfer' aufgenommen" worden sei.

Vor allem aber halte ich eine Filigranarbeit zur Aufspürung all der „falschen Behauptungen tatsächlicher Art“, von Unterstellungen oder Verballhornungen in einigen der in *hochschule ost* zum Thema publizierten Arbeiten für unzumutbar ermüdend und zeitraubend - sowohl für den Leser als auch für mich - und für überflüssig!

Denn um mich zu attackieren sind die Erfindungen, Unterstellungen und Verfälschungen völlig unnötiges Beiwerk: Ich bin ja in der Hauptsache geständig und bekenne mich - *dies*bezüglich mit desto besserem Gewissen, je deutlicher täglich wird, was mit der DDR verloren gegangen ist - „schuldig im Sinne der Anklage“.

Im Unterschied zu meinen Anklägern, die das Wort Widerstandskämpfer in Anführungszeichen setzen, wenn sie damit Antifaschisten meinen, war ich politisch gegen den Faschismus, für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in ganz Deutschland und nach der Restauration des Imperialismus in der BRD für die Stärkung und Verteidigung der DDR. Vor allen gesellschaftlichen Zielen aber war ich leidenschaftlich daran interessiert, daß es in der DDR zu einer Begegnung der sozialistischen Bewegung nicht mit einer antikommunistischen Religionsgemeinschaft käme, sondern mit der Gemeinde Jesu Christi, die sich

auf seine Zusage und nicht auf ihren gesellschaftlichen Einfluß verläßt.

Die in *hochschule ost* zitierte Analyse aus marxistischer Feder zeigt diesbezüglich mehr Verständnis für solch Haltung eines Christen, als ich sie zeitgenössisch erwartet hätte, und vor allem eine qualifiziertere Fähigkeit, sachlich zu differenzieren, als einige Autoren in *hochschule ost*. Ich meine den Satz: „Ein Teil der fortschrittlichen Theologen will die Kirche in das Gesellschaftssystem des Sozialismus in der DDR integrieren und ihre Wirkung auf die gemeinsamen Ziele der Christen und Marxisten [...] richten. Dazu gehören die Professoren Jensen, Trebs, Kehnscherper [...]. Eine andere Gruppe geht von der Grundkonzeption der Neutralisierung der Kirche in politischer Hinsicht aus. Dazu gehören die Professoren Müller, Bassarak [...], Müller-Streisand. Eine dritte Gruppe stellt sich außerhalb der Probleme der Kirchenentwicklung und geht ausschließlich vom Fachgebiet aus und versucht von der Wissenschaft her [...] auf die Studenten einzuwirken. Dazu gehören die Professoren Bernhardt, Schenke [...] Dr. Döpmann u.a.“⁴

Der Satz in der sonst leider nicht sehr zuverlässigen Studie von Peter Maser, daß an der Berliner Theologischen Fakultät/Sektion „die Ost-CDU vergleichsweise stark vertreten war und in ständiger Auseinandersetzung mit dem SED-orientierten Flügel um den Systematiker Hanfried Müller stand“⁵ trifft hinsichtlich der Kräfteverhältnisse weithin zu;⁶ hinsichtlich der SED-Orientierung herrschte wohl eine gewisse Einseitigkeit, jedenfalls ist - keineswegs zu meinem

Leidwesen - die aus dem ZK kolportierte Maxime, „Müllers sind zu Leitungstätigkeit ungeeignet“, stets angewandt worden.⁷

Ich finde es schade, daß in den in „hochschule ost“ publizierten Artikeln die Geschichtsschreibung einen entscheidenden Punkt später einsetzt als die reale Geschichte der sechs theologischen Fakultäten in der DDR; diese nämlich beginnt damit, daß aufgrund der Nichteinmischung der SMAD in innerkirchliche Angelegenheiten (anders als zu Beginn der Nachkriegsgeschichte in den Westzonen) nur die politisch-organisatorische, nicht aber die kirchlich-theologisch-kirchenpolitische Bindung ihrer Lehrkörper an den Faschismus thematisiert wurde. So kam es, um nur zwei Beispiele zu nennen, dazu, daß (vermittelt durch die CDU) Johannes Leipoldt aus dem „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ in Leipzig und der Deutsche Christ Erich Fätscher in Berlin fakultätsprägenden Einfluß erhielten. Er wirkte sich zum Beispiel so aus, daß, wie in *hochschule ost* zu lesen, ein ausgewiesener Antifaschist aus den Kreisen des Religiösen Sozialismus wie Emil Fuchs nur sieben bis acht Hörer fand⁸ und daß es Heinrich Vogel, als Pfarrer der Bekennenden Kirche von den Nazis verfolgt und eingesperrt, in Berlin nach seinem Konflikt mit Dibelius ebenso erging, während Martin

Albertz, ebenfalls Opfer des Faschismus, bereits nach ganz kurzer Lehrtätigkeit in Berlin das Handtuch warf und auf seinen Lehrstuhl verzichtete. Das waren die Bedingungen an den Theologischen Fakultäten, als ich 1952 von der BRD in die DDR übersiedelte.⁹ Es gelang nie, die Kontinuität dieser Tradition längerfristig oder umfassend zu brechen, und nicht zuletzt darum wirkt sie bis heute in erbitterter historiographischer Diffamierung nach.

Das schlichte Fazit Christoph Käblers 4/95, S. 17 spricht für sich, wenn man seinem etwas komplizierten Satzbau entnimmt, was er für „mit dem Jahr 1989 obsolet geworden“ hält: nämlich die „Konzentration auf einige durch die Situation besonders wichtige theologische Denker wie Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer“.¹⁰ Das mag - vorab - für die gesellschaftlich herrschende Ideologie gelten. Aber jeder möge selbst prüfen, ob die Kirche dieser Konzentration nicht heute mehr denn je bedürfte - angesichts der Entfaltung einer civil religion mit großem Zapfenstreich und dem Kommando: „Helm ab zum Gebet“, begleitet vom in diesem Zusammenhang lästerlichen Lied: „Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart.“

Hanfried Müller, Prof. Dr. theol., lehrte bis zu seiner Emeritierung 1990 Systematische Theologie an der Humboldt-Universität und gibt die „Weißenseer Blätter“ heraus

Anmerkungen:

¹ *hochschule ost*, 1/96, S. 98 samt Anmerkung 23 und 24 - ähnlich 4/95, S. 33.

² a.a.O. 1/96, S. 103 in Anmerkung 24 wiedergegeben.

³ Immerhin sei zu der sprachblockartig mit meinem Namen ständig verbundenen Klammer „IM

Hans Meier" auf WBI 5/94, S. 43 verwiesen; dort auch einiges zum tatsächlichen Inhalt des Vier-Augen-Gesprächs mit Paul Verner. Vgl. a.a.O. 4/95, S. 33. (Rosemarie Müller-Streisand nahm an diesem Gespräch *nicht* teil, außerdem wird es - allerdings nur um etwa zehn Jahre! - falsch datiert. Wer übrigens der Kirchengeschichte in der DDR kundig wäre, hätte schon auf den ersten Blick gesehen, daß es sich kein Politbüromitglied hätte leisten können, im August 1978, wenige Monate nach dem „6. März“, ausgerechnet Hanfried Müller zu empfangen.)

⁴ 4/95, S. 29 - Auslassungen dort in der Wiedergabe.

⁵ a.a.O. 1/96, S. 96.

⁶ Die Verleumdungs- und Boykott-Kampagnen aus der CDU waren zeitweilig so unerträglich, daß Rosemarie Müller-Streisand und ich dem Minister Engel im MfHuF sagten, wir möchten unsere Stellen kündigen; er belehrte uns jedoch, da wir nicht in einem Arbeitsrechts-, sondern Berufungsverhältnis stünden, könnten wir nur um unsere Abberufung bitten; „und einer solchen Bitte werde ich nicht entsprechen.“ - Möglich übrigens, daß einige fälschlich dem Verner-Gespräch zugeordnete Akten-Puzzlestücke (vgl. hier Anm. 3) zu diesem Gespräch gehören - aber so genau kommt es ja auch nicht darauf an, schließlich waren Verner und Engel Kommunisten.

⁷ Übrigens deklarierten CDU-Kollegen meine Freunde und mich beim ZK mit Vorliebe als der SED gegenüber politisch unzuverlässig; nicht ohne Vergnügen registriere ich mit Genugtuung, daß ihnen nunmehr daran liegt, das Gegenteil zu behaupten.

⁸ a.a.O. 1/96, S. 80, Anm. 16.

⁹ Zum Boykott gegen mich selbst a.a.O. 4/95, S. 13 und v. a. S. 29; vgl. dazu das erfreulich unbefangene Zeugnis von Joachim Rohde, a.a.O. 12/92 S. 66f. - (Hinter den Gegensätzen zwischen Dreß/Elliger auf der einen, Müller/Müller-Streisand auf der anderen Seite stand übrigens offenkundig das Verhalten Elligers in der Zeit des Faschismus und Dreß's im Kirchenkampf.)

¹⁰ Übrigens hat es - vielleicht abgesehen von einigen Evangelischen Kirchen der Union - solche Konzentration auf Barth nicht einmal in den *Kirchen* in der DDR gegeben, schon mal gar nicht in den *theologischen Fakultäten*. Dort herrschte vielmehr ein oft fanatischer „Antibarthianismus“ vor, in dem deutschnationale Ablehnung Barths oft nicht ungeschickt durch Berufung auf religiös-sozialistische Aversionen gegen ihn „salonfähig“ gemacht wurden. Zeitweilige Versuche der Berliner Sektionsleitung, Barth angemessen zu würdigen, provozierten diesen Antibarthianismus zuweilen mehr als sie ihn dämpften. Und auch Bonhoeffer wurde gelegentlich schon in DDR-Zeiten zum Schanddeckel der Bosheit, noch bevor der Bundeskanzler und seine Freundinnen und Freunde vom „Bündnis '90“ ihn „entdeckten“.

Deutsche Einheit - Fachhochschulbilanz nach fünf Jahren

Deutsche in Ost und West wurden von der Wiedervereinigung überrascht. Damit die Fachhochschulen in den neuen Ländern ihre Aufgaben in Lehre, Forschung und Regionalpolitik erfüllen können, müssen strukturelle Defizite des Fachhochschultyps westlicher Prägung überwunden werden.

Es war im Mai 1989: Die Bundesrepublik alt feierte ihr vierzigjähriges Bestehen. Die DDR sollte dieses Ereignis im Oktober desselben Jahres nachholen, dann aber schon unter dem Schutz der „Staatsorgane“ gegen die „Montagsdemonstranten“. Im Mai ahnte niemand, was sich in der damaligen DDR entwickeln sollte. Die Bundesbürger hatten sich längst im Sinne der Zweistaatentheorie eingerichtet. Der Blick, auch derjenige der Hochschulen, ging nach Westen. Europa, internationale Studiengänge und die Anerkennung der Fachhochschulen in der damals noch Europäischen Gemeinschaft, das waren Themen, in deren Folge über die Zukunft und die Perspek-

tiven der Fachhochschulen nachzudenken war. Längst war die DDR mehr Forschungsgegenstand denn Gegenstand emotionaler Regungen. Ja, innerhalb der Gruppe der Zweistaaten Nationen galt das deutsch-deutsche Verhältnis als vorbildlich.

Am 9. November 1989 öffnete sich die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze. Was wußten wir von der DDR, außer durch Schwärzungen Geschöntes? Was wußten unsere Landsleute in der DDR, das über die bunte Welt der Medien hinausging? Erste Kontakte bestätigten gegenseitige Unkenntnis. Auf dem Prüfstand hielten vorgefaßte Meinungen nicht Stand: Die bundesdeutsche Seite mußte einsehen, daß an den ostdeutschen Hochschulen in den ideologiefreien Bereichen gute Arbeit geleistet wurde. Lasertechnik, aber auch die Psychologie seien hier exemplarisch genannt. Die ostdeutsche Seite erkannte, daß auch die Fachhochschulen wissenschaftliche Ausbildung für akademische Berufe leisten.

Und die Fachhochschulen?

Europa hatte die Erwartungen nicht erfüllt: Allein mit Hilfe der acht Semester

Regelstudienzeit und der Anerkennung der praktischen Studiensemester war der

Vorsprung der praxisorientierten Hochschulen in Europa nicht aufzuholen. Die Fachhochschulen setzten nun auf die Wiedervereinigung. In ihrem Gefolge standen Entscheidungen an, die bis in ferne Zukunft die Stellung der Fachhochschulen innerhalb des Hochschulsystems entweder verändern oder zementieren würden. Die Defizite, die der *h/b* auf seinen Kolloquien „Fachhochschule - Die Hochschule mit Zukunft“ und „Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinten Deutschland“ beschrieben hatte, sollten nun im Zuge der Wiedervereinigung abgebaut werden. Die innerhalb der „Berliner Thesen“ formulierten Forderungen des *h/b* sollten den Kolleginnen und Kollegen an den bestehenden Hochschulen einen Übergang in den Fachhochschulbereich unter Gewährleistung des sozialen Friedens - wie ihn auch der Einigungsvertrag als Ziel formuliert hatte - erleichtern und die Gleichwertigkeit der Fachhochschulen herstellen:

- einheitliche zwölfjährige Schulzeit für den Erwerb der allgemeinen und der fachgebundenen Hochschulreife,

- für den Hochschultyp Fachhochschule den Gattungsnamen „Hochschule für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst“,
- Aufbaustudiengänge, die mit einem höheren Grad abschließen,
- Durchlässigkeit zwischen den Hochschularten, insbesondere in Form eines direkten Zugangs zur universitären Promotion,
- wissenschaftliche Mitarbeiter und Forschung als Dienstaufgabe
- sowie eine einheitliche Besoldung nach C 3 mit der Möglichkeit, Zulagen zu gewähren.2)

Die Wissenschaftsorganisationen sind dem Aufruf des *h/b*, diese Chance als historische zu verstehen, nicht gefolgt. Allein der Wissenschaftsrat rief die neuen Länder auf, den Neugründungen denjenigen Innovationsspielraum zu gewähren, der einen eigenständigen, vom unzureichenden Modell der Alt-Länder unterscheidbaren Weg, ermöglicht: Die Länder sind diesem Rat nur bedingt gefolgt.

Bilanz

Die Bilanzierung der bisherigen Entwicklung fällt schwer. Vieles befindet sich noch im Aufbau. Auch fehlen uns immer noch notwendige statistische Grundlagen, die für die Einbettung der Ergebnisse in eine Diagnose über den Gesamtzustand der neuen Länder notwendig wären.

Es bleibt der Weg subjektiver Einschätzungen. Auf die Frage, ob sich die Verhältnisse an den Fachhochschulen in den vergangenen fünf Jahren verbessert oder verschlechtert haben, antworteten vor kurzem die Leitungen der Fachhochschulen verhalten bis optimistisch, jedenfalls nicht euphorisch. Einige sahen sogar kaum Veränderungen gegenüber der Zeit des Anfangs.3)

Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ hat die Konsolidierung der baulichen Substanz verzögert. Die Fachhochschulen konnten im Gegensatz zu den

Die Stellung der Fachhochschulen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) innerhalb ihrer Hochschulsysteme

Land	Neu-Anmeldungen		Studienanfänger		Flächenbezogene	
	Hochschulbau ¹⁾		im Studienjahr 1994		Studienplätze	
	1994	1995	absolut	Anteil ²⁾	Soll ³⁾	Ist (1994)
BB	15%	22%	1.309	41%	8.200	3.162
MV	30%	34%	1.360	35%	6.600	3.289
SS	6%	18%	4.962	37%	15.300	10.244
SA	17%	10%	2.030	43%	9.400	4.708
ThÜ	8%	12%	1.938	36%	8.500	2.873
Ø FNL	15%	19%		38%		
Σ FNL			11.599		48.000	24.276
Zum Vergleich:						
Ø Alle Länder	25% ⁴⁾			27%		
Σ Alte Länder			56.484		200.000 ⁵⁾	159.001

- 1) Anteil an der Gesamtsumme der Neu-Anmeldungen zum 24. und 25. Rahmenplan Hochschulbau
 - 2) Anteil an der Gesamtsumme der Studienanfänger an allen Hochschularten
 - 3) Anteil der Fachhochschulvorhaben an den Neu-Anmeldungen der alten Bundesländer zum 24. Rahmenplan Hochschulbau: BW 11%, Bay 33%, Hes 23%, RP 57%, Saar 21%, Ber 0,1%, NRW 9%, Bre 25%, HH 0%, NS 43%, SH 48%.
 - 4) Entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Länder, Düsseldorf, den 5. Juli 1991.
 - 5) Entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum künftigen Hochschulausbau, Köln 1989.
- Quelle: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 24. Rahmenplan für den Hochschulbau 1995 - 1998, 4 Bände, Köln 1994; Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 25. Rahmenplan für den Hochschulbau 1996 - 1999, Allgemeiner Teil, Köln 1995; Angaben der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates.
Zusammenstellung: Dr. H. Mücke, *h/b*, Bonn, August 1995.

Universitäten in den meisten Fällen nicht auf vorhandene Hochschuleinrichtungen zurückgreifen. Sie entstanden zum Teil fernab der Wirtschaftszentren und hatten dort eine zusätzliche Aufgabe als Instrumente der Strukturpolitik zu erfüllen. Allein in Sachsen, wo sich schon zu Zeiten der DDR das Schwergewicht der Hochschullandschaft befand, standen geeignete Hochschuleinrichtungen bereit. Der räumliche Ausbau der neuen Länder (ohne Berlin) liegt weit hinter den Zielvorgaben des Wissenschaftsrates zurück. Dieser hatte im Juli 1991 als Mindestausbauziel für die neuen Länder ohne Berlin 48.000 flächenbezogene Studi-

enplätze festgesetzt. Im WS 94/95 waren davon wenig mehr als 50 Prozent oder ca. 25.000 realisiert.4) Den Universitäten steht die dreifache Zahl an flächenbezogenen Studiengängen zur Verfügung (ohne Medizin), so daß sich ein Anteil der FH-Studienplätze in Höhe von 23,6 Prozent ergibt; ein Wert, der einer im Jahr 1975 formulierten Empfehlung des Wissenschaftsrates, nämlich 25 Prozent als FH-Studienplätze zur Verfügung zu stellen, nahe kommt.

Auch der im Studienjahr 1994 erreichte Anteil von 38,5 Prozent an der Gesamtzahl aller Studienanfänger in den neuen

Ländern kommt dem vom Wissenschaftsrat empfohlenen Wert von 40 Prozent nahe und liegt weit über dem 27,1 Prozent-Anteil, den die Fachhochschulen in den alten Bundesländern erreichten. Der hohe Anteil an Studienanfängern macht Hoffnung, daß sich das Fachhochschulmodell durchsetzen mag. Daneben zeigen die hohen Anteile an der Gesamtsumme der Anmeldungen zum 24. und 25. Rahmenplan Hochschulbau den großen Stellenwert der Fachhochschulen innerhalb der Landespolitik (Sachsen bildet eine Ausnahme aufgrund der vorhandenen Hochschulschubstanz).

Perspektiven

Das Modell Fachhochschule ist gut und hat sich in der Praxis bewährt. Das haben die Menschen in den neuen Bundesländern erkannt. Schneller als man dies hätte erwarten können, entwickelten sich rege Austauschbeziehungen zwischen den Fachhochschulen in Ost und West. Auch die Beziehungen zu den Unternehmen der Regionen lebten schnell auf. Europabezogene Studiengänge gehören heute auch an ostdeutschen Fachhochschulen zum Standardangebot, und sie fangen an, die Kontakte zu den Hochschulen und Unternehmen in Mittel- und Osteuropa aufleben zu lassen. Diese wichtige Aufgabe sollten die Fachhochschulen in den neuen Ländern verstärkt aufgreifen. Gewachsene Bindungen und die Sprachkompetenz ihrer Mitarbeiter machen sie für diese Aufgabe besonders geeignet.

Es bleibt zu wünschen, daß die Hochschulpolitik den Fachhochschulen und den dort Lehrenden Entwicklungschan-

Aber nicht alle Hoffnungen sind in Erfüllung gegangen: Die Personalstruktur an den ostdeutschen Fachhochschulen unterscheidet sich nicht wesentlich von derjenigen im Westen. Die Möglichkeiten, die die Hochschulgesetze bieten, sind bisher nicht ausgeschöpft worden. Der Hochschullehrer findet auch in Ostdeutschland wenig Unterstützung durch wissenschaftliche Mitarbeiter. Er sollte sich auf den Kernbereich seiner Aufgaben konzentrieren können. Dafür benötigen die Fachhochschulen mehr und vor allem qualifiziertes nichtwissenschaftliches und wissenschaftliches Personal.

cen durch den Abbau der oben beschriebenen strukturellen Defizite offenhält. Hierzu ist es notwendig, die Möglichkeiten, die die Hochschulgesetze bieten, auszuschöpfen.

Bei der Entwicklung neuartiger Studienangebote haben die Kolleginnen und Kollegen an den Fachhochschulen in den neuen Bundesländern Kreativität und Gespür für das Machbare gezeigt. Der Aufbau neuer Studienangebote braucht Zeit. Die Fachhochschulen in den alten Ländern konnten sich innerhalb von zwanzig Jahren entwickeln. Diese Zeit wird man ihnen in den neuen Ländern nicht zugestehen.

Die Fachhochschulen in den neuen Ländern haben ein breit gefächertes Studienangebot aufgebaut. Es basiert auf dem traditionellen Fächerkanon der Fachhochschulen in den alten Ländern, bezieht aber auch regionale Besonderheiten und bisher allein von den Universitä-

ten beanspruchte Felder im künstlerischen und geisteswissenschaftlichen Bereich ein. Für sie hat sich die Bezeichnung (Ein-)Fachhochschule überlebt. Die Landesregierungen sollten den Fachhochschulen in den neuen Ländern die Möglichkeit eröffnen, den vom *h/b* vorgeschlagenen Gattungsbegriff - und zwar ohne Klammerzusatz - zu führen.

Bei allem Verständnis für die ebenfalls im Aufbau befindliche Universitätslandschaft sollten die Landesregierungen,

Anmerkungen:

1) Vgl. Thesen zur Angleichung der Hochschulsysteme, diskutiert während des XIII. Kolloquiums des *h/b* zum Thema „Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinigten Deutschland“, Berlin den 20. bis 22. November 1990.

2) Westerwelle/Westerwelle, Die besten Universitäten und Fachhochschulen für Wirtschaftswissenschaftler, Wien 1995. Vgl. auch den Bericht in DNH 1/95, S. 26.

3) vgl. hier und Tab. 1.

aber auch der Bund, den besonderen Bedarf der Fachhochschulen berücksichtigen und auf kostspielige Prestigeobjekte, die nicht mehr in unsere Zeit passen, verzichten. Dann werden wir nach weiteren fünf Jahren Deutscher Einheit auf eine blühende Hochschul- und Wirtschaftslandschaft blicken können.

Hubert Mücke (Bonn)

(aus: Die Neue Hochschule 4-5/95.
Der Autor ist Geschäftsführer des
Hochschullehrerbundes)

Neue Vorsitzende des Wissenschaftsrates: Dagmar Schipanski, TU Ilmenau

Der Wissenschaftsrat hat in seiner Sitzung am 19. Januar 1996 die Ilmenauer Ingenieurwissenschaftlerin Frau Professor Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski zu seiner neuen Vorsitzenden gewählt. Damit steht zum ersten Mal in der knapp 40jährigen Geschichte des Wissenschaftsrates eine Frau an der Spitze dieses gemeinsam von Bund und Ländern getragenen wissenschaftlichen Beratungsgremiums. Frau Professor Schipanski folgt dem turnusgemäß aus dem Wissenschaftsrat ausscheidenden

Münchener Mathematik-Professor Dr. rer. nat. Karl-Heinz Hoffmann nach, der das Amt des Vorsitzenden zwei Jahre lang innehatte. Frau Professor Schipanski wurde im Jahr 1992 vom Bundespräsidenten in den Wissenschaftsrat berufen. Im vergangenen Jahr wurde sie außerdem vom Bundeskanzler zum Mitglied des Rates für Forschung, Technologie und Innovation ernannt.

Frau Professor Schipanski studierte in den 60er Jahren Angewandte Physik an

der Technischen Universität Magdeburg. Anschließend wechselte sie an die heutige Technische Universität Ilmenau, wo sie 1976 auf dem Gebiet der Festkörperelektronik promovierte und 1985 habilitierte. Seit 1990 hat sie eine Professur für Festkörperelektronik inne. Seit 1995 ist Frau Professor Schipanski Rektorin der Technischen Universität Ilmenau; während ihrer Amtszeit als Vorsitzende des Wissenschaftsrates wird sie ihr Rektoramt nicht ausüben.

In ihren wissenschaftlichen Arbeiten befaßt sich Frau Professor Schipanski mit der Integration von Leistungsbauelementen, Halbleitersensoren und Transisto-

ren mit hoher Signalverarbeitungsgeschwindigkeit. Die Forschungen basieren auf der Simulation und Modellierung der Bauelemente in Verbindung mit der elektronischen Charakterisierung realisierter Schaltkreisstrukturen. Einen wesentlichen Schwerpunkt der derzeitigen Arbeiten bilden mathematische Modellierungen zur Nanoelektronik. Die Forschungsergebnisse sind in einer Vielzahl von Veröffentlichungen und Patenten niedergelegt.

Frau Professor Schipanski ist verheiratet und hat drei Kinder.

Wissenschaftsrat

Perspektiven für die Hochschulmedizin in Mecklenburg-Vorpommern

Der Wissenschaftsrat hat eine Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der beiden Medizinischen Fakultäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern abgegeben. Schon im Jahr 1991 hatte er festgestellt, daß sich das strukturschwache Land unter den gegenwärtigen Umständen mit zwei Hochschulkliniken schwer tue. Den jetzt gefundenen Kompromiß mit kostendämpfender konsequenter Komplementarität der Schwerpunkte beider Klinika in Forschung und Krankenversorgung trägt der Wissenschaftsrat mit. So wird in Rostock vor allem über Transplantationsmedizin, künstlichen Organersatz und Biomaterialien ge-

forscht. Die Medizinische Fakultät Greifswald hat ein für Deutschland neuartiges Konzept entwickelt, das Forschung, Lehre und Krankenversorgung am Bedarf einer gemeindebezogenen Medizin ausrichtet, so daß der Ausbau der Hochleistungsmedizin auf wenige Bereiche, beispielsweise die Neurowissenschaften, beschränkt werden kann. Dieses mit dem Begriff Community Medicine bezeichnete Modell orientiert sich an Vorbildern aus dem englischsprachigen Raum, wo „Schools of Public Health“ schon lange selbstverständlich sind. Um diesen Schwerpunkt in Greifswald aufzubauen und fortzuentwickeln, sollen dort nach

Ansicht des Wissenschaftsrates mittelfristig auch die bislang in Rostock ansässigen Institute für Arbeits- und Sozialmedizin angesiedelt werden.

Kritische Worte fand der Wissenschaftsrat für die Planung im Bereich Zahnmedizin, die auf zwei zu kleine Standorte abzielt. Angesichts des desolaten Bauzustandes in vielen Bereichen der Hochschulmedizin hatte der Wissenschaftsrat schon im Jahr 1991 empfohlen, den Ausbildungsgang Zahnmedizin nur an einem der beiden Standorte weiterzuführen, diese Empfehlung hat er jetzt nachdrücklich wiederholt. Sie wird insbesondere vor dem Hintergrund abgegeben, daß die Qualität von zahnmedizinischer Ausbildung und Forschung in Deutschland allgemein als dringend verbesserungsbedürftig bewertet wird. Ein den qualitativen Ansprüchen genügender Standort setzt daher auch eine kritische Mindestgröße voraus, die in Mecklenburg-Vorpommern nur an einem der beiden Standorte finanzierbar ist. Die Entscheidung, welche der beiden Ausbildungsstätten fortgeführt werden soll, bedarf einer sorgfältigen gesamtpolitischen Abwägung, wobei für jeden der beiden

Standorte wissenschaftspolitische Argumente unterschiedlichen Gewichts angeführt werden.

Die Stellungnahme gibt auch Hinweise zu einzelnen Strukturfragen der beiden Medizinischen Fakultäten, so etwa zu dem nach Auffassung des Wissenschaftsrates zu umfangreichen organisatorischen Überbau für das Greifswalder Generalthema Community Medicine. Von der Medizinischen Fakultät Rostock erwartet der Wissenschaftsrat künftig deutlich stärkere Anstrengungen in der Forschung. Anerkennung fanden die mittlerweile gestrafften Baukonzepte für Kliniken und Institute sowie die Vereinbarung zwischen Kultus- und Sozialministerium, wonach Klinikumsbetten, die ausschließlich für die regionale Krankenversorgung benötigt werden, außerhalb des Hochschulbauprogrammes finanziert werden sollen. So wird es möglich sein, den Bedarf für Bauinvestitionen, der gegenwärtig auf rund 1,5 Milliarden DM in 15 Jahren für beide Fakultäten geschätzt wird, teilweise über Mittel des Krankenhausbaus zu finanzieren.

Wissenschaftsrat

Wissenschaftsrat empfiehlt schrittweisen Aufbau einer Fachhochschuleinrichtung in Stendal

Sachsen-Anhalt ist das erste der neuen Länder, das nach Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Fachhochschulen aus dem

Jahr 1991 beabsichtigt, eine weitere Fachhochschule zu gründen. Der Wissenschaftsrat würdigt die bisherigen Anstrengungen des Landes für den Auf-

bau eines leistungsfähigen Fachhochschulsystems, die dazu geführt haben, daß in Sachsen-Anhalt bereits jetzt mehr als 40 % aller Studienanfänger ein Studium an einer Fachhochschule aufnehmen. Er hält das Anliegen des Landes unter bildungs- und regionalpolitischen Aspekten für berechtigt, in der bisher mit Bildungseinrichtungen des Tertiären Sektors nicht versorgten Region Altmark ein angemessenes Angebot von Fachhochschulstudiengängen aufzubauen. Die Region hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung, denen höherwertige Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden sollen. Der im Aufbau befindlichen regionalen Wirtschaft sollen entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte und technologisches Know-how zur Verfügung gestellt werden.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt jedoch, zunächst den Aufbau der bestehenden Fachhochschulen voranzutreiben und erst daran anschließend eine weitere eigenständige Fachhochschule einzurichten. Gründe dafür sind die knappen Mittel sowie die noch nicht vollständig ausge-

lasteten Studienkapazitäten an den Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt.

Als ersten Schritt und als sichtbares Signal für die Region befürwortet der Wissenschaftsrat, in Stendal 350 flächenbezogene Studienplätze im Fachbereich Betriebswirtschaftslehre als Außenstelle der Fachhochschule Magdeburg auszubauen. Zu diesem Zweck kann das Land die zur Unterbringung der Fachhochschule vorgesehene Tauentzien-Kaserne erwerben und die für den ersten Studiengang und zentrale Einrichtungen notwendigen Flächen sanieren. Dies gibt Gelegenheit, die weitere Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Nachfrage nach einzelnen Studiengängen zu beobachten und daraus die entsprechenden Planungen für einen möglichen zweiten Ausbauschritt abzuleiten. Der Wissenschaftsrat behält sich vor, bis zum 28. Rahmenplan für den Hochschulbau für die Planungsperiode 1999 bis 2002 eine Stellungnahme über die Aufnahme einer Fachhochschule Altmark in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz abzugeben.

Wissenschaftsrat

Mecklenburg-Vorpommern: Abschaffung des Ehrenverfahrens vom Kabinett gebilligt

Das mecklenburg-vorpommersche Kabinett hat am 27. Februar 1996 das erste Änderungsgesetz zum Landeshochschulgesetz (LHG) verabschiedet und damit die Bestimmungen des § 130 LHG aufgehoben.

§130 regelte ein besonderes Einstellungsverfahren hinsichtlich der persönlichen Eignung von Bewerbern um Stellen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrich-

tungen. Dieses Einstellungsverfahren entsprach dem Ehrenverfahren nach § 2 des Hochschülerneuerungsgesetzes (HEG) vom 19.1.1991 in der Fassung vom 8. März 1992 und wurde jeweils von einer Personalkommission durchgeführt.

Kultusministerin Regine Marquardt erklärte den Sinn und Zweck der Änderung wie folgt: „Durch die Aufhebung des § 130 LHG sollen die Einstellungsmodalitäten für den o. a. Personenkreis an die des übrigen Landesdienstes angepaßt werden. Es ist vorgesehen, daß ab so-

fort für alle an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorzunehmenden Einstellungen die arbeits- und dienstrechtlichen Regularien für Einstellungen im öffentlichen Dienst Anwendung finden.“

Die Auswertungen der Gauck-Behörde werden außerdem in Zukunft durch die zuständigen Personalstellen und nicht mehr wie bisher durch die zuständigen Kommissionen erfolgen.

Kultusministerium M-V

Uni in der Mitte. Die Berliner Humboldt-Universität: Alter Glanz und neue Politik (Wochenpost 5/1996). Berlin 1995. DM 3,- oder besser in der Universitätsbibliothek.

Die *Wochenpost*, seit Januar schon wieder mit (diesmal heimlich) ausgewechseltem Chefredakteur, hat seit längerem, neben anderen, eine neue Zielgruppe ins Auge gefaßt: den metropolitanen Studenten, der sonst eher zum *Focus* greifen würde, weil ihm die *Zeit* zu oberflächlich, der *Spiegel* zu sehr in die Tiefe gehend und *Unicum* zu sehr kostenlos ist. Kürzlich promovierte diese *Wochenpost* die Humboldt-Uni zum Titelthema, weil dort der 50. Jahrestag der Wiedereröffnung gefeiert wurde:

Mechthild Küpper, als (früher) freie Journalistin eine kritische Begleiterin Berliner Wissenschaftspolitik und ihrer Wirkungen Unter den Linden, vermag nun, unterdessen Ressortverantwortliche, nur noch ausgleichende Gerechtigkeit walten zu lassen. Der (gemeinsam mit seinem Amte scheidende) Wissenschaftssenator Ehrhardt findet allein lobende Erwähnung und wird ausführlichst zitiert. Heute ist er der Mann, der die Humboldt-Uni in den vergangenen fünf Jahren „oft zu ihrem Glück gezwun-

gen hat“, wo er vorgestern noch der arrogante Stiesel war, der von seinem ersten HUB-Besuch an die Konfrontation suchte (vgl. M. Küpper: Die Humboldt-Universität, Berlin 1993, S. 145), der sich dem Charme der Abwicklung nicht entziehen konnte, obschon sie gar nicht nötig gewesen sei, wie die Entwicklungen in den nichtabgewickelten Bereichen gezeigt hätten (wußte Küpper in ihrem Buch 1993), oder der die (bessere) Humboldt-Veterinärmedizin in die FU hineinfusionierte, obwohl es der Wissenschaftsrat umgekehrt empfohlen hatte.

Die Humboldt-Uni, das einstmals aufsässige Findelkind, doch inzwischen in den Zweireiher hineingewachsen, bleibt nicht ohne Nachsicht bei der Beobachterin: „Gegen alles, was die Politik der Uni nach der Wende verordnete, hat sie [die Uni] rebelliert... Das hat ihr gutgetan, es half ihr, zu Stimme zu kommen, sich Respekt zu verschaffen.“ Zwar in *Betragen* nicht mehr als eine 3, aber *Gesamtverhalten* Gut: Denn „zugleich hat sich die Universität still und unauffällig an die Wünsche des Senators gehalten.“

(Im übrigen schlägt die *Neue Ausgewogenheit* denn mitunter auch schon deutlicher in die Richtung aus, die sie sig-

nalisiert: Zwei *Wochenpost*-Nummern zuvor hatte Küpper ein paar Seminarpläne durchgesehen und entdeckt, daß die Studierenden die 35-Stunden-Woche längst hätten, mithin kaum ein Grund für die ewigen studentischen Klagen gegeben sei. Die Wissenschaftsjournalistin übersah, daß eine nur oberflächliche Vorbereitung schon ein bis zwei Stunden Selbststudium pro Seminarstunde benötigt und so ganz schnell die 60-Stunden-Woche erreicht wird. Doch es war in dieser Sache nicht das einzige Klischee zum in Luxus gebetteten Studentenleben in Deutschland, das Küpper zu repetieren wußte. Sie ließ vielmehr keines der gängigen Stereotype aus. Vgl. *Wochenpost* 3/95)

Ehrhardt, so Küpper ihren Humboldt-Artikel abschließend, habe mit seiner Berufungspolitik etwas nach Bonn signalisieren wollen: „Die wissenschaftliche Beratungskompetenz ist schon hier, Bundesregierung, du kannst kommen.“

Das ist, fügen wir, nicht M. Küpper, hinzu, mißverständlich, nachdem gerade die „wissenschaftliche Beratungskompetenz“ der letzten Staatsregierung in Berlin abgewickelt worden war. Gottseidank stellt das Herfried Münkler, bekannter Feuilletonschreiber, der ansonsten auch Politische Theorie an der Humboldt-Uni lehrt, richtig: „Trotz der räumlichen Nähe - geistiges Leibregiment der Regierung werden die Humboldtianer nicht“. Er sorgt sich zunächst um ein mögliches Dauerproblem der Zukunft, das heute schon

gelegentlich auftrete: „Die mit der Nähe der Regierung verbundene Präsenz von Sicherheitskräften, die unbestreitbare Notwendigkeit eines sorgfältigen Personenschutzes auch und“ - jetzt kommt eine geschickt lancierte Analyse aktueller Berliner Kräfteverhältnisse: - „gerade dann, wenn Staatsgäste die Universität besuchen.“ (Herv. n.i.O.) Immerhin soll ja, um nur ein Beispiel zu nennen, die bunthaarige (wahrscheinlich militant) Bundesvizechefin der Berliner Direktmandatspartei an der HUB eingeschrieben sein. Vorsichtshalber wiegelt Münkler im weiteren ab: „Politikberatung... ist nicht an räumliche Nähe gebunden“. Dafür ließen sich wohl Belege finden. Nur die Uni Bonn, bspw., sollte nicht herangezogen werden. Im übrigen, sagt nun wieder Münkler, werde sich in Berlin, weil nicht so formal wie Bonn, „in der eher informellen als formalisierten Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik... entscheiden, ob der Kontakt zwischen beiden eine andere Qualität erlangt, als er sie vordem besessen hat.“ Etwa, ein Beispiel zu nennen, in der Gentechnikdebatte. Mühsame informelle Reparaturanstrengungen sind da gerade nötig, die sich hätten vermeiden lassen. „Wenn die Humboldt-Universität im Jahre 2010 den 200. Geburtstag ihrer Gründung feiern wird“, so findet sich schließlich die nach-89er Kritik an der mangelnden Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften produktiv verarbeitet, dann „wird sich darüber genaueres sagen lassen“.

Zurück aus der Zukunft, ins Jahr 1946: Patrice Poutrus hat eine Magisterarbeit über die Wiedereröffnung der Ber-

liner Universität geschrieben und erzählt ein bißchen daraus: „Eine kommunistische Neugründung war es nicht, und für einen demokratischen Neuanfang ließ die KPD/SED keinen Platz“. Das wird nachvollziehbar begründet.

Bernhard Schlink, Krimiautor, NRW-Verfassungsrichter und Rechtsprofessor an der HUB, schließlich stellt korrekt fest: „Der Ort der Humboldt-Universität ist die Mitte Berlins“, meint es aber noch etwas raumgreifender: „Die Diskussion, ob der Palast der Republik abgerissen, das Schloß aufgebaut oder sonstwas an dieser Stelle entstehen

soll... fragt nach Fassaden. Aber die Frage ist, was hinter den Fassaden geschehen soll... Die Antwort auf die Frage ist die Humboldt-Universität. Sie braucht in der Mitte Berlins dringend Hörsäle, Bibliotheks- und Mensaraum, und außerdem sind Palast der Republik und Schloß der ideale Platz, um die Stadt mit neuen Angeboten zu bereichern...“ In Amerika würde man jetzt an die Techniken denken, mit denen sich Präsidentschaftskandidaten in Stellung zu bringen pflegen.

P. Ternack (Leipzig)

PUBLIKATIONEN

1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: *So funktionierte die DDR*. Bd. 1+2: *Lexikon der Organisationen und Institutionen*. Bd. 3: *Lexikon der Funktionäre*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1994. 1.258 + 414 S. Je Bd. DM 29,90. Im Buchhandel. Im Lexikon der Organisationen und Institutionen werden u.a. die Hochschulen, wichtige Forschungseinrichtungen und die wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR behandelt, im Lexikon der Funktionäre u.a. DDR-WissenschaftlerInnen, die auch (wissenschafts-)politische Funktionen bekleidet hatten.

Barth, Bernd-Rainer/Links, Christoph/Müller-Enbergs, Helmut/Wiegols, Jan: *Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1995. 874 S. DM 28,90. Im Buchhandel.

Das auf dem 1994 bei Chr. Links erschienenen elektronischen Handbuch basierende und auf 2.157 Biographien erweiterte Nachschlagewerk verzeichnet unter anderem zahlreiche DDR-WissenschaftlerInnen und -Wissenschaftsfunktionäre.

Baumgartner, Gabriele/Hebig, Dieter (Hg.): *Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990*. 2 Bde. K.G. Saur Verlag, München 1996. Zus. 1.100 S. DM 498,- (Subskription bis 31.7.96: 420,-). Auch einzeln: Bd. 1 A-L bzw. Bd. 2 M-Z je DM 249,- (210,-). Im Buchhandel.

Das nach dem Vorbild der im gleichen Verlag erscheinenden „Who is Who“-Publikationen gestaltete Personenlexikon beruht auf der Auswertung gedruckter Quellen. Unter den insgesamt 4.500 verzeichneten Personen finden sich zahlreiche WissenschaftlerInnen und Wissenschaftsfunktionäre verzeichnet.

Bibliographie Buch- und Bibliothekswesen, Medienkunde, Hochschulwesen. Deutschsprachige Hochschulschriften und Veröffentlichungen außerhalb des Buchhandels 1966-1980. 6 Bde. Red. Irene Butt und Monika Eichler. K.G. Saur, München 1994. DM 2.040,-. Im Buchhandel.

Die Bibliographie erfaßt auch das entsprechende in der DDR erschienene Schrifttum.

Deutscher Akademischer Austauschdienst DAAD, Außenstelle Paris (Hg.): *Landeskunde im Unterricht: Zur Einbeziehung der DDR*. Paris 1995. 197 S. Bezug bei: DAAD, Außenstelle Paris, 15, rue de Verneuil, F-75007 Paris.

Der Band dokumentiert die Beiträge eines Fachseminars an der Université Tours, das sich mit den Möglichkeiten der Einbeziehung der DDR-Geschichte in die deutschlandeskundliche Ausbildung an französischen Universitäten befaßte. Vier Artikel interessieren in unserem Kontext: „Die transformierte Intelligenz. Wissenschaftler in der DDR und danach“ (Peer Pasternack), „Geschichtsphilosophische Überlegungen: Nietzsche, Herder, Kant...“, zur Nietzsche- und Herder-Rezeption in der DDR (Heinz Raschel), „Sprache und Sprachwissenschaft in der DDR: ein Verhältnis von Nähe und Distanz“ (Ralf Müller), „Musik und staatliche Macht. Ausgewählte Beispiele aus der Geschichte der DDR zur Situation der Musiker, Musikpädagogik und Musikwissenschaft“ (Günther Noll).

Döbert, Hans: *Das Bildungswesen der DDR in Stichworten. Inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlagen*. Luchterhand Verlag, Neuwied/Kriftel/Berlin 1995. 147 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Der Band beschreibt in nutzerfreundlicher Übersichtlichkeit die wesentlichen Sachverhalte des DDR-Bildungswesens. In knappen Erläuterungen werden die inhaltlichen und administrativen Sachverhalte sowie die für deren Verständnis notwendigen Daten und Rechtsgrundlagen geliefert.

Geißler, Gert/ Wiegmann, Ulrich: *Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente*. Luchterhand Verlag, Neuwied/Kriftel/Berlin 1995. 344 S. DM 44,-. Im Buchhandel.

Der Band liefert eine Einführung in die Perioden einer Bildungsgeschichte der SBZ und DDR und konzentriert sich im weiteren auf die Entwicklungen in der SBZ und der frühen DDR, da in diesem Zeitraum alle grundsätzlichen Strukturentscheidungen fielen und sich die bildungsrelevanten Machtverhältnisse erfolgreich etablierten. Dabei werden in exemplarischen Studien auch Beiträge zur Geschichte der DDR-Erziehungswissenschaft geliefert: „Die erziehungswissenschaftliche Diskussion 1955 - 1958“, „Zum Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Erziehungswissenschaft“ sowie „Zu Möglichkeiten und Grenzen der Rezeption bundesdeutscher Erziehungswissenschaft in der DDR. Die pädagogische Historiographie als Exempel“.

Müller, Klaus-Dieter/ Osterloh, Jörg: *Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente* (Berichte und Studien Nr. 4). Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden 1996. 118 S. DM 5,40. Bezug bei: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.

Darstellung der Tätigkeit und des Schicksals (Verhaftung, U-Haft, Verhöre, Anklage und Gerichtsverhandlung, Workuta, Rückkehr nach [West-]Deutschland, Rehabilitierung 1992) studentischer Gruppen in Leipzig, Rostock und Halle, die sich in den endvierziger und fünfziger Jahren gegen die Sowjetisierung der ostdeutschen Gesellschaft und ihrer Hochschulen engagierten. Quellengrundlagen der Darstellung sind persönliche Erinnerungen der Betroffenen und hier erstmal ausgewertete Dokumente aus dem Archiv des NKWD in Moskau.

Müller, Silvia/ Florath, Bernd (Hg.): *Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation* (Schriften des Robert-Havemann-Archivs Bd. 1). Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 1996. 453 S. DM 29,80. Bezug bei: Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Schliemannstr. 23, 10437 Berlin.

1966 war Havemann statutenwidrig aus den Mitgliederlisten der AdW gestrichen worden, nachdem er zuvor schon als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie abgelöst worden war. In einleitenden Texten schildern die Herausgeber die Entwicklungen hin zum Akademie-Ausschluss einschließlich ihrer Vorgeschichte. Ein umfangreicher, sorgfältig redigierter und kommentierter Dokumententeil - über 150 bisher unveröffentlichte Dokumente - ist zentraler Teil der Publikation.

Orozco, Teresa: *Platonische Gewalt. Gadammers politische Hermeneutik der NS-Zeit* (Ideologische Mächte im deutschen Faschismus Bd. 7; Argument-Sonderband N.F. 240). Argument Verlag, Hamburg 1995. 266 S. DM 29,-. Im Buchhandel.

Gadamer gehört durch sein Leipziger Nachkriegsrektorat zur ostdeutschen Wissenschaftsgeschichte. Die Autorin untersucht in der minutiösen Untersuchung, inwieweit der

Umstand, daß Gadamer als über jeden Verdacht nazistischer Kompromittierung erhaben galt (daher auch die Einsetzung in das Rektorat durch die Sowjets), durch sein Wirken an den Universitäten Marburg (1934-1939) und Leipzig (ab 1940) und die dort entstandenen Arbeiten gedeckt ist. Sein Wirken erweise sich als ein, Politik zwischen die Zeilen verweisendes, Mitwirken. In einem Schlußkapitel wird seine Leipziger Nachkriegszeit untersucht, wobei kritische Textanalysen seines Referats „Die Bedeutung der Philosophie für die neue Erziehung“ vor der Leipziger Lehrerschaft und seine Rektoratsrede „Über die Ursprünglichkeit der Wissenschaft“ im Mittelpunkt stehen.

Krauss, Werner: *Vor gefallenem Vorhang. Aufzeichnungen eines Kronzeugen des Jahrhunderts*. Hrsg. von Manfred Naumann. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1995. 226 S. DM 24,90. Im Buchhandel.

Zusammenstellung von Tagebucheinträgen, autobiographischen Notizen und literarischen Miniaturen des Romanisten. Hans Robert Jauss lieferte das Vor-, der Hg. schrieb ein Nachwort.

Horlitz, Manfred (Hg.): *Theodor-Fontane-Archiv Potsdam 1935 - 1995. Berichte, Dokumente, Erinnerungen*. Berliner Bibliophilen Abend, Berlin 1995. 206 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Der Herausgeber liefert eine Überblicksgeschichte des Fontane-Archivs, dessen Bestehen zwischen 1990 und 1992 akut gefährdet war. Sodann tragen zahlreiche Nutzer, Freunde und Mitarbeiter des Archivs Erinnerungen bei. Ein Anhang dokumentiert ausgewählte Bestände des Archivs in Bild und Schrift.

Parthier, Benno (Hg.): *„Die Wellen schlagen hoch...“ Zur 75. Wiederkehr des Geburtstages von Heinz Bethge, XXIII. Präsident der Leopoldina am 15. November 1994*. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle/S. 1994. 154 S. Bezug bei: Leopoldina, August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle/S.

Der herausgebende heutige Präsident hatte Kollegen und Mitstreiter eingeladen, dem Jubilar Glückwünsche zu schreiben, die im vorliegenden Band versammelt sind. Bethge war von 1974 bis 1990 Präsident der Leopoldina. Indem sich die 69 Autoren und 3 Autorinnen gelegentlich dieser Gratulationsschreiben an gemeinsame Erlebnisse, Eindrücke und miteinander durchstandene wie auch ausgetragene Konflikte erinnern, entsteht ein durch zahlreiche Anekdoten und Miszellen illustriertes Bild wissenschaftlicher und wissenschaftspolitischer Zeitgeschichte.

Sedler, Karin/ Schurich, Frank-Rainer/ Schumann, Frank: *Glaubenskrieg. Kirche im Sozialismus. Zeugnisse und Zeugen eines Kulturkampfes*. edition ost, Berlin 1995. 320 S. Im Buchhandel.

Der Band enthält, neben anderen, ein Gespräch mit dem Direktor der Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft zu Berlin, Ekkehard Runge, über die Arbeit seines Verlages in der DDR (S. 99-109) und in einem 170seitigen Dokumentenanhang u.a. zwölf Zeitzeugnisse zu den Evangelischen Studentengemeinden (ausschließlich aus den fünfziger Jahren) aus offenbar vornehmlich Staats- und Parteiakten (ohne Quellennachweise): Berichte der FDJ-Leitungen verschiedener Hochschulen über die Tätigkeit der ESGn, Briefe an Zeitungen und Staatsorgane, einen „Bericht einer Brigade des ZK der SED über die Tätigkeit der ESG“ u. dgl.

Bräuer, Siegfried/ Vollnhals, Clemens (Hg.): *„In der DDR gibt es keine Zensur“, Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954 - 1989*. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1995. 422 S. DM 39,80. Im Buchhandel.
Wesentlicher Bestandteil der in der DDR üblichen Praxis der Druckgenehmigung,

verantwortet durch die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel beim Kulturministerium, war die Einholung von Gutachten zu den beantragten Publikationsprojekten. Die Herausgeber haben aus den Gutachten zu ca. 3.000 Veröffentlichungen der Evangelischen Verlagsanstalt 57 repräsentative Beispiele ausgewählt, deren Dokumentation den Hauptteil des Bandes bilden. In einer 100seitigen Studie „Die staatliche Kontrolle der verlegerischen Arbeit für die evangelische Kirche und Theologie in der DDR“ erläutern die Hrsg. eingangs deren Alltag und Mechanismen.

Jaeger, Siegfried/ Staeuble, Irmingard/ Sprung, Lothar/ Brauns, Horst-Peter (Hg.): **Psychologie im soziokulturellen Wandel. Kontinuitäten und Diskontinuitäten** (Beiträge zur Geschichte der Psychologie Bd. 10). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1995. 304 S. DM 89,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält eine Reihe von Beiträgen zur Psychologie in der DDR: „DDR-Psychologie zwischen Kontinuität und Diskontinuität“ (Stefan Busse), „'Meinungsstreit' als Mittel politisch-ideologischer Reglementierung der Psychologie in der ehemaligen DDR - eine Fallstudie“ (Georg Eckardt), „Die Psychologie der DDR in der Zerreißprobe zwischen Naturwissenschaft und Marxismus?“ (Steffi Hammer), „Souveränität und Geschichte - Reflexionen zum Selbstverständnis eines Zeitzeugen und Chronisten“ (Karl-Friedrich Wessel), „Zur Psychologie an der Humboldt-Universität zu Berlin nach dem II. Weltkrieg. Das Wirken von Kurt Gottschaldt (1902-1991) am Berliner Institut für Psychologie in den Jahren 1947-1961“ (Michaela Hausmann), „Übertragungsschwierigkeiten: Kurt Gottschaldt und die Psychologie in der SBZ und in der DDR“ (Mitchell G. Ash).

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg (Hg.): **Rechtswissenschaft der DDR. Problemfall oder Bereicherung der Vereinigung**. Potsdam 1995. 133 S. Bezug bei: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg, Mangerstr. 34-36, 14467 Potsdam. Dokumentation einer dreiteiligen Tagung im April und September 1994 sowie Januar 1995 in Potsdam. Unter anderem mit folgenden Beiträgen: „Die Babelsberger Konferenz und die politische Steuerung der DDR-Rechtswissenschaft in der Ära Ulbricht (1949-71)“ (Jörn Eckert), „Zur Grundrechtskonzeption der DDR-Rechtswissenschaft und ihrer Verankerung in der Verfassungsordnung der DDR“ (Carola Schulze), „Zur Strafrechtsdogmatik in der DDR“ (Dieter Plath).

Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): **Dissertationen und Habilitationen zu frauen- und geschlechterspezifischen Themen an der Hochschulen der DDR und der neuen Bundesländer: Dokumentation der Jahre 1983 - 1994** (ZiF Sonder-Bulletin). Berlin 1995. 107 S. Bezug bei: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Die Dokumentation erfaßt 618 Arbeiten. Dabei sind die inhaltlichen Kriterien der Aufnahme bewußt weit gefaßt: Nicht zuletzt da hiermit ein Teil aus dem Hochschulerebe der DDR hervorgehoben wird, das ursprünglich gar nicht bzw. nicht vollständig unter der Ausrichtung auf frauen- und geschlechterspezifische Fragestellungen geschrieben worden war. Die Arbeiten sind rubriziert erfaßt. Sach- und VerfasserInnenregister erleichtern darüber hinaus die Handhabung.

2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik

Wissenschaftsrat: **Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil V**. Köln 1994. 396 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsrat, Brohler Str. 11, 50968 Köln.

Nachgereichter Band zu der 1992 vorgelegten 14bändigen Gesamtpublikation der Empfehlungen zur ostdeutschen Wissenschaftsneuordnung. Enthält die 1993 verabschiedeten Empfehlungen.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): **Grund- und Strukturdaten 1995/96**. Bonn 1995. 445 S. Auch auf Diskette. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Erstmals enthalten die „Grund- und Strukturdaten“ auch Angaben zu den Ressourcen für Forschung und Entwicklung.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): **Studenten an Hochschulen 1975 bis 1994**. Bonn 1995. 128 S. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

19. Ausgabe der regelmäßig vorgelegten Publikation. Die Daten werden zwischen Früherem Bundesgebiet, Neuen Ländern und Deutschland differenziert dargeboten. Die Angaben für Ostdeutschland beginnen im Jahr 1989.

Bode, Christian/ Becker, Werner/ Klofat, Rainer (Hg.): **Universitäten in Deutschland / Universities in Germany**. Hrsg. i. Verb. m. DAAD u. HRK. Zweisprachig deutsch-englisch. Prestel Verlag, München 1995. 320 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Ein Buch, das von Aufmachung und Ausstattung her das ist, was landläufig ein *Prachtband* genannt wird. In sorgfältig bebilderten Selbstporträts stellen sich alle deutschen Universitäten im einzelnen vor. Verklammert werden diese Darstellungen, die so interessant sind, wie Eigenwerbung in der Regel zu sein pflegt, durch Artikel zu übergreifenden Aspekten und Problemen des deutschen Universitätssystems. Darunter findet sich ein Beitrag von Richard Schröder zur ostdeutschen Hochschulentwicklung der letzten Jahre. Wem sich der Verwendungszweck der relativ teuren Werbepublikation nicht spontan erschließt, dem wird geholfen: „ist der repräsentative Bild-Text-Band auch als Geschenkbuch für Hochschulabsolventen und Akademiker interessant“ (Klappentext), und er soll „nicht zuletzt auch in die Hände ausländischer Besucher gelangen“ (Vorwort).

Fuchs, Hans-Werner/ Reuter, Lutz R. (Hg.): **Bildungspolitik seit der Wende. Dokumente zum Umbau des ostdeutschen Bildungssystems (1989 - 1994)**. Leske + Budrich, Opladen 1995. 442 S. DM 36,-. Im Buchhandel.

Nach einer Einführung „Vom einheitlichen sozialistischen Bildungssystem der DDR zum pluralistischen Bildungswesen der ostdeutschen Länder“ sind in dem Band 112 Dokumente, z. T. in Auszügen, abgedruckt. 33 dieser Dokumente betreffen das Hochschulwesen, die Lehrerbildung und die Anerkennung von Bildungsabschlüssen bzw. sind Wortmeldungen aus der Erziehungswissenschaft zur Debatte um die Neugestaltung des Schulwesens.

Max-Planck-Gesellschaft, Generalverwaltung (Hg.): **Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1995**. 823 S. **Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1995 Veröffentlichungen**. 480 S. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1995. Bezug bei: MPG, Hofgartenstr. 2, 80539 München.

Unter anderem mit wissenschaftlichen Tätigkeitsberichten der ostdeutschen Max-Planck-Institute, der MPG-Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern und der in der MPG-Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben vereinten Forschungsschwerpunkte. Im Band „Veröffentlichungen“ Verzeichnis aller Publikationen der MitarbeiterInnen von MPG-Einrichtungen im Jahr 1994.

KAI e.V. (Hg.): **KAI-AdW. Entwicklung einer Abwicklung. 3.10.1990 bis 31.12.1993.** Akademie Verlag, Berlin 1995. 171 S. DM 54,-. Im Buchhandel.

„Dies ist keine Festschrift, es ist die subjektive Dokumentation eines ungewöhnlichen Unternehmens“, leitet die Herausgeberin den Band ein. KAI e.V. organisierte den Abwicklungsprozeß der DDR-Akademie der Wissenschaften. Akteure und Beobachter des Vorganges liefern erinnernde Darstellungen: „Erinnerungen an KAI e.V. oder: Die Entwicklung einer Abwicklung“ (Hartmut F. Grübel), „Am Anfang war das Chaos“ (Jochen Stoehr), „Eine Implementationsstruktur entsteht“ (Renate Mayntz), „Holzhaus I und II - Prozeß gegen Moratorium. Das Verhältnis von Ausnahme und Regel. Der Akademie zum Abschied“ (Martin Fontius), „Das Bedürfnis nach Konzepten - Die Ministertreffen“ (Klaus Bartholomé), „Aus Not eine Tugend - ABM in der Forschung“ (Gabriela Bähr & Ulrich Krafft), „Das Wissenschaftler-Integrations-Programm durchführen: Verwaltung als Kommunikator“ (Wolf-Hagen Kraut & Uta Paffhausen Valente da Cruz), „Abwicklung“ (Hartmut Schulz), „Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu Art. 38 Einigungsvertrag“ (Günter Reiner), „Personalakten ins Cockpit, bitte!“ (Falk Fabich), „Wissenschaftsforum Berlin“ (Wolfgang Holl), „1993 - Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, aber auch das Ende von KAI e.V.“ (Diepold Salvin-Plawen), „Persönliche Erinnerungen an KAI“ (Manfred Ronzheimer). In einem siebzigseitigen Anhang sind wesentliche Dokumente zur Akademie-Abwicklung abgedruckt.

Laitko, Hubert/ Parthey, Heinrich/ Petersdorf, Jutta (Hg.): **Wissenschaftsforschung Jahrbuch 1994/95** (Forum Wissenschaft Studien Bd. 28). BdWi-Verlag, Marburg 1996. 306 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Das erste Jahrbuch der 1991 gegründeten Gesellschaft für Wissenschaftsforschung widmet sich vornehmlich dem Wissenschaftsraum Berlin-Brandenburg. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Physikalische Forschung in der Region Berlin-Brandenburg. Eine Forschungslandschaft im Spiegel von Publikationszahlen“ (Frank Havemann), „Naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine patentstatistische Analyse“ (Siegfried Greif), „Forschungs- und Innovationsaktivitäten in der ostdeutschen Industrie“ (Manfred Wölfling), „Wissenschaftsverständnis der Öffentlichkeit. Zu Ergebnissen einer Befragung in Berlin“ (Karlheinz Lüdtko & Renate Müller)

Parthier, Benno (Hg.): **Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina Jahrbuch 1994** (Leopoldina Reihe 3, Jg. 40). Halle/S. 1995. 530 S. Bestellungen an: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V., PF 1127, 06019 Halle/S.

Gläser, Jochen/ Melis, Charles/ Puls, Klaus: **Durch ostdeutsche WissenschaftlerInnen gegründete kleine und mittlere Unternehmen. Eine Problemskizze** (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des WZB Berlin, WZB paper 95-403). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin 1995. 70 S. Gegen 1,-DM-Briefmarke und Adreßaufkleber bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Eine der Reaktionen ostdeutscher WissenschaftlerInnen aus Industrie- und anwendungsnahe AdW-Forschung auf den Umstand, ihre Tätigkeit trotz teilweise positiver Evaluation nicht in den bisherigen Arbeitszusammenhängen fortsetzen zu können, war die Gründung von kleinen und mittleren technologieorientierten Unternehmen. Die Studie untersucht Entstehung und Entwicklung von dreizehn solcher Unternehmen. Sie zeigt, daß diese einen außerordentlich hohen, mitunter aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht zu rechtfertigenden Anteil von Forschung in ihrem Tätigkeitsspektrum aufweisen. Das Bestreben der GründerInnen, Forschung als Bestandteil des Tätigkeitsspektrums des Unternehmens zu bewahren, gerate deshalb zunehmend unter ökonomischen Druck.

Gläser, Jochen/ Groß, Gabriele/ Höppner, Marion/ Melis, Charles/ Meske, Werner: **Die aufgeschobene Integration. Erste Befunde zur Integration neugegründeter Blaue-Liste-Institute in die deutsche Wissenschaftslandschaft** (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des WZB Berlin, WZB paper 95-404). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin 1995. 78 S. Gegen 1,-DM-Briefmarke und Adreßaufkleber bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin. Zwischenbericht eines Forschungsprojekts zur internen Organisationsentwicklung der 1992 mehr als 50 in Ostdeutschland neu gegründeten außeruniversitären Forschungseinrichtungen und ihrer Integration in die deutsche Wissenschaftslandschaft. Neben theoretischem Bezugsrahmen und methodischem Instrumentarium werden erste empirische Befunde zu vier Blaue-Liste-Instituten vorgestellt.

Kocka, Jürgen: **Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart** (Kleine Vandenhoeck-Reihe Bd. 1576). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1995. 205 S. Im Buchhandel.

Der Band versammelt zuvor verstreut erschienene Beiträge Kockas zu den Themen „Die Wende“, „Wiedervereinigung und Wissenschaften“, „Die DDR als Geschichte“ und „Vereinigungskrise“. Im zweiten der genannten Kapitel sind folgende Artikel abgedruckt: „Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise“, „Strukturgeschichte, historische Erklärung und Sozialgeschichte nach 1989“, „Die Vereinigung der Wissenschaften“ und „Vertane Chancen? Thesen zur Vereinigung der Wissenschaftssysteme“.

Eckert, Rainer/ Kowalczyk, Ilko-Sascha/ Poppe, Ulrike (Hg.): **Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz. Tagung vom 18.-20.3.94 in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Historikerverband im Adam-von-Trott-Haus in Berlin-Wannsee** (Nach-Lese 7/94). Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, o.O. 1995. 132 S. DM 10,-. Bezug bei: Ev. Akademie Berlin-Brandenburg, Haus der Kirche, Goethestr. 26-30, 10625 Berlin.

Der Band dokumentiert die Tagungsbeiträge: „Die Etablierung der DDR-Geschichtswissenschaft 1945 bis 1958“ (Ilko-Sascha Kowalczyk), „Beispiele intellektueller Selbstbehauptung unter kommunistischer Herrschaft“ (Ludwig Mehlhorn), „Bilanz der DDR-Geschichtswissenschaft“: „Beispiel: Sozialgeschichte“ (Helga Schultz), „Beispiel: Revolutionsforschung“ (Matthias Middell), „Die Diskussion um die ostdeutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zusammenbruch der DDR: Nostalgie oder Neubeginn“ (Diskussion zwischen Wolfgang Küttler & Stefan Wolle), „Evaluierung, Umbau und Neubeginn historischer Forschung im Osten Deutschlands“ (Diskussion mit Werner Sellhorn, Viktor Gorynia, Klaus-Dietmar Henke, Jürgen Kocka, Klaus Schroeder), „Wer schreibt die DDR-Geschichte? (Diskussion mit Hermann Weber, Günter Benser, Olaf Groehler, Konrad Jarausch, Mechthild Günther, Guntolf Herzberg, Mitchell Ash, Bernd Florath, Matthias Middell, Fritz Klein), „Der Streit um die DDR-Geschichtswissenschaft - eine Kritik“ (Ralf Possekel).

Borgolte, Michael (Hg.): **Mittelalterforschung nach der Wende 1989** (Beiheft zur Historischen Zeitschrift N.F. Bd. 20). R. Oldenburg Verlag, München 1995. 514 S. DM 148,-. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert die Beiträge einer Tagung von MittelalterhistorikerInnen im Februar 1993 an der Humboldt-Universität. Die Tagung verfolgte den Anspruch, ein Tableau der zeitgenössischen Mediävistik in Deutschland zu bieten und dies im besonderen unter Berücksichtigung der ostdeutschen Wissenschaft. Kritisch gefragt worden sei vor allem, „ob prägenden Gestalten der marxistischen Mittelalterforschung denn... ein Chance zur Selbstdarstellung geboten werden dürfe. Der Veranstalter und Herausgeber... hat dies mit allem Nachdruck bejaht. Westdeutsche haben schon vor der Wende

die Leistungen ihrer Kollegen jenseits von Mauer und Stacheldraht gewürdigt... Andererseits gehört es zur Lage der Mediävistik in Ostdeutschland, daß offenbar keine oder nur wenige Manuskripte systemferner Historiker 'in der Schublade' für eine Veröffentlichung bereitlagen." (Vorwort) Neben zahlreichen Beiträgen zu fachlichen Themen i. e. S. sind drei Beiträge zur Geschichte des Faches in der DDR/Ostdeutschland vertreten: „Eine Generation marxistische Mittelalterforschung in Deutschland. Erbe und Tradition aus der Sicht eines Neu-Humboldtianers" (M. Borgolte), „Nationale Frage, deutscher Staat, Ermittlungsmethoden. Bemerkungen zu Forschungen an der Humboldt-Universität über das mittelalterliche Reich (Eckhard Müller-Mertens), „Zur Mittelalterforschung in der DDR - eine Reminiszenz" (Siegfried Epperlein).

Lange, Hellmuth (Hg.): „**Man konnte und man mußte sich verändern**". **Natur- und ingenieurwissenschaftliche Fachkräfte aus der DDR in der Marktwirtschaft der BRD. Veränderungen der beruflichen Umstände und der Wege ihrer Bewältigung** (Arbeitsgestaltung Technikbewertung Zukunft Bd. 4). LIT Verlag, Münster/Hamburg 1995. 197 S. DM 38,80. Im Buchhandel.

Beiträge unter anderem zu „Umstellungs- und Anpassungsproblemen der ostdeutschen wissenschaftlich-technischen Intelligenz" (Udo Riege), zum „natur- und ingenieurwissenschaftlichen Potential an ostdeutschen Hochschulen" (Anke Burkhardt), zu „Transformationspotentialen und Mobilitätschancen ostdeutscher Ingenieure aus Forschung und Industriebetrieben" (Rudolf Welskopf), „Möglichkeiten und Problemen von Forschung und Entwicklung in den Innovations- und Gründerzentren der neuen Bundesländer" (Klaus Däumichen & Gerhard Raetz), „Problemen des Berufsübergangs von HochschulabsolventInnen ausgewählter natur- und ingenieurwissenschaftlicher Fächer" (Ruth Heide Stein), „Ingenieurinnen aus den neuen Ländern - Aspekte ihrer beruflichen Integration und Befindlichkeit" (Gustav-Wilhelm Bathke & Karl-Heinz Minks), „Beruflichen Handlungsmustern ostdeutscher Fachschulingenieure an der Nahtstelle von Wissenschaft und Produktion" (Barbara Giessmann).

Hochschullehrerbund hlb (Hg.): **Deutsche Einheit. Bilanz nach fünf Jahren** (H. 4-5/95 der Zs. *Die neue Hochschule*). Bonn 1995. 38 S. Bezug bei: hlb, Rüngsdorfer Str. 4c, 53173 Bonn.

Der Schwerpunkt dieses Heftes enthält u.a. Beiträge zu folgenden Themen, die in jeweils fachhochschulbezogener Fokussierung behandelt werden: „Deutsche Einheit - Bilanz nach fünf Jahren" (Hubert Mücke), „Fachhochschulen in den neuen Ländern" (Lothar Teschke), „Chronik der Deutschen Einheit" (Hubert Mücke), „Going East" (Barbara Wiesner), „Zugang von Frauen zu Hochschulpositionen" (Helga Maria Engel).

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): **Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks**. Bonn 1995. 476 S. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 63170 Bonn.

Die Studie differenziert zwischen Ost- und Westdeutschland.

Lewin, Karl/ Heublein, Ulrich/ Sommer, Dieter: **Studienanfänger im Wintersemester 1994/95 in den alten und neuen Ländern** (Hochschulplanung Bd. 112). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS, Hannover 1995. 142 S. DM 56,-. Bezug bei: HIS, Gosseriede 9, 30159 Hannover.

Die Studie differenziert u.a. zwischen ost- und westdeutschen Ländern und behandelt die Studienwahl, darunter auch die Mobilität zwischen Ost- und Westdeutschland, die Motive der Studien- und Hochschulwahl, die Verwirklichung von Ausbildungs- und

Hochschulwünschen, die Rahmenbedingungen des Studiums sowie die Berufsziele und Erwartungen.

Dahlenburg, Birgit: **Kulturbesitz und Sammlungen der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald / Cultural Treasures an Collection of Ernst Moritz Arndt University, Greifswald**. Hrsg. von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Hinstorff Verlag, Rostock 1995. 111 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Anspruchsvoll gestalteter Band, der den akademischen Kunstbesitz, zentrale Universitätsbauten, die Universitätsbibliothek und das -archiv sowie alle Sammlungen einzelner Institute und den Botanischen Garten vorstellt. Reich illustriert. Zweisprachig deutsch-englisch.

ASTA der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (Hg.): **45. Ausgabe, 5 Jahre CRASH! Die Greifswalder Studentenzeitung. Jubiläumsausgabe. Die besten Artikel** (Beilage zu *Crash!* H. 8/95). Greifswald 1995, o.S. (32 S.). Bezug bei: Red. Crash!, Rubenowstr. 1, Zi. 13b, 17487 Greifswald.

Das Heft ist denen zu empfehlen, die sich für studentisches Leben in Ostdeutschland seit 1990 interessieren.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O. (Hg.): **Verleihung des Deutsch-Polnischen Preises 1995 an die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und ihr Gemeinschaftsprojekt mit der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan - das Collegium Polonicum - am 22. November 1995**. Frankfurt/O. 1996. 30 S. Kostenlos bei: Europa-Universität, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 776, 15207 Frankfurt/O. Dokumentation der gehaltenen Ansprachen und eines Pressespiegels.

Landesarchiv Magdeburg (Hg.): **Die Bestände der Landesarchive des Landes Sachsen-Anhalt 1945 - 1952. Kurzübersicht** (Quellen zur Geschichte Sachsen-Anhalts Bd. 10). Magdeburg 1995. 125 S. Bezug bei: Landesarchiv Magdeburg, PF 4023, 39015 Magdeburg.

Die Bestandsübersicht gilt der Überlieferung vorrangig der staatlichen Verwaltung und der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt 1947 - 1992 einschließlich seiner Vorgänger 1945/1947. Sie erfaßt damit den Zeitraum, in dem das Land Sachsen-Anhalt zum ersten Mal als selbständige politische Einheit bestanden hat. Über die Bestände der staatlichen Behörden und Institutionen hinaus wird auch über Bestände von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden informiert.

Marotzki, Winfried: **Erster Lehrbericht der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg**. Hrsg. von der Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg 1995. 61 S. Bezug bei: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, PF 4120, 39016 Magdeburg.

Der Bericht nimmt den Gesetzauftrag, alle zwei Jahre einen Lehrbericht vorzulegen, auf, skizziert aber zunächst nur ein Rahmenmodell der Qualitätsentwicklung von Lehre (vom Akademischen Senat im Oktober 1995 bestätigt) und stellt statistisches Material für die Studienjahre 1993/94 und 1994/95 zusammen. Die Fakultäten sind damit aufgefordert, daß Rahmenmodell studiengangspezifisch umzusetzen, so daß erste Resultate im zweiten Lehrbericht 1997 dokumentiert werden können.

Hartwich, Hans-Hermann (Hg.): **Universitätsjubiläum und Erneuerungsprozeß. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im dreihundertsten Jahr ihres Bestehens 1994**. Leske + Budrich, Opladen 1995. 191 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Während der 300-Jahr-Feiern der MLU, welche dabei mit Straßenumzügen in schwarzen Umhängen ihren Ruf als akademischer Trachtenverein in Ostdeutschland schlechthin festigte, waren auch Reden gehalten worden. Diese werden hier gesammelt vorgelegt: u. a. der Hg. zu den „Ideen der Reform in der Geschichte der Universität zu Halle und ihre gegenwärtige Bedeutung“, Wolfgang Schluchter zu „Perspektiven der ostdeutschen Universitäten“ und Gunnar Berg über „Die Universität im Jubiläumsjahr 1994, eine Ortsbestimmung in der Gegenwart“. Außerdem denkt Hartwich über den „Zusammenhang von Universitätsjubiläum und Universitätserneuerung“ nach und sind Presseartikel über das Universitätsjubiläum dokumentiert.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): **Sächsische Hochschulgesetze, Verordnung, Erlasse, Bekanntmachungen**. Dresden 1995. Lose-Blatt-Sammlung. Bezug bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden. Die Zusammenstellung enthält alle sächsischen Regelungen zu Hochschule und Wissenschaft bis zum 31. 7. 1995 einschließlich des (noch mit wenigen Paragraphen fortgeltenden) Hochschulerneuerungsgesetzes.

Minks, Karl-Heinz: **Studium im Freistaat Sachsen. Urteile von Ingenieurabsolventen sächsischer Hochschulen über ihr Studium**. Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem, Hannover 1995. 14 S. + 26 gez. S. graph. Anl. Bezug bei: HIS, Goserie 9, 30159 Hannover.

Die Untersuchung wertet eine bundesweite Befragung von 1993 spezifisch aus, bezieht sich vor allem auf Maschinenbauingenieure und vergleicht die Urteile sächsischer Universitäts-AbsolventInnen mit solchen westdeutscher AbsolventInnen. Neben den Bewertungen des Studiums sind auch die Berufseinstiegswege und deren Merkmale nach Studienabschluß erfragt worden.

TU Dresden, der Rektor (Hg.): **Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) an der Technischen Universität Dresden. Darstellung der Forschungsprogramme und Tätigkeitsfelder der Projektgruppen**. Dresden 1995. 39 S. Kostenlos bei: TU Dresden, WIP-Rat, Dr. Ulrich Klemm/Dr. Wolfgang Hansen, 01062 Dresden. Zwischenbilanz der einzelnen WIP-Gruppen nach vier Jahren Förderungsdauer.

WIP-Sprecherrat Freiberg (Hg.): **Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP), WIP-Gruppen Freiberg. Ziele und Aktivitäten**. Freiberg 1995. 34 S. Kostenlos bei: TU Bergakademie Freiberg, WIP-Sprecherrat, Dr. W. Rasemann/ Dr. K. Küster, 09596 Freiberg. Zwischenbilanz der einzelnen WIP-Gruppen nach vier Jahren Förderungsdauer.

WIP-Sprecherrat TU Chemnitz-Zwickau (Hg.): **Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau. Darstellung der Forschungsprogramme und Tätigkeitsfelder der Projektgruppen**. Chemnitz 1995. 42 S. Kostenlos bei: TU Chemnitz-Zwickau, WIP-Sprecherrat, Lothar Kämpfe, Fak. für Maschinenbau und Verfahrenstechnik, 09107 Chemnitz. Zwischenbilanz der einzelnen WIP-Gruppen nach vier Jahren Förderungsdauer.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): **Studentisches Wohnen in Sachsen. Eine Zwischenbilanz**. Dresden o.J. (1995). 180 S. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden. Die „Unterbringungsideo-logie“ der DDR-Hochschulen sei der Studie fremd, doch werden

die Studentenwohnheime als „Teil unserer Hochschullandschaft“ betrachtet. Ein Überblick informiert eingangs über „Studentisches Wohnen in der DDR“. Sodann wird die Entwicklung des studentischen Wohnens in Sachsen von 1990 bis 1995 dargestellt. Auf Grundlage einer empirischen Erhebung finden sich Vor- und Nachteile des Wohnens im Wohnheim aus der Sicht der Studierenden (vgl. dazu *hso* 1/96, S. 173 ff.) und die entsprechenden Konsequenzen aus der Sicht der Studentenwerke formuliert. In den Anlagen Übersichten und Statistik.

Wüstling, Hans-Dieter (Bearb.): **Kostbarkeiten in sächsischen Bibliotheken**. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Landesverband Sachsen im Deutschen Bibliotheksverband Dresden. UniMedia, Leipzig/Dresden 1996. 71 S. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden. Die farbig illustrierte Publikation stellt die wichtigsten der 300 sächsischen Bibliotheken und besonders wertvolle Stücke aus deren Beständen vor.

Döring, Harald (Hg.): **Beiträge zum Thüringer Hochschulrecht**. Universitätsverlag Druckhaus Mayer, Jena 1995. 79 S. DM 14,50. Im Buchhandel. Dokumentation der Beiträge einer Tagung im Sommersemester 1994 an der FSU Jena: „Rechtsquellen des Hochschulrechts“ (H. Döring), „Stellung der Universität als Selbstverwaltungskörperschaft und staatliche Behörde“ (Klaus Paffrath), „Hochschulzugang und numerus clausus“ (Rainer Junghanß), „Der Erlaß von Studien- und Prüfungsordnungen“ (Andreas Grimm), „Rechtsschutz gegen Prüfungsentscheidungen“ (Bernd Stefan Kaufmann), „Aufgaben der Hochschulgremien“ (Thomas Schmidt), „Die Personalstruktur an Hochschulen“ (Oliver Amey), „Probleme der Drittmittelforschung“ (Uta Bock), „Rechtsprobleme einer Universitätsgründung am Beispiel der Universität Erfurt“ (Klaus D. Wolff).

Institut für Erziehungswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität: **Report 1992 - 1995**. Jena o.J. (1995). 124 S. Bezug bei: Institut für Erziehungswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität, Otto-Schott-Str. 41, Bau 34, 07740 Jena. Der Report dokumentiert die Neuaufbauphase des Instituts.

3. Wissenschaft & Hochschulen in Mittel- und Osteuropa

Hochschulrektorenkonferenz HRK (Hg.): **Handbuch der Hochschulen: Ostmittel-, Südosteuropa und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**. Bearb. v. Eduard Mühle u. Rudolf Smolarczyk u. Mitarb. v. Bettina Brand. Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 1995. 320 S. Im Buchhandel.

Zu jedem Land jeweils eingangs ein kurzer Überblick zur Struktur des Hochschulwesens. Daran schließen sich die Anschriften der Hochschulen an.

Peer Pasternack

Neue Qualifikationserfordernisse im Ausland

„Geifernde Deutsche mit hochroten Gesichtern“

KOPENHAGEN, 11. Januar (dpa). Dänen kommen mit den Umgangsformen auf deutschen Baustellen offenbar schlecht zurecht. Das Kopenhagener Blatt „Politiken“ berichtete am Donnerstag unter der Überschrift „Kulturschock durch deutsche Aggressivität“, daß ungewöhnlich viele der 500 jenseits der Grenze operierenden Bauunternehmen aus Dänemark Verluste machten, weil ihre Angestellten vom Arbeiter bis zum Ingenieur „geifernden Deutschen mit hochroten Gesichtern als Teil des Alltags“ nicht auf angemessene Weise zu begegnen wüßten.

Der in Hamburg als Berater für die gesamte dänische Branche arbeitende Sören Lange Nielsen beschrieb den ersten Eindruck für seine Landsleute so: „Die erste Besprechung auf einer deutschen Baustelle ist ein Schock. Es wird gebrüllt, und die Deutschen beschimpfen ihre Gegenüber mit den übelsten Ausdrücken.“ Auch Nielsens praktische Ratschläge deuten darauf hin, daß sich mancher Däne trotz der geographischen Nähe in Deutschland wie in einer fremden Welt fühlt: „Man muß sich auf das Land vorbereiten, als wenn man nach China oder Saudi-Arabien geht.“ Vor allem gelte es, den eigenen Wortschatz um die widerlichsten Ausdrücke zu erweitern. „Die Deutschen haben keinen Respekt vor Leuten, die nachgeben“, begründete Nielsen seinen Konfliktkurs.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
12.1.1995

Neue Qualifikationserfordernisse in Deutschland

Chef der Bundeszentrale für Bildung erbst Bubis

BONN, 17. Januar (kna/ing). Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Günter Reichert, mangelndes politisches Grundwissen vorgehalten. Bubis berichtete am Dienstagabend in Bonn, Reichert habe ihm beim Empfang von Bundespräsident Roman Herzog für das israelische Staatsoberhaupt Ezer Weizman in Berlin zur guten Rede „Ihres Staatspräsidenten“ gratuliert. Auch auf Nachfrage habe Reichert betont, damit Weizman gemeint zu haben. Wenn der „Erstverantwortliche“ für politische Bildung in Deutschland nicht wisse, daß für ihn, Bubis, Bundespräsident Herzog das Staatsoberhaupt sei, müsse gefragt werden, wie es um die politische Bildung in diesem Lande bestellt sei.

Frankfurter Rundschau,
18.1.1995

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Maris Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinking, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u. a.

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost 1989/90 * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschuleerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände-(Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbeling, Günther Eiselt, Hartmut Elsenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähnert, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weithofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u. a.

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczyk, Marianne Kriszio, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizières, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, Thomas Molck, Thomas Neie, Bernd Rabeil, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u. a.

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fernstudieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik * Synopse Hochschulrecht Ost

AutorInnen: Gertraude Buck-Bechler, Anke Burkhardt, Ludwig Elm, Konrad Feiereis, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Christoph Kähler, Sabine Kebir, Gerd Köhler, Wolfgang Knobloch, Rainer Land, Irene Lischka, Sabine Manning, Lothar Mertens, Eduard Mühle, Alexander Nadiraschwil, Thomas Neie, Peer Pasternack, Ralf Possekel, Siegfried Prokop, Edelbert Richter, Uwe Schimank, Georg Schuppener, Dieter Voigt, Peter Wicke u. a.

Insgesamt 39 Hefte, 3.664 Seiten. Nachbestellungen nur komplett: DM 500,- zzgl. Versandkosten

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

- | | |
|--|---------------------|
| 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen | DM 0,- |
| 2. Nachbestellung 1. - 4. Jahrgang (39 Hefte) | DM 500,- |
| | zzgl. Versandkosten |
| 3.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 98,- |
| 4.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 42,- |
| 5.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)
(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte
unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r
- Vorruheständler/in - Pensionär/in - | DM 31,- |

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündigt.

.....
Name

.....
Adresse

.....
Datum

.....
Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....
2. Unterschrift

Einzusenden an:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig